### Landtag Rheinland-Pfalz 16. Wahlperiode

## Plenarprotokoll 16/61

### 61. Sitzung

### Donnerstag, den 12. Dezember 2013

### Mainz, Deutschhaus

Landeshaushaltsgesetz 2014/2015 (LHG 2014/2015)
Gesetzentwurf der Landesregierung
<ul><li>Drucksache 16/2750 –</li></ul>
Zweite Beratung

### dazu: Finanzplan des Landes Rheinland-Pfalz für die Jahre 2013 bis 2018 Unterrichtung durch den Präsidenten des Landtags

- Drucksache 16/2772, Vorlage 16/3002 -

### Beschlussempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses

- Drucksache 16/3000 -

### Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses

- Drucksache 16/3001 -

### Änderungsantrag der Fraktion der CDU

- Drucksache 16/3058 -

### Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

- Drucksache 16/3133 -

### Anträge der Fraktion der CDU – Entschließungen –

Drucksachen 16/2997 und 16/3062, Drucksachen 16/3066 bis 16/3071,
 Drucksachen 16/3076 bis 16/3079, Drucksachen 16/3083 bis 16/3087 -

# Anträge der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Entschließungen – – Drucksachen 16/3088 bis 16/3115 Drucksachen 16/3117 bis 16/3119

– Drucksachen 16/3088 bis 16/3115, Drucksachen 16/3117 bis 16/3119,	
Drucksachen 16/3121 bis 16/3124, Drucksache 16/3130 –	908

Beratung des Einzelplans 08 – Ministerium für Wirtschaft, Klimaschutz,	
Energie und Landesplanung	

Beratung des Einzelplans 03 – Ministerium des Innern, für Sport und	
Infrastruktur	3933

...tes Landesgesetz zur Änderung der Gemeindeordnung Gesetzentwurf der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 16/2382 –

**Zweite Beratung** 

dazu: Beschlussempfehlung des Innenausschusses  - Drucksache 16/3038	. 3933
Die zweite Beratung wird bis zur 62. Plenarsitzung am 13. Dezember 2013 unterbrochen	. 3957
tes Landesgesetz zur Änderung des Polizei- und Ordnungsbehördengesetzes Gesetzentwurf der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksachen 16/2506/2697 – Zweite Beratung	
dazu: Beschlussempfehlung des Innenausschusses - Drucksache 16/3039	. 3933
Die zweite Beratung wird bis zur 62. Plenarsitzung am 13. Dezember 2013 unterbrochen	. 3957
Beratung des Einzelplans 09 – Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur	. 3957
Beratung des Einzelplans 14 – Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft, Ernährung, Weinbau und Forsten	. 3974
Beratung des Einzelplans 06 – Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie	. 3993
Beratung des Einzelplans 07 – Ministerium für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen	. 4008
Beratung des Einzelplans 10 – Rechnungshof	. 4021
Beratung des Einzelplans 04 – Ministerium der Finanzen	. 4022
Beratung des Einzelplans 12 – Hochbaumaßnahmen und Wohnungsbauförderung	. 4022
Beratung des Einzelplans 20 – Allgemeine Finanzen	. 4022
tes Landesgesetz zur Änderung des Ministergesetzes Gesetzentwurf der Fraktionen der SPD, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 16/2817 – Zweite Beratung	
dazu: Beschlussempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses  – Drucksache 16/3040 –	. 4022
Die zweite Beratung wird bis zur 62. Plenarsitzung am 13. Dezember 2013 unterbrochen	. 4034

Landesgesetz zur Verbesserung der	Haushaltssteuerung
Gesetzentwurf der Landesregierung	

Drucksache 16/2918 –

Zweite	Beratung
--------	----------

dazu: Beschlussempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses	
- Drucksache 16/3041	4022
Die zweite Beratung wird bis zur 62. Plenarsitzung am 13. Dezember 2013 unterbrochen	4034

### Am Regierungstisch:

Ministerpräsidentin Frau Malu Dreyer; die Staatsminister Frau Doris Ahnen, Frau Irene Alt, Frau Margit Conrad, Jochen Hartloff, Frau Ulrike Höfken, Dr. Carsten Kühl, Frau Eveline Lemke, Roger Lewentz, Alexander Schweitzer.

### Entschuldigt fehlten:

Der Abgeordnete Thomas Günther; Staatssekretärin Jacqueline Kraege.

### Rednerverzeichnis:

Abg. Baldauf, CDU:
Abg. Billen, CDU: 3991
Abg. Bracht, CDU:
Abg. Brandl, CDU:
Abg. Dötsch, CDU:
Abg. Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: 3921, 3924
Abg. Dr. Dr. Schmidt, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: 3998, 4007
Abg. Dr. Konrad, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: 4001, 4016
Abg. Dr. Mittrücker, CDU:
Abg. Frau Anklam-Trapp, SPD:
Abg. Frau Beilstein, CDU: 3941, 3943
Abg. Frau Blatzheim-Roegler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Abg. Frau Brück, SPD:
Abg. Frau Dickes, CDU:
Abg. Frau Dr. Ganster, CDU: 4013, 4018
Abg. Frau Dr. Machalet, SPD: 3965, 4000
Abg. Frau Elsner, SPD:
Abg. Frau Hayn, CDU:
Abg. Frau Huth-Haage, CDU: 4008
Abg. Frau Klöckner, CDU:
Abg. Frau Kohnle-Gros, CDU: 4022
Abg. Frau Nabinger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Abg. Frau Neuhof, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Abg. Frau Ratter, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Abg. Frau Raue, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Abg. Frau Sahler-Fesel, SPD: 4010
Abg. Frau Schäfer, CDU:
Abg. Frau Schellhammer, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Abg. Frau Schmitt, SPD:
Abg. Frau Schneider, CDU:
Abg. Frau Spiegel, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Abg. Frau Thelen, CDU:
Abg. Frau Wieland, CDU:
Abg. Geis, SPD:
Abg. Guth, SPD:
Abg. Hartenfels, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Abg. Heinisch, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Abg. Hürter, SPD:
Abg. Hüttner, SPD:
Abg. Johnen, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Abg. Köbler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Abg. Lammert, CDU:
Abg. Licht, CDU:
Abg. Noss, SPD:
Abg. Oster, SPD:

Abg. Schmitt, CDU:	3975, 3986, 3	3987
Abg. Schreiner, CDU:	3915, 4	4023
Abg. Seekatz, CDU:	3	3933
Abg. Steinbach, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:	3914, 3916, 4	4028
Abg. Wansch, SPD:		
Abg. Wehner, SPD:	🤇	3978
Dr. Kühl, Minister der Finanzen:		
Frau Ahnen, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur:	3	3971
Frau Alt, Ministerin für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen:	4019, 4	4020
Frau Höfken, Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft, Ernährung, Weinbau und Forsten:	3987, 3	3991
Frau Lemke, Ministerin für Wirtschaft, Klimaschutz, Energie und Landesplanung:		
Lewentz, Minister des Innern, für Sport und Infrastruktur:	3	3952
Schweitzer, Minister für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie:		
Präsident Mertes: 3908, 3910		
	1, 3924, 4031, 4	4034
Vizepräsident Dr. Braun:	1, 3932, 3933, 3	3936
Vizepräsident Schnabel:		
400		
Vizepräsidentin Frau Klamm:		
	4, 3978, 3980, 4	4015
	8, 4019, 4020, 4	4021
	4022, 4	4023

## 61. Plenarsitzung des Landtags Rheinland-Pfalz am 12. Dezember 2013

Die Sitzung wird um 09:29 Uhr vom Präsidenten des Landtags eröffnet.

#### **Präsident Mertes:**

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich darf Sie herzlich zur 61. Plenarsitzung begrüßen. In der Sitzungsleitung werden mich Frau Simon und Herr Wäschenbach unterstützen. Entschuldigt sind Herr Kollege Günther und Frau Staatssekretärin Kraege, die an einer Konferenz teilnimmt.

Geburtstage haben wir heute keine.

Wir begrüßen Gäste im Landtag, und zwar den Liederkranz Oppau aus Ludwigshafen. Herzlich willkommen!

(Beifall im Hause)

Außerdem begrüße ich Verfassungsrichter des Verfassungs- und Oberverwaltungsgerichtes Koblenz sowie ukrainische Richter. Herzlich willkommen im Landtag zu Mainz!

(Beifall im Hause)

Ich rufe Punkt 5 der Tagesordnung auf:

### Landeshaushaltsgesetz 2014/2015 (LHG 2014/2015) Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 16/2750 –
 Zweite Beratung

#### dazu:

### Finanzplan des Landes Rheinland-Pfalz für die Jahre 2013 bis 2018 Unterrichtung durch den Präsidenten des Landtags

- Drucksache 16/2772, Vorlage 16/3002 -

### Beschlussempfehlung des Haushaltsund Finanzausschusses

- Drucksache 16/3000 -

### Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses

- Drucksache 16/3001 -

### Änderungsantrag der Fraktion der CDU

- Drucksache 16/3058 -

## Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

- Drucksache 16/3133 -

## Anträge der Fraktion der CDU – Entschließungen –

Drucksachen 16/2997 und 16/3062,
 Drucksachen 16/3066 bis 16/3071,
 Drucksachen 16/3076 bis 16/3079,
 Drucksachen 16/3083 bis 16/3087 –

### Anträge der Fraktionen der SPD und BÜND-NIS 90/DIE GRÜNEN – Entschließungen –

Drucksachen 16/3088 bis 16/3115,
 Drucksachen 16/3117 bis 16/3119,
 Drucksachen 16/3121 bis 16/3124,
 Drucksache 16/3130 -

Ich rufe nun auf:

### Beratung des Einzelplans 08 – Ministerium für Wirtschaft, Klimaschutz, Energie und Landesplanung

Die Grundredezeit je Fraktion beträgt 20 Minuten. Ich erteile Herrn Baldauf das Wort.

### Abg. Baldauf, CDU:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Wirtschaft unseres Landes ist leistungsfähig, obwohl Wirtschaftspolitik der Landesregierung nicht stattfindet. In diesem Haushalt debattieren wir fast ausschließlich über Energiefragen.

(Pörksen, SPD: Das hätte heute so ein schöner Tag werden können!)

- Entscheidende Themen fehlen, Herr Pörksen.

Meine Damen und Herren, die Wirtschaft floriert. Das ist wahr. Es gab noch nie seit der Wende 1990 so viele sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze. Es gab noch nie so hohe Steuereinnahmen in Höhe von zu erwartenden 700 Milliarden Euro. Die Jugendarbeitslosigkeit war noch nie so gering im Verhältnis zu Europa.

(Zuruf des Abg. Pörksen, SPD)

– Herr Pörksen, Sie nehmen mir es vorweg. Das ist alles zunächst einmal Verdienst unserer Unternehmer, unserer Arbeitnehmer, unserer Mittelständler, der Gewerkschaften, der Leistungsträger, vieler anderer und auch das Verdienst von Gerhard Schröder mit der Agenda 2010 und von Angela Merkel in den letzten sieben Jahren in diesem Land.

(Beifall der CDU – Zurufe von der SPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wie sieht es in Rheinland-Pfalz aus? Wir haben eine Halbzeitbilanz gehabt. Die Wirtschaft beschwert sich. Die Wirtschaftspolitik sollte eigentlich ein Rückgrat sein. Im Koalitionsvertrag steht es an erster Stelle. In Rheinland-Pfalz taucht es in keiner Presseerklärung jeglicher Fraktion auf. Das Einzige, was auffällt, ist, es gibt ein Kompetenzgerangel beispielsweise bei der Einholung von Gutachten zum Hahn zwischen Frau Lemke und Herrn Lewentz. Da sollten Sie sich einmal einigen, wer zuständig ist.

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Staatsministers Lewentz)

Wir als Union stehen im Gegensatz zu Ihnen in einem engen Dialog mit den Kammern und Unternehmen. Wir vertreten auch die Interessen der Arbeitnehmer, nicht nur deshalb, weil wir in unserem Wirtschaftspapier erheblich darauf Wert gelegt haben. Ich werde nachher dazu noch kommen.

(Zuruf des Abg. Pörksen, SPD)

Ein Aspekt, den ich Ihnen nicht vorenthalten möchte, weil ich weiß, dass Sie nachher die Wirtschaftspolitik in hellsten Tönen loben werden, obwohl Sie als Land wenig dazu beigetragen haben, ist derjenige, dass nach wie vor 282.000 Auspendlern lediglich 149.000 Einpendler gegenüberstehen. Das heißt im Klartext, jeder zehnte Arbeitnehmer pendelt ein, aber jeder fünfte pendelt aus.

(Frau Kohnle-Gros, CDU: So ist es!)

Das kann nicht Sinn einer Wirtschaftspolitik der rheinland-pfälzischen Landesregierung sein.

(Beifall bei der CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir als Union haben in der Wirtschaftspolitik sechs Bausteine, die uns wichtig sind.

1. Eine starke Wirtschaft braucht eine verlässliche Steuerpolitik. 1 % mehr Wirtschaftswachstum bescheren uns mehr Steuereinnahmen als 1 % Steuererhöhungen. Das ist Fakt. Das Steuersystem und die Höhe der Steuerbelastungen sind wesentliche Rahmenbedingungen für eine erfolgreiche Wirtschaft.

Fast jede steuerrechtliche Maßnahme bedarf der Mitwirkung und der Zustimmung der Länder, also der Kompetenz, sofern sie vorhanden ist, auch in diesen Reihen.

(Zuruf des Abg. Pörksen, SPD)

Die Steuerpolitik ist deshalb auch Landespolitik. Ich sage ganz unmissverständlich und danke der SPD, die dem Koalitionsvertrag sicherlich zustimmen wird, Folgendes: Es darf in den nächsten Wochen, Monaten und Jahren keine weiteren Steuererhöhungen geben.

(Beifall bei der CDU)

2. Eine starke Wirtschaft braucht eine funktionierende und lückenlose Infrastruktur. Stillstand bei Ausbau und Sanierung bedeutet immer Rückschritt. Eine Infrastruktur ist immer Garant für einen starken Standort.

Die CDU bekennt sich ausdrücklich dazu, dass der vierspurige lückenlose Ausbau der B 10 vorangetrieben wird,

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

die zweite Rheinbrücke bei Wörth kommt,

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

der Lückenschluss der A 1 vorangetrieben wird, die Bahntrassen entsprechend entlastet werden und zu-

kunftsfeste private Betriebskonzepte am Hahn und in Zweibrücken vorgelegt werden.

(Ramsauer, SPD: Altrip haben Sie vergessen! – Zuruf des Staatsminister Lewentz)

 Herr Lewentz, diese Konzepte, die wirklich zukunftsführend sind, erwarte ich von Ihnen seit nunmehr drei Jahren. Das spricht für sich.

> (Vereinzelt Beifall bei der CDU – Staatsminister Lewentz: Wir bauen dauernd! – Ramsauer, SPD: Altrip haben Sie vergessen!)

 Herr Ramsauer, Altrip kommt wahrscheinlich dann, wenn wir beide nicht mehr im Landtag sind. Trotzdem kann man natürlich darüber nachdenken.

(Pörksen, SPD: Wollen Sie aufhören?)

3. Eine starke Wirtschaft braucht ein flächendeckendes schnelles Internet.

(Beifall der Abg. Frau Klöckner, CDU)

Deutschlandweit wollen die CDU/CSU und SPD bis 2018 Übertragungsraten von 50 Megabit pro Sekunde erreichen. Hätte Rheinland-Pfalz in den letzten Jahren dort eine Vorreiterstellung eingenommen, indem man einen Breitbandatlas aufgelegt oder die Mittel abgerufen hätte, die zur Verfügung gestellt wurden, wäre es heute nicht so, dass wir mit über das lahmste Internet verfügen, sondern jetzt schon in Rheinland-Pfalz schnelles Internet hätten.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

4. Eine starke Wirtschaft braucht – darauf wird nachher noch einmal ausführlich eingegangen – selbstverständlich eine ökologische, ökonomische und soziale Energiewende. Dazu gehört zunächst einmal, dass wir in Zukunft bezahlbare Energiepreise haben werden. Wir bekommen etwas mit, was bedenklich stimmt. Wenn sich eine große Firma wie die BASF überlegt, Produktionsketten wie die Ammoniakproduktion aus Deutschland abzuziehen, dann ist in diesem Staat etwas faul.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU – Zuruf von der SPD)

Deshalb bin ich sehr froh, dass in der Großen Koalition sowohl das EEG bis Sommer 2014 schnell verändert als auch dafür Sorge getragen werden soll, dass weiterhin energieintensive Unternehmen ihren Standortvorteil in Deutschland halten können, ohne an den Energiekosten zugrunde zu gehen.

(Beifall bei der CDU)

Zur Energie- und Wirtschaftspolitik gehört selbstverständlich auch die Versorgungssicherheit. Da sind wir im Übrigen in einem engen Schulterschluss mit Ministerpräsidentin Kraft, die sehr wohl erkannt hat, dass man auch an dieser Stelle ein klares Bekenntnis dazu abgeben muss, dass nicht allein Windkraft und Photovoltaik unseren Industriestandort nach vorne bringen werden,

sondern dass vielmehr ein Energiemix dazugehört. Dafür haben wir Frau Kraft Danke zu sagen. Herr Altmaier hat es angestoßen, Frau Kraft ist in die Kerbe gesprungen. Wir bedanken uns ganz herzlich dafür, ein guter Beginn für eine Große Koalition.

#### (Beifall bei der CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich möchte zitieren. "Die Energiewende wird nur dann bei Bürgern und Wirtschaft Akzeptanz finden, wenn Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit gewährleistet sowie industrielle Wertschöpfungsketten und Arbeitsplätze erhalten bleiben", so heißt es in der Koalitionsvereinbarung der Großen Koalition. Das sollte auch Maßstab für die Energiewende in Rheinland-Pfalz sein.

Wir hören aus der Landesregierung und von Koalitionsparteien immer Neues und sich widersprechende Äußerungen, ob es sinnvoll ist, das selbst gesetzte Ziel für die Energiewende in Rheinland-Pfalz weiterzuverfolgen oder zu korrigieren. Das Ziel 2030 stellen Sie, stellt Herr Hering infrage, und zwar zu Recht, wie ich meine. Die Wirtschaftsministerin ignoriert tatsächliche Gegebenheiten und träumt weiterhin von unrealistischen Zielen. So geht Wirtschaftspolitik nicht, meine Damen und Herren.

### (Beifall bei der CDU)

Selbstverständlich gehört auch im Energiebereich immer eine verlässliche Planung unter Einbeziehung der Planungsgemeinschaften, der Bürgerinnen und Bürger und der Naturschutzverbände dazu. Warum Sie dies mit Füßen treten, erschließt sich mir bis heute nicht. Kommen Sie endlich wieder auf den Pfad der Tugend zurück und akzeptieren Sie Bürgerwillen und sauber durchfinanzierte solide Umsetzungen.

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Dr. Braun, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

5. Wirtschaftspolitik ist immer auch Bildungspolitik. Dazu gehört die Frage des Fachkräftemangels und wie wir sie zu lösen haben. Wir müssen die Zuwanderung erleichtern. Wir dürfen niemanden links liegenlassen. Wir müssen Schwächere stärken und die MINT-Fächer verbessern. Wir müssen zentrale Abschlüsse einführen.

All dies sind Forderungen, die wir nicht erfinden, sondern die wir aus der Wirtschaft hören. Ich sage ganz bewusst, die CDU steht eindeutig und klar zum dualen Ausbildungssystem. Das ist die Basis und das Rückgrat unserer starken Wirtschaft.

#### (Beifall der CDU)

6. Forschung und Entwicklung sind ein ganz wichtiger Baustein im Bereich der Wirtschaftspolitik. Wer macht denn nachhaltig gute Gewinne? Das sind Unternehmen, die neue Produkte auf dem Stand der Technik entwickeln und herstellen, also Unternehmen, die sich an neue Technologien heranwagen, Unternehmen in gutem Kontakt mit Forschung und Wissenschaft. Da ist mehr drin in Rheinland-Pfalz. Die Landesregierung muss endlich aufhören, neue Entwicklungen in gute und böse

Technologien einzuteilen. Neue technologische Entwicklungen müssen nüchtern und verantwortlich geprüft werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es ist ein Unding, dass durch den Abzug von über 100 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus dem Limburgerhof die Pflanzenbiotechnologie in Rheinland-Pfalz keine Chance mehr hat. Das können wir nicht akzeptieren.

### (Beifall bei der CDU)

Ich kann nur an Sie appellieren, bringen Sie Forschung in den Mittelpunkt! Sorgen Sie dafür, dass bei der Nanotechnologie, beim Fracking und bei vielen anderen Dingen, die erst einmal zu erforschen sind, bevor sie mit einem Stempel zu versehen sind, diese Technologien sauber erforscht werden und, wenn Sie keinen Schaden für uns haben, auch entsprechend umgesetzt werden.

#### (Beifall bei der CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, zum Schluss für die erste Runde appelliere ich auch in diesem Hause ausdrücklich an die Landesregierung, wir werden in der Großen Koalition das Ziel der EU aus dem Lissaboner Vertrag, 3 % des Bruttoinlandprodukts für Forschung und Entwicklung einzusetzen, auf Bundesebene umsetzen. Das erwarten wir in Rheinland-Pfalz ganz genauso.

### (Beifall der CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich glaube – das ist auch ein Appell an Sie als Landesregierung, bei der ich immer mehr wahrnehme, dass Sie nicht mit einer Zunge reden, sondern Sie oft zunächst reden, bevor Sie darüber nachgedacht haben, dieser Eindruck stellt sich mir leider dar –, wir brauchen wirklich in diesem Land des Mittelstands und der großen Unternehmen einen wirtschaftlichen Optimismus. Lasst bitte den Unternehmern, den Mittelständlern, Luft zum Atmen!

Meine sehr geehrten Damen und Herren, grüne Politik macht man immer nur mit schwarzen Zahlen und bevormundet die Unternehmer nicht. Eine gute Wirtschaftspolitik sichert Wohlstand, sichert Arbeitsplätze, und sie ist die beste Sozialpolitik.

Herzlichen Dank.

(Beifall der CDU)

### **Präsident Mertes:**

Das Wort hat der Kollege Jens Guth.

### Abg. Guth, SPD:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

(Pörksen, SPD: Sag du doch jetzt einmal etwas zum Haushalt!)

#### - Ich komme noch zum Haushalt.

Ich habe dem Kollegen Baldauf zunächst einmal gut zugehört. Er hat die Punkte Steuerpolitik, Infrastruktur, Internet, Energie, Bildungspolitik mit Ausbildung sowie Forschung und Entwicklung angesprochen. Dann kam lange nichts. Lieber Kollege Baldauf, einen wesentlichen Punkt haben Sie vergessen. Das sind die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die zu diesem Wirtschaftswachstum und dieser Wirtschaftspolitik beitragen. Das wäre an erster Stelle zu nennen, wenn wir über Wirtschaftspolitik reden.

### (Beifall der SPD und bei dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Wir messen Wirtschaftspolitik nicht nur an Umsatz und Dividende, sondern wir messen Wirtschaftspolitik auch daran, wie Ausbildungsplätze gestaltet werden, wie Arbeitsplätze gestaltet werden, wie Löhne gezahlt werden. Auch das ist für uns der Maßstab von Wirtschaftspolitik, und nicht nur Umsatz und Dividende und die Punkte, die Sie aufgezählt haben.

### (Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Deshalb gilt unser ganz besonderer Respekt auch den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, die insbesondere im produzierenden Gewerbe tätig sind; denn wir müssen auch in Zukunft noch etwas in Deutschland produzieren. Wir sind in Rheinland-Pfalz Spitze bei der Bruttowertschöpfung von 26 %. Das ist ein Spitzenwert in Deutschland, aber auch Spitzenwert in Europa. Andere Länder beneiden uns, dass wir hier Wertschöpfung erzielen und bei dem produzierenden Gewerbe so stark sind. Deshalb an dieser Stelle ein ganz besonderer Respekt vor denjenigen, die in der Gießerei stehen, vor denjenigen, die an den Kalandermaschinen stehen und Folien produzieren und hier unter stärksten Herausforderungen wirklich hochwertige Güter in Deutschland produzieren. Herr Kollege Baldauf, das sei an dieser Stelle als Allererstes gesagt, wenn wir über Wirtschaftspolitik reden.

### (Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Wir haben zu dem Thema "Wirtschaftspolitik" auch einen Entschließungsantrag eingebracht. Ich bitte die CDU-Fraktion als Opposition um Zustimmung. Deshalb an dieser Stelle noch einmal ein ganz klares Bekenntnis zum Wirtschaftsstandort Rheinland-Pfalz, ein ganz klares Bekenntnis zum Mittelstand in unserem Land, ein ganz klares Bekenntnis zur Industrie und zum produzierenden Gewerbe und ein ganz klares Bekenntnis zum Handwerk mit seinen 250.000 Beschäftigten und 50.000 Betrieben in Rheinland-Pfalz. Diese Liste ließe sich fortsetzen, aber das sollte als Allererstes gesagt werden, wenn wir über Wirtschaftspolitik reden.

Nun komme ich zum Haushalt. Herr Kollege Baldauf, vielleicht kommt noch ein Beitrag von Ihnen. Ich denke, darauf müssen wir aber auch noch einmal näher eingehen. Im Haushalt bleibt die klassische Wirtschaftsförderung ein wichtiges Instrument der Wirtschaftspolitik in

Rheinland-Pfalz auch in diesem Doppelhaushalt. Mit der Regionalförderung (GRW) oder den EFRE-Mitteln stehen der Landesregierung zwei wichtige Förderinstrumente zur Verfügung. Sie werden genutzt und auch fortgeführt.

Die Mittelstandsförderung wird umstrukturiert und gemeinsam mit der ISB auf eine neue Basis gestellt; denn zinsgünstige Darlehen bekommt man im Moment auf dem freien Markt. Es braucht nicht mehr das Instrument der Mittelstandsförderung zu sein. Wichtig ist hierbei aber, dass die Haftungsfreistellung über andere Instrumente sichergestellt wird.

Herr Kollege Baldauf, es geht aber nicht nur um die klassische finanzielle Förderung aus dem Wirtschaftsministerium, sondern insbesondere auch um Beratungsund Unterstützungsleistungen sowie ein gutes Zusammenspiel aller Wirtschaftsakteure. Dass dies in Rheinland-Pfalz so ist, belegen die Zahlen und belegt das Erfolgsmodell.

## (Baldauf, CDU: Angela Merkel! – Pörksen, SPD: Och!)

– Wir vergleichen die Bundesländer. Lassen Sie uns die Bundesländer vergleichen. Rheinland-Pfalz ist in der Spitzengruppe der Bundesländer. Mit einer Exportquote von fast 55 % und einem starken Wirtschaftswachstum und einem gleichzeitigen deutlichen Rückgang der Arbeitslosigkeit ist Rheinland-Pfalz Spitze im bundesweiten Vergleich. Noch nie – Sie haben es auch ausgeführt – waren so viele Menschen in Beschäftigung wie in dieser Zeit. Das ist ein Riesenerfolg auch der Unternehmen, auch der Kammern, aber insbesondere auch der rheinland-pfälzischen Wirtschaftspolitik der letzten Jahre, auch unter Ministerin Lemke, liebe Kolleginnen und Kollegen.

### (Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Es ist auch ein Erfolg, dass die Betriebsräte, Personalräte und Gewerkschaften in den letzten Jahren so mitgestaltet haben. Ich will noch einmal an die Diskussion erinnern, die wir über die TBS, also die Technologieberatungsstelle des DGB, hier geführt haben. Der Kollege Licht - damals noch wirtschaftspolitischer Sprecher hat die TBS sozusagen an die Wand gestellt und angeprangert, es ginge hier um Bespitzelung und Sonstiges. Der DGB, die Gewerkschaften, die Betriebs- und Personalräte haben maßgeblich zum Erfolg der Überwindung dieser Wirtschaftskrise und Finanzkrise und dazu beigetragen, dass viele Arbeitsplätze in unserem Bundesland erhalten bleiben konnten und wir auf dem dritten Platz der Arbeitslosenstatistik sind. Dank an dieser Stelle auch an die Gewerkschaften, an die Betriebsräte und auch an die TBS.

### (Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb für uns noch einmal die klare Botschaft, wir stehen zum Industriestandort Rheinland-Pfalz mit seinen 250.000 Beschäftigten, aber auch für eine moderne, in die Zukunft gerichtete Industriepolitik, also nicht das Ausspielen der traditionellen Industriepolitik gegenüber

den neuen Technologien. Beides muss nebeneinander möglich sein.

Stichwort "Innovationsförderung und Cluster". Hier wurde in den letzten Jahren unheimlich viel erreicht. Auch hier geht es um Mittelstandsförderung. Regional verankerte Technologie- und Gründerzentren sowie vielfältige Innovationsförderprogramme unterstützen vor allem kleine und mittlere Unternehmen, aber auch junge technologieorientierte Unternehmen.

Darüber hinaus verfügt Rheinland-Pfalz über zahlreiche Cluster und Netzwerke, in denen Wirtschaft und Wissenschaft erfolgreich Hand in Hand arbeiten. Viele sind in den letzten Jahren durch unsere Wirtschaftspolitik erst entstanden. Herr Kollege Baldauf, das zeichnet Rheinland-Pfalz gegenüber den anderen Bundesländern aus. Frau Ministerin Lemke hat im letzten Wirtschaftsausschuss angekündigt, ein neues Cluster im Bereich der Umwelttechnik angehen zu wollen. Das ist der richtige Weg, Cluster zu bilden, Cluster zu nutzen und somit ein Stück weit Innovationsförderung weiter voranzutreiben.

Wir werden deshalb auch mit diesem Doppelhaushalt die Vernetzung von Wirtschaft und Wissenschaft in Clustern und Netzwerken weiter fördern, innovative Ideen, Technologiegründer und junge innovative Unternehmen weiterhin mit geeigneten Förderprogrammen und -instrumenten unterstützen, aber auch den Wissenstransfer zwischen Wissenschaft und kleinen sowie mittleren Unternehmen intensivieren.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, auch hier haben wir einen Entschließungsantrag vorgelegt, bei dem wir nachher herzlich um Ihre Zustimmung bitten. So erhalten und schaffen wir für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer solide Arbeitsplätze, eröffnen jungen Menschen durch eine gute Ausbildung Zukunftsperspektiven und sichern mit den entrichteten Steuern die notwendigen Einnahmen zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben.

Deshalb ist an dieser Stelle die Außenwirtschaftsförderung gerade für den Mittelstand derzeit und in den nächsten Jahren ein unverzichtbares Instrument. Daher ist der Haushaltsansatz, den Sie im Doppelhaushalt vorliegen haben, absolut gerechtfertigt.

Ich darf Sie auf die Broschüre "Wir öffnen Märkte 2014" des Wirtschaftsministeriums hinweisen. Die Exportquote von fast 55 % für unser Bundesland Rheinland-Pfalz kommt nicht vom Himmel gefallen, sondern ist ein wichtiger Indikator der Wirtschaftspolitik in Rheinland-Pfalz, die unterstützt durch das Wirtschaftsministerium entsprechende Erfolge verzeichnet.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich komme zum Handwerk. Auch hierzu haben Sie von uns einen Entschließungsantrag vorliegen, zu dem ich um Ihre Zustimmung bitte. Das Handwerk mit seinen 50.000 kleinen und mittelständischen Betrieben mit über 250.000 Beschäftigten ist ebenfalls eine tragende Säule der rheinland-pfälzischen Wirtschaft. Die Betriebe bieten ein differenziertes, breites und hochwertiges Angebot an Waren und Dienstleistungen an. Die zahlreichen Ausbildungsangebote für junge Menschen, die ausgeprägte Werteorientierung und die Stärkung des Binnenmarktes

sind nur einige der Argumente, die für eine Stärkung und weitere Förderung des Handwerks auch in diesem Haushalt sprechen.

Deshalb setzen wir auf das Handwerk; denn das Handwerk war und ist und wird auch in der Zukunft ein verlässlicher Partner in der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik sowie der Energiepolitik des Landes sein. Die Haushaltsansätze zur Förderung des Handwerks betreffen insbesondere die Bereiche überbetriebliche Lehrlingsunterweisung, Förderung des Baus beruflicher Bildungszentren sowie die Betriebs- und Exportberatung.

Insbesondere im Bereich der beruflichen Bildung, der den Kernbereich der den Handwerkskammern übertragenen Aufgaben bildet, leisten die Handwerkskammern in ihren überbetrieblichen Bildungszentren eine hervorragende Arbeit. Sie wissen, wir wollen diese Berufsbildungszentren weiter stärken und ausbauen und entsprechend finanziell unterstützen.

Wir unterstützen die Handwerkskammern in ihrem Bemühen, dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken. Da sind wir d'accord, Herr Kollege Baldauf. Das ist eine gemeinsame Aufgabe, die wir zu stemmen haben.

Wir unterstützen die Entwicklung neuer Berufsfelder im Handwerk, vor allem im Bereich der erneuerbaren Energien.

Das Handwerk ist für uns ein wichtiger Impulsgeber für nachhaltiges Wachstum und gute Beschäftigung sowie regionale Wertschöpfung.

Mit Blick auf die Uhr – mein Kollege Marcel Hürter wird noch auf den Energiebereich eingehen – lassen Sie mich noch ein Thema ansprechen. Das ist das Thema "Tourismus". Auch hierzu haben wir einen Entschließungsantrag vorgelegt, für den ich um Unterstützung werben will.

Der Tourismus in Rheinland-Pfalz hat sich in den vergangenen Jahren hervorragend entwickelt, aber er ist in manchen Regionen durchaus noch steigerungsfähig. Deshalb bleiben die Ansätze im vorgelegten Haushalt konstant. Trotz der Kürzungen in anderen Bereichen wollen wir hier auf einem stabilen Niveau bleiben; denn der Tourismus in Rheinland-Pfalz sichert Arbeitsplätze und ist ein wichtiger Wirtschaftsfaktor in unserem Land. Der touristische Umsatz liegt bei 7,3 Milliarden Euro pro Jahr. Schätzungsweise 190.000 Arbeitsplätze werden direkt und indirekt durch den Tourismus gesichert.

Im Gegensatz zur Schwarzmalerei durch Herrn Kollegen Baldauf ist Rheinland-Pfalz in Sachen Wirtschaftspolitik gut aufgestellt.

(Zuruf des Abg. Baldauf, CDU)

Die Industrie, die Wirtschaft ist optimistisch. Das Problem, die Herausforderung, die wir gemeinsam zu stemmen haben, ist, die Fachkräfte in dem Bereich zu sichern. Das ist die große Herausforderung.

(Baldauf, CDU: Das stimmt!)

Die Wirtschaft blickt optimistisch in die Zukunft, aber wir müssen die Fachkräfte für die nächsten Jahre sicherstellen. Auch hier wurde im Bereich der Bildungspolitik in Rheinland-Pfalz in den vergangenen Jahren viel getan. Die Lobeshymnen kommen beispielsweise aus Berlin, aber nicht aus der Regierungszentrale, sondern vom Zentralverband des Handwerks. Holger Schwannecke hat gesagt, Rheinland-Pfalz ist Spitze bei der Berufsorientierung, ist vorbildlich beim Zusammenwirken von Schulen und Beruf. – Herr Kollege Baldauf, deshalb lassen wir das Lob von Holger Schwannecke einfach so stehen. Ich meine, er ist nicht verdächtig, ein GRÜNER oder Roter zu sein,

(Baldauf, CDU: Ich könnte auch zehn andere nennen!)

aber seiner Meinung schließen wir uns gerne an.

Vielen Dank.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

#### **Präsident Mertes:**

Herr Kollege Steinbach, Sie haben das Wort.

(Baldauf, CDU: Ich habe mich für eine Kurzintervention gemeldet!)

- Ja, Entschuldigung. Die folgt dann im Anschluss.

(Abg. Steinbach, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, lässt Abg. Baldauf, CDU, den Vortritt)

 Das ist eine faire Geste. Sie haben jetzt das Wort für Ihre Kurzintervention. Wir hatten ein Sternchen hinter Ihren Namen gemacht, aber es ist dann doch übersehen worden. Herr Kollege Baldauf hat also das Wort für eine Kurzintervention.

### Abg. Baldauf, CDU:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Kollege Steinbach, herzlichen Dank, aber das beruht auf gegenseitiger Anerkennung. Daher hätte ich es umgekehrt genauso gemacht.

Ich möchte nur auf eines von Herrn Kollegen Guth eingehen, auch wenn es viel dazu zu sagen gäbe. Ich bin einmal gespannt, ob Sie, wenn Sie für die Arbeitnehmerinteressen so kämpfen, beim Personalvertretungsgesetz, das bald ansteht, den Vorschlägen Ihres Mitgliedes Muscheid folgen werden. Wir werden sehen, was da passiert. Das betrifft nämlich Ihre eigenen Arbeitnehmer. Wir werden sehen, ob Sie da auch so weit gehen oder ob Sie das wieder nur von den anderen fordern. Da bin ich sehr, sehr gespannt.

(Beifall der CDU)

Ich möchte Ihnen nur eines sagen. Lieber Kollege, auch Sie schätze ich – das wissen Sie –, aber es bringt nichts,

wenn man sich hier vorne hinstellt und die alten Seminarreihen der Gewerkschaften wieder aufrollt, in denen man mit Kampfeshymnen für die Arbeitnehmerinteressen bis zum Umfallen kämpft und man dann

(Frau Ebli, SPD: Ach, nein!)

 so ist es aber, Frau Ebli – auf der Bundesebene schlichtweg die Abschaffung der kalten Progression ablehnt, die genau dazu geführt hätte, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Niedriglohnsektor und im Geringverdienersektor davon einen Vorteil gehabt hätten, lieber Kollege. Sie hätten nämlich mehr Netto in der Tasche gehabt.

(Zuruf des Abg. Wansch, SPD)

Nachdem wir uns bald in einer Großen Koalition befinden, bitte ich Sie herzlich, darauf einzuwirken – ich habe das am Montag auf meiner Seite getan –, dass auch auf Ihrer Seite endlich die Einsicht kommt, dass dann, wenn Sie etwas für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer machen wollen, Sie die kalte Progression abschaffen müssen. Damit helfen Sie den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern.

(Beifall der CDU)

Zuletzt nur noch eines: Sie stehen zum Industriestandort Rheinland-Pfalz. Ja, das tun wir auch, aber im Gegensatz zu Ihnen bekommen wir keine Briefe vom Vorstandsvorsitzenden der BASF geschickt, in denen er sich bitterlich beschwert.

(Pörksen, SPD: Wo soll er die auch hinschicken?)

Das hat er jahrelang nicht gemacht. Das tut die BASF in der Regel nie. Ein großer Global Player, der größte Chemiekonzern der Welt mit über 35.000 Arbeitnehmern, beschwert sich über die Landesregierung und Frau Ministerpräsidentin Dreyer, die Arbeitsplätze gefährdet, weil sie die Nanotechnologie von vornherein verteufelt.

(Beifall der CDU)

Das ist keine Standortpolitik. Das ist keine Industriepolitik, sehr geehrter Herr Kollege Guth.

Vielen Dank.

(Beifall der CDU)

### Präsident Mertes:

Sie haben zur Entgegnung das Wort, Herr Kollege Guth.

Abg. Guth, SPD:

Herr Kollege Baldauf, wenn Sie den Niedriglohnsektor ansprechen, klingt das für mich wie Hohn. Sie sind einer derjenigen, der massiv gegen den Mindestlohn gekämpft hat

(Pörksen, SPD: Richtig!)

und sich jetzt dadurch profiliert, dass der ordentliche Mindestlohn – ich hoffe, dass wir das vorher hinbekommen – erst 2017 kommt. Ich meine aber, dass wir vorher 90 % beim Mindestlohn hinbekommen, aber die letzte Stufe erst 2017 einführen können. Da hätte ich mir ein bisschen mehr Entgegenkommen gewünscht.

Zweiter Punkt: Sie haben nach wie vor massiv dagegen gekämpft, dass wir bei der Zeit- und Leiharbeit Korrekturen vornehmen. Bei der Leiharbeit haben wir Korrekturen vorgenommen, aber bei der Zeitarbeit hätten wir gerne jungen Menschen eine Perspektive gegeben. 50 % der jungen Menschen erhalten nach Ausbildung im Beruf nur einen befristeten Zeitvertrag. Da hätten wir gerne Korrekturen vorgenommen, um den jungen Menschen eine dauerhafte Berufs- und somit Lebensperspektive zu geben. Das war mit Ihnen auch nicht möglich.

(Frau Klöckner, CDU: Das ist wie bei den Lehrern im Land!)

Wenn Sie die Gewerkschaften ansprechen, erkennen Sie bitte an, dass die Gewerkschaften und insbesondere die TBS ein maßgeblicher stabilisierender Faktor in der Wirtschaftskrise waren

(Baldauf, CDU: Im Gegensatz zur Landesregierung!)

und dass durch ein gutes Miteinander

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

viele Hundert Arbeitsplätze – in Rheinland-Pfalz spreche ich von 6.000 Arbeitsplätzen – nachhaltig gesichert wurden. Also bitte eine Verteufelung der Gewerkschaften nicht an dieser Stelle!

Vielen Dank.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

### Präsident Mertes:

Herr Kollege Steinbach, Sie haben das Wort.

### Abg. Steinbach, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das mit dem Vortritt habe ich gerne gemacht. Ich meine, das trägt zur Lebendigkeit der Debatte bei. Ich will gerne, auch wenn ich gar nicht angesprochen worden bin, ein wenig Bezug darauf nehmen, sehr geehrter Herr Baldauf.

Zwei Sachen habe ich mir aus Ihrem ersten Redebeitrag aufgeschrieben. Das eine ist, Sie betreiben Mythen- und Legendenbildung, wenn Sie zum Beispiel behaupten, dass das EEG insgesamt in Brüssel auf dem Prüfstand stehen würde. Wer hat denn dafür gesorgt, dass es in Brüssel unter beihilferechtlichen Aspekten geprüft wird?

Das waren Sie mit Ihrer Bundesregierung mit der Ausweitung der Ausnahmen von der EEG-Umlage. Sie tragen dafür die Verantwortung. Wenn Sie heute versuchen, uns zu erzählen, das sei alles ein rot-grünes ideologisches Gespinst gewesen, das da zur Debatte stünde, täuschen Sie die Leute, die Menschen draußen. Das trifft nicht zu.

## (Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Ich komme zum zweiten Punkt. Es ist schön, dass Sie das Thema "Wirtschaftspolitik" immer auch mit dem Thema "Steuerpolitik" verknüpfen. Ich habe es Ihnen gestern gesagt und werde es Ihnen heute noch einmal sagen.

Meine Damen und Herren, sehr geehrter Herr Baldauf, es entspricht nicht der Förderung von kleinen und mittleren Einkommen, von dieser Stelle aus die Abschaffung der kalten Progression einzufordern und zu bejammern, dass sie nicht käme, sich gleichzeitig gegen höhere Spitzensteuersteuersätze zu wenden und die ganzen sozialen Wohltaten, die Sie in Berlin so verbreiten, zulasten der Beitragszahlerinnen und Beitragszahler in der Rentenversicherung zu bezahlen.

## (Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt Beifall bei der SPD)

Das zahlen nicht nur die Arbeitnehmereinkommen, sondern auch die Arbeitgeber durch ihren höheren Beitragsanteil. Wenn Sie jetzt Mittelstands- und Wirtschaftstränen vergießen, erzählen Sie bitte auch immer dazu, dass Sie dafür Verantwortung tragen, dass die Beiträge in diesem Bereich nicht sinken. Das ist Ihre Verantwortung.

### (Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, das Leitmotiv der rot-grünen Wirtschaftspolitik für Rheinland-Pfalz ist die Nachhaltigkeit.

(Baldauf, CDU: Ja, das stimmt!)

Dabei hat der Begriff der Nachhaltigkeit auch dreihundert Jahre nach Hans Carl von Carlowitz, der ihn im Kontext der Forstwirtschaft entwickelt hat, nichts von seiner Aktualität verloren. Nach dem UN-Bericht von 1987 handelt es sich bei einer nachhaltigen Entwicklung um eine Entwicklung, "die den Bedürfnissen der heutigen Generation entspricht, ohne die Möglichkeiten künftiger Generationen zu gefährden, ihre eigenen Bedürfnisse zu befriedigen (...)." – Ich zitierte schon wieder ohne Erlaubnis des Präsidenten.

Dieses Prinzip spiegelt sich im Einzelplan 08 wider. Mit dem Sparkurs übernimmt die Landesregierung Verantwortung gegenüber kommenden Generationen. Gleichzeitig werden die Mittel im Einzelplan 08, dem Plan des Wirtschaftsministeriums, gebündelt und gezielt in eine ökologisch wie ökonomisch erfolgreiche Zukunft des Wirtschaftsstandorts Rheinland-Pfalz investiert. Dieser hat sowohl die gegenwärtigen als auch die zukünftigen Bedürfnisse im Blick.

Bereits heute ist Rheinland-Pfalz ein international wettbewerbsfähiger und äußerst erfolgreicher Wirtschaftsstandort. Das wurde von Ihnen, Herr Guth, auch nicht bestritten, sondern unterstrichen.

Die Arbeitslosenquote liegt auf dem drittniedrigsten Wert aller Bundesländer. Die Exportquote ist bundesweit eine der höchsten eines Flächenlandes. Die Zahl der Unternehmensinsolvenzen, also der Pleiten, ging in den ersten sechs Monaten des Jahres gegenüber dem ersten Halbjahr 2012 um 5,1 % zurück und erreichte damit einen historischen Tiefstand. Kurzum, das Land steht anscheinend glänzend da.

Doch wer sich auf seinen Lorbeeren ausruht, der trägt sie an der falschen Stelle. Damit das auch in Zukunft weiterhin so bleibt, sorgen wir im Wirtschaftsministerium für die notwendigen guten Rahmenbedingungen auch in der Zukunft. Gerade für kleine und mittlere Unternehmen werden wir die Wirtschaftsförderaktivitäten weiter zielgerichtet entwickeln.

Die Wirtschaftsförderung wird passgenau auf die Bedürfnisse der rheinland-pfälzischen Unternehmen zugeschnitten, und es wird durch eine Fortentwicklung der Förderpolitik stärker auf ein nachhaltiges, qualitatives und umweltverträgliches Wachstum gesetzt.

Im Rahmen der Innovations- und Technologiepolitik setzt das Land verstärkt auf die Verknüpfung von Forschung und Entwicklung und deren Anwendung in der betrieblichen Praxis.

Mein lieber Herr Baldauf, es ist richtig, wenn man sagt, wir müssen die Forschungs- und Entwicklungsausgaben intensivieren. Das Entscheidende ist, dass die Erkenntnisse aus der Forschung, der Entwicklung und der Innovation auch die Unternehmen erreichen. Gerade kleine und mittelständische Unternehmen – das ist die typische Struktur in Rheinland-Pfalz – haben hier einen besonderen Bedarf und werden deshalb besonders unterstützt.

Eine weitere wesentliche Aufgabe wird darin bestehen, die rheinland-pfälzischen Unternehmen bei der Sicherung ihres Bedarfs an Fachkräften zu unterstützen. Herr Kollege Guth hat vollkommen recht.

Dafür arbeitet das Land auch intensiv in ganz verschiedenen Formen mit den Wirtschaftsverbänden in Rheinland-Pfalz zusammen. Gerade das Handwerk leistet in Rheinland-Pfalz eine besonders hervorragende Arbeit in der Aus- und Weiterbildung und ist ein Garant für die Qualität der beruflichen Bildung im Land.

Damit dies so bleibt, unterstützt die Landesregierung beispielsweise weiterhin den Ausbau der überbetrieblichen Bildungszentren. Darum setzt sich die Landesregierung für den Erhalt der hohen Standards der beruflichen Bildung ein. Diese Unterstützung erkennen Sie auch im Haushalt.

Herr Baldauf, wenn Ihnen das mit den Standards im Handwerk so wichtig ist und Ihnen die duale Ausbildung so am Herzen liegt – daran möchte ich nicht zweifeln –, dann haben Sie heute die Chuzpe, unserem Antrag, den wir zum Handwerk eingebracht haben, zuzustimmen. Ich

glaube, er drückt das aus, was Sie auch mit unterstützen können. Bitte überlegen Sie sich das ernsthaft.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD – Zuruf des Abg. Brandl, CDU)

Neben dem Handwerk und den kleinen und mittleren Unternehmen ist Rheinland-Pfalz vor allen Dingen auch ein Standort für viele international erfolgreiche Unternehmen. Wir begrüßen das außerordentlich und erkennen die wichtige Bedeutung dieser Unternehmen für Arbeit und Wohlstand in unserem Land an. Ziel dieser Landesregierung und Ziel meiner Fraktion ist es, die bestehenden Strukturen zu stärken und gleichzeitig den Weg zu einer nachhaltigen Wirtschaft und zu einem ökologischen und technischen Fortschritt weiter zu ebnen

Zum Schluss möchte ich noch auf ein Anliegen eingehen, über das wir schon ziemlich lange diskutieren, und zwar hier, Herr Kollege Schreiner, in einem etwas kleineren Kreis. Mit der Erhöhung der Mittel für die Film- und Medienförderung haben wir einen wichtigen Schritt unternommen, Film- und Medienschaffende im Land stärker zu unterstützen.

Mit ihren idenditätsstiftenden und standortprofilierenden Effekten der Regionalentwicklung trägt die Film- und Medienwirtschaft zur positiven Prägung der öffentlichen Wahrnehmung des Bildes in Rheinland-Pfalz bei. Sie entfaltet gleichzeitig eine nicht unwesentliche wirtschaftspolitische Funktion.

Wir haben in diesem Haushalt Mittel für die Einrichtung einer vorbereitenden Struktur geschaffen und ebenfalls einen Entschließungsantrag dazu eingebracht, welche Zukunft wir in diesem Bereich anstreben. Wir halten dies für einen wichtigen und bedeutsamen Schritt. Wir wissen, dass wir damit noch nicht am Ziel angekommen sind. Aber ich glaube, wir machen uns auf den Weg. Ich würde mich freuen, wenn dieser Weg auch bei Ihnen, meine Damen und Herren von der CDU, Unterstützung finden würde, und bitte daher ausdrücklich um Prüfung der Zustimmung.

Herzlichen Dank.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

### **Präsident Mertes:**

Zu einer Kurzintervention erteile ich Herrn Kollegen Schreiner von der CDU-Fraktion das Wort.

### Abg. Schreiner, CDU:

Vielen Dank. Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin direkt von Herrn Kollegen Steinbach angesprochen worden. Es ist richtig, dass Frau Kollegin Machalet, Herr Steinbach und ich uns bemüht haben, die Filmförderung, die in diesem Land seit vielen Jahren immer wieder versucht wird zu reformieren, auf neue Füße zu stellen.

Sie richten in diesem Haushalt einen weiteren kleinen Baustein für die kulturelle Filmförderung ein. Es geht um die weitere stärkere Förderung von Abschlussarbeiten von Filmschaffenden.

Mit dem Haushaltsbegleitantrag – ich finde, das ist für einen weiterführenden Prozess ausgesprochen zielführend – wird versucht, ein – ich nenne es einmal so – Filmbüro einzurichten, also eine Stelle, die das im weiteren Prozess koordiniert.

Gleichwohl möchte ich für die CDU sagen, dass wir schon ein bisschen enttäuscht sind. Wir waren vor 6, 8 oder 10 Jahren so weit, dass wir schon über konkrete Förderrichtlinien für eine Produktionsförderung geredet haben. Wir hatten uns vor über einem Jahr auf den Weg gemacht zu versuchen, pünktlich für diesen Doppelhaushalt mehr zu tun, insbesondere Dinge, die insofern nachhaltig wirken, als es uns andere Bundesländer vormachen, nämlich dass man mit einer Produktionsförderung, wenn man die Fördergelder richtig in die Hand nimmt, an anderer Stelle Steuereinnahmen in so horrender Höhe generieren kann, dass sich das Vorhaben binnen fünf Jahren komplett amortisiert hat.

Davon kann man etwas lernen. Andere Bundesländer stehen nicht deshalb besser als Rheinland-Pfalz da, weil das gottgegeben ist, sondern weil sie kluge Weichen stellen.

### (Beifall bei der CDU)

Vielleicht ist es eines Tages so weit, dass wir eine Produktionsförderung bekommen und es schaffen können, mit den Steuergeldern, die wir für Kino und die digitale Medienförderung in die Hand nehmen, auch hier wieder einen volkswirtschaftlichen Nutzen zu generieren. Sie weisen in Zeiten knapper Kassen und der Schuldenbremse immer gern darauf hin. Wir wollen die vielen anderen Zuwendungsempfänger des Landes nicht kürzen, damit jetzt an der Stelle etwas getan werden kann, weil es nicht nötig ist, zumal es uns andere Länder vormachen, dass man haushaltsneutral eine Filmförderung darstellen kann. Im Gegenteil, das kann ein wichtiger Wirtschaftsfaktor für das Land werden. Wenn Sie so weit sind, dann haben Sie uns gerne an Ihrer Seite.

Vielen Dank.

(Beifall der CDU)

### **Präsident Mertes:**

Das Wort hat Herr Abgeordneter Steinbach von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

### Abg. Steinbach, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Mein lieber Herr Schreiner, ich muss Sie zuerst ein bisschen korrigieren. Wir möchten nicht die kulturelle Filmförderung fördern, sondern wir haben einen neuen Titel im Einzelplan 08 des Wirtschaftsministeriums geschaffen, der "Förderung der Kultur- und Kreativwirtschaft" heißt. Darin sind auch Maßnahmen zur Filmwirtschafts-

förderung enthalten. Diesen haben wir angehoben. Das ist das, was wir in unseren Änderungsanträgen vorgelegt haben. Diesem Antrag haben Sie übrigens im Haushalts- und Finanzausschuss nicht zugestimmt. Das ist das eine.

Das andere ist das, was Sie gemacht haben. Sie haben nämlich sowohl bei der kulturellen Filmförderung im Einzelplan 09 der Ministerin Doris Ahnen – mit dem Verweis übrigens auf andere Filmförderungen an anderer Stelle – als auch im Bereich der Kultur- und Kreativwirtschaft im Haus von Frau Lemke gekürzt. Das heißt, Sie haben an beiden Stellen gekürzt. Jetzt sagen Sie, Sie würden gern etwas machen, wenn wir ein gutes Konzept vorlegen.

Herr Schreiner, wenn Sie sagen, der Entschließungsantrag ist eine gute Grundlage, dann überlegen Sie sich noch einmal, wie Sie sich dazu stellen. Ich glaube auch, es ist besser, die ersten Schritte in die richtige Richtung zu unternehmen, als darüber zu reden, wie schön es sein könnte, wenn man am Ziel bereits angelangt wäre und wo man heute wäre, wenn man vor zehn Jahren angefangen hätte.

Da wir uns damals schon begegnet sind, hatten wir diese Erfahrung. Ich werbe ausdrücklich dafür zu sagen, dass wir uns heute auf den Weg machen, das Ziel fest in den Blick nehmen und dies gemeinsam tun und damit auch zum Ausdruck bringen, dass es gemeinschaftlich vom Landtag getragen wird und nicht nur von der regierungstragenden Fraktion, dass es nicht der Streit der Parteien, sondern die Frage des wohlüberlegten Konzepts ist. Das ist etwas anderes als zu sagen: Solange ihr uns kein abschließendes Konzept auf den Tisch gelegt habt, findet ihr unsere Zustimmung nicht. –

Herr Schreiner, überlegen Sie es sich doch noch einmal, auch im Sinne der Filmschaffenden.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

### Präsident Mertes:

Herr Kollege Brandl, Sie haben das Wort.

### Abg. Brandl, CDU:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich hoffe, Sie haben insbesondere dem ersten Teil der Rede des Kollegen Baldauf gut zugehört.

(Zuruf des Abg. Pörksen, SPD)

Er hat nämlich die Grundsätze guter und erfolgreicher Wirtschaftspolitik beschrieben. Es stellt sich nun die Frage, ob genau diese erfolgreiche Wirtschaftspolitik letztendlich auch hier in Rheinland-Pfalz umgesetzt wird.

Ist es der Landesregierung gelungen, in den letzten zweieinhalb Jahren eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik nicht nur anzukündigen, sondern letztendlich auch umzusetzen? Ist das, was Sie, Frau Lemke, hier vorleben und im Haushalt dann auch vorlegen, eine gute Wirtschaftspolitik?

(Köbler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ja!)

Frau Ministerin, ich erinnere daran, dass Sie mit großen Hoffnungen in dieses Amt gestartet sind. Die erste grüne Wirtschaftsministerin in einem Flächenland. Mit viel Elan und einem neuen Stil wollten Sie die Gespräche mit den Unternehmern suchen und waren optimistisch, dass Sie ihnen auch einiges mitgeben könnten.

Doch letztendlich haben Sie durchblicken lassen, dass Sie grundsätzlich ein Stück weit ein anderes Verständnis von Wirtschaftspolitik haben. Gerade das Infragestellen der Notwendigkeit von Wachstum hatte doch immer wieder für Stirnrunzeln bei der Wirtschaft gesorgt. Sie sind mit diesen hohen Ansprüchen gestartet, und heute dürfen wir analysieren, was Sie bewegt haben, was Sie die nächsten beiden Jahre noch bewegen wollen.

Zunächst will ich atmosphärisch einsteigen. Sie behaupten, dass Sie regelmäßig mit der Wirtschaft in Gesprächen sind. Das nehme ich Ihnen unumwunden ab. Das Problem dabei ist jedoch, dass Sie die Unternehmer nicht erreichen.

### (Beifall der CDU)

Sie wissen, das ist nicht einfach dahergesagt. Wir kennen doch alle die Pressemitteilungen und die Statements der Verbände, und wir wissen auch alle, dass das nur die Spitze des Eisbergs ist. Unter der Oberfläche brodelt noch ein ganz großes Problem.

Nicht ohne Grund sind die Ministerpräsidentin, der Sozialminister und auch Teile der SPD immer wieder unterwegs, um die Lücken zu füllen und andere Botschaften zu setzen. Das führt mittlerweile allerdings schon dazu, dass es nicht mehr klar ist, wer eigentlich der wirkliche Ansprechpartner für die Wirtschaft ist.

#### (Beifall der CDU)

Meine Damen und Herren, ich will mich an der Stelle wiederholen; ich habe es hier schon einmal gesagt: Wir brauchen eine klare Stimme der Wirtschaft am Kabinettstisch.

### (Beifall der CDU)

Die Wirtschaft braucht einen Fürsprecher, der sich für ihre Interessen einsetzt, nicht nur im eigenen Ressort, sondern im ganzen Kabinett. Dazu gehört auch – wie es Kollege Baldauf ausgeführt hat –, sich einmal in die Bildungspolitik einzumischen, wenn die Unterrichtsversorgung schlechter wird, oder eine mahnende Stimme zu sein, wenn die Regierung wieder einmal Steuererhöhungen fordert.

Stattdessen – da war auch die Eingangsbemerkung des Kollegen Guth symptomatisch, der noch einmal ganz zentral auf die Arbeitnehmerinteressen abgehoben hat – muss sich unser Sozialminister, der große Kämpfer für den Mindestlohn, der von seiner Überzeugung, von seinen Aufgaben und von seiner Nähe zu den Gewerk-

schaften eher links verortet ist, zum Fürsprecher der Wirtschaft machen. Das ist fast schon paradox.

(Beifall der CDU)

Meine Damen und Herren, nun genug der Vergangenheit. Ich will Ihnen einen Ausblick geben, wie dieser Haushalt die nächsten zwei Jahre die Wirtschaftspolitik ein Stück weit bestimmen wird.

Frau Lemke, Sie verfügen über einen Haushalt von rund 185 Millionen Euro. Das einst so starke und wichtige Wirtschaftsministerium hat in den letzten Jahren immer mehr an Bedeutung verloren. Zunächst wurden die Kompetenzen für die ISB abgegeben, Teile der Forschungs- und Innovationsförderung wanderten ins Bildungsministerium, und zu guter Letzt ging auch noch das Verkehrsressort verloren.

Was bleiben soll, sind neben der Energie und den Klimaschutzbereichen die letzten Kernbereiche der Wirtschaftspolitik, die klassische Wirtschaftsförderung. Dabei geht es um Innovationsförderung, um Tourismus, um Mittelstandsförderung und um Dutzende Millionen Euro an EFRE-Fördermitteln aus Europa, die entsprechenden Vorgaben, die helfen sollen, den Wirtschaftsstandort Rheinland-Pfalz zu gestalten.

Die zentrale Frage ist nun: Was lässt sich aus diesem Haushalt an den einzelnen Positionen immer deutlicher in dieser Richtung ablesen? Gerade die wirtschaftlichen Kernkompetenzen werden unter Ihrer Regie immer weiter zurückgefahren. Sie betonen immer wieder, dass es vor allem die Forschungs- und Innovationspolitik ist – Kollege Guth hat es auch noch einmal gesagt –, die hilft, unseren Standort zu stärken.

Ich stimme Ihnen ausdrücklich zu, aber wenn wir international wettbewerbsfähig bleiben wollen – das müssen wir aufgrund unserer hohen Exportquote –, dann müssen wir doch genau diese Kernbereiche stärken.

### (Beifall bei der CDU)

Doch was passiert stattdessen? Genau diese Fördermittel werden in diesem Doppelhaushalt gekürzt. Es gibt Kürzungen beim Meister-BAföG. Es gibt Kürzungen bei der Innovationsförderung für private Unternehmen. Es gibt erhebliche Kürzungen bei der Mittelstandsförderung. Das Mittelstandsförderprogramm soll sogar mittelfristig ganz entfallen. Auch die von Ihnen im Haushaltsbegleitantrag noch so hoch gelobte Förderung der überbetrieblichen Bildungsstätten, Herr Guth, wird nicht erhöht, sondern im Vergleich zu 2012 sogar um 180.000 Euro gekürzt.

Wir finden es letztendlich falsch, dass ohne große Not diese zentralen Steuerungsinstrumente für die Wirtschaftsförderung zunehmend als Sparpotenzial entdeckt werden.

#### (Beifall der CDU)

Meine Damen und Herren – Kollege Steinbach hat es schon angerissen –, ich will mich an der Stelle nicht dafür verkämpfen, dass wir das Mittelstands-

förderprogramm 1: 1 weiterlaufen lassen. Wir sehen durchaus die mangelnden Fördermöglichkeiten eines Zinszuschusses in der aktuellen Niedrigzinsphase.

Aber warum gleich ein hoch flexibles Instrument aus den Händen geben? Warum lassen Sie sich die Kompetenz aus dem Wirtschaftsministerium wiederum entziehen? Es muss doch auch in Ihrem Interesse sein, dass diese Mittel umgeschichtet werden und ein Wirtschaftsministerium auch weiterhin flexibel fördern und agieren kann.

### (Beifall bei der CDU)

Dazu muss aus unserer Sicht das Wirtschaftsministerium selbst anfangen, ein Stück weit innovativer zu agieren. Wir brauchen neue Ansätze und neue Ideen, um eine zweite Säule der Mittelstandsförderung aufzubauen

### (Zuruf des Abg. Pörksen, SPD)

ein neues Förder- und Anreizprogramm, das eine Kultur der Existenzgründung entstehen lässt, das eine Innovationskultur gerade in kleineren und mittleren Unternehmen schafft, eine Kultur der Verbindung zwischen Wissenschaft und Innovationen des Mittelstands.

### (Beifall der CDU)

Diese neue Mittelstandsförderung muss es ermöglichen, auch kleinere Förderbeträge in Aussicht zu stellen und unbürokratisch kompetente Unterstützung anbieten zu können. Die alleinige Abbildung des Wirtschaftsförderprogramms über die ISB halten wir grundsätzlich für nicht ausreichend.

Ich will den Regierungsfraktionen auch gar nicht absprechen, dass sie nicht ebenfalls ähnliche Ziele verfolgen. Ihr Begleitantrag lässt diese Ziele durchaus erkennen, aber die Kürzungen, die Sie dem entgegengesetzt im Haushalt letztendlich absegnen werden, sprechen eine andere Sprache. Deshalb haben wir andere Deckblätter eingebracht, die die richtigen Schwerpunkte setzen.

### (Beifall der CDU)

Meine Damen und Herren, ein zweites Thema will ich noch einmal ansprechen. Es geht um das Thema "Fachkräftesicherung in Rheinland-Pfalz". Herr Guth, Sie haben es auch schon sehr gut dargestellt, aber ich habe es zur Vorbereitung der heutigen Sitzung noch einmal nachgelesen. Zu Beginn der Legislaturperiode, Frau Lemke, haben Sie die Bekämpfung des Fachkräftemangels als eines Ihrer zentralen politischen Ziele in den Mittelpunkt gerückt.

Doch was lesen wir nun im Haushalt? Die Maßnahmen der Aus- und Weiterbildung vor dem Hintergrund der Fachkräftesicherung – das ist der Name des Titels – werden von Ihnen um 25 % und konkret um 318.000 Euro gekürzt. Auf der einen Seite sagen Sie, wir wollen etwas für die Fachkräftesicherung tun, auf der anderen Seite kürzen Sie diesen Titel um 25 %. Konsolidierungspotenzial heißt das dann. Im Gegenzug schaffen Sie Werbemaßnahmen für die Fachkräftesicherung, einen neuen Titel von 80.000 Euro. Ich frage mich: Wie passt

das zusammen? – Auf der einen Seite machen Sie Werbung, indem Sie sagen, dass Sie etwas tun müssen – das ist auch richtig –, aber auf der anderen Seite sagen Sie: Das Geld, um irgendetwas zu tun, sparen wir lieber ein. Das haben wir nicht mehr.

### (Zuruf des Abg. Baldauf, CDU)

Das passt nicht zusammen; das ist an der Stelle absolut nicht durchdacht.

### (Beifall der CDU)

Meine Damen und Herren, wichtig in diesem Zusammenhang ist – das sage ich immer wieder gerne –, der Fachkräftemangel ist ein drängendes Problem. Ich mahne noch einmal die dringende Etablierung einer übergreifenden Strategie gegen den Fachkräftemangel an. Es wird wirklich Zeit, dass wir uns ganz intensiv mit diesem Thema auseinandersetzen.

Nun will ich noch ein paar Worte zum Energieressort verlieren.

Frau Lemke, man sollte eigentlich meinen, dass zumindest bei Ihrem Leib- und Magenthema "Energiewende" ein gutes Bild abgegeben wird und der Haushalt an der Stelle durchdacht ist.

Ich möchte an der Stelle, um Herrn Köbler eine Replik zu geben, eines vorwegnehmen.

Herr Köbler, an der Einstellung der CDU zur Energiewende hat sich überhaupt nichts geändert. Wir stehen zur Energiewende und zum Ausstieg aus der Atomenergie

### (Beifall der CDU)

Herr Norbert Mittrücker wird Ihnen im Anschluss noch einmal unsere Lösungswege vorstellen, transparent, in kleinen Schritten und vor allem nachprüfbar und nachsteuerbar. Das ist unser Weg zur Energiewende in Rheinland-Pfalz.

### (Beifall bei der CDU)

Frau Lemke, auch im Energieressort sind Sie mit hohen Erwartungen gestartet und wollten regenerative Energieprojekte, große Investitionen mit Zuschüssen anschieben. Ein Innovationssprung für Rheinland-Pfalz sollte es werden. Grüne Vorzeigetechnologie als Exportschlager. Was mussten Sie aber schon ein halbes Jahr nach Genehmigung des Haushalts erkennen?

Keiner wollte das Geld haben. Die Mittel fließen nicht ab. Fast 9 Millionen Euro Investitionszuschüsse für private und öffentliche Unternehmen, für private und öffentliche Haushalte, und Sie bringen die Gelder nicht an den Mann.

#### (Beifall bei der CDU)

Ich darf feststellen, Ihr Energiehaushalt 2012/2013 ist schon nach wenigen Monaten gescheitert gewesen. Sie hatten im Haushalt auf das falsche Pferd gesetzt, weil die Unternehmen sich mit Zuschüssen nicht an unrentablen Projekten beteiligen wollten.

### (Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Nun sollte man meinen, das ist vielleicht gar nicht so schlimm, wenn wir keine konkrete Wertschöpfung beteiligen können, dann bauen wir den Haushalt ein halbes Jahr nach Genehmigung durch das Parlament so um, wie wir es wollen. Es gibt einen tollen Titel im Haushalt, der "Maßnahmen zur Stärkung des Bewusstseins für nachhaltigen und effizienten Energieeinsatz" heißt. Spötter sagen, bewusstseinserweiternde Maßnahmen.

### (Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Statt der geplanten 500.000 Euro fließen 4 Millionen Euro in diesen Titel für Maßnahmen zur Bewusstseinssteigerung.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen. Statt an Unternehmen, Private oder Kommunen fließt nun der allergrößte Teil des Geldes an Organisationen, die helfen, die Energiewende im Land zu kommunizieren oder – anders gesagt – die Werbung für die Energiewende à la Eveline Lemke machen.

### (Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Ihre Idee dabei, man schafft eine eigene Behörde, womit man vollen Zugriff hat. Das ist die neue Landesenergieagentur. Hier können 65 Mitarbeiter in das ganze Land ausschwärmen und viel Positives über Ihre Energiewende erzählen. An der Stelle verwechseln sie aber nun Ursache und Wirkung. Die Menschen sind nicht skeptisch, weil zu wenige Energieberater oder Energieagenturen im Land unterwegs waren, sondern weil ihnen Ihre Politik nicht transparent genug erschien.

### (Beifall bei der CDU)

Ich meine, vielleicht sind die Menschen auch nur skeptisch, weil Herr Christian Baldauf mit der CDU alle Bürgerinitiativen unterwandert hat. Das will ich jetzt doch nicht allzu hochhängen.

### (Zurufe aus dem Hause)

### - Nein, ich sage es Ihnen.

Die Menschen wurden skeptisch, weil Ihre Windkraftausbaupläne nicht nachvollziehbar sind, weil die Menschen die Zielkonflikte zwischen Naturschutz und Klimaschutz nicht eindeutig zugunsten der Energiewende lösen wie Sie. Die Menschen wurden skeptisch, weil sie die Ausbauziele dieser Landesregierung nicht nachvollziehen können.

### (Beifall der Abg. Frau Klöckner, CDU)

Herr Hering zieht mittlerweile auch in Zweifel, diese Ziele zu realisieren.

Frau Ministerin, Sie leugnen gar das Stromexportziel aus dem Koalitionsvertrag.

Ich sage Ihnen, da hilft auch keine neue Behörde, die sage und schreibe 7,35 Millionen Euro kostet. Statt diese Dienstleistungen dem Markt zu überlassen, werden Parallelstrukturen geschaffen. Um die Konkurrenzsituation allerdings nicht zu groß werden zu lassen, darf diese neue Behörde noch nicht einmal das Kerngeschäft übernehmen. Sie darf nämlich gar keine Energieberatung machen.

### (Beifall bei der CDU)

Wenn man sich das Selbstverständnis dieser neuen Behörde anschaut, sie bezeichnen sich – ich darf zitieren – als kompetente Botschafter und visionäre Ideengeber. – Weiter: Wir motivieren so jeden Einzelnen, das Zukunftsthema "Energiewende" mitzugestalten und davon zu profitieren. –

Das heißt, Sie haben für 7,35 Millionen Euro eine Behörde aus Botschaftern und Ideengebern geschaffen, die zur Teilnahme an der Energiewende motivieren soll. Das ist aus meiner Sicht wirklich ein Hammer.

## (Vereinzelt Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Baldauf, CDU)

Ich will es noch einmal kurz einordnen. Für die Schulsozialarbeit im Land gibt es 8 Millionen Euro, für den Neubau von Landesstraßen geben wir 7 Millionen Euro aus, für die Fachkräftegewinnung noch nicht einmal 3 Millionen Euro, und dann nehmen Sie sich das Recht heraus, eine Motivationsbehörde für 7,35 Millionen Euro zu schaffen. Das ist schon nahe am Realitätsverlust.

### (Beifall bei der CDU)

Ich will aber abschließend noch ein versöhnliches Wort in Richtung Energieagentur sagen. Ich glaube, nicht erwähnen zu brauchen, dass wir diese Form der Energieagentur vor dem Hintergrund des Schuldenhaushalts ablehnen.

Aber nichtsdestotrotz erkennen wir durchaus an, dass einzelne Aufgaben der Energieagentur ihre Berechtigung haben. Unsere Kritik wäre sicher nicht so scharf ausgefallen, wenn man zum Beispiel die Planungsgemeinschaften mit kompetenten Ansprechpartnern zur Beratung der Kommunen aufgewertet hätten;

(Frau Klöckner, CDU: Genau richtig! – Köbler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ihr wolltet die doch abschaffen!)

denn die Planungsgemeinschaften sind schon heute für viele Kommunen ein zentraler Ansprechpartner, wenn es um den Ausbau erneuerbarer Energien geht.

Vielen Dank.

(Beifall der CDU – Frau Klöckner, CDU: Sehr guter Mann!)

#### **Präsident Mertes:**

Herr Kollege Marcel Hürter hat das Wort.

### Abg. Hürter, SPD:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben dieses Jahr 300 Jahre Nachhaltigkeit mit vielen Veranstaltungen gefeiert, die die Bedeutung dieses Begriffs würdigen, die auch würdigen, wo und wie dieser Begriff entstanden ist.

Er ist aus Not und Mangel entstanden. Forstleute waren es, die das aufgegriffen haben, in Person Hans Carl von Carlowitz, die erkannt haben, dass man nur so viel nutzen kann, wie einem von der Natur nach und nach gegeben wird. Diese Definition der Nachhaltigkeit wurde dann nach und nach erweitert, insbesondere durch den Grundland-Report, in dem die Definition lautet, – –

Ich sehe ein bisschen Belustigung bei den GRÜNEN. Woran liegt das?

(Frau Klöckner, CDU: Das kann am Inhalt liegen!)

- Gut.

 – dass man die Bedürfnisse der aktuellen Generation nur so weit befriedigen darf, dass man die Chancen der Bedürfnisbefriedigung der künftigen Generation nicht riskiert. –

Ich glaube, dass das – wie dies Herr Kollege Steinbach gesagt hat – ein Leitmotiv dieser Koalition und der beiden Regierungsfraktionen ist. Dieses Leitmotiv ist in zwei Punkten konkretisiert, die die Energiepolitik betreffen.

#### (Unruhe im Hause)

Das eine ist der Ausstieg aus der Atomenergie. Das ist ein ganz wesentlicher Punkt, zu dem sich inzwischen nahezu alle Kräfte in Deutschland bekennen. Der andere Punkt ist das Zwei-Grad-Ziel, dass wir nur zwei Grad Klimaerwärmung zulassen wollen.

Ich glaube, dass diese Ziele auf der großen Ebene Operationalisierung darstellen, aber in Rheinland-Pfalz brauchen wir eine weitere Operationalisierung. Diese wurde im Koalitionsvertrag vorgenommen, auch in Entschließungsanträgen findet sie sich wieder, dass wir bis zum Jahr 2030 100 % unseres Strombedarfs aus erneuerbaren Energien decken möchten.

Von der CDU ist eben eine Aussage von Herrn Hering grob aus dem Zusammenhang gerissen worden. Ich will sie noch einmal in aller Deutlichkeit auf den Punkt bringen

Dieses Ziel besteht fort. Es ist weiterhin wünschenswert, erstrebenswert, aber wir leben nicht im luftleeren Raum. Wenn uns auf Bundesebene die Grundlage für dieses Ziel genommen wird, dann wird es ein Stück unwahrscheinlicher, dass wir dieses Ziel erreichen. Wir möchten es aber trotzdem weiter erreichen. Ich glaube, das ist der linken Seite dieses Hauses ein großes Anliegen.

Es wurde in der Vergangenheit und auch heute sehr viel Kritik an dem Landesentwicklungsprogramm IV geübt, wie es die Koalitionsfraktionen und die Landesregierung auf den Weg gebracht haben und unterstützen.

Diese Kritik geht nach meinem Empfinden zu weit, weil sie unsachlich und teilweise widersprüchlich ist.

Ich glaube, dass die Kommunen ein ganz wesentlicher Player im Bereich der Energiewende sind. Sie sind das nicht, weil sich SPD und GRÜNE das so ausgesucht haben, sondern aus der Historie heraus durch viele Stadtwerke, durch Kommunen, die schon seit Langem ihre Verantwortung im Bereich der Energieerzeugung und der -versorgung wahrnehmen. Diese Rolle wurde durch das LEP IV gestärkt.

Vor diesem Hintergrund finde ich es vollkommen deplatziert, genau diesen Kommunen, die ihrer Verantwortung gerecht werden und einen ganz wichtigen Beitrag in Sachen Ausbau der Erneuerbaren leisten, Geldgier, Ahnungslosigkeit oder Überforderung vorzuwerfen, so wie das gelegentlich geschieht. Das ist unredlich.

### (Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Dieser Vorwurf – um das klarzustellen – richtet sich nur an die CDU in diesem Haus; denn Ihre Kollegen vor Ort, Landräte, Bürgermeister und Ortsbürgermeister, gehen sehr verantwortungsvoll mit dem Thema um und leisten wichtige Beiträge, oftmals schon seit Jahren, aus Überzeugung. Wenn diese Überzeugung ein bisschen später gekommen ist, dann eben erst seit jetzt.

Ich glaube, dass das aus rheinland-pfälzischer Sicht genau das Richtige ist, dort, wo die Konflikte entstehen, wo Bürger sich einbringen können, die Konflikte aufzulösen und zu diskutieren; denn so schön dieses Haus ist, wir sind nicht dazu in der Lage, diese Planungsaufgabe hier am grünen Tisch in Mainz zu lösen, sondern sie muss vor Ort gelöst und diskutiert werden.

Das wird sie; denn Energieversorgung war immer strittig.

Ich kann viel aus dem Antrag der CDU teilen. Er enthält in Sachen Energiepolitik viel Richtiges.

(Beifall bei der CDU)

Auffällig ist aber das, was besonders stark betont oder was relativ schwach oder gar nicht angesprochen wird. Dazu kommt ein Vorwurf von meiner Seite, den müssen Sie sich jetzt anhören.

(Frau Klöckner, CDU: Au!)

Die Nachteile, die mit dem Ausbau der erneuerbaren Energien verbunden sind, betonen Sie sehr stark. Wenn ich mir vorstelle, wie die CDU in der Vergangenheit zu dem Thema "Kernenergie" gestanden hat und jetzt teilweise zu dem Thema "Braun- und Steinkohle" steht,

(Frau Klöckner, CDU: Wie die Frau Kraft in Nordrhein-Westfalen! – Zuruf des Abg. Schreiner, CDU) dann ist schon auffällig, dass dort die Zielkonflikte viel schwächer beschrieben, teilweise geleugnet oder gar nicht beschrieben werden.

(Zurufe von der CDU – Pörksen, SPD: Sie sollten besser zuhören und nicht dazwischenreden!)

Vor dem Hintergrund finde ich es unredlich, an die erneuerbaren Energien eine hohe Messlatte anzulegen, die redlich nicht zu nehmen ist, aber dann, wenn wir über die Alternative reden, wie in Zukunft eine vernünftige Energieversorgung aussieht, für Stein- und Braunkohle und andere Versorgungsformen viel niedrigere Maßstäbe anzulegen.

(Zurufe von der CDU – Unruhe im Hause – Glocke des Präsidenten)

#### Präsident Mertes:

Meine Damen und Herren, bitte lassen Sie den Redner reden. Manchmal wird hier interveniert, wenn ein Minister auf die andere Seite geht. Frau Kollegin, dann intervenieren Sie sofort und sagen, Sie hätten gern den Respekt aller, dann erbitte ich das jetzt auch von Ihnen.

(Frau Brede-Hoffmann, SPD: Oder sie hört auf zu reden!)

Ich habe nichts gegen Zwischenrufe, aber ich beobachte das jetzt die ganze Zeit und muss sagen, es ist gegenüber dem Kollegen Hürter sehr unfair, dauernd dazwischenzureden.

(Frau Elsner, SPD: Es ist unhöflich!)

Bitte schön.

#### Abq. Hürter, SPD:

Kein Problem, Herr Präsident. Ich kann damit umgehen, ich bin es auch nicht anders gewohnt von der CDU-Fraktion.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist das Problem, das ich an der Stelle habe, dass zweierlei Maß angelegt wird. Wenn wir über Energieversorgung reden, reden wir nicht über Wunschkonzerte, sondern über Alternativen.

Die Alternativen stellen sich in Deutschland ganz klar dar. Wir haben die Möglichkeit, die bisherigen Pfade weiterzugehen. Alle politischen Kräfte sagen, das wollten sie nicht. Diese bisherigen Pfade waren Kernenergie, Braunkohle und Steinkohle. Wir können uns bei allen Konflikten, die damit verbunden sind, aber auch für Erneuerbare entscheiden und dort eine vernünftige Energiewende gestalten.

Vor dem Hintergrund finde ich diese überzogene Kritik unangemessen. Ich finde es dann – Entschuldigung –

teilweise auch albern, wie einzelne Kollegen aus dem Haus ihr Herz für seltene Arten entdecken und auf einmal Experten für Gelbbauchunken und andere werden. Das ist nicht glaubwürdig.

Das wird auch von denjenigen, die Sie vor Ort erleben und mit denen Sie sich vermeintlich solidarisieren, nicht ernst genommen, weil es nicht von Herzen kommt, sondern einem politischen Kalkül entspringt.

Vor dem Hintergrund werbe ich für eine Energiewende aus einem Guss, für eine Energiewende, die sich ambitionierte Ziele setzt auch mit dem Risiko, dass diese Ziele vielleicht nicht zu 100 % eingehalten werden, weil wir nicht im luftleeren Raum leben und nicht alleine verantwortlich sind, sondern diese Verantwortung eine geteilte ist: europäische Ebene, Bundesebene, Landesebene und kommunale Ebene.

Ich kann nur noch einmal betonen, ich glaube, die Kommunen sind ein ganz wichtiger Player. Sie wollen wir stärken, auch durch das Gemeindewirtschaftsrecht.

Wir als Land leisten einen Beitrag dazu, dass diese Energiewende gelingt, weil uns dieses Thema "Nachhaltigkeit" wichtig ist und es darum geht, die künftige Generation in ihren Lebenschancen zu stärken.

Vielen Dank.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

#### **Präsident Mertes:**

Ich erteile Herrn Kollegen Dr. Braun das Wort.

### Abg. Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die CDU hat sich hier noch einmal bekannt. Herr Brandl hat gesagt, wir stehen zur Energiewende. Herr Brandl, das stimmt, aber leider stehen Sie meistens im Weg bei der Energiewende.

(Heiterkeit und Beifall bei BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN und SPD)

Es wäre schön, wenn Sie nicht nur dazu stehen würden, sondern auch einmal in Bewegung in Richtung auf die erneuerbaren Energien zukämen; denn Stillstand – das wissen Sie auch – nützt uns in dem Bereich gar nichts.

(Zuruf des Abg. Zehfuß, CDU)

Ich will noch eine kurze Replik auf Ihren sogenannten Wirtschaftsexperten Herrn Baldauf machen.

(Heiterkeit bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Er sagt hier, die BASF würde androhen, wegen der erneuerbaren Energien Produktionen nach Amerika zu verlegen, die USA sind für die Ammoniakproduktion angedacht worden.

Das liegt nicht an den erneuerbaren Energien, Herr Baldauf. Sie wissen ganz genau, dass die BASF überhaupt keine EEG-Umlage zahlt.

(Baldauf, CDU: Falsch! Stimmt nicht!)

– Fast keine zahlt, aber hauptsächlich Eigenstrom hat. – Die BASF argumentiert, sie wolle dieses Eigenstromprivileg behalten. Wenn Sie aufgepasst haben im Parlament, wissen Sie, dass wir gemeinsam einen Antrag verabschiedet haben – allerdings war der Antrag von uns, Sie haben zugestimmt, danke – und wir alle in diesem Parlament dafür sind, dass die BASF ihre Eigenstromprivilegien behalten kann, weil es eine effiziente Energieerzeugung ist und diese Energieerzeugung aus Gas in Kraft-Wärme-Koppelung mit 90 % Effizienz geht.

## (Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Das wollen wir natürlich unterstützen. Sie wissen aber ganz genau, dass auch die GRÜNEN und die SPD sagen, wir brauchen hauptsächlich, wenn wir die Energiewende richtig gestalten wollen, weiterhin Gaskraftwerke. Dagegen hat niemand etwas.

Ich möchte Ihre Diskussion um die Politik der SPD in Nordrhein-Westfalen aufgreifen. Natürlich hat Nordrhein-Westfalen andere Voraussetzungen und Bedingungen.

(Baldauf, CDU: Das ist auch Deutschland!)

Dort gibt es Braunkohlekraftwerke und Steinkohlekraftwerke. Das ist doch alles richtig. Jedes Land darf seine Politik machen.

Frau Klöckner, aber wir in Rheinland-Pfalz, auch wenn Sie dieses Bundesland vertreten wollen, haben keine Steinkohle-, keine Braunkohle- und keine Atomkraftwerke. Wir machen das nicht aus Spaß und Freude, sondern weil es eine Chance ist. Deswegen haben wir als Bundesland die große Chance der 100 % erneuerbaren Energien. Deswegen machen wir das.

Wir haben den Wandel quasi vor uns, während die anderen ihn erst noch einschlagen müssen. Wir haben derzeit die Chance, neu zu investieren. Deswegen unterscheidet sich Rheinland-Pfalz von Nordrhein-Westfalen, und deswegen ist es falsch, wenn Sie mit Nordrhein-Westfalen argumentieren, dass die Verantwortlichen es dort auch machen würden.

Wir sind Rheinland-Pfalz, wir haben Interessen. Wir haben Interesse, in Rheinland-Pfalz Arbeitsplätze und Innovationen zu schaffen. Es wäre schön, wenn die CDU uns darin unterstützen würde.

## (Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Eingehen möchte ich jetzt auf die Energieagentur. Man kann sich natürlich darüber streiten, was die Aufgaben der Energieagentur sind.

(Baldauf, CDU: Das ist schon schlimm genug, wenn man darüber streiten kann!)

Sie haben es genau nachgelesen, Herr Brandl. Es sind mannigfaltige Aufgaben, nicht nur die der Motivation, sondern auch die der Datensammlung und der Unterstützung von planbaren Ereignissen. Das fordern Sie doch immer, Sie wollen eine Planung haben, wie die Energiewende vorangeht. Dazu braucht man Menschen, die im Land informiert sind und uns die Daten entsprechend aufbereiten können. Das wird auch in der Energieagentur gemacht.

Was Sie hier beantragen, um jetzt auf Ihren Antrag zu kommen, ist, die Energieagentur auf null zu setzen. Sie selbst haben aber gesagt, es war sinnvoll, was die EffizienzOffensive Energie (EOR) gemacht hat. Es waren 20 Personen, die dort beschäftigt waren. Jetzt sind es mehr Personen, weil wir auch dezentrale Strukturen haben

Wenn Sie als CDU dann aber hier sagen, wir setzen die ganze Agentur auf null, das heißt keine Energieagentur, keine Beratung und keine Datenerhebung mehr in diesem Bereich, dann ist das etwas, was Sie gar nicht wollen, aber symbolisch nach vorn tragen, damit Sie Einsparungen nachweisen können, die Sie eigentlich gar nicht ernsthaft wollen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD – Pörksen, SPD: So ist es!)

Lassen Sie uns noch einmal über den Klimaschutz sprechen. Der Klimaschutz, den auch Sie wollen – so möchte ich es zumindest einmal interpretieren –, ist doch nur möglich, wenn wir einerseits erneuerbare Energien aufbauen, aber anderseits auch Einsparungen und Effizienz vorantreiben. Einsparungen und Effizienz wollen Sie nicht verordnen, und wir wollen sie auch nicht verordnen. Wir wollen stattdessen aufklären. Wir wollen aufklären, dass Einsparung innovativ ist, Arbeitsplätze schafft und für Firmen, Verbände und Kommunen tatsächlich etwas wert ist und zu mehr Wertschöpfung führt.

Meine Damen und Herren von der CDU, das ist das Thema, das wir vermitteln wollen: Wir wollen auf dem Wege der Aufklärung dorthin kommen, wo wir Geld verdienen und wo wir Wertschöpfung im Land haben. Ich kann es gar nicht oft genug betonen: Wenn wir Arbeitsplätze in Rheinland-Pfalz schaffen können, dann tragen Sie das doch mit, und reden Sie nicht dagegen.

## (Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Ich möchte noch einen Satz zum Gemeindewirtschaftsrecht sagen. Das Thema ist zwar auch im Haushalt des Ministeriums des Innern, für Sport und Infrastruktur mit enthalten, weil es die Angelegenheiten des Inneren betrifft, aber ich möchte das Thema dennoch an dieser Stelle ansprechen.

Wir haben beim Gemeindewirtschaftsrecht nun in diesem Parlament die Möglichkeit geschaffen – die CDU hat sich bisher in den Ausschüssen dazu enthalten; ich hoffe einmal, Sie stimmen dem heute im Plenum zu –, für Strukturen der Kommunen zu investieren. Wir haben von den Kommunen in der Anhörung gehört, dass alle

glücklich darüber sind – es gibt keinen, der nicht glücklich darüber ist –, dass endlich ein bürokratisch überbordender Apparat abgeschafft wird und künftig Direktinvestitionen möglich sind. Das ist ein Fortschritt für kommunale Verhältnisse, auch für die Kommunen, die in CDUHand sind. Das sagen Ihnen Ihre Leute doch auch,

(Pörksen, SPD: Die sagen gar nichts mehr, weil es sinnlos ist!)

und deswegen wäre es doch schön, Sie würden auch im Parlament mitstimmen und an einer sinnvollen Lösung mitarbeiten, die wir gemeinsam mit den Kommunen erarbeitet haben und die auch von den Kommunen in Gänze getragen wird. Das wäre schön, und ich fordere Sie dazu auf.

Vielen Dank.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

#### Präsident Mertes:

Mir liegen zwei Kurzinterventionen des Kollegen Baldauf und des Kollegen Brandl vor. Ich habe vor, die beiden Kurzinterventionen nacheinander aufzurufen, damit Herr Dr. Braun danach darauf antworten kann.

Herr Baldauf, Sie haben das Wort.

### Abg. Baldauf, CDU:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Kollege Braun, Sie haben den besonderen Charme, dass Sie mit Ihren Ausführungen immer dazu reizen, etwas sagen zu müssen, weil grundsätzlich nicht alles stimmt, was Sie erzählen. Das ist schlichtweg das Problem.

Sie haben soeben ausgeführt, dass jedes Land für sich denken solle, also Nordrhein-Westfalen für sich und wir in Rheinland-Pfalz für uns. – Genau das ist das Problem dieser Energiewende. Wir haben nämlich nicht eine Energiewende in Deutschland, sondern wir haben insgesamt 18 Energiewenden,

(Dr. Weiland, CDU: So ist es, das ist das Problem!)

weil jedes Bundesland einfach macht, was es möchte, weil jedes Bundesland meint, besonders schlau zu sein, und dann heißt es auch noch von Ihnen: Nur weil wir keine Kohlekraftwerke haben, sind wir fein aus dem Schneider. Wir bekommen alles aus regenerativen Energien hin. – Das verkaufen Sie als grüne Politik.

Herr Dr. Braun, damit streuen Sie den Menschen Sand in die Augen, das stimmt alles schlichtweg nicht. Entscheidend ist, dass die Grundlast erhalten bleibt, und dazu gehören nun einmal nicht nur Gaskraftwerke, wie Sie sagen, sondern auch Kohle- und Ölkraftwerke, alle diese Kraftwerke mit dazu.

(Beifall der CDU)

Ich bitte Sie, das endlich einmal richtigzustellen.

Sie haben soeben ausgeführt, wir sind Rheinland-Pfalz. – Ja, das sind wir alle. Wir sind Rheinland-Pfalz.

(Wiechmann, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ja, sehr gut!)

Richtig, aber wenn Sie in Rheinland-Pfalz sind, dann kümmern Sie sich doch bitte auch darum, dass die Energiewende ordentlich abläuft. Dann sorgen Sie doch dafür, dass der Wildwuchs gestoppt wird. Dann sorgen Sie dafür, dass die Anlagen so ans Netz angeschlossen werden können, dass sie bezahlbar bleiben und nicht alle in diesem Raum viel höhere Stromkosten bezahlen müssen, nur weil Sie nichts regeln. Herr Dr. Braun, dann kümmern Sie sich auch richtig um Rheinland-Pfalz. Kümmern Sie sich um die Menschen in diesem Land, das wäre der richtige Ansatz.

Zu guter Letzt möchte ich noch etwas zur Energieagentur sagen. Herr Dr. Braun, ich habe mich immer schon gefragt, wofür es sie gibt und weshalb sie plötzlich noch einmal Stellenmehrungen bekommt. Jetzt sind es plötzlich über 60 Stellen. Es gibt die Industrie- und Handelskammern, die beraten, es gibt Unternehmer, die so schlau sind und sich selbst beraten, weil sie nicht unbedingt viel Energie verbrauchen wollen. Es gibt die Kommunen, die beraten, und es gibt sehr viele Menschen, die beraten. – Wozu brauchen wir dann noch die Energieagentur? – Ich kann es Ihnen sagen, und dann hätte ich von Ihnen gern bestätigt, ob es nicht stimmt. – Ich glaube, Sie brauchen die Energieagentur dafür, um Arbeitsplätze in diesem Bereich zu schaffen für Menschen, die sich in irgendeiner Form dort austoben sollen. Aber wofür, das verstehe ich nicht.

Herzlichen Dank.

(Beifall der CDU)

#### **Präsident Mertes**

Herr Kollege Brandl hat das Wort.

### Abg. Brandl, CDU:

Herr Kollege Dr. Braun, ich möchte noch einmal kurz auf Ihre Aussage eingehen, dass wir die Energieagentur auf null setzen, letztendlich auch abschaffen wollten, und wir letztlich den ganzen Titel nicht für erforderlich halten. Ich habe es vorhin schon erläutert: Wir wollen diese Form der Energieagentur nicht unterstützen.

(Zuruf des Abg. Dr. Braun, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Aber weshalb sind wir auch beim Haushalt dafür, dass sie auf null gesetzt wird? – Ich möchte die Gelegenheit nutzen, es Ihnen noch einmal zu erläutern.

Wir finden nämlich in diesem Energiehaushalt, der mit rund 7 Millionen Euro im Jahr ausgewiesen ist, Ausgabereste von mehr als 20 Millionen Euro vor. Das heißt, mehr als 10 % des gesamten Wirtschaftshaushalts sind in Form von Ausgaberesten im Bereich der Energie gebunden. – Trotzdem will sich Frau Ministerin Lemke neue Gelder genehmigen lassen. Dazu sagen wir: Nein, das ist nicht transparent. Wir haben als Parlament den Anspruch, mitzuentscheiden und nicht, eine Blackbox weiter zu finanzieren mit dem Risiko, dass wir in zwei Jahren erkennen müssen, es hat doch nicht funktioniert, wir haben die Gelder wiederum umgeschichtet.

Allein mit den Haushaltsausgaberesten hätten Sie die Möglichkeit, diesen Haushalt drei Jahre lang zu finanzieren, ohne neues Geld zu beantragen, und deshalb haben wir im Rahmen der Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit gesagt: Nein, an dieser Stelle müssen wir kein neues Geld genehmigen, das Geld ist eigentlich schon vorhanden, um genau die Dinge zu finanzieren, die Sie sich vorstellen.

(Beifall der CDU)

#### **Präsident Mertes**

Ich erteile nun Herrn Kollegen Dr. Braun zu einer Erwiderung das Wort.

### Abg. Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Herr Brandl, ich möchte bei Ihnen beginnen. Ich muss sagen, ich habe es leider nicht ganz verstanden. Wenn ich es richtig verstanden habe, wollen Sie die Energieagentur in dieser Größe weiter erhalten, aber drei Jahre lang aus Resten finanzieren.

(Baldauf, CDU: Sie wissen doch ganz genau, was wir wollen!)

Sie müssen sich schon entscheiden. Es ist eine Haushaltsdebatte. Sie müssen sich in Ihren Anträgen schon entscheiden, was Sie tun wollen. Es ist nicht nur die Energieagentur, die Sie kürzen wollen, sondern es ist auch vieles andere mehr im Bereich Energie. Wenn Sie in Ihren Anträgen schreiben, dass alles im Bereich Energie auf null gesetzt werden soll, dann bedeutet das doch nach außen hin, dass wir in dem Bereich nichts mehr tun sollen. Wenn wir nichts mehr tun sollen, dann sagen Sie es auch ganz deutlich, und sagen Sie nicht einfach: Wir haben es gestrichen, aber wir wissen, Sie machen es dennoch weiter, und deswegen sind wir beruhigt. - Ich glaube, das wäre kein deutlicher Ansatz. Wenn Sie im Bereich Energie streichen wollen, dann sagen Sie es offen, und dann streichen Sie. Aber was Sie sagen, ist, es ist eine gute Arbeit, die dort gemacht wird,

(Heiterkeit bei der CDU – Baldauf, CDU: Welche?)

und es ist auch eine wichtige Arbeit, aber wir wollen es aus Resten finanziert haben. Das halte ich für problematisch.

Herr Baldauf, natürlich wollen wir mit der Energieagentur keine Arbeitsplätze nur zur Beratung schaffen. Wir wollen Arbeitsplätze durch die Beratung schaffen. Wir wollen Arbeitsplätze in der Innovation schaffen, und jeder, der dort berät, schafft neue Arbeitsplätze. Jeder Arbeitsplatz, der vorhanden ist, schafft wiederum neue Arbeitsplätze in Rheinland-Pfalz.

(Baldauf, CDU: Weiß das auch Frau Ministerin Lemke?)

Das ist das Konzept, das Sie noch nicht verstanden haben, dass man durch Beratung Arbeitsplätze schaffen kann, dass man die Wertschöpfung erhöhen kann durch die Beratung. Das ist das Konzept, das wir umsetzen wollen, und ich werde Ihnen garantieren, dass, wenn wir in zwei Jahren erneut über den Haushalt debattieren, wir durchaus sehen können, welche Wirkung das hatte und sich die Investition in die Beratung für das Land Rheinland-Pfalz auch gelohnt hat.

Wenn Sie 18 verschiedene Energiewenden ansprechen, möchte ich noch einmal betonen, das Land Rheinland-Pfalz hat genauso wie jedes andere Bundesland spezifische Chancen in diesem Bereich. Die spezifischen Chancen in Rheinland-Pfalz habe ich genannt. Sie liegen im Ausbau der erneuerbaren Energien, und sie sind natürlich dadurch gegeben, dass andere Bundesländer im Ausbau eben noch nicht so weit sind.

Ich sage Ihnen noch einmal ganz deutlich, wir haben keinen Wildwuchs, auch wenn Sie das immer wieder so darstellen. Es gibt eine Planung, es gibt eine deutliche Planung in Rheinland-Pfalz, wo Windanlagen genehmigbar sind, wo sie genehmigt werden können. Es gibt Handreichungen dazu, die detailliert sind.

Diese Handreichungen kennen Sie, oder Sie könnten sie kennen. Es gibt nicht nur Handreichungen für Kommunen, sondern es gibt auch Handreichungen für die Bürgerinnen und Bürger, und jeder, der sich informieren will – natürlich ist es mitunter auch anstrengend, sich zu informieren –, der kann sich informieren und weiß dann auch, wie Genehmigungslagen aussehen können. Deswegen ist der Text vom Wildwuchs in Rheinland-Pfalz bei den erneuerbaren Energien, den Sie immer wieder formulieren, grundsätzlich falsch.

(Glocke des Präsidenten)

Wir haben eine Planbarkeit, und wir haben die Genehmigungsfähigkeit von Anlagen.

(Glocke des Präsidenten)

Wir haben klare Vorgaben, und das muss auch die CDU anerkennen.

Vielen Dank.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

#### **Präsident Mertes:**

Das Wort hat Herr Kollege Dr. Mittrücker. Ihre Redezeit beträgt noch 3 Minuten.

### Abg. Dr. Mittrücker, CDU:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen, meine Herren, liebe regierungstragenden Kollegen, liebe Landesregierung!

(Pörksen, SPD: Kolleginnen sind auch dabei!)

Ihre Ziele in der Energiewende sind mittlerweile sehr valide. Ich stelle fest, Sie rücken stückweise von Ihrem Ziel, 100 % bilanziell bis 2030, ab, dies im Gegensatz zu uns. Wir haben vor den großen Koalitionsverhandlungen und nachher die absolut gleichen Forderungen erhoben. Dazu stehen wir – das ist auch richtig –, weil es strukturierte Forderungen sind.

### (Beifall der CDU)

Wenn Sie in Ihren Zielen schon valide sind, dann lassen Sie uns doch gemeinsam über den Weg und nicht nur über Platituden reden. Deswegen richte ich heute in meinem Redebeitrag den Fokus auf den Weg und nicht auf die Platituden in der Energiewende. Hierzu habe ich drei Aspekte ausgewählt, die ich beschreiben möchte:

Erstens müssen wir die Komplexität der Energiewende endlich einmal alle begreifen und anerkennen. Zweitens müssen wir den ökologischen Aspekt wesentlich mehr stärken, als es bisher gemacht worden ist. Drittens haben wir daraus ableitend das neue Strommarktdesign zu kreieren.

Ich komme zunächst zum ersten Aspekt, zur Energiewende, die hoch komplex ist, was wir endlich einmal anerkennen sollten. Es gibt keine einfachen Lösungen. Deswegen müssen wir strukturiert vorgehen. Wir müssen in gewissen Zeiträumen evaluieren, damit wir den erreichten Ausbaugrad und auch die technischen Innovationen in die Evaluation mit einbinden können. Nur so ist sinnvoll, strukturiert und evaluiert die Energiewende zu schaffen, egal, welches Ziel wir verfolgen.

(Beifall der CDU – Vizepräsident Dr. Braun übernimmt den Vorsitz)

Ich komme zum zweiten Aspekt. Wir müssen den ökologischen Aspekt stärker beachten. Sie wissen alle, dass wir 2 % der Landesfläche außerhalb unserer Wälder haben, die ausreichende Energiewende zu gestalten. Dann lassen Sie uns doch erst einmal diese Flächen überplanen. Wenn es nicht reicht, dann setzen wir uns zusammen und überlegen, wie wir ökologisch stärker belastete Flächen entsprechend mehr heranziehen. Man sollte aber nicht im ersten Schritt alles fordern. Das geht so nicht.

### (Beifall bei der CDU)

Sie bekommen das nur dann hin, wenn Sie eine Mehrstufigkeit mit einbauen, wenn Sie schrittweise Flächen freigeben, und nicht dem Wildwuchs, der zurzeit stattfindet, das Wort reden. Bitte gehen Sie hin, und strukturieren Sie in Mehrstufigkeit Ihre Ausbauziele.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das neue Strommarktdesign ist der Ausfluss dieser Erkenntnisse nach Evaluation und struktureller Betrachtung. Nur dann können wir gemeinsam dieses Strommarktdesign auch richtig definieren.

Die GRÜNEN tun sich verdammt schwer in dem Bereich, das anzuerkennen. Gehen Sie doch bitte endlich einmal den Schritt, und versuchen Sie, mit normalen Aspekten, mit normalen Argumenten, mit Logik heranzugehen und nicht mit Gefühlswelten, mit Gänsehautpolitik. Das bringt uns keinen einzigen Schritt weiter.

(Beifall bei der CDU)

Wenn wir das wirklich so machen, dann haben wir auch den sozialen Aspekt im Griff.

(Glocke des Präsidenten)

Dann haben wir die Möglichkeit, die Preise zu minimieren. Nur so, auf einem richtigen Weg, sind wir gemeinsam in der Lage, sinnvolle Ziele zu erreichen. Darum werben wir, darum werbe ich.

(Glocke des Präsidenten)

Bitte gehen Sie mit.

(Beifall der CDU)

### Vizepräsident Dr. Braun:

Das Wort hat für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN der Abgeordnete Herr Hartenfels. Sie haben noch 7 Minuten, Herr Hartenfels

### Abg. Hartenfels, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Vielen Dank. Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich freue mich sehr, dass ich noch 7 Minuten habe, um den einen oder anderen Aspekt zu beleuchten, der ein wenig unterbelichtet war.

Herr Brandl, vorneweg möchte ich einen Begriff noch einmal aufgreifen. Sie haben ein bisschen spöttisch über die bewusstseinserweiternden Maßnahmen bei diesem Haushaltstitel gesprochen. Ich könnte mir schon vorstellen, dass der eine oder andere Kollege im Haus nicht schlecht beraten wäre, bewusstseinserweiternde Maßnahmen in Angriff zu nehmen, gerade bei Ihren Wortbeiträgen zum Thema "Wachstum".

(Pörksen, SPD: Aber es gibt auch beratungsresistente Leute!)

Da habe ich immer noch den Eindruck, Sie kommen nahtlos aus den 60er- oder 70er-Jahren, greifen immer wieder nur diesen alten Wachstumsbegriff auf und haben nach wie vor nicht verstanden, dass die Welt in der Debatte schon viel weiter ist, über qualitatives Wachstum nachdenkt und versucht, das zu definieren.

Da bin ich ausdrücklich sehr froh, dass Rheinland-Pfalz über eine Wirtschaftsministerin verfügt, die versucht, genau diese Botschaft ins Land zu tragen und die Debatte zu führen, was eigentlich nachhaltiges und qualitatives Wachstum heißt, weil dieser Globus begrenzt ist, weil er endlich ist und weil wir Verantwortung übernehmen müssen, auch für die Menschen, die nach uns kommen. Das sei kurz nur einmal vorweggestellt zu Ihrer Anmerkung zu bewusstseinserweiternden Maßnahmen.

## (Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir leben heute in einer Welt, in der lediglich 15 % der Menschen über 50 % der Rohstoffe verbrauchen. Da sind wir genau bei dem Thema, das ich eingangs schon angesprochen habe. Wir gehören zu diesen 15 % und verknüpfen unseren Wohlstand immer noch mit einem viel zu hohen Ressourcenverbrauch.

Das hat nicht nur ökologische Konsequenzen, sondern es hat auch ökonomische Konsequenzen. Gerade für Deutschland, für ein rohstoffarmes Land, bedeuten steigende Rohstoffpreise zum Beispiel natürlich auch immer mehr Wettbewerbsnachteile. Deswegen nenne ich an dieser Stelle ein paar Zahlen.

Deutschland hat allein im letzten Jahr für 140 Milliarden Euro Rohstoffe importiert. Es hat für etwa 20 Milliarden Euro Rohstoffe im eigenen Land gefördert. Es hat aber nur für 12 Milliarden Euro Rohstoffe recycelt, also für weniger als 10 % dessen, was wir importieren.

Das macht deutlich, dass wir zwar über Kreislaufwirtschaft reden und über Stoffstrommanagement reden, wir aber noch sehr weit davon entfernt sind. Wir müssen hier der Vorreiter sein. Wir müssen hier die Lokomotive sein, weil wir auch nach wie vor einen der höchsten Pro-Kopf-Verbräuche im Rohstoffbereich haben. Das muss natürlich eindeutig umgesteuert werden.

Es geht also um viel Geld in diesem Bereich. Wenn man auf die Produktionskosten der Unternehmen in diesem Bereich schaut, dann sieht man sich darin bestätigt, dass es Sinn macht, dass die Politik vertieft darüber nachdenkt. Heutzutage sind durchschnittlich etwa 43 % der Kosten in der Produktion auf Energie- und Rohstoffkosten zurückzuführen.

Das Fraunhofer-Institut für System- und Innovationsforschung hat im Jahr 2012 versucht, das mit einer ökonomischen Zahl zu greifen. Das Institut hat festgestellt, über verstärkte Effizienzmaßnahmen in Deutschland könnten die Unternehmer noch etwa knapp 50 Milliarden Euro in diesem Bereich einsparen. Das ist eine Hausnummer, die wir bewerben müssen.

Wir haben gerade über die Energieagentur gesprochen. Die Energieagentur ist zum Beispiel genau in diesem Bereich auch tätig, sich weiter aktiv in unserem Land zu bemühen, dass weitere Schritte folgen.

Wir haben viele Schritte getan, aber es müssen noch weitere Schritte folgen. Dafür braucht es auch aus unserer Sicht eine starke und gut aufgestellte Energieagentur, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Wir müssen das Rad in diesem Bereich nicht neu erfinden. Das zeigen auch meine Besuche bei vielen Betrieben in Rheinland-Pfalz. Das möchte ich ausdrücklich betonen.

Gerade von den kleineren und mittleren Unternehmen, die nicht über eine eigene Abteilung und über das Knowhow verfügen, tatsächlich in diesem Bereich immer wieder zwei Schritte im Voraus zu denken, bekomme ich zwei Aspekte zurückgespiegelt. Nach wie vor ist es auch ein Stück weit ein Mittelproblem. Man kann nicht immer die Innovationsschritte finanzieren, die man gerne finanzieren möchte.

Zum anderen sagen die Unternehmen auch, sie haben einfach ein Zeitproblem. In der Alltagsbewältigung in den Unternehmen kommen diese Fragestellungen immer noch zum Teil zu kurz. Da muss die Politik einsetzen. Da sind wir gefordert, auch Beratungsangebote bereitzustellen. Da sind wir gefordert, Best-Practice-Beispiele auch zu bewerben und Hilfestellungen zu geben.

Ein exportstarkes Bundesland wie Rheinland-Pfalz – das muss man sich noch einmal vor Augen führen – muss sich auf den internationalen Märkten behaupten. Da geht es nicht nur um hohe Produktqualität, es geht nicht nur um Innovation, sondern es geht auch um möglichst hohe Ressourceneffizienz, damit wir tatsächlich am Weltmarkt in der Zukunft kostengünstig aufgestellt sind. Das möchte ich noch einmal zu bedenken geben, wenn es darum geht, auch differenziert über Wachstum immer wieder nachzudenken.

Wir haben mit der Schwerpunktsetzung im vorliegenden Doppelhaushalt sichergestellt, dass trotz der notwendigen Einsparungen dieses zukunftsweisende Thema der Ressourceneffizienz auch weiterhin stark verfolgt werden kann.

Ich möchte noch einmal ein paar Stichworte aufgreifen, einmal das Landesprojekt EffCheck, bei dem es um Stoffstrommanagement in den Betrieben geht. Es geht um EffNet, das Effizienznetz in Rheinland-Pfalz. Es geht um die Energieagentur, was ich schon angesprochen habe, aber es geht auch zum Beispiel um den Ansatz, die Forschungs- und Beratungsstrukturen im Bereich der Ressourceneffizienz in Rheinland-Pfalz durch Förderung von Cluster- und Netzwerkstrukturen zu verstärken.

Der Kollege hat diesen Bereich auch schon angesprochen. Ich denke, das ist eine der wirklichen Stärken in Rheinland-Pfalz, die in den letzten Jahren zunehmend intensiv weiterentwickelt worden sind und bei denen wir auch gute Rückmeldungen von den Betrieben bekommen, die das begrüßen.

Exemplarisch möchte ich aus meinem Heimatbereich die Vorhaben ansprechen, die zum Forschungs- und Entwicklungsbereich Ressourceneffizienz an der Technischen Universität in Kaiserslautern laufen. Das ist ein Beispiel dafür, wie wir diese Fragestellung auch in den Forschungs-, universitären und Hochschulbereich hineintragen können.

Das sind alles Maßnahmen, bei denen es Sinn macht, sie weiterzuverfolgen.

Meine Damen und Herren, Sie können meinen Ausführungen entnehmen, es stehen uns in einer nachhaltigen Wirtschaftsweise immer noch Schritte bevor. Wir sind noch nicht am Ende der Kette. Es macht Sinn, weiterzugehen und es zu verstärken. Ich möchte auf unseren Entschließungsantrag hinweisen.

Ich hoffe, dass er vonseiten der CDU unterstützt wird. Der Entschließungsantrag betrifft die Schonung der natürlichen Ressourcen als Grundlage erfolgreichen Wirtschaftens in Rheinland-Pfalz.

Wir wollen ein ökonomisch und ökologisch erfolgreiches Rheinland-Pfalz, das seine internationale Wettbewerbsfähigkeit behält und trotzdem – das betone ich noch einmal – die Lebensgrundlagen kommender Generationen sichert. Das ist die Herausforderung, vor der wir stehen. Dem widmet sich dieser Haushalt im Einzelplan 08 intensiv.

Vielen Dank.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

### Vizepräsident Dr. Braun:

Als Gäste im Landtag begrüße ich den SPD-Ortsverein Mörlen. Herzlich willkommen im Landtag!

(Beifall im Hause)

Weiterhin begrüße ich Schülerinnen und Schüler des Landtagsseminars. Herzlich willkommen!

(Beifall im Hause)

Für die Landesregierung erteile ich Frau Ministerin Lemke das Wort.

## Frau Lemke, Ministerin für Wirtschaft, Klimaschutz, Energie und Landesplanung:

Herr Präsident, sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe Ihnen sehr genau zugehört. Herr Baldauf, Sie haben zu vielen Dingen gesprochen, aber vielleicht nicht immer zum Einzelplan 08. Mir ist eingefallen, Sie wollen in die Zukunft, und zwar auch mit der Wirtschaftspolitik, aber Sie sind noch nicht einmal in der Gegenwart und im Einzelplan 08 angekommen.

## (Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Herrn Brandl habe ich auch sehr genau zugehört. Ich will auf Verschiedenes eingehen. Herr Brandl, bei Ihnen ist nicht immer alles so zu verorten, wie Sie es gemacht haben, wie zum Beispiel beim "Meister-BAföG", dessen Verringerung ich bedauere. Das hat mit Berlin zu tun. Das ist eine Bundesangelegenheit. Wenn das da gekürzt wird, dann muss sich das in unserem Plan widerspiegeln. Ich kann an dieser Stelle darauf nicht Einfluss nehmen. Ich glaube, Ihre Partei hat auch etwas damit zu tun

Ich habe mit Interesse zur Kenntnis genommen, dass Sie die vielen Kürzungen beanstandet haben, obwohl Sie uns vorwerfen, wir würden nicht genug sparen.

Lassen Sie mich in der Gegenwart ankommen. Wir haben in diesem Jahr noch einmal darüber geredet, was die Wirtschaftspolitik in Rheinland-Pfalz will. "Das Morgen denken, das Morgen gestalten", war der Titel der Regierungserklärung, in der ich mich damit befasst habe, wie die Wirtschaftspolitik in Rheinland-Pfalz aussieht

Sie hat sich auch damit befasst, wie intelligentes Wachstum für Rheinland-Pfalz aussehen kann und was das bedeutet. Der Abgeordnete Hartenfels hat es gesagt. Intelligent wachsen bedeutet, mit weniger Ressourcen pro Kopf mehr machen und zu mehr kommen.

Genau das haben wir mit dem Einzelplan 08 und mit dem, was wir zur Anwendung bringen wollen, in doppelter Hinsicht berücksichtigt. Die Wirtschaftspolitik ist Zukunftsgestaltung. Sie darf sich nicht auf den Schultern zukünftiger Generationen abspielen.

Ich will Ihnen zwei Dinge vorstellen. Was leitet uns? Was leitet die Wirtschaftspolitik? Zwei Gedanken sind wichtig. Wie entwickeln wir Wirtschaft in diesem Land? Was wird entwickelt? Ein dritter Gedanke betrifft Beispiele, an denen man erkennen kann, was passiert. In Ihrem eigenen Plenarantrag steht, dass Sie diese Entwicklungsund Erneuerungsprozesse befürworten. Sie sagen darin, dass Sie natürliche Erneuerungsprozesse in der Wirtschaft anregen, ermutigen, absichern und unterstützen wollen. Ich glaube, darin sind sich alle Mitglieder dieses Landtags und die Landesregierung einig.

Uns unterscheidet allerdings, dass Sie bei uns den Zusatz finden würden, dass das sozial-ökologisch und nachhaltig passieren muss. Das erhält damit einen bestimmten Korridor oder, wie man auch sagen würde, einen Werterang.

Ich komme zur ersten Frage, wie wir das entwickeln. Wichtig ist, dass alle Förderinstrumente, die wir haben, schlüssig ineinandergreifen. Das ist eine Voraussetzung. Die zweite ist, dass diese immer unmittelbar beim Menschen ansetzen. Wir haben eben eine kleine Debatte über Klassenkampf, Schwarz-Weiß, Gute und Böse in der Wirtschaft gehört. Ich glaube, dass diese zentrale Idee, dieser zentrale Gedanke des Ineinandergreifens und des Ansatzes beim Menschen wichtig für die Wirtschaftspolitik in Rheinland-Pfalz sind. Das hat nichts mehr mit den alten Grabenkämpfen zu tun, bei denen Sie versuchen, sie hier herbeizureden.

## (Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Sie kennen die einzelnen Bausteine. Ich habe sie in der Debatte schon alle gehört. Das beginnt mit einer guten Ausbildung und der Bekenntnis zum dualen System. Das gibt es auch von der Landesregierung. Wir arbeiten intensiv daran. Wir arbeiten daran, dass das Bildungssystem durchlässig wird und jeder Karriere mit Lehre machen kann, jeder studieren kann und die Akademiker auch alle Chancen haben sollen.

Wissenstransfer und die Frage, wie der Transfer nachher wieder zurück in die Wirtschaft kommt, wie er sich verankern kann, sind Kernelemente unserer Arbeit. Dazu gehört die Frage, wie man Impulse setzen kann. Das muss in der Durchgängigkeit weitergeführt werden. Das heißt Gründerbegleitung mit unseren Partnern, den Kammern, den Verbänden, um junge Unternehmen an den Start mit deren Ideen zu bringen, die sie haben, um so Wachstum zu generieren, und zwar in den Bereichen, in denen wir es brauchen. Darauf komme ich gleich noch zurück.

Dafür haben wir all unsere Förderprogramme in ein Design gebracht, beispielsweise InnoTop, EFRE oder die Mittelstandsförderung. Das ergibt ein rundes Bild.

Die Abgabe von gewissen Dienstleistungen an andere Institutionen des Landes, die schon für Bürgschaftsprogramme zuständig sind und bei der Vergabe von Förderprogrammen aktiv werden, wie zum Beispiel die ISB, ist schlüssig. Das bedeutet nicht, dass man in einem Ministerium weniger Kompetenz hat, Herr Brandl.

Das Ministerium macht sich Gedanken über den Rahmen und die Schlüssigkeit der Instrumente, die an verschiedenen Stellen angesiedelt sein können. Wichtig ist, dass sie funktionieren. Dass sie funktionieren, ist der Beweis, dass wir in einer so guten Situation im Land Rheinland-Pfalz sind, wie es momentan in der Wirtschaft der Fall ist.

Sogar EU-Präsidentin Barroso ist es aufgefallen, dass wir das Ganze im Dialog entwickeln. Wir führen einen intensiven Industriedialog, der im europäischen Parlament und der Kommission eine Rolle spielt; denn es soll in das europäische Semester und in die Förderstrategien von Horizont 2020 passen, die den Förderrahmen für die europäische Wirtschaftspolitik geben, in dem wir uns unter diesem großen schlüssigen Dach einsortieren.

Wir sind beispielhaft als das einzige von 16 Bundesländern genannt worden, das bereits diesen Plan hat. Gerade jetzt parallel hierzu wird in Dresden auf der Wirtschaftsministerkonferenz über die Fragen der zukünftigen Industriepolitik am Beispiel des Industriedialoges Rheinland-Pfalz in einer Einordnung dieses großen Pfades Horizont 2020 diskutiert. Wir sind mittendrin.

## (Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Ich muss das bestätigen. Herr Dr. Braun hat das schlüssig für die BASF begründet. Die BASF hat am Standort 1 Milliarde Euro investiert. Was für ein Bekenntnis für Rheinland-Pfalz, 1 Milliarde Euro im Jahr 2011 zu investieren? Haribo, Mercedes, Opel und viele andere Bekenntnisse für den Wirtschaftsstandort Rheinland-Pfalz sind zu nennen.

Das, was Sie versuchen herbeizureden, wir wären wirtschaftsfeindlich und wir wollten die BASF irgendwie vertreiben, weil wir über Zukunftsthemen nicht diskutieren wollen, ist definitiv falsch. Die Kollegin, Frau Ulrike Höfken, führt einen Dialog über Nanotechnologie mit der BASF und über diese Fragen. Es ist so verankert, dass man sagen kann, sie fühlen sich hier wohl. Wir sind im

Diskurs. Der Diskurs darf stattfinden. Das kennzeichnet einen guten Dialog.

## (Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Herr Baldauf, ich bleibe bei Ihren Vorwürfen und möchte noch etwas aufnehmen, weil dazu etwas auf der Wirtschaftsministerkonferenz in Dresden beschlossen wurde. Das betrifft das Thema "Breitband". Ich darf zitieren, was dort beschlossen wurde.

Die Wirtschaftsministerkonferenz, das heißt die Wirtschaftsminister aller Länder, haben Folgendes beschlossen: "Die Wirtschaftsministerkonferenz bekräftigt die Auffassung der Regierungschefinnen und Regierungschefs, dass ohne ein Breitband-Förder- oder Finanzierungsprogramm des Bundes die Ziele der Breitbandstrategie des Bundes" – und der Länder – "für 2014 und 2018 nicht erreichbar sein werden." Ich wollte diesen Hinweis geben, weil Sie sehr einseitig Vorwürfe loswerden, diese Landesregierung sei untätig. An dieser Stelle wurde die Untätigkeit definitiv dem Bund zugeordnet

## (Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Lassen Sie mich zu meinem zweiten Punkt kommen, wie wir fördern. Was ist sozusagen der Pfad? Denn nur das Geld auszustreuen, ohne direkt zu sagen, wohin wir wollen, macht keinen Sinn. Der Korridor muss klar gekennzeichnet werden. Ich will Ihnen gern ein Beispiel nennen, in dem Sie zeigen, wie Sie das machen würden. Dazu haben Sie einen Vorschlag gemacht, Innovationsgutscheine auszugeben.

Vielleicht darf ich das Instrument der Innovationsgutscheine, das auch in anderen Bundesländern zum Einsatz kommt, kurz erwähnen. Innovationsgutscheine sollen Unternehmen motivieren, in Innovationen zu investieren. Das kostet in der Regel Geld, es braucht Vorlauf, und man braucht dafür Kraft. Bei diesem Vorlauf und bei dieser Kraft soll es einen Impuls geben, der von diesen Gutscheinen in Geldform ausgeht.

Andere Bundesländer, auf die Sie auch verweisen, verlosen diese Gutscheine und verschenken sie. Sie haben ein Prinzip "first in, first out" und haben keine Bedingungen. Das kennzeichnet diese Gutscheine. Sie sind an keine Bedingungen geknüpft, betreffen auch keine spezielle Branche, keinen Pfad und keine Strategie. Sie werden einfach vergeben. Was ist das Resultat? Die Gutscheine werden nicht alle in Anspruch genommen. Der Haushaltsposten ist zwar da, aber es passiert nichts damit. Es wird auch kein bestimmter Korridor und keine Stärke daraus entwickelt.

Wir haben gesagt, Rheinland-Pfalz will es bewusst anders machen. Unsere Innovationsstrategie ist gezielt, wobei die Innovation wieder beim Menschen ansetzt. Das heißt, wir fördern den Innovationsassistenten, der die Unternehmen auf ihrem sehr höchst individuellen Weg in der Strategie begleitet, um dann auch noch weitere Möglichkeiten in Anspruch zu nehmen und in Förderprojekte zu wachsen, die auch wieder in den Korridoren der Strategie HORIZON 2020 stecken.

Sie suggerieren zudem mit Ihrem Antrag – ich will das so direkt sagen –, dass Technologie- und Gründerzentren in Rheinland-Pfalz keine kontinuierliche technische, logistische, finanzielle oder sonstige Beratungsleistung anbieten würden. Da muss ich doch einmal feststellen, dass das Gegenteil der Fall ist. Die Technologiezentren in Kaiserlautern, Koblenz, Mainz, Ludwigshafen und Trier setzen sich mit Angeboten direkt an die Schnittstellen zwischen wissenschaftlicher Erkenntnis und Umsetzung von neuen Produkten. Sie befinden sich im Verbund mit den Kommunen, die in der Regel als Mitgesellschafter in diesen Technologiegesellschaften sind. 3.000 Arbeitsplätze wurden geschaffen. 570 Unternehmen wurden beraten. Ich finde, das kann sich sehen lassen. Das zeigt, wie man aus weniger mehr machen kann.

## (Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Aus weniger mehr machen: In dem Korridor der Zukunftsbereiche, wo sich viel tun wird, nämlich Umwelttechnik, erneuerbare Energien, Gesundheitswirtschaft, Ressourceneffizienz, aber auch durchaus Nutzfahrzeugwirtschaft, hier in Rheinland-Pfalz gerade Mikrosystemtechnik, sind dies definierte Bereiche auch der Transferinitiative, in denen die Innovations- und Technologieförderung einen Schwerpunkt finden soll. Rund 6,6 Millionen Euro fließen da. Es ist damit jeder sechste Euro an Landesmitteln aus dem Einzelplan 08, der in Technologie und Innovation fließt.

Hinzu kommen dann zusätzliche EU-Mittel im Rahmen der kommenden Förderperiode, die ich Ihnen eben schon genannt habe, über EFRE und über den Europäischen Fonds. Mit diesen Geldern wollen wir die Cluster Auf- und Ausbau unternehmensübergreifender Infrastrukturen der Forschungs- und Entwicklungsvorhaben im Mittelstand weiter fördern. Das ist ein weiteres Beispiel, wie man aus weniger mehr machen kann.

Sie wissen, wir sind in der Außenwirtschaftsförderung ziemlich stark: 54,5 %. – Der Haushaltsansatz ist relativ klein. 3,3 Millionen Euro sind kein Riesenbetrag. Trotzdem werden damit manche Türen geöffnet und Zukunftsmärkte "Made in Rheinland-Pfalz" erschlossen. – Jeder zweite Euro in Rheinland-Pfalz, der hier verdient wird, wird in der Außenwirtschaft verdient. Wenn man mit so wenig Finanzmitteln einen solchen Impuls mit unterstützen kann, ist das eine große Nummer. Auch deswegen sollte sie hier in dieser Debatte nicht unerwähnt bleiben.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD – Baldauf, CDU: Bei zwei Global Playern!)

Ein weiteres Beispiel, wie man aus weniger mehr machen kann, sind Handwerk und berufliche Bildung. Sie haben alle gesagt, dass Ihnen dies wichtig ist. Die Anträge liegen vor. Wir freuen uns darüber. In den beiden kommenden Jahren werden 12,5 Millionen Euro Landesund Bundesmittel in diese Ansätze für die Förderung und Modernisierung der überbetrieblichen Bildungsstätten fließen, wie übrigens auch der Haushaltsansätze zur Förderung des Handwerks. Auch beim Handwerk gibt es Sparzwänge. Wir haben immerhin hier die alten Zahlen

halten können. Es war uns wichtig, dass wir das können. Das Handwerk geht da auch mit, weil sie sich verständigen, wo die Schwerpunkte des zukünftigen Ausbaus von Bildungsstätten liegen sollen. Ich glaube, das ist auch ein gutes Beispiel für einen guten Dialog mit der Wirtschaft, wenn man sich über die Verwendung der Mittel so verständigen kann.

Beispiel Nummer 3 ist die Fachkräftesicherung. Das war hier auch schon Gegenstand. Wie können wir Impulse zur Sicherung der Fachkräfte geben, nicht fördern, Herr Brandl? Fördern oder Unterstützen sind doch ureigene Unternehmeraufgaben in sich. Wir setzen als Landesregierung Impulse. Am Ovalen Tisch der Ministerpräsidentin generieren wir zusammen mit den Partnern die Ideen, die dazu führen, dass wir aus weniger mehr machen. Das funktioniert sehr gut.

Sie haben einen Ansatz gebracht, den ich interessant fand, weil Sie vorschlagen, dass insbesondere in EU-Mitgliedstaaten Werbung für die Aufnahme einer Arbeit in Deutschland gemacht werden soll. Die Bundesregierung tut das auch. Wir haben auch im Land schon Beispiele, wo das tatsächlich stattfindet. Nach Koblenz kommen Elektroniker, junge Leute, fast 30, die dort bei der BASF ausgebildet werden. Ich weiß, DEHOGA hat vor, nächstes Jahr aus dem Bereich der Gastronomie junge Leute aus Spanien an der Mosel anzusiedeln. Das passiert bereits. Wir haben uns aber gefragt – da muss man genau hinschauen, weil sie darauf eingegangen sind bei der Frage der Mittel, die wir einsetzen, 80.000 Euro –, inwieweit man da unterstützen kann.

Wir sagen, es gilt natürlich, nicht nur den Blick mit der Bundeskampagne, die da läuft, auf Europa zu lenken, sondern auch hier im Land noch einmal genau zu schauen, weil wir Regionen haben, in denen es junge Menschen gibt, die keinen Ausbildungsplatz haben, und weil es Regionen gibt, in denen in einem Kammerbezirk 1.500 unbesetzte Ausbildungsstellen sind. Dann haben wir doch auch da ein Allokationsproblem und sagen uns, wir möchten uns auch um die bemühen, die im eigenen Land vielleicht noch von dem einen zum anderen Ort umziehen müssten. Das ist für junge Leute keine einfache Nummer. Deswegen ist unser Ansatz an dieser Stelle anders. Wir sagen, lassen Sie uns die Arbeit auch hier im eigenen Land beginnen, wo noch Potenziale vorhanden sind. Daran arbeiten wir auch am Runden Tisch. Daran wird genauso konkret am Runden Tisch auch über diese Frage diskutiert.

## (Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Davon abgesehen – daran arbeitet auch die Kollegin Irene Alt – brauchen wir natürlich eine andere Anerkennungskultur und viel mehr Willkommen hier. Da ist aber mit Aktionismus einer Kampagne in Spanien sicherlich nicht gleich geholfen.

Ich möchte jetzt natürlich noch auf den Punkt der Energie eingehen, insbesondere weil ich, Herr Baldauf, heute natürlich auch die "Allgemeine Zeitung" gelesen habe und mich gewundert haben, dass Sie infrage stellen, dass wir in kürzester Zeit über 1.400 Windkraftanlagen aufstellen müssten und Sie das für unrealistisch halten.

Herr Baldauf: Kürzeste Zeit, in 17 Jahren! – Ich finde, 17 Jahre sind ein ordentlicher Zeitraum, wenn man über die Aufstellung dieser Windkraftanlagen redet. Ich finde, da sollten Sie Ihren Sprachgebrauch ein bisschen korrigieren.

Das Zweite, was ich aus diesem Artikel einmal feststellen will, ich nehme doch zur Kenntnis, dass Sie sich hier für Fracking aussprechen. Wenn das die Energiepolitik der CDU ist, dann wird mir jetzt ganz klar, warum Sie gegen die Energieagentur sind.

## (Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Vielleich lassen Sie mich das einfach an Wirtschaftsdaten einmal für Sie darlegen. Sie sagen immer: Was wird da ausgelöst, was ist das Investitionsvolumen? – Das mache ich sehr gern. Eine Megawattstunde Windkraft bedeutet eine Investition von 1 Million Euro. Bei 400 MW – wir hatten in der ersten Jahreshälfte dieses Jahres rund 200 MW, also für das Jahr gerechnet 400 MW – wäre das eine Investitionssumme von 400 Millionen Euro allein in Windenergie.

Sehr geehrte Damen und Herren, wenn die BASF 1 Milliarde Euro investiert, freuen wir uns. Ich finde, wir sollten uns auch freuen, wenn wir alleine 400 Millionen Euro Investitionen in die Windenergie haben.

## (Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Punkt 2: Das ist nicht nur die Windenergie, sondern es geht um den Wärmemarkt, um Energieeffizienzeinsparungen, um den Austausch von Heizungen, um Handwerk und Sanierung, um Gebäudesanierung usw.

(Baldauf, CDU: Hat der Bundesrat auch abgelehnt! Gebäudesanierung, da war auch noch was!)

Wenn wir das alles zusammenzählen – da gibt es tolle Studien –, kommen für Rheinland-Pfalz noch einmal 100 Millionen Euro zustande. Es sind 12.380 Mitarbeiter in diesen Branchen beschäftigt. Nein, ich muss mich korrigieren, das gilt nur für die erneuerbaren Energien. 3.500 Menschen arbeiten im Bereich der Windenergie, und 2.600 Menschen stellen Windkraftanlagen auf. Ich finde, auch an dieser Stelle kann man das nicht gering schätzen, sondern man muss auch sagen, das wirtschaftliche Potenzial, das dahinter liegt, ist zu würdigen.

Die Frage ist, wie viel an regionaler Wertschöpfung pro Jahr hängen bleibt. Studien dazu gibt es eine Menge. IÖW, das Institut für ökologische Wirtschaftsforschung, hat dazu einiges vorgelegt. Daraus können wir ableiten, dass 1 Milliarde Euro an regionaler Wertschöpfung in Rheinland-Pfalz mit einem Wachstum von momentan 9 % pro Jahr hängen bleiben.

Wir haben, damit wir das näher spezifizieren können, eine Studie in Auftrag gegeben, die sich mit der Quantifizierung der Potenziale der Energiewende für den rheinland-pfälzischen Mittelstand befasst. Ich werde sie Ihnen natürlich zur Kenntnis geben, wenn das Ergebnis vor-

liegt. Das zeigt auch noch einmal, wie groß das Potenzial ist

Meine Damen und Herren, all dies rechtfertigt, wie wir aus weniger mehr machen. Eine Energieagentur mit einem Ansatz von 7 Millionen Euro rechtfertigt die Investition von einer halben Milliarde Euro, weil so viele Menschen in diesem Land ein Interesse daran haben, dass das gut geht und wir im Einvernehmen die Energiewende zur Frage Standortauswahl und Entscheidung in den Verbandsgemeinden gemeinsam ausgestalten. Genau das ist der Auftrag der Energieagentur.

## (Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Lassen Sie mich zum Abschluss noch einen Hinweis geben, weil die Wirtschaftsministerkonferenz soeben noch einen zweiten Beschluss gefasst hat. Ich muss sagen, die Debatte hatten wir gestern schon. Frau Klöckner, Sie haben das kurz angerissen, und die Ministerpräsidentin ist auch schon darauf eingegangen. Das ist die besondere Ausgleichsregelung für stromintensive Unternehmen. Ich will gerne den Beschluss der Wirtschaftsminister aller Couleur mitteilen. Wir haben den Antrag eingebracht und uns dazu ein einstimmiges Votum geholt. Sie fordert Folgendes: Vor dem Hintergrund fordert die Wirtschaftsministerkonferenz die Bundesregierung dazu auf, alle ihr zur Verfügung stehenden Mittel auszuschöpfen, um die EU-Kommission von der bevorstehenden Einleitung des Hauptprüfverfahrens gegen die besondere Ausgleichsregelung abzuhalten oder die Einleitung des Verfahrens zumindest aufzuschieben. -Das ist beim letzten Mal nicht gelungen. Die Kommission hat sich offenbar nicht davon überzeugen lassen, dass die Maßnahmen, die die Bundesregierung ergreift, stark genug sind, um Weiteres abzuwenden.

Das muss ich an dieser Stelle noch einmal betonen, damit da keine Verwirrung entsteht; denn diese Ausnahmeregelung, die vor 2009 und damit unter Rot-Grün aufgestellt worden ist und EU-konform war, aber ab 2010 unter Schwarz-Gelb eben nicht mehr EU-konform war, bringt jetzt Industriebetriebe in Bedrängnis. Das ist nicht die Schuld des EEG, sondern der schwarz-gelben Bundesregierung.

## (Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Ich komme zum Schluss. Sie haben alle festgestellt, dass wir hervorragende Wirtschaftsdaten haben. Wir liegen bei der Entwicklung der Energiewende auf Platz 1 im Vergleich der Bundesländer. Wir sind ein national und international anerkannter Wirtschaftsstandort. Unsere Unternehmen sind wettbewerbsfähig. Wir danken allen, die auf beiden Seiten daran beteiligt sind, den Arbeitgebern und den Arbeitnehmern, recht herzlich für ihre Leistungen. Ich meine, wenn wir weiter in die Zukunft schauen und die Herausforderungen der Zukunft rechtzeitig aufnehmen, sind wir weiter gut aufgestellt.

Vielen Dank.

(Anhaltend Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

#### Vizepräsident Dr. Braun:

Den Fraktionen steht eine zusätzliche Redezeit von 3 Minuten zur Verfügung. Für die SPD bedeutet das 3 Minuten und 40 Sekunden, für die GRÜNEN 3 Minuten und 10 Sekunden für die CDU 3 Minuten. Es liegen auch Wortmeldungen für Kurzinterventionen vor. — Herr Baldauf, Sie haben das Wort für eine Kurzintervention.

### Abg. Baldauf, CDU:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Frau Ministerin, Ihre Ausführungen veranlassen mich, noch Einiges zu dem zu sagen, was Sie vorgetragen haben.

Nummer 1: Ich frage mich, wie Sie Forschung, Innovation, Technologie, Transfer und Entwicklung überhaupt definieren, wenn ich mitbekomme, dass Sie sich im Wesentlichen auf die Energieagentur beziehen und von einem Wissenstransfer sprechen, der sich im mittelständischen Bereich abspielen soll, aber Sie kein Wort dazu sagen, wie Sie die Situation, die im Moment vorherrscht, verbessern wollen.

Wir waren beide auf einem Forum "Innovation", auf dem zum Beispiel Herr Krausch vorgeschlagen hat – Frau Ministerpräsidentin war meines Wissens auch anwesend – – –

(Frau Ministerpräsidentin Dreyer: Das war bei mir!)

– Ja, das war bei Ihnen. Dann müssen Sie anwesend gewesen sein. Es wurde eindeutig ein Vorschlag gemacht, der zumindest bei Frau Ministerpräsidentin Dreyer durchaus zu einem Kopfnicken führte, nämlich dass man einmal überlegen sollte, das Grundproblem der befristeten Verträge für die Ansprechpartner an Universitäten über Drittmittel zu finanzieren.

> (Staatsministerin Frau Ahnen: Deckblatt! Dazu gibt es ein Deckblatt!)

- Frau Ahnen, ja, das stimmt, aber warum sagt dann Frau Wirtschaftsministerin Lemke dazu nichts? Warum hat sie dazu kein Wort ausgeführt? Warum bringt sie diesen Vorschlag nicht selbst, sondern warum kommt der über die Fraktion, meine sehr geehrten Damen und Herren? Das verstehe ich nicht.

Frau Lemke, wenn Sie sich hier hinstellen und alles auf den Bund schieben, möchte ich zweitens festhalten, die Geschichte mit der Gebäudesanierung ist vom Bund ausgegangen. Es ist genau ein Jahr her, dass das im Vermittlungsausschuss war. Wer hat es denn abgelehnt? Das möchte ich an dieser Stelle schon einmal wissen. Dazu können Sie mal etwas sagen.

(Hering, SPD: Wer ist denn stur geblieben wie ein Bock? Die Bundesregierung!)

Sie haben das nämlich abgelehnt.

(Beifall der CDU – Hering, SPD: Die war stur wie ein Bock!)  Das ist doch Blödsinn. Die Bundesregierung hat es nicht abgelehnt.

Im Übrigen haben Sie mir einmal erzählt, Sie hätten es gut gefunden. Vielleicht können Sie dazu nachher auch noch etwas sagen.

Frau Ministerin, des Weiteren möchte ich Sie wirklich um eines bitten: Wenn Sie sagen, Sie kümmern sich so um die Wirtschaft, sind Sie bitte so gut und gehen Sie nicht so vor, wie Sie das des Öfteren tun, indem Sie Unterstützung anbieten und dann belehren, sondern indem Sie deren Vorschläge auch einmal aufgreifen. Damit würden Sie meiner Meinung nach der gesamten Situation in Rheinland-Pfalz wesentlich gerechter.

Herzlichen Dank.

(Beifall der CDU)

### Vizepräsident Dr. Braun:

Eine zweite Kurzintervention folgt von Herrn Abgeordneten Brandl.

### Abg. Brandl, CDU:

Herr Präsident! Frau Ministerin, Sie haben Ihre Rede unter das Motto "Aus weniger mehr machen" gestellt. Dazu könnte man durchaus im Zeichen der Schuldenbremse sagen, das ist ein richtiges Motto. Wenn ich mir aber den Wirtschaftshaushalt als Gesamtes ansehe, machen Sie eigentlich eher das Gegenteil. Sie machen aus mehr ein Weniger. Sie machen aus mehr Energiepolitik weniger Wirtschaftspolitik.

(Beifall der CDU)

Das ist das Problem, das in diesem Haushalt Gestalt angenommen hat. Wenn Sie die 7,35 Millionen Euro für die Energieagentur nur abgespeckt hätten, hätten Sie die Möglichkeit gehabt, die Kürzungen, die ich vorhin aufgezählt habe, und auch die Dinge, die wir über Erhöhungsanträge eingebracht haben, 1: 1 gegenzufinanzieren.

(Beifall der CDU – Pörksen, SPD: In der Schwangerschaftsberatung zum Beispiel!)

Das ist doch das Grundproblem. Sie machen mehr Energiepolitik und weniger Wirtschaftspolitik. Das tut natürlich dem Land nicht gut.

Ich will an der Stelle auch noch einmal kurz auf die Technologiezentren eingehen. Sie haben erwähnt, dass diese so toll funktionieren. Sie funktionieren natürlich, aber gut funktionieren ist etwas anderes.

Wenn die Mitarbeiter immer wieder überlegen, wird mein Vertrag verlängert oder muss ich mich nach einem Dreivierteljahr wieder neu umsehen, um Projektmittel zu erhalten, damit ich eine Vertragsverlängerung erhalte, kann die Arbeitsleistung nicht so gut sein, als wenn ich dauerhaft die Finanzierung gesichert habe.

(Beifall der CDU)

Jetzt lassen Sie mich noch ein Wort zur Wirtschaftsministerkonferenz verlieren.

Ich glaube, es wäre spannend gewesen zu hören, was Sie beabsichtigen einzubringen. Sie haben es uns hinterher mitgeteilt.

Es ist auch begrüßenswert, dass Sie jetzt diese Linie fahren und im Konzert der 16 Länder mitspielen. Sie haben offensichtlich persönlich eine andere Meinung gehabt. Das haben Sie auch dokumentiert.

(Zuruf der Abg. Frau Klöckner, CDU)

Jetzt kehren Sie ein Stück weit zur Vernunft zurück. Eines muss man an der Stelle auch festhalten, weil Sie die Schuld natürlich noch an das alte Feindbild Schwarz-Gelb abschieben.

Sie waren es, die im Bundesrat maßgeblich mit dafür gesorgt haben, dass die ganzen Änderungsanträge zum EEG blockiert wurden, um es entsprechend konformer zur Wettbewerbsregelung der EU zu machen.

(Staatsministerin Frau Lemke: Das stimmt doch gar nicht! Das stimmt überhaupt nicht!)

Sie haben das im Bundesrat blockiert.

(Beifall der CDU)

Sie hätten die Möglichkeit gehabt, die Konformität schon früher herzustellen.

Danke.

(Beifall der CDU)

### Vizepräsident Dr. Braun:

Das Wort hat Frau Staatsministerin Lemke.

## Frau Lemke, Ministerin für Wirtschaft, Klimaschutz, Energie und Landesplanung:

Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Ich komme zunächst einmal zu den Mitteln im Bereich der Hochschulen, weil diese den Einzelplan 09 meiner Kollegin Doris Ahnen betreffen und die Ministerpräsidentin gestern noch einmal darauf eingegangen ist.

Herr Baldauf, die besagte Veranstaltung fand statt, nachdem der Haushalt eingebracht war. Das Nicken hatte dann sozusagen das Deckblatt zur Folge.

(Baldauf, CDU: Ach so!)

Insofern sollte klar sein, wie das gelaufen ist.

Herr Brandl, ich möchte gern noch einmal darauf eingehen, weil Sie es eben noch einmal gesagt haben.

(Baldauf, CDU: Weniger Deckblatt ist mehr Haushalt!)

Das Konjunkturprogramm hatte damals so viele Projekte erfordert und sollte auch schnell bedient werden, dass die anvisierten Projekte, für die Haushaltsmittel – damals auch die der Kollegin Conrad und dann übergeleitet über den Zeitraum 2009 bis 2012 – ausgegeben wurden, dazu führten, dass sie mit den Mitteln für das Konjunkturprogramm bedient wurden. Deshalb sind die Mittel, die ursprünglich für die anderen Projekte vorgesehen waren, stehen geblieben. Insofern haben wir an der Stelle sparen können, weil Mittel aus einer anderen Ecke kamen.

Wie ich es vorhin wahrgenommen habe, hat es auch in der Zeitung gestanden. Herr Baldauf, Sie hatten gesagt, die Mittel für die Verbraucherzentrale sollten auch verstetigt erhöht werden. Ich wollte Sie darauf hinweisen, dass das passiert ist. Der Ansatz für die Verbraucherzentrale wurde um 500.000 Euro pro Jahr erhöht. Es hat auch eine Verstetigung der Mittel gegeben, ähnlich wie Sie, Herr Brandl, es forderten. Wenn es die Projekte zulassen, machen wir das gern. Hier hat es eine Laufzeit von drei Jahren gegeben.

Da die direkte Antwort auf die Frage noch aussteht, wie das mit den Verhandlungen zur Strompreisbremse im Bundesrat lief, möchte ich sagen, dass es den Bundesrat gar nicht erreicht hat. Es hat nicht einmal einen Vorschlag von Herrn Altmaier gegeben. Es gibt auch im jetzigen Koalitionsvertrag keinen Vorschlag für ein Design.

(Zuruf des Abg. Baldauf, CDU)

Nein. An dieser Stelle muss ich Ihnen noch einmal konkret widersprechen. Es gab keine Basis, auf der etwas im Bundesrat hätte beschlossen werden können, als der Kollege Altmaier im Sommer erkannt hat, dass er wohl etwas tun muss. Da er das Thema "Strompreisbremse" geritten ist und nicht die Frage der Wettbewerbsfähigkeit, hat er das Pferd von der anderen Seite aufgezäumt. Deswegen ist man auch unter den Länderministern nicht zu einem Vorschlag gekommen, der von der Bundesregierung hätte vorgebracht werden müssen.

(Baldauf, CDU: Das hätten auch Sie machen können!)

Ich will das noch einmal in aller Deutlichkeit sagen. Vielleicht schauen Sie auch in den Koalitionsvertrag hinein. Darin steht ein Satz, der sich mit dieser Frage befasst, nämlich das Ganze solle EU-Konformität erreichen, und mehr nicht. Die Frage "wie" beantwortet der Wettbewerbskommissar Almunia höchstselbst. Er hat nämlich einen Vorschlag gemacht, das an den Benchmarks der ATS, also der CO<sub>2</sub>-Zertifizierung, die schon seit diesem Jahr gelten und Rechtskraft haben, zu orientieren. Es wäre relativ einfach, sich darauf zu verständigen. Vielleicht kann man Benchmarks nachverhandeln. Aber einen Lösungsweg hat uns die Kommission bereits öffentlich präsentiert.

Wir fordern auf, dass die Bundesregierung schnell handelt, damit den Industrieunternehmen keine Maßnahmen drohen.

Vielen Dank.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt Beifall bei der SPD -Zuruf des Abg. Baldauf, CDU)

### Vizepräsident Dr. Braun:

Wir kommen zur

Beratung des Einzelplans 03 - Ministerium des Innern, für Sport und Infrastruktur

#### dazu:

Punkt 6 der Tagesordnung:

...tes Landesgesetz zur Änderung der Gemeindeordnung Gesetzentwurf der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 16/2382 – **Zweite Beratung** 

#### dazu:

## Beschlussempfehlung des Innenausschusses

- Drucksache 16/3038 -

Punkt 7 der Tagesordnung:

...tes Landesgesetz zur Änderung des Polizeiund Ordnungsbehördengesetzes Gesetzentwurf der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

> Drucksachen 16/2506/2697 – **Zweite Beratung**

### Beschlussempfehlung des Innenausschusses

- Drucksache 16/3039 -

Ich erteile dem Berichterstatter für den Tagesordnungspunkt 6, Herrn Abgeordneten Seekatz, das Wort.

### Abg. Seekatz, CDU:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Durch Beschluss des Landtags vom 6. Juni 2013 ist der Gesetzentwurf an den Innenausschuss - federführend -, an den Wirtschaftsausschuss und an den Rechtsausschuss überwiesen worden.

Der Innenausschuss hat den Gesetzentwurf am 20. Juni 2013, 29. August 2013 und 24. Oktober 2013 beraten. Am 29. August 2013 hat der Innenausschuss ein Anhörverfahren durchgeführt.

Der Wirtschaftsausschuss hat den Gesetzentwurf am 28. November 2013 beraten.

Der Rechtsausschuss hat den Gesetzentwurf am 5. Dezember 2013 beraten. Die Beschlussempfehlung lautet: Der Gesetzentwurf wird angenommen.

(Beifall der CDU)

### Vizepräsident Dr. Braun:

Ich erteile dem Berichterstatter für den Tagesordnungspunkt 7, Herrn Abgeordneten Lammert, das Wort.

#### Abg. Lammert, CDU:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Durch Beschluss des Landtags vom 3. Juli 2013 ist der Gesetzentwurf an den Innenausschuss - federführend - und an den Rechtsausschuss überwiesen worden.

Der Innenausschuss hat den Gesetzentwurf in seiner 28. Sitzung am 29. August 2013, in seiner 30. Sitzung am 24. Oktober 2013 und in seiner 35. Sitzung am 28. November 2013 beraten. In seiner 30. Sitzung am 24. Oktober 2013 hat der Innenausschuss ein Anhörverfahren durchgeführt.

Der Rechtsausschuss hat den Gesetzentwurf in seiner 28. Sitzung am 5. Dezember 2013 beraten.

Die Beschlussempfehlung lautet: Der Gesetzentwurf wird angenommen.

(Beifall der CDU)

### Vizepräsident Dr. Braun:

Die Fraktionen sind übereingekommen, eine Grundredezeit von 20 Minuten festzusetzen.

Für die CDU-Fraktion hat Herr Abgeordneter Licht das Wort.

### Abg. Licht, CDU:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zwangsfusionen, Streit in den Kommunen, kein Neuanfang zu einem transparenten Finanzausgleich, Kopfschütteln bei der Polizei, ein unterfinanzierter Landesbetrieb Mobilität, der für Wasserwege, den Schienen- und Luftverkehr sowie die Straßen zuständig ist - das sind Teile dieses Haushalts.

(Zurufe von der SPD)

Meine Damen und Herren, das ist eigentlich ein zweiter Haushalt des Wirtschaftsministeriums.

(Zuruf des Abg. Pörksen, SPD)

Das belegen die Zahlen. Wir reden beispielsweise über Verpflichtungsermächtigungen und Vorbelastungen künftiger Haushaltsjahre ab 2015 – hören Sie sich einmal die Summe an – von über 423 Millionen Euro.

(Dr. Weiland, CDU: Hört! Hört!)

Wir finden ca. 50 Millionen Euro zum Hahn inklusive Verlustübernahme, die nunmehr in den Haushalt eingestellt werden, und ca. 335 Millionen Euro Fördermaßnahmen und Projekte im Verkehrsbereich. Das sind alles Verpflichtungsermächtigungen. Diese sind wie schon seit Jahren in den Basistiteln, ob Straße, Schiene, ÖPNV und SPNV, gegenseitig deckungsfähig. Diese sind keineswegs unbegrenzt – das wissen wir genauso, wenn Sie nachher auf unsere Anträge zu sprechen kommen –, sondern immer nur in einem bescheidenen Maße bei gewissen Ansätzen.

Das Land Rheinland-Pfalz erhält in diesem Doppelhaushalt rund 760 Millionen Euro an Regionalisierungsmitteln und noch einmal 130 Millionen Euro auf Basis des Entflechtungsgesetzes für Investitionen zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse in den Gemeinden, also 130 Millionen Euro in diesem Doppelhaushalt, von denen nur ca. 70 Millionen Euro bei den Kreisen ankommen. Da soll es nicht möglich sein, einen bescheidenen Anteil dieser Summen für bessere Straßennetzzugänge, Zufahrten zu Bahnhöfen oder in Verbindung von Busbahnhöfen zur Verfügung zu stellen? Meine Damen und Herren, Sie arbeiten mit Luftbuchungen.

(Frau Schmitt, SPD: Genau das machen wir in diesem Hause!)

Das kann ich Ihnen beispielsweise zu dem Stichwort "Vertrag Homburg/Zweibrücken" nachweisen.

(Beifall bei der CDU)

Sie fordern in Ihrem Antrag durchaus ein paar richtige Dinge,

(Frau Schmitt, SPD: Oh!)

auch künftige Trassensicherung zu gewährleisten. Dazu sagen wir auch nicht Nein mit unseren Anträgen zur Trassensicherung.

(Zuruf der Abg. Frau Schmitt, SPD)

Aber im konkreten Fall: Verträge, und wenn sie umsetzbar sind, dann auch die Mittel, und nicht anders.

(Beifall der CDU)

Meine Damen und Herren, das gilt auch zum Stichwort "Hahn". Der Hahn stagniert in seinem Ausbau, in seinem Zuwachs. Das bedeutet, dass ich dann eine Bahnlinie habe, die bei 10 Millionen Passagieren erst in den Bereich kommt, in dem es lukrativ sein soll. Wir sehen diese Zukunft derzeit nicht und sagen darum: Streckensicherung und die Mittel dann einsetzen, wenn sie notwendig sind.

Meine Damen und Herren, zu den Stichworten "Hahn" und "Nürburgring" werde ich noch zwei, drei Bemerkungen verlieren müssen. Frau Dreyer, Sie haben gestern

die Haltung der Christdemokraten zum Flughafen Hahn als Getöse bezeichnet.

(Pörksen, SPD: Das ist genau die richtige Bezeichnung!)

Ich werde gleich noch darauf zu sprechen kommen,

(Pörksen, SPD: Sie sitzen hinter dem Busch!)

was "Getöse" bedeutet. Doch was finden wir vor? Was ist aus den Beschlüssen zum Nachtrag aus dem Frühjahr geworden? Welches Konzept liegt jetzt dem Doppelhaushalt zugrunde? Wie soll es beim Hahn weitergehen?

Ihre Antwort enthält eine Änderung des Haushaltsgesetzes, in dem jetzt dem Innenminister eine Ermächtigung erteilt werden soll, Schulden der FFHG in Höhe von 60 Millionen Euro zusätzlich ergänzender Vereinbarungen für das Land aufzunehmen.

Meine Damen und Herren, aus Schulden wird Eigenkapital gemacht. Wir haben schon beim Nürburgring erfahren, wie so etwas geht und wie so etwas enden kann.

Frau Dreyer, ich denke,

(Pörksen, SPD: Na! Ich denke?)

bei Ihrer Rede von gestern müssen Sie sich fragen, was aus den Versprechungen vom Frühjahr geworden ist.

(Frau Klöckner, CDU: Richtig!)

Ihre Versprechungen, auch mit der EU abgestimmt, haben noch nicht einmal dieses Jahr überdauert.

(Frau Klöckner, CDU: Nicht einmal ein halbes Jahr!)

Sonst wären wir in anderen Haushaltsansätzen. Dann würden wir heute ein Konzept auf dem Tisch haben. Darüber könnten wir dann diskutieren. Wir haben Ihnen zugesagt, dass wir diskutieren wollen.

Unser Antrag ist seriös gewesen, aber hat Ihnen kein Plazet erteilt. Das will ich deutlich herausstellen.

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Pörksen, SPD)

"Alles immer mit der EU abgestimmt", hieß es. Auch jetzt alles immer mit der EU abgestimmt? Dann legen Sie uns die Abstimmung einmal vor. Legen Sie uns genau vor, was in allen diesen Facetten abgestimmt ist.

(Pörksen, SPD: Können Sie alles morgen in der Zeitung lesen!)

Das Rethage-Konzept kann es nicht sein.

(Frau Klöckner, CDU: Das glaube ich auch!)

Wenn Sie bei dem Stichwort "Rethage" von Getöse reden, dann wäre es angebracht, Frau Ministerpräsiden-

tin; denn Rethage entwickelt sich immer mehr zum Problemfall. Herr Barbaro – ich weiß nicht, wo Sie sind –

(Pörksen, SPD: Links von Ihnen!)

 Entschuldigung –, Sie werden das sicher aufmerksam verfolgen müssen.

Sein Strukturkonzept ist gescheitert, sein Sparkonzept entwickelt sich in die Gegenrichtung. Durch Kündigungen und Neuausschreibungen wird es nicht billiger, sondern teurer.

Die Mitarbeiter hat er in Klagen mit haarsträubenden Beschuldigungen in die Öffentlichkeit gezerrt.

(Zuruf des Abg. Pörksen, SPD)

Das ist Getöse, meine Damen und Herren.

Herr Barbaro hat seinen Ziehsohn vom Landesbetrieb Mobilität nicht durchsetzen können, und zurück konnte er wohl auch nicht mehr. Jetzt wird er im Finanzministerium "geparkt".

(Zuruf des Abg. Köbler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Beschäftigen Sie sich einmal mit seiner Giftliste. Tun Sie das einmal!

(Frau Klöckner, CDU: Die Giftliste ist interessant!)

Die wird vor Ort diskutiert. Wie berichtet, soll dort beispielsweise von einem Politiker die Rede sein, auf dessen Willen hin ein Feuerwehrfahrzeug des Flughafens zum Schmücken des Weihnachtsbaums in dessen Gemeinde zum Einsatz gekommen sein soll.

(Zuruf der Abg. Frau Klöckner, CDU)

Das ist Getöse, meine Damen und Herren. Wenn er, wie er verkündet, diese Giftliste abarbeitet, dann weiß ich nicht, wie es um die Zukunft dieses Flughafens bestellt ist.

(Zuruf des Abg. Köbler, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, inzwischen haben die Kunden fast schon reihenweise dem Hahn den Rücken gekehrt, und das Desaster in den Zahlen spiegelt sich in der Antwort auf unsere Große Anfrage, auf die wir im neuen Jahr noch zu sprechen kommen werden, wider. Die Geschäftsführung weiß sich offensichtlich keinen Rat mehr.

(Zuruf der Abg. Frau Klöckner, CDU)

Was tut man? – Man bietet dem Geschäftsführer, der – aus welchen Gründen auch immer – nicht mehr tragfähig war, jetzt Provisionsverträge an. Auf Provisionsbasis soll er doch bitte, bitte wieder für neue Kunden sorgen.

(Zuruf der Abg. Frau Klöckner, CDU)

Man beschäftigt sich doch wieder einmal mit eigentlichen Experten.

(Pörksen, SPD: Das ist unterste Schublade, was Sie hier vorbringen!)

Er soll doch bitte wieder für Kundschaft sorgen.

Meine Damen und Herren, was ist das für ein Armutszeugnis, was ist das für ein Zeugnis von Führungsschwäche?

(Beifall der CDU)

Für die Verlustabdeckung und für Ihre Konzeptionslosigkeit sollen wir die Hand heben?

(Pörksen, SPD: Ihr hebt doch sowieso nie die Hand!)

Wir, Frau Ministerpräsidentin? Ihr Konzept vermissen wir. Die Abstimmung mit der EU kann ich nicht erkennen. Legen Sie sie uns vor. Dann reden wir seriös darüber,

(Pörksen, SPD: "Seriös" ist das richtige Wort!)

wo und wie wir zustimmen werden.

(Beifall der CDU)

Lassen Sie mich noch ein letztes Wort zum Nürburgring sagen, weil die Kolleginnen und Kollegen zu anderen Dingen in diesem insgesamt riesigen Ministerium noch zu sprechen kommen werden und ihre Zeit brauchen. Gesten bis 17 Uhr sollten eigentlich abschießend die verbindlichen Gebote abgegeben werden. Für Montag, 16. Dezember, ist der Gläubigerausschuss eingeladen. Es könnte dort zum Zuschlag kommen, alles in Mitverantwortung der Landesregierung.

(Zuruf der Ministerpräsidentin Frau Dreyer)

Sie weisen es immer so weit von sich nach dem Motto: Die Insolvenzverwalter werden am Montag nicht zur Abstimmung gerufen, sondern es ist der Gläubigerausschuss. Wer führt diesen Gläubigerausschuss? Herr Drawe von der ISB. Meine Damen und Herren, wer ist die ISB? Ist die ISB nicht auch ein großer Teil dieser Landesregierung?

(Staatsminister Lewentz: Ist das etwas Neues?)

Ist die ISB nicht die Bank, bei der Sie die Verantwortung tragen?

Meine Damen und Herren, die "WirtschaftsWoche" berichtet gerade: Datenraumpanne gefährdet Nürburgringverkaufsprozess. –

Wenn es dort zu dieser Gefährdung kommt, dann sind Sie Teil dieser Gefährdung;

(Pörksen, SPD: Das ist nicht nur unseriös, das ist Mist, was Sie sagen!)

denn dann haben Sie in diesem Gläubigerausschuss nicht Ihre Pflichten, nicht Ihre Möglichkeiten, dort einzugreifen, wahrgenommen. Dann ist es Ihre Verantwortung.

> (Beifall der CDU – Pörksen, SPD: Sie schlagen sich doch in die Büsche der Verantwortung!)

#### Vizepräsident Dr. Braun:

Für die Fraktion der SPD hat der Abgeordnete Noss das Wort.

### Abg. Noss, SPD:

Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ich bin im Prinzip an dieser Stelle wirklich sprachlos, wie Sie es schaffen, den ganzen Einzelplan 03 apokalyptisch darzustellen. Man meint, die Welt in Rheinland-Pfalz würde durch diesen Haushalt untergehen.

(Zuruf des Abg. Pörksen, SPD)

Vor allen Dingen fasziniert mich immer wieder, wie Sie es schaffen, jeden einzelnen Tagesordnungspunkt – es kann gehen, worum es will – mit dem Hahn in Verbindung zu bringen. Heute haben Sie es auch wieder geschafft, den Hahn mit dem Nürburgring in Verbindung zu bringen. Wie Sie diese Sprünge schaffen, ist schon gut.

(Licht, CDU: Weil es die großen Baustellen sind!)

- Sie machen alles zu einer großen Baustelle.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Licht, CDU)

– Herr Licht, wir haben bis jetzt geschwiegen, aber dann müssen Sie sich fragen lassen, wie es sein kann, dass ein von Ihnen "gesponserter" oder als Vorsitzender des Fördervereins mitgetragener Verein dort innerhalb von zehn Jahren über 500.000 Euro bekommt. Sie wussten um die Situation des Hahn. Sie können auch nicht sagen, Sie wussten von allem nichts, Sie hätten damit nichts zu tun. Das würde jeglicher Lebenserfahrung widersprechen.

(Zuruf der Abg. Frau Klöckner, CDU)

500.000 Euro, die wir sehr gut hätten brauchen können, sind dort hingegangen.

(Pörksen, SPD: Richtig!)

Wir haben dieses Thema bis jetzt bewusst klein gehalten. Aber so, wie Sie mit dem Hahn und den dort handelten Personen umgehen, fordern Sie förmlich heraus, dass man ebenfalls auf dieses Thema eingeht. Das tut uns leid. Aber es ist leider Gottes so. Auch dort sollten Sie in medias res gehen und überlegen, wie das Ganze aus Ihrer Sicht auszusehen hat.

Wir sehen den Einzelplan 03 natürlich etwas anders. Wir sagen, es ist wirklich jeder Cent umgedreht worden. Es

ist versucht worden, den Mangel hintanzustellen. Wir haben deshalb auch dieses Jahr wieder eine gute Lösung gefunden, und der Einzelplan 03 ist geeignet, die Dinge, die wir fördern wollen und darstellen müssen, darzustellen und erlaubt die Forstsetzung unserer vorausschaubaren Politik. Er orientiert sich an den gegebenen Möglichkeiten. Diese sind natürlich im Wesentlichen durch die Schuldenbremse definiert, die wir einstimmig beschlossen haben. Manche vergessen das manchmal. Deshalb sage ich es noch einmal.

Wir haben bei diesem Haushalt deutlich zwischen den notwendigen Dingen – das Notwendige konnte alles dargestellt werden – und den Dingen, die wünschenswert wären, unterschieden. Dort ist das eine oder andere nicht mehr zum Tragen gekommen. Aber dies liegt in der Natur der Sache.

Wir sagen deutlich, wir werden auch in Zukunft beim Einzelplan 03 – um den geht es hier – deutlich machen müssen, dass wir bereit sind, die Schuldenbremse mitzutragen. Wir werden in Zukunft aufpassen müssen, dass wir unsere Aufgaben erfüllen können. Das wird mit Sicherheit nicht einfach werden. Wir werden auch irgendwann nicht darum herumkommen, über Strukturveränderungen zu sprechen, Strukturveränderungen vielleicht bei der Polizei, Strukturveränderung im Bereich des Sports, wo es Doppelstrukturen gibt, ob diese erforderlich sind.

Wir sind jetzt Gott sei Dank davon abgekommen und reduzieren die Situation im Kunstrasenbau, dass jeder Ort meint, seine Probleme, keine eigene Fußballmannschaft aufstellen zu können, würden damit zusammenhängen, dass er keinen Kunstrasenplatz hat. Nein, das hängt mit anderen Dingen zusammen. Wir haben das mittlerweile entsprechend dargestellt.

### (Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Im Brand- und Katastrophenschutz hatten wir bei Aufstellung des letzten Doppelhaushalts eine Riesendiskussion, weil die Feuerwehren ihren Beitrag zur Konsolidierung des Haushaltes leisten sollten. Zweimal 1 Million Euro waren vorgesehen. Es war damals ein Riesengetöse. Das Ganze ist dargestellt. Damals hat der Innenminister deutlich gemacht, dass wir im nächsten Jahr die ursprüngliche Summe wieder zur Verfügung stellen werden, die Mittel der Feuerschutzsteuer vollkommen beim Brandschutz belassen werden. Das ist jetzt der Fall. Von daher gesehen, viel Geschrei um nichts.

Wir fördern nach wie vor Feuerwehrhäuser, Fahrzeuge und sonstige Dinge im Feuerwehrbereich. Ich sage deutlich, es ist immer die Rede vom Antragsstau. Selbstverständlich haben wir einen Antragsstau. Aber die Alternative wäre beispielsweise, dass wir es machen wie in Hessen, an jedem 31. Dezember holen wir die Anträge, die gestellt wurden, die nicht abgearbeitet wurden, wieder hervor, schicken sie zurück und sagen, kein Antragsstau. Diese Möglichkeit wollen wir nicht, wir wollen nämlich Ehrlichkeit. Wir wollen Transparenz, die Sie an anderer Stelle immer wieder einfordern.

Als positiv bezeichnen möchte ich die Tatsache, dass wir in Ludwigshafen versuchen, die Leitstelle gemein-

sam zu nutzen, Feuerwehr, Rettungswesen und Polizei. Ich glaube, das könnte eine Blaupause für das ganze Land werden; denn es ist erforderlich, dass wir mit den Ressourcen, die wir haben, schonend umgehen, versuchen, die Ressourcen so einzusetzen, damit wir einen möglichst großen Nutzen erzielen können.

### (Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ein paar Worte zum Hahn. Der Hahn ist ein Jobcenter. Hier sind wir alle einer Meinung. Rund 10.000 Arbeitsplätze sind entstanden. Der Hahn ist also mehr als nur ein Flughafen. Wir wissen alle, wo die Probleme liegen. Die liegen nicht in der SPD, die liegen einfach darin, dass die Entwicklung zu schnell vonstattenging, dass keine Zeit blieb, entsprechend aufzubauen.

Ich sage Ihnen deutlich, hätten wir eine Entwicklung der Fahrgastzahlen, ausgehend von null bis heute etwa 2,7 Millionen, wir würden uns "von" schreiben. Aber wir hatten diesen Sprung, der durch die Einführung der Flugverkehrssteuer nach unten getragen wurde. Das ist ebenfalls eine Sache, über die man bei der Angelegenheit durchaus reden kann. Der Hahn ist nach wie vor ein Erfolgsmodell. Aber Sie tun alles, um dieses Modell zu zerreden.

## (Beifall der SPD und der Abg. Frau Neuhof, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Da geben Sie sich redlich Mühe. Ich habe die große Befürchtung, dass Sie es irgendwann auch schaffen werden; denn das, was Sie machen, ist, Sie skandalisieren am Hahn alles, egal, was es dort gibt. Sie sollten versuchen, etwas mehr Verantwortungsgefühl gegenüber den Menschen am Hahn und den Arbeitsplätzen, die dort entstanden sind, zu haben.

(Pörksen, SPD: Richtig!)

Das lassen Sie leider vollkommen vermissen.

#### (Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Als Beispiel für eine gute Aktion möchte ich ausdrücklich die Änderung in der Vermessungs- und Katasterverwaltung bezeichnen, indem gemeinsam mit den handelnden Akteuren vor Ort eine Lösung gefunden wurde, bei der es an der einen oder anderen Stelle etwas Gegrummel gab – das ist klar –, aber bei der wir insgesamt gesehen mit dem, wie es gelaufen ist, sehr zufrieden sein können.

Ein weiterer Punkt, den ich aufzählen möchte, wäre die IT-Zentralstelle ISIM. Auch dies wurde damals im Hause sehr kontrovers diskutiert. Wir haben gesagt, okay, es ist der Zeitgeist, es ist ein Erfordernis, dass wir diese Bemühungen im Bereich der IT-Technik für die gesamte Regierung bündeln. Wir haben es im ISIM getan. Seit der Zeit haben wir ständig zurückgehende Kosten für diesen großen Bereich, der in anderen Bereichen deutlich nach oben geht. Von daher gesehen haben wir damals richtig gehandelt. Ich sage es ganz deutlich.

Noch ein paar Worte zum Kommunalen Finanzausgleich, der zum 1. Januar 2014 in Kraft tritt. Wir haben an anderer Stelle, in der Enquete-Kommission ebenso

wie im Innenausschuss, im Haushalts- und Finanzausschuss, schon des Öfteren über diesen Kommunalen Finanzausgleich diskutiert. Wir werden bis zum Jahr 2016 rund 500 Millionen Euro neues Geld in den Kommunalen Finanzausgleich stecken, in Summe in dieser Zeit insgesamt 1 Milliarde Euro mehr für die Kommunen.

Das ist ein großer Batzen Geld. Mit dem können die Kommunen arbeiten. Mit dem können sie rechnen, im Gegensatz zu anderen Bundesländern, die nicht diesen Stabilisierungsfonds haben, in denen der Kommunale Finanzausgleich ständig auf und ab geht und keine vernünftige Planungsgrundlage für die Kommunen darstellt

Ich glaube, das sollte man an der Stelle deutlich machen. Mir ist vollkommen klar, dass es den Kommunen nicht ausreicht. Wenn ich irgendwo in einer Kommune wäre, würde ich sagen, bitte Land, löse meine Probleme. Doch wir wissen alle, dass wir diese Probleme nicht lösen können. Auch Sie können diese Probleme nicht lösen. Auch Sie haben kein Deckblatt gemacht, dass Sie 300 Millionen Euro in den Kommunalen Finanzausgleich stecken wollen.

(Pörksen, SPD: Versprechen es aber!)

Warum sollten wir nicht ehrlicher miteinander umgehen und deutlich machen, wir tun, was wir können, bloß das, was wir können, ist begrenzt? Aber wir versuchen im Rahmen dessen, was uns zur Verfügung steht, alles zu tun, um diese Dinge umzusetzen.

### (Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ein paar Worte noch zum Gemeindewirtschaftsrecht. Wir alle wollen – zumindest sagen es alle – die Energiewende. Die Anhörung, die wir im Innenausschuss durchgeführt haben, machte deutlich, dass wir die Energiewende brauchen, darüber hinaus die Kommunen die Energiewende stark einfordern, weil die Kommunen in die Lage versetzt werden müssen, in diesem Bereich ebenfalls wirtschaftlich, ohne die bestehenden Restriktionen, tätig zu werden.

Ich glaube, dass wir eine Energiewende nur mit den großen Vier am Markt nicht hinbekommen. Wir müssen dezentrale Strukturen schaffen. Das geht nur, indem wir die rechtlichen Voraussetzungen schaffen. Die Subsidiaritätsklausel wurde gelockert.

Darüber hinaus haben wir in diesem Bereich die Breitbandverkabelung mit einbezogen. Es ist eine ganz wichtige Sache. Breitband ist ein wichtiger Indikator dafür, ob Menschen, Familien, Firmen sich irgendwo ansiedeln oder nicht. Wer beispielsweise bei uns auf dem flachen Land lebt, weiß sehr wohl, wie wichtig das ist. Viele unserer Schüler bleiben eventuell mittags länger in der Schule, weil sie dort eine vernünftige Internetanbindung haben. Von daher gesehen müssen wir uns beim Gemeindewirtschaftsrecht bewegen. Das sind wir unseren Kommunen und den Menschen im Land schuldig. Ich glaube, da sind wir auf einem guten Weg. Ich habe dort verhältnismäßig wenig Widerstand gesehen. Ich glaube, dass wir einen gemeinsamen Nenner finden könnten, im Dienst an der Sache finden sollten.

Ich habe jetzt genau bei 9 Minuten und 57 Sekunden das Ende, damit Michael Hüttner auch noch reden kann. Punktlandung.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

### Vizepräsident Dr. Braun:

Im Endeffekt waren es jetzt 10 Minuten und 3 Sekunden.

Eine Kurzintervention von Herrn Kollegen Licht. – Herr Licht, Sie haben das Wort.

### Abg. Licht, CDU:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Noss, ich muss Sie noch einmal darauf hinweisen, dass Sie einen Vertrag angesprochen haben, der von der Fraport, einem Privatunternehmen, abgeschlossen wurde. In diesen Verträgen ging es immer um die jährliche Kündigung, die dann, als die Mehrheiten wechselten, von einer erstmals SPD-geführten Alleinregierung, von SPD-geführten Aufsichtsräten hätten jährlich gekündigt werden können. Ich weiß nicht, warum Sie nicht gekündigt haben.

(Zuruf des Abg. Pörksen, SPD)

Sie hätten darauf eingehen können.

Ihre Scheinheiligkeit kam zum Tragen, als es dem Flughafen Hahn nicht mehr ganz so gut ging. Dann gab es Verträge, die auf Intervention des Innenministers zustande kamen, beispielsweise mit der TUS Koblenz.

(Pörksen, SPD: Unglaublich! Sie sind sich für nichts zu schade!)

Dann müssen Sie die auch mit ansprechen.

Im Grunde geht es darum, dass Sie von Ihren eigenen Versäumnissen ablenken wollen.

(Pörksen, SPD: Seien Sie lieber ruhig! Das ist besser!)

Im letzten Jahr haben die Konzepte, die immer wieder von Herrn Rethage abgelehnt worden sind, die Schlagzeilen beherrscht. Was in diesem Zusammenhang Mitglieder aus diesem Parlament, Sozialdemokraten, gesagt haben, ist in der Zeitung nachzulesen. Da ist von "sozialer Kälte" die Rede gewesen. Das kam nicht von uns, das haben Sozialdemokraten berichtet.

(Frau Ebli, SPD: Das ist ja unglaublich, was Sie hier herauslassen!)

Es ist von "Unzulänglichkeit" die Rede gewesen. Im Aufsichtsrat gab es mehrere Wechsel. Es gab Geschäftsführer, die gesagt haben, unter diesen Umständen führten sie ihre Arbeit nicht weiter fort.

Das sind alles Schlagzeilen, die erst einmal nicht von uns produziert worden sind. Die wurden dadurch produziert, dass Sie einen Sozialdemokraten, der schon beim LBM Flurschaden hinterlassen hat, dort eingesetzt haben und ihn als neuen Retter dort haben feiern wollen, meine Damen und Herren.

(Frau Ebli, SPD: Sie wollten zu den Ausführungen von Herrn Noss reden!)

 Herr Noss hat doch die ganze Geschichte um den Flughafen Hahn angesprochen.

(Pörksen, SPD: Wie bitte? – Zuruf der Abg. Frau Brede-Hoffmann, SPD)

- Ja, natürlich.

Meine Damen und Herren, die Entwicklung des Flughafens hängt auch von der Sensibilität der Geschäftsführung ab.

(Pörksen, SPD: Die haben Sie! Das merkt man hier! – Zuruf der Abg. Frau Fink, SPD)

Diese Sensibilität hat nun die jetzige Geschäftsführung in der Weise nicht an den Tag gelegt. Das zeigen die Umstände, die wir täglich dort erleben.

(Beifall der CDU – Frau Fink, SPD: Das ist eine Beleidigung!)

### Vizepräsident Dr. Braun:

Zu einer Antwort auf die Kurzintervention hat Herr Abgeordneter Noss das Wort.

### Abg. Noss, SPD:

Zunächst einmal eine Richtigstellung, Herr Licht. Das Thema "Hahn", wie es in dieser Breite diskutiert worden ist, haben Sie angesprochen, nicht ich. Ich hatte dazu lediglich ein, zwei kurze Passagen genannt.

Darüber hinaus mag es sein, dass die Situation zu Zeiten der Fraport eingetreten ist, aber der Flughafen Hahn war zu dem damaligen Zeitpunkt gesund, weil die Fraport die Verluste abgedeckt hat. Spätestens dann, als Fraport weggefallen ist, bestand diese Verlustabdeckung nicht mehr.

Sie haben trotzdem über mehrere Jahre hinweg nichts gesagt. Das brauchten Sie im Prinzip auch nicht, aber wenn man immer wieder hier als Moralapostel auftritt und deutlich macht, was alles schlecht gelaufen ist, dann muss man sich auch selbst hinterfragen, ob das eigene Handeln den Ansprüchen, die man an andere stellt, gerecht wird. Das bezweifle ich in diesem Fall ganz deutlich.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Pörksen, SPD: Sehr richtig!)

Darüber hinaus sprechen Sie den Minister an. Wenn ich die beiden Spenden sehe, die an den TUS Koblenz gegangen sind – um die handelt es sich ja wohl – und an

einen kleineren Verein, stellt das schon einen großen potenziellen Unterschied dar. Ich glaube nicht, dass man beides miteinander vergleichen kann.

Wenn Sie jetzt Herrn Rethage dermaßen negativ darstellen, ist das ebenfalls die Frage, ob es einfach so hinzunehmen ist, wenn Sie sagen, er hätte einen Flurschaden angerichtet. Herr Rethage ist ein Geschäftsführer, der mit Sicherheit seine Ecken und Kanten, aber mit Sicherheit auch seine Fähigkeiten hat. Diese Fähigkeiten wurden irgendwann von Ihnen und anderen aus der CDU-Fraktion ebenfalls attestiert.

(Frau Schmitt, SPD: Zum Beispiel im Beirat des LBM!)

Von daher gesehen ist das nicht der richtige Weg, ihn jetzt dermaßen negativ darzustellen.

Wenn Sie sagen, der Vertrag mit dem HSG Irmenach-Kleinich-Horbruch hätte gekündigt werden sollen, dann muss ich sagen, das war keine Landessache, sondern das war Sache der Geschäftsführung, die diesen Vertrag geschlossen hat. Jetzt so zu tun, als wenn das Land Versäumnisse hätte, ist an den Haaren herbeigezogen.

Wir sollten eines nicht machen, wir sollten nicht diesen Krimskrams thematisieren und versuchen, irgendetwas zu skandalisieren. Versuchen Sie doch einmal, Ihrer Verantwortung gegenüber den Menschen in Ihrem Wahlkreis gerecht zu werden. Versuchen Sie einmal, deutlich zu machen, 10.000 Menschen arbeiten dort, 3.000 am Flughafen Hahn und 10.000 um den Flughafen herum.

Mit diesem Gerede, das immer wieder aufkommt, werden wir es nicht schaffen, den Flughafen Hahn aus den Schlagzeilen herauszubekommen, was doch unser alle Bemühen ist.

Wir haben es versucht. Von Ihnen wird immer gesagt, Sie seien für den Flughafen Hahn und unterstützten ihn.

(Pörksen, SPD: Das glaubt doch kein Mensch mehr!)

Aber wenn es dann zur Nagelprobe kommt, spielen Sie immer das gleiche Spiel: nichts, überhaupt nichts. Das ist ein Verhalten, das einem normalen Verhalten nicht entspricht. Das werfen wir Ihnen vor, und wir werden Sie auch immer wieder darauf hinweisen.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

#### Vizepräsident Dr. Braun:

Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Frau Abgeordnete Blatzheim-Roegler das Wort.

**Abg. Frau Blatzheim-Roegler,** BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Der Haushaltsplan 03 ist, was den Bereich Infrastruktur angeht, gekennzeichnet von drei Botschaften: Im Bereich Straßenbau setzen wir klar auf den Erhalt vor Neubau, im Bereich ÖPNV setzen wir auf Ausbau, und wir kümmern uns um die Reduzierung von Verkehrslärm.

Das sind schon Leitgedanken im Koalitionsvertrag. Das macht deutlich, wir setzen mit diesem Haushalt konsequent fort, was wir im letzten Haushalt begonnen haben.

# (Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Ich beginne einmal mit dem Landesstraßenprogramm: Von den insgesamt 357 Maßnahmen sind 351 Maßnahmen dem Erhalt vorbehalten, ein Beweis dafür, dass der Großteil in die Erhaltung des bestehenden Landesstraßennetzes geht.

200 Maßnahmen sind für Straßen und noch einmal 90 sind für die Erhaltung von Brücken dort eingestellt.

Wir fordern darüber hinaus 20 wichtige Radwegeprojekte im kommenden Haushalt. Auch kommunale Baulastträger werden durch Zuweisung zum Bau und Ausbau von Verkehrswegen und -einrichtungen bedacht.

Bei allem beachten wir die Schuldenbremse, und das heißt: Ja, nicht alle Wünsche können erfüllt werden, und manches muss geschoben werden.

Das ist eine Verantwortung, der wir uns stellen; denn Ziel des Programms ist es, nach Straßenzustand, Verkehrsaufkommen, Unfallhäufung und den Baukosten auch die Anbindung bzw. Erreichbarkeit der Ortsgemeinden sicherzustellen. Ich bin mir bei dem Programm sehr wohl bewusst, dass wir uns dieser Verantwortung stellen.

Rheinland-Pfalz ist das Flächenbundesland mit dem dichtesten Straßennetz – das finden manche sehr imposant, was es auch ist –: 7.206 Kilometer Landesstraßen. Einerseits müssen wir sparen, andererseits gehen die Bürgerinnen und Bürger natürlich zu Recht auf die Barrikaden, wenn sie das Gefühl haben, sie müssen Schlaglochslalom fahren.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, Sie fordern phantasielos, dafür umso reflexhafter immer mehr Geld für den Straßenneubau. Dazu sage ich ganz klar, das werden wir uns nicht leisten können.

Wir müssen Geld zielführend und -gerichtet einsetzen, auch was den LBM angeht; denn einer muss die Instandsetzungsmaßnahmen planen, ausführen, Strecken prüfen und Arbeiten umsetzen und jetzt im Winter die Straßen freihalten. Dafür stehen 1.600 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zur Verfügung, um nach besten Kräften für sichere Straßen zu sorgen. Diesen Mitarbeitern gilt unser Dank.

Alles, was Sie versuchen, auch beim LBM, an Verwirrung zu stiften, geht letztendlich auch auf Kosten dieser

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die bei Ihren kruden Sparvorschlägen Angst um ihre Jobs haben müssen.

# (Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Beim Neubau hält sich das Land zu Recht zurück, und doch gibt es ihn an ausgewählten Punkten. Ich nenne hier zum Beispiel die Nordtangente in Koblenz, für die sich die Kollegen im Stadtrat seit Langem eingesetzt haben.

# (Beifall des Abg. Wiechmann, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Schmerzlich hingegen sehe ich – das müssen Sie mir zugestehen – die weiteren 5 Millionen Euro Landesanteil, der letztmalig in den Beton für die Hochmoselbrücke fließt, ein Projekt, von dessen Nutzen und Sinnhaftigkeit ich bis heute nicht überzeugt bin.

Zukunftsweisend hingegen ist die Mittelverwendung für den öffentlichen Verkehr; denn neben dem Fokus im Straßenbau auf den Erhalt der Substanz ist der Ausbau des Umweltverbundes auch mit Blick auf den demografischen Wandel, Klimaschutz und steigenden Benzinpreisen Schwerpunkt unserer politischen Weichenstellung, und das im wahrsten Sinne des Wortes; denn mit der Umsetzung des Rheinland-Pfalz-Takts 2015 sollen noch einmal dringend benötigte 20 % mehr Zugleistung angeboten werden, die den Fahrgästen mit modernen Zügen und in einem engen Taktverkehr einen noch besseren Fahrkomfort bieten sollen.

Der Ausbau dieses als Vorbild betrachteten Rheinland-Pfalz-Takts im geplanten Angebotsumfang ist trotz steigender Energie-, Trassen- und Stationspreise verbindlich geplant. ÖPNV und SPNV boomen. Die Nachfrage steigt. Das sieht man auch an den Anträgen für den Ausund Umbau von Bahnhöfen. Auch hierbei setzt das Land entsprechende Mittel ein.

Wir wollen die Nachfrage nach dem öffentlichen Verkehrsangebot adäquat bedienen. Deshalb gibt es einen entsprechenden Haushaltstitel in Höhe von 4,465 Millionen Euro.

Genau den will die CDU streichen, jedenfalls gibt es dafür ein Deckblatt. Man muss aber wissen, dass in diesem Titel auch anteilig Regionalisierungsmittel des Bundes enthalten sind. Die sind zweckgebunden für die Schiene.

Jetzt habe ich mich natürlich angesichts dieser CDU-Einsparvorschläge gefragt: Können die es nicht besser, oder wollen sie nicht? – Denken Sie, das merkt keiner? – Nun ja, eine Fraktion, die nicht einmal über einen verkehrspolitischen Sprecher verfügt, rangiert bei Ihnen wohl unter Wirtschaft, oder Sie verfahren nach dem Motto: Es darf jeder einmal etwas sagen, der sich betroffen fühlt. – Dann kann man wohl auch keine vernünftige Verkehrspolitik erwarten. Aber ich dachte, Sie könnten wenigstens den Haushalt lesen.

Es war schon lustig, wie plötzlich Ihre eigenen Abgeordneten, beispielsweise Frau Ganster, sich beeilen muss-

ten, öffentlich zu versichern, so habe man das nicht gemeint. Auch Ihre Bundestagsabgeordnete Anita Schäfer rüffelte Ihre sogenannten Sparvorschläge öffentlich. Jetzt schieben Sie noch schnell einen Entschließungsantrag hinterher, in dem Sie den schienenpolitischen Kahlschlag wiedergutmachen wollen. Aber ob Ihnen das jemand abnimmt? Heute hü, morgen hott zeugt nicht von politischer Kompetenz. Der frühere Vorsitzende des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr, Ihr CDU-Kollege Dr. Georg Gölter – im Übrigen ein fleißiger Zugfahrer –, wäre wahrscheinlich sprachlos ob dieser erratischen Handlungsweise.

Frau Klöckner, unter Ihrer Führung rast die CDU mit Karacho in die verkehrs- und haushaltspolitische Sackgasse. Man möchte Ihnen zurufen: Wenn möglich, bitte wenden!

Da lobe ich mir doch den Kollegen, Staatssekretär und CDU-MdB Peter Bleser. Mit ihm gehe ich Hand in Hand über die Schienen der Hunsrückbahn im vereinten Bestreben, diese Strecke zu reaktivieren.

#### (Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ein Wort noch zu dem Haushaltstitel, den Sie wahrscheinlich streichen wollten. Man kann Ihre Absichten ja nur erahnen. Erstmals gibt es nämlich auch Mittel für die Reaktivierung von Bahnstrecken außerhalb des Rheinland-Pfalz-Taktes für die touristischen Verkehre. Auch dort – das muss man Ihnen sagen – kämpfen Ihre Parteifreunde an unserer Seite, siehe Zellertal- oder Brexbachtalbahn oder die Eifelquerbahn.

Bei Letzterer gibt es einen von den regionalen CDU-Landräten unterstützten Reaktivierungsbeschluss des SPNV Nord. Das wissen Sie vermutlich gar nicht. – Bis Sie sich sortiert haben, was Sie eigentlich wollen, werden wir die gerade für die sehr ländlichen Gebiete auch unter dem Aspekt des Tourismus so wichtigen Angebote realisiert haben.

Einen letzten Aspekt für eine zukunftsfähige Mobilitätspolitik möchte ich noch ansprechen, nämlich die Reduzierung von Verkehrslärm. Das gilt beispielsweise für Tempo 30 innerorts auf Bundesstraßen. Dort haben wir ein Pilotprojekt angestoßen. Nicht nur Kandel, Herxheim und Weyer haben zwischenzeitlich Tempo 30, sondern mittlerweile haben neben Mainz auch die Städte Trier, Bad Kreuznach, Koblenz und Speyer Interesse an Tempo-30-Durchfahrtsstraßen. Das ist wirklich Politik für die Menschen.

In besonderer Weise gilt unsere Sorge natürlich auch dem Bahnlärm, und dabei weiß ich auch alle Ministerien, die davon betroffen sind – das Umweltministerium oder das Innenministerium –, immer auf der Seite derjenigen, die jetzt unter Bahnlärm leiden.

Zusammengefasst möchte ich sagen, Rot-Grün schafft die Voraussetzungen für eine zukunftsfähige Mobilität auf der Straße und auf der Schiene und reduziert Verkehrslärm innerorts. Daher auch unsere herzliche Einladung, unsere Anträge – Drucksachen 16/3117/3111/3095 – zu unterstützen und Ihren Antrag – Drucksache 16/3086 – zurückzuziehen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

## Vizepräsident Dr. Braun:

Für die CDU-Fraktion hat nun Frau Abgeordnete Beilstein das Wort.

## Abg. Frau Beilstein, CDU:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wer gedacht hat, dass sich diese rheinlandpfälzische Landesregierung und die rot-grüne Koalition das Urteil des Verfassungsgerichtshofs von 2012 zu Herzen nehmen und den Kommunen endlich das geben würden, was ihnen per Verfassung zusteht, der sieht sich spätestens ab diesem Doppelhaushalt als getäuscht an.

#### (Beifall der CDU)

Der spürbare Landesbeitrag zur Gesundung der Kommunen und der Kommunalfinanzen bleibt aus. Das Einzige, was spürbar ist, ist die Tatsache, dass der Kommunale Finanzausgleich für diese Landesregierung auch weiterhin eine Spielwiese bleibt, auf der sie sich lustig bedienen und dann später als Wohltäter feiern lassen kann.

Beispiel Kita: Gestern noch hat sich Frau Ministerpräsidentin Dreyer selbst für die hohen Landeszuschüsse im Bereich der Kindertagesstätten zu den Investitions- und Betriebskosten gelobt. Dabei geht aus meiner Kleinen Anfrage und der Antwort der Landesregierung Nr. 1953 ganz eindeutig hervor, dass beispielsweise von den Personalkosten in den Jahren 2008 bis 2012 in Höhe von 1,25 Milliarden Euro genau 1,23 Milliarden Euro aus dem Kommunalen Finanzausgleich entnommen wurden. Mit anderen Worten, diese Landesregierung lobt sich für den Kita-Ausbau, den aber Bund und Kommunen im Grunde genommen bezahlt haben.

## (Beifall bei der CDU)

Ich erinnere dazu an die kritische Nachfrage von Herrn Professor Dr. Junkernheinrich, gewürzt mit einer gewissen Süffisanz, in der letzten Sitzung der Enquete-Kommission bei der Anhörung zu der U3-Finanzierung. Er fragte nämlich: Wird das Geld dadurch, dass man es dem Kommunalen Finanzausgleich entnimmt, eigentlich dann zu Landesgeld? – Ich denke, recht hatte er mit dieser Frage! Genau das ist nämlich der Punkt.

Aus den Finanzmitteln, die den Kommunen zustehen, werden mehr und mehr festgelegte Maßnahmen bezahlt, und das Geld steht damit den Kommunen an anderer Stelle eben nicht mehr zur Verfügung. Diese permanente Befrachtung hat genau zu der Finanznot geführt, die wir heute haben.

(Beifall der CDU – Pörksen, SPD: So ein Unsinn!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen der rot-grünen Koalitionsfraktionen, liebe Landesregierung, da hilft es auch nicht, dass Sie immer wieder von diesen imaginären 490 Millionen Euro reden.

(Pörksen, SPD: Was heißt imaginär? Das ist doch Geld! – Noss, SPD: Ist das etwa kein Geld?)

Wir wissen doch alle längst – es hat sich bereits herumgesprochen, und das ist auch bei den Menschen bekannt –, nur 50 Millionen davon sind echtes Landesgeld, das Sie in die Hand nehmen.

(Pörksen, SPD: Was ist denn das andere für Geld? Etwa unechtes?)

Wenn man nun einmal betrachtet, wie der Haushalt für die Jahre 2014 und 2015 aufgestellt ist, wenn Sie dort die Kita-Personalkosten betrachten, dann werden Sie feststellen, dass exakt diese 50 Millionen Euro dort wieder verfrühstückt werden.

(Beifall der CDU – Zuruf der Abg. Frau Kohnle-Gros, CDU)

So ist es auch kein Wunder, dass das Geld natürlich an allen anderen Stellen fehlt. So fahren Sie zum Beispiel den Investitionsstock und die Dorferneuerung herunter, und ich bin mir ziemlich sicher, gerade mit Blick auf die Demografie wäre dort das Geld absolut notwendig gewesen.

(Pörksen, SPD: Wo ist Ihr Antrag dazu? Stellen Sie einen Antrag!)

Das ist aber nicht die einzige Stelle, an der sich diese Landesregierung gern als Wohltäter feiern lässt. Ich nenne ein weiteres Beispiel, nämlich die Hochzeitsprämien und auch die Entschuldungshilfen im Rahmen der Kommunal- und Verwaltungsreform. Es ist keinesfalls zusätzliches Geld, das im Landeshaushalt zur Verfügung gestellt wird.

(Staatsminister Lewentz: Nennen Sie Cochem-Zell!)

Herr Minister Lewentz, Sie sagen, Sie müssen Cochem-Zell nennen.

(Staatsminister Lewentz: Sie nennen immer Cochem-Zell!)

Ich nenne auch alle anderen, die im Rahmen der Kommunalreform freiwillig fusioniert haben. Ja, sie haben das Geld genommen, und sie freuen sich auch darüber. Das kann man auch niemandem verdenken, aber fest steht doch auch, alle anderen haben dieses Geld nicht mehr zur Verfügung.

(Beifall der CDU – Zuruf des Abg. Pörksen, SPD)

Dabei handelt es sich schon um enorme Summen, nämlich in 2014 um 4,3 Millionen Euro und in 2015 um 16,8 Millionen Euro.

Da wir alle natürlich diese klebrigen Finger im Land Rheinland-Pfalz kennen, wenn der Bund wieder einmal Geld herüberschiebt, haben wir auch deswegen diesen Punkt in unserem Entschließungsantrag mitbedacht. Herr Minister, Sie haben bereits angekündigt, dass Sie 250 Millionen Euro von dem Geld abkassieren möchten, das der Bund zur Verfügung stellen will, und es eben nicht an die Kommunen weiterleiten wollen.

(Staatsminister Lewentz: Das ist die derzeitige Verteilsituation! Haben wir derzeit eine Verteilung von 49 : 51 oder nicht?)

Lieber Herr Lewentz, ich sage Ihnen, da haben Sie irgendetwas falsch verstanden.

(Beifall der CDU – Staatsminister Lewentz: Haben wir derzeit eine Verteilung von 49 : 51?)

Sie haben etwas falsch verstanden; denn es ging an dieser Stelle nur um die Hilfen für die Kommunen.

(Staatsminister Lewentz: Wenn das Gesetz so kommt! Das Gesetz muss erst einmal kommen!)

Es ging nicht darum, den Ländern bei ihrer Gesundung zu helfen. Das wird an anderer Stelle geregelt.

(Beifall der Abg. Frau Klöckner, CDU)

Ich sage Ihnen auch, Ihr Kollege, Herr Landrat Kaul, hat das direkt erkannt. Er hat diese Masche ganz schnell verstanden und hat darum gebeten, dass dieses Geld am besten direkt an den Ländern vorbei an die Kommunen gegeben werden soll.

(Beifall der CDU – Zuruf des Staatsministers Lewentz)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich fand die Anhörung, die wir mit den kommunalen Spitzenverbänden durchgeführt hatten, sehr erhellend. Dort haben wir erfahren, es gab zwischenzeitlich auch schon eine Haushaltsumfrage bei den Landkreisen, und nach dieser Umfrage scheint festzustehen, der große Durchbruch wird in 2014 nicht kommen. Es wird nach wie vor jede Menge Kommunen mit Defiziten geben, und die Kassenkredite werden weiter steigen.

Ich sage an dieser Stelle ganz klar, die durchschnittliche Betrachtung halte ich ohnehin für sehr fragwürdig; denn es sind zum Beispiel die hohen Überschüsse von Ingelheim mit enthalten und auch natürlich infolge der guten wirtschaftlichen Situation diese 490 Millionen Euro abzüglich der 50 Millionen Euro. Sie glauben aber doch im Leben nicht, dass dies allen Kommunen zugutekommen würde. Deswegen ist diese durchschnittliche Betrachtung nicht geeignet, eine Gesundung der Kommen festzustellen.

(Beifall bei der CDU)

So ganz nebenbei sei auch bemerkt,

(Pörksen, SPD: Wo ist denn Ihr Antrag?)

nicht nur die Wirtschaft hat Hochkonjunktur. Auch die Sozialkosten haben Hochkonjunktur. Deswegen wird dieses Prinzip Hoffnung nicht funktionieren, dass Sie einfach glauben, mit diesem zusätzlichen Geld könnte man sowohl die Soziallasten bedienen als auch so ganz nebenher noch einen Schuldenabbau bei den Kommunen herbeiführen.

Gestern hat die Ministerpräsidentin gesagt, sie sei nicht zufrieden darüber, dass offensichtlich wieder Klagen angedroht werden. Da frage ich mich schon, was unsere Ministerpräsidentin da eigentlich von den Kommunen erwartet. Die Kommunen stehen als Bettler da. Das Land bedient sich bei der kommunalen Finanzausgleichssituation. Die Kommen sollen am Ende noch Danke sagen? Ich glaube, das werden sie ganz sicher nicht tun.

Ich gehe fest davon aus, dass es nach Beschluss dieses Doppelhaushalts wieder neue Verfassungsklagen geben wird, und zwar von Städten und möglicherweise auch von Landkreisen.

Ehrlich gesagt finde ich es schlicht und ergreifend stillos, dass diese Landesregierung, die von einem Verfassungsgericht des Verfassungsbruchs überführt wird, sich wiederum ein neues Gesetz leistet, das wieder gegen diese Verfassung verstößt, sodass man ein weiteres Mal auf dem Gericht seitens der Kommunen tätig werden muss, um zu seinem Recht zu kommen.

(Beifall der CDU)

Ich sage ganz klar, meine sehr geehrten Damen und Herren: Wer so handelt, ist kein Freund der Kommunen. Das wird auch in diesem Doppelhaushalt wieder deutlich.

(Beifall der CDU)

#### Vizepräsident Dr. Braun:

Zu einer Kurzintervention hat Herr Kollege Noss das Wort.

## Abg. Noss, SPD:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Beilstein, die Funktion des Kommunalen Finanzausgleich haben Sie, glaube ich, nicht richtig verstanden. Ihre Logik wäre dann richtig, wenn das Land sagt, hier habt ihr 2 Milliarden Euro, damit könnt ihr Kommunen machen, was ihr wollt. Wir halten uns da vollkommen heraus.

So ist es aber nicht. Mit dem Kommunalen Finanzausgleich werden kommunale Aufgaben finanziert. Darüber hinaus werden Fördermaßnahmen für die Kommunen möglich gemacht. Aber es ist keinesfalls so, dass das automatisch kommunales Geld ist; denn wir haben – übrigens in allen Ländern – entsprechende Einrichtungen. Da liegen wir im Vergleich zu anderen Ländern gar nicht so schlecht.

Wenn Sie sich jetzt hier hinstellen und betonen, wie schlimm das Land Rheinland-Pfalz wäre, so ist das mit Sicherheit nicht richtig. Wir hätten alle gerne mehr Geld im Kommunalen Finanzausgleich, wenn es denn möglich wäre. Sie hätten es besonders gerne.

Nur, Sie reden von einem Mindestbetrag von 300 Millionen Euro, die uns fehlen. Da frage ich mich, warum Sie keinen Antrag gestellt haben, sie hätten nämlich keine Finanzierung und keine Deckung hinbekommen. Das wissen Sie doch ganz genau. Sich aber hier vollmundig hinzustellen, den Kommunen irgendetwas zu erzählen und zu hoffen, dass die Kommunen das glauben, ist schon ein starkes Stück.

Dass darüber hinaus beim Kommunalen Finanzausgleich immer wieder Differenzen entstehen, ist ganz klar. Wenn die Kommunen meinen, sie müssten klagen, dann sollen sie eben klagen. Das nehmen wir gelassen hin.

Es ist aber keinesfalls so, dass das ein Umgang ist, den man pflegen sollte. Es gibt immer Möglichkeiten, miteinander zu reden. Diese Möglichkeit wird in letzter Zeit leider allzu deutlich vonseiten der Kommunen und kommunalen Spitzenverbände außer Acht gelassen.

Wir versuchen, den Kommunen zu helfen. Wir haben den Kommunalen Entschuldungsfonds. Dort gehen jährlich 170 Millionen Euro hin. Es darf nicht angerechnet werden, aber wir rechnen es trotzdem an, denn der Kommunale Entschuldungsfonds hilft den Kommunen. Sie sagen, der Kommunale Entschuldungsfonds ist eine Fehlkonstruktion. Wir werden mit dem Kommunalen Entschuldungsfonds nicht die Lasten der Kommunen und die Liquiditätsengpässe wegbekommen. Aber wir schaffen eines, dass sie nämlich weniger deutlich schnell steigen als bisher. Das ist für sie auch schon ein Erfolg.

Wir wissen alle, wie es um die Kommunen steht. Wenn wir aber die Steuerkraft des Landes und die Einnahmen der Kommunen sehen, so haben wir pro Einwohner etwa einen Betrag von 600 Euro weniger zur Verfügung als in anderen Bundesländern.

Wenn man das einmal hochrechnet, wie hoch man dann kommt, dann erhalten wir einen Betrag, der ausreichen würde, um alles zu decken, wenn wir genauso gestellt wären in der Finanzkraft wie andere Bundesländer. Das sind wir aber leider nicht. Von daher gesehen macht das Land das seinerseits Mögliche, um die Situation zu meistern.

Dass Sie das bemängeln, ist das Recht der Opposition. Ich habe nichts dagegen. Zeigen Sie aber Alternativen auf, die darstellbar sind, Alternativen, die finanzierbar sind, und nicht Alternativen, die Sie am Stammtisch mit anhören.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

## Vizepräsident Dr. Braun:

Zur Antwort erteile ich Frau Kollegin Beilstein das Wort.

#### Abg. Frau Beilstein, CDU:

Herr Kollege Noss, ich denke, es ist gerade sehr deutlich geworden, wie Sie den Umgang mit den Kommunen sehen. Wenn Sie hier vorne sagen, wenn die Kommunen klagen, dann gehen wir sehr gelassen damit um,

(Pörksen, SPD: Richtig!)

dann macht das auch deutlich, wie Sie die Kommunen sehen. Das heißt, es sind scheinbar die Empfänger einiger Gelder von Ihren Gnaden, so sage ich es jetzt einmal. Wenn man dann den Kommunalen Finanzausgleich und die große Summe sieht, dann wird dort am besten schon alles festgelegt, was die Kommunen damit zu machen haben.

(Frau Brede-Hoffmann, SPD: Man könnte glauben, wir sind nicht alle auch selbst Kommunalvertreter!)

Da stellt sich doch die große Frage, was Sie eigentlich noch unter kommunaler Selbstverwaltung verstehen. Dann haben Sie eben genau dieses Urteil nicht verstanden.

(Beifall bei der CDU – Frau Brede-Hoffmann, SPD: Glauben Sie eigentlich, nur Sie sind Kommunalvertreterin?)

Wenn Sie sich hier vorne hinstellen und den Kommunalen Entschuldungsfonds über den grünen Klee loben, sagen Sie dann in einem Nebensatz, er soll eigentlich nur dazu beitragen, dass die Schulden weniger schnell steigen. Ich habe mir das eben genau mitgeschrieben.

(Frau Kohnle-Gros, CDU: Das hat er gesagt!)

Also wissen Sie, unter einem Kommunalen Entschuldungsfonds stelle ich mir und stellen sich auch die Kommunen etwas ganz anderes vor. Die Praxis zeigt doch, Sie nehmen einen Teil von dem kommunalen Geld, wollen sie damit zum Teil entschulden, und in Wahrheit wachsen nebenher gleich schon wieder erheblich höhere Schuldenberge. Das wird nicht klappen. Insofern sage ich, es sind einfach nur Worthülsen, aber keine Hilfen für die Kommunen.

(Beifall der CDU)

# Vizepräsident Dr. Braun:

Für die SPD-Fraktion erteile ich Frau Abgeordneter Schmitt das Wort.

# Abg. Frau Schmitt, SPD:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Auch für die SPD-Fraktion möchte ich aufgrund der Kürze der Zeit leider nur ein paar wichtige Bemerkungen zum Bereich Verkehrsinfrastruktur machen.

Herr Kollege Licht, nach Ihrem Auftakt zu dem Thema verstehe ich den Kurs der CDU ehrlich gesagt überhaupt nicht mehr. Während Sie uns in den letzten Jahren vorgeworfen haben, viel zu wenig Mittel für diesen Bereich zur Verfügung zu stellen, stellen Sie sich heute Morgen hier hin – ich dachte, ich hätte etwas an den Ohren – und bejammern den Mitteleinsatz und die Verpflichtungsermächtigungen, die wir dafür zur Verfügung stellen. Irgendetwas muss da bei Ihnen in der Fraktion ziemlich schräg laufen.

(Beifall der Abg. Frau Raue, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN – Pörksen, SPD: Irgendetwas?)

Aber das nur zu Beginn. Es ist irgendetwas.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, für die SPD-Fraktion ist das, was das Land als Entwurf vorgelegt hat, ein vertretbarer Kompromiss zwischen dem, was wir im Bereich der Schuldenbremse ermöglichen können, und dem, was wir an Herausforderungen vor uns haben, damit wir ein flächendeckendes, leistungsfähiges und vor allem auch sicheres Verkehrsinfrastruktursystem haben.

Ganz klar ist natürlich die Frage, wie der Landesbetrieb Mobilität dabei aufgestellt ist. Wir, das heißt die Landesregierung – ich gehe davon aus, auch die SPD-Fraktion –, werden die sogenannte Straßenpacht, Herr Kollege Licht, als ganz entscheidende Finanzierungsgrundlage deutlich anheben.

Wir werden gleichzeitig die Kreditaufnahme zurückfahren, und wir schaffen es, trotz dieser auch von Kollegin Blatzheim-Roegler schon beschriebenen nicht einfachen Rahmenbedingungen dafür zu sorgen, dass die Mittel im Straßenbau beispielsweise sogar noch um 5 Millionen Euro jährlich auf insgesamt 23,5 Millionen Euro ansteigen werden und wir 350 Maßnahmen umsetzen können. Das ist keine Kleinigkeit.

Ich glaube, der Landesbetrieb Mobilität kann seine Aufgaben damit wahrnehmen, Herr Kollege Licht, weil er seit Jahren den richtigen Schwerpunkt setzt, nämlich Erhalt vor Neubau, weil er Arbeitsprozesse besser organisiert und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter – da schaue ich in die Richtung des Kollegen Oster – einschließlich des ehemaligen Kollegen Oster ganz hervorragende Arbeit leisten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, auch der letzte Straßenzustandsbericht zeigt deutlich, dass wir es mit diesen wenigen Mitteln geschafft haben, den Anteil der Straßen in schlechtem Zustand zu verringern und den Anteil der Straßen in gutem Zustand zu steigern.

Herr Kollege Licht, ich jedenfalls kann Ihre Änderungsanträge nicht nachvollziehen. Nach den Katastrophenmeldungen, die Sie monatlich über den LBM absetzen, tickende Zeitbombe oder dass dem Straßennetz der Kollaps drohe, schaffen Sie es jetzt mit Ihrem Deckblatt, eine "schlappe" Million Euro mehr für den LBM zu beantragen. Sie haben gefühlt 1.000 Kleine Anfragen gestellt, warum die Landestraße 1, 2, 3, 4, 5 nicht kommt und der Radweg 6, 7, 8 nicht läuft. Deswegen 1 Million Euro zu beantragen, ist ein bisschen armselig.

Immerhin muss ich Ihnen sagen, Sie haben im Gegensatz zum letzten Haushalt Anträge gestellt. Ich bin sehr froh, dass Sie das getan haben, Herr Kollege Licht.

(Licht, CDU: Sie haben die anderen Anträge scheinbar nicht gelesen!)

Sie machen damit deutlich, dass Sie ein völlig anderes Verständnis von Verkehrsinfrastrukturpolitik haben. Sie setzen einseitig auf Straßen. Wir versuchen, einen vernünftigen Mix hinzubekommen, und zwar mit Blick auf die Verkehrsträger ÖPNV, SPNV. Der Rheinland-Pfalz-Takt ist bundesweit das Vorzeigeprojekt, um das uns viele andere beneiden. Wir stehen dazu, die Mittel für den Ausbau der S-Bahn Rhein-Neckar oder für die Reaktivierung der wichtigen Weststrecke in Trier zur Verfügung zu stellen. Wir bekommen dort die Verkehrsprobleme nur mit der Straße nicht gelöst.

Ich sage Ihnen etwas zur touristischen Nutzung von Schienenstrecken, die uns wichtig sind, die Zellertalbahn, Brextalbahn und die Eifelquerbahn. Das ist für uns der Weg, die Sicherung dieser Strecken, die sonst verfallen würden. Diese verzeichnen im touristischen Bereich große Erfolge. Das ist uns ganz wichtig.

(Licht, CDU: Sie schreiben rein, wenn der Bund bezahlt!)

- Nein.

Frau Klöckner hat in der "RHEINPFALZ" eine passende Überschrift bekommen: "Peinlich für Julia Klöckner". Sie blamiert sich mit ihrem Kürzungsvorschlag. Das läuft klar gegen die Interessen des Landes Rheinland-Pfalz. Regionalisierungsmittel kann man nur zweckgebunden einsetzen. Das hat die Koalitionsvereinbarung bestätigt.

(Vizepräsident Schnabel übernimmt den Vorsitz)

Wenn wir das anders machen, bekommen wir zukünftig noch weniger. Also, das macht keinen Sinn.

(Licht, CDU: Da müssen Sie das Gesetz lesen!)

Herr Kollege Licht, ich sage Ihnen, aus unserer Sicht ist dieser Haushaltsentwurf einer guter. Er bietet Zukunftsfähigkeit für den wichtigen Bereich Verkehrsinfrastruktur. Ich gehe davon aus, dass wir ihm zustimmen werden.

Vielen Dank.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

## Vizepräsident Schnabel:

Ich erteile Frau Kollegen Schellhammer das Wort.

## Abg. Frau Schellhammer, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Damen und Herren! Ich möchte unseren Blickwinkel auf einen anderen Bereich lenken, der sich in vielen Einzelplänen des Landeshaushalts abbildet, aber insbesondere im Einzelplan 03 zeigt, nämlich auf den Bereich der Digitalisierung und wie wir den digitalen Wandel in unserem Land gestalten. Wir wollen den sozial-ökologischen Wandel in Rheinland-Pfalz gestalten. Dazu gehört der digitale Wandel; denn das ist eine der größten Veränderungen, die wir derzeit in unserer Gesellschaft erleben.

Das sehen wir in diesem Landeshaushalt in verschiedenen Bereichen realisiert. Das ist die Medienkompetenzförderung, der Breitbandausbau, die Wahrung der Bürgerrechte im digitalen Zeitalter und die Modernisierung der Verwaltung für mehr Transparenz.

Bei der Medienkompetenzförderung – das ist auch aus innenpolitischer Sicht wichtig – fördern wir sozusagen die Prävention, wir geben nämlich den Menschen die Möglichkeiten an die Hand, sich gegen Datenklau und anderen Missbrauch in der digitalen Zeit zu wenden. Wir klären sie auf, welche Möglichkeiten sie haben.

Diesen präventiven Ansatz finden wir in verschiedenen Bereichen, sei es im Einzelplan des Landtags bei dem Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit, sei es im Ministerium für Justiz und Verbraucherschutz durch die Workshops, die dort und durch die Verbraucherzentrale realisiert werden. Die intensive Medienkompetenzförderung in den Schulen gehört auch dazu. All das ist aktive Unterstützung unserer Bürgerinnen und Bürger in einer digitalen Zeit. Das kann man aus dem Blickwinkel der Innenpolitik nur begrüßen.

Zugleich müssen wir unsere Polizei auf die Voraussetzungen der digitalen Zeit vorbereiten. Im Einzelplan 03 möchte ich exemplarisch erwähnen, dass das LKA bei der Bekämpfung der Internetkriminalität und bei der Qualifikation von Polizistinnen und Polizisten im Bereich der neuen Medien Schwerpunkte hat. All das sind Dinge, die wir ausdrücklich begrüßen.

# (Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Ein weiterer Bereich ist der Zugang zum Internet, der immer bedeutsamer wird. Wir haben schon bei der Beratung des Einzelplans 08 gehört, dass das Gemeindewirtschaftsrecht für die Energiewende wichtig ist. Aber es ist auch für den Breitbandausbau wichtig. Deswegen können wir es aus diesem Blickwinkel begrüßen, wenn die Kommunen im Bereich des Breitbandausbaus durch diese Gesetzesänderung aktiver werden.

Das Land unterstützt diesen Ausbau weiterhin mit Investitionen. Im letzten Doppelhaushalt haben wir 15 Millionen Euro in den Breitbandausbau investiert. Die Fraktionen sind übereingekommen, dass sie bei der Breitbandgrundversorgung die Förderung weiterhin vornehmen wollen. Deshalb liegt hier ein Entwurf der Koalitionsfraktionen vor.

Wir werden diese Förderung der Grundversorgung durch ein zusätzliches Förderprogramm im Breitbandausbau ergänzen. Da sollen weitere 5 Millionen Euro in den Ausbau schnellerer Netze fließen. Weitere 2,3 Millionen Euro stehen an GAK-Mitteln im Umweltministerium zur Verfügung, die in den Breitbandausbau fließen können.

Da sieht man einen eindeutig grünen Schwerpunkt in diesem Bereich. Mehr als jede andere Vorgängerregierung investieren wir in den Breitbandausbau. Das ist aus grüner Sicht sehr zu begrüßen; denn die Datenautobahnen bringen die Menschen auf ökologische Art und Weise zusammen und stärken den ländlichen Raum.

Außer nebulösen Ankündigungen zu regulatorischen Maßnahmen bleibt der Bund weiterhin im Bereich der Breitbandförderung eine Nullnummer. Zuerst wurde angepriesen, 1 Milliarde Euro für den Breitbandausbau zur Verfügung zu stellen, aber das war dann Schwarz und Rot doch nicht so wichtig. Das ist sehr schade für unsere ländlichen Regionen.

Man kann nur sagen, der Bund vernachlässigt weiterhin die Digitalisierung. Umso wichtiger ist es, dass wir unsere eigenen Fördermöglichkeiten ausbauen und die Menschen beim schnellen Zugang zum Internet unterstützen.

# (Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Ich möchte noch einen letzten Aspekt nennen. Das ist das Thema "Transparenzgesetz". Wir setzen in diesem Landeshaushalt auf eine moderne Verwaltung. Wir fördern mit 2 Millionen Euro im Doppelhaushalt die Gestaltung einer modernen und offenen Verwaltung. Wir setzen damit die Grundvoraussetzungen für eine moderne Infrastruktur. Das ist sehr wichtig für unsere Verwaltung; denn wir brauchen für mehr Demokratie und Bürgerbeteiligung mehr Information.

Das sind grundsätzliche Voraussetzungen für die Teilhabe und die Mitbestimmung. Deswegen begrüßen wir es ausdrücklich, dass in diesem Einzelplan des Ministeriums Mittel für das Transparenzgesetz vorgesehen werden. Wir würden es ebenso ausdrücklich begrüßen, wenn wir hoffentlich schnell ein umfangreiches Transparenzgesetz ohne Bereichsausnahmen in diesem Landtag diskutieren können.

Ich nenne doch noch einen letzten Punkt. Heute ist ein guter Tag für den Datenschutz. Datenschutz ist das super Grundrecht der digitalen Zeit. Wenn wir uns anschauen, dass aktuelle Meldungen vonseiten der EU sagen, dass der EU-Generalanwalt gesagt hat, dass die Vorratsdatenspeicherung nicht mit der Grundrechtecharta der EU vereinbar ist, dann ist das ein guter Tag für die digitale Zeit und für den Datenschutz und die Bürgerrechte. Das sollte uns bei den weiteren Beratungen begleiten.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

## Vizepräsident Schnabel:

Ich erteile Herrn Kollegen Lammert das Wort.

## Abg. Lammert, CDU:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich darf zunächst einige Bemerkungen zum Änderungsgesetz, das wir auch beraten, nämlich zum Polizeiund Ordnungsbehördengesetz, machen. Ich darf von unserer Seite sagen, wir haben bereits im Innenausschuss zugestimmt und werden heute im Parlament unsere Zustimmung erteilen. Der überwiegende Teil der Änderungen ist sachlich gerechtfertigt und sicherlich sinnvoll, um polizeiliche Maßnahmen zu verbessern. Das hat auch die von uns beantragte Anhörung gezeigt.

Trotzdem darf ich kurz die Kritik von uns wiederholen, dass wir eine Reduzierung der Laufzeiten der TKÜ (Telekommunikationsüberwachung) von drei auf zwei Monaten nicht unbedingt nachvollziehen können und wir hierfür keinen sachlichen Grund sehen. Wir haben den Eindruck, dass Sie, lieber Herr Minister, ihrem grünen Koalitionspartner ein Stück weit hinterherrennen, damit vielleicht ein Koalitionsfrieden erhalten bleibt. Das soll für uns nicht die Sollbruchstelle sein, dem Gesetz nicht zuzustimmen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte auch noch eine Anmerkung zum POG machen. Wir wollen – das ist wichtig, da appelliere ich, wie gesagt, an Sie, Herr Minister; es kam in der Anhörung auch heraus, dass wir im Rahmen des Urteils des Bundesverfassungsgerichts keine ausreichende Rechtsgrundlage mehr für die Rückverfolgung von IP-Adressen haben, die Generalklausel ist dort nicht mehr möglich – vor diesen Hintergrund eine zusätzliche Klausel einführen.

Damit hat uns auch das Bundesverfassungsgericht beauftragt. Ich denke, das sollten wir auch tun. Das Polizei- und Ordnungsbehördengesetz soll am Ende des Jahres evaluiert werden. Da ist dann sicherlich gesetzgeberisches Handeln vonnöten. Wir werden das auf jeden Fall auf unsere Agenda im nächsten Jahr setzen.

Ich sage nur eines ganz deutlich, ein weiteres Aufweichen des POG werden wir von unserer Seite sehr kritisch begleiten und nicht mitmachen. Das will ich an dieser Stelle schon einmal sehr deutlich sagen. Deswegen hoffen wir, dass viele wichtige Klauseln entsprechend im POG enthalten bleiben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich darf jetzt kurz zur Ausführung im Haushalt speziell zur Polizei kommen. Für die Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten in unserem Land werden die kommenden zwei Jahre keine nennenswerten Verbesserungen bringen, wenn man sich den Haushaltsentwurf anschaut.

Gemessen am Gesamthaushalt entfallen auf die Polizei rund 4,28 % der Ausgaben. 2013 waren es immerhin noch 4,34 %, wenn auch nicht viel mehr, aber doch ein Stück weit mehr. Es ist schon schade, wenn man sieht – trotz zusätzlicher Ausgaben rund 1,7 Millionen Überstunden, weit über 1.000 eingeschränkt dienstfähige Beamtinnen und Beamte –, wie hier wieder ein Abbau im Bereich der Inneren Sicherheit geleistet wird.

Ich will ganz deutlich sagen, wenn man sich den Haushaltsplan 03 und das Vorwort anschaut, dann ist zumin-

dest einmal positiv festzustellen, dass Sie das erste Mal – zumindest im Haushalt – das Wort "Vollzeitäquivalente" aufnehmen. Wir freuen uns darüber, dass es jetzt endlich einmal durch unsere Anregung, aber natürlich auch durch Anregung der Polizeigewerkschaften, von Ihnen aufgenommen wurde und wir dann wirklich über Vollzeitäquivalente, also über volle Stellen, sprechen.

Trotzdem – da muss man schon schauen – ist die Unterschnittlinie, die Sie einführen, von 8.800 Beamtinnen und Beamten als Vollzeitäquivalente bei Weitem nicht geeignet und nicht ausreichend, um die aktuellen Herausforderungen, die in den letzten Jahren deutlich zugenommen haben, noch vonseiten der Polizei stemmen zu können. Deswegen sind weitere Neueinstellungen sicherlich dringend notwendig.

Sie haben im Vorwort des Haushaltes schon einmal gesagt, dass diese 8.800 Vollzeitäquivalente nicht unterschritten werden sollen. Das ist für uns dann schon ein Zeichen, dass da offensichtlich die Reise noch nach unten geht.

Ich sage Ihnen ganz eindeutig und prophezeie Ihnen, Sie werden spätestens 2016 diese Linie unterschreiten. Das ist nicht gut für unsere Polizei.

# (Beifall bei der CDU)

Mindestens 400 Neueinstellungen plus x Durchfallerquote sind vorgesehen. Das ist sicherlich in Ordnung. Wir haben auch keinen Antrag gestellt – das haben Sie vielleicht gesehen –, weitere Neueinstellungen zu beantragen, weil wir wissen, dass die Polizeischule oben ein Stück weit an ihren Kapazitätsgrenzen angelangt ist. Man muss sicherlich auch darüber reden, ob man sie ausweiten kann.

Auf eines will ich aber schon hinweisen. Wir haben bereits einen Antrag – und das ist nachzuvollziehen – für den Haushalt 2009/2010 damals gestellt. Da hatten wir die 400 schon gefordert. Da hatten wir noch einmal 75 mehr, da wären wir bei 400 gewesen. Diese 400 wären heute schon fertig gewesen. Sie wären bei uns schon einsetzbar. Sie wären schon in den Polizeiinspektionen. Jetzt müssen sie erst noch ausgebildet werden.

## (Beifall bei der CDU)

Sie wissen um die Probleme der Pensionierungswelle. 2017 liegen wir bei rund 500, die dann jährlich in Pension gehen. Das ist schon heftig, was da alles auf uns zukommt.

Leider haben wir nach wie vor riesige Probleme bei den Beförderungen, insbesondere bei den Bereichen A 11 und A 12. Der vorgelegte Haushalt wird diesen Beförderungsstau leider nicht reduzieren.

Auch die Halbierung des Beförderungsbudgets beim letzten Haushalt hat dort nicht unbedingt zu einer Beruhigung beigetragen. Es droht jetzt für viele Beamtinnen und Beamte die Ruhestandsversetzung in A 10.

(Zuruf der Abg. Frau Kohnle-Gros, CDU)

Das ist natürlich nicht das, was sich viele vorgestellt haben und was auch im Rahmen der zweigeteilten Laufbahn damals versprochen wurde. Das ist ein Versprechen, das wirklich gebrochen wurde.

## (Beifall bei der CDU)

Schauen Sie sich das an, viele Stelleninhaber sitzen auf Stellen als Dienstgruppenleiter und müssen seit Jahren auf die entsprechende Beförderung warten, zum Teil Wartezeiten von 12 Jahren. Das ist alles nicht vergnügungssteuerpflichtig.

Die Attraktivität gerade auch bei der Kriminalpolizei – das muss man feststellen, das sieht man auch im Haushalt – nimmt immer weiter ab. Dort finden Sie zum Teil kaum noch Personen, die sich auf Stellen bewerben, weil sie einfach viel zu unattraktiv sind.

Deswegen haben wir in unseren Antrag noch einmal aufgenommen, dass die veranschlagten Stellenplanobergrenzen auszuschöpfen sind und Sie nicht bei der Polizei Stellen vorenthalten.

Das Gleiche gilt für die vakanten Angestelltenbereiche. Auch da sind jetzt viele der Angestellten von ihren Posten zur Zentralen Bußgeldstelle versetzt worden. Das ist auch ein Thema. Sie arbeiten da sicherlich ordentlich, nur fehlen sie jetzt wieder bei den Polizeipräsidien.

Also nützt auch Ihr kleines Angestelltenprogramm von lächerlichen 20 zusätzlichen Einstellungen bei Weitem nicht, um letztendlich das zu sagen, was wir immer sagen, Polizei von polizeifremden Aufgaben zu entlasten.

#### (Beifall der CDU)

Damit die Polizei ein Stück weit von polizeifremden Aufgaben entlastet wird, fordern wir in unserem Antrag die sogenannte Regelbeförderung, zumindest von A 9 nach A 10.

Sie wissen, was das bedeutet. Wir haben rund 80.000 Stunden, die jährlich darauf verwandt werden, Beurteilungen für Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte abzugeben.

(Zuruf der Abg. Frau Kohnle-Gros, CDU)

Man könnte durchaus eine Regelbeförderung einführen.

Dafür sollen aber die Kennzeichnungspflicht und eine Beschwerdestelle eingeführt werden.

(Staatsminister Lewentz: Wie in Hessen!)

Dafür sind leider Gelder vorhanden. Das ist sehr bedauerlich. Gerade bei der Kennzeichnungspflicht wird es etwa 35.000 bis 50.000 Euro kosten. Dafür ist Geld da, alles kein Problem.

(Beifall bei der CDU)

Für die Winterrollis, die im Wechselschichtdienst fehlen, ist aber kein Geld da. Die könnte man damit komplett kaufen.

Das ist ein Schlag ins Gesicht unserer Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten. Ich will ganz klar sagen, wir lehnen die Einführung einer Kennzeichnungspflicht und die Einführung der Beschwerdestelle ganz klar ab. Für uns ist das tiefstes Misstrauen gegenüber der Polizei. Es hat auch nichts mit der Fürsorgepflicht des Dienstherrn zu tun.

## (Beifall bei der CDU)

Ich muss langsam zum Schluss kommen, weil noch einige weitere Redner kommen. Wir werden auch die Große Anfrage, deren Beantwortung uns leider jetzt erst in diesen Tagen zugestellt wurde, intensiv auswerten. Darauf werden wir sicherlich auch noch einmal zu sprechen kommen und diese auch hier im Plenum noch einmal ansprechen.

Ich darf noch eine Bemerkung zum Thema "Feuerwehr" machen. Das ist vorhin auch von einem Kollegen – ich glaube, es war Herr Noss – gesagt worden, es ist schön, dass die Feuerschutzsteuer jetzt wieder den Feuerwehren zufließt. Herr Noss, ich sage Ihnen ganz offen, das gehört sich auch so. Sie ist zweckgebunden. Die Feuerwehren haben einen Anspruch darauf.

(Noss, SPD: Gehen Sie in andere Bundesländer, wie es da aussieht!)

Durch diese Verlängerung ist einfach auch wieder ein entsprechender Investitionsstau entstanden. 900 Anträge auf Förderung liegen vor. Fast 700 Fahrzeuge fehlen. Das ist ein Riesenproblem. Wir müssen die Feuerwehren motivieren. Wir haben ein demografisches Problem. Wir brauchen dort jungen Nachwuchs, sonst werden wir in der Zukunft riesige Probleme bekommen. Deswegen hoffen wir, dass Sie auch weiterhin diesen Weg beschreiten.

## (Beifall der CDU)

Von unserer Seite aus würden wir uns freuen – wir haben einen Haushaltsantrag vorgelegt –, wenn Sie unserem Haushaltsantrag zustimmen würden.

In diesem Sinne herzlichen Dank.

(Beifall der CDU)

# Vizepräsident Schnabel:

Das Wort hat der Kollege Hüttner von der SPD-Fraktion. Herr Hüttner, Sie haben eine Redezeit von 5 Minuten.

## Abg. Hüttner, SPD:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! So wie Herr Lammert davon gesprochen hat, dass wir das POG mit verabschieden, möchte auch ich darauf kurz eingehen. Es ist in der Tat im Zusammenhang zu sehen, dass wir hier einige sinnvolle und notwendige, in der Praxis festgestellte Anpassungen jetzt durchführen, wie zum Beispiel, dass Versteigerungen auch im Internet durchgeführt werden

können. Dementsprechend sind es keine sehr gravierenden Sachen.

In der Tat ist die TKÜ im Sinne der Ermächtigung schon eine besondere Situation. Wir gehen von drei Monaten auf zwei Monate zurück, aber – auch das hat die Anhörung ergeben – der Datenschutzbeauftragte begrüßt das ausdrücklich, indem er nämlich sagt, dass die Einschränkung der Grundrechte dadurch weniger gravierend ist, aber auch – das ist vielleicht der entscheidende Punkt – die Polizei und die Gewerkschaften sagen, es gab bisher überhaupt keine Maßnahmen, bei denen diese 3 + 3 Monate, also die gesamte Zeit, gegriffen hätten. Insoweit ist das auch kein Problem im Sinne der Polizeiarbeit, auf diese Situation einzugehen.

Herr Lammert, Sie haben recht, wir werden – die Novelle steht in Kürze an – über andere Eingriffsermächtigungen, wie die Bestandsdatenauskunft, zu reden haben. Insgesamt sind aber auch noch andere Themen zu besprechen.

Ich möchte die Gelegenheit nutzen, der Polizei einmal ausdrücklich für die umfangreiche und gute Arbeit ein Dankeschön zu sagen.

# (Beifall bei der SPD und vereinzelt bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben in Rheinland-Pfalz hervorragende Aufklärungsquoten. Durch diese gute Arbeit ist in den letzten Jahren auch die Fallzahl der Kriminalitätsbelastung zurückgegangen. Das bestätigt einfach auch, dass die Polizei im Grundsatz sehr gut aufgestellt ist.

Diese gute und umfassende Arbeit gilt gleichermaßen für alle Programme – nicht nur aus dem Innenministerium – zum Thema "Rechtsextremismus". Sie gilt auch für den Bereich der Prävention, für den wir mit einem Deckblatt zusätzlich bei den Täter-Arbeitseinrichtungen eine Aufstockung vornehmen.

Wir reden von einem Personalbestand, bei dem mit 400 Anwärtern – faktisch werden zunächst 440 Anwärter eingestellt, bei denen wir aber eine Durchfallquote haben, aber das ist nun einmal im Leben so – gewährleistet wird, dass die hohe Zahl weiter vorhanden ist.

Wenn Sie die Zeitungen lesen, die die Gewerkschaften herausbringen, können Sie feststellen, dass die vom Minister genannte Vollzeitäquivalenzzahl von 8.800 positiv aufgenommen worden ist. Das ist eine sehr gute Zahl, mit der man arbeiten kann. Dementsprechend muss man in der Folge daran arbeiten, dass man diese Zahl halten kann. Das ist nämlich eine bessere Zahl als die 9.014, die nicht so geregelt war.

Auch das Angestelltenprogramm, das wir dort haben, erstreckt sich nicht auf einmal 20, sondern mit dem Doppelhaushalt werden nun im vierten Jahr 20 Leute aufgenommen. Das ist ein besonderer Punkt. Dabei müssen Sie auch sehen, dass nicht unbedingt die große Freiwilligkeit besteht, von dem Posten, den man heute hat, wieder in den normalen Polizeidienst zurückzugeben.

Wir haben uns grundsätzlich darüber Gedanken zu machen, wie wir die Polizei stets im Rahmen der Veränderung der Strukturen so anpassen, dass eine effektive Polizeiarbeit gewährleistet ist. Wir können uns mit den Ressourcen nicht erlauben, dass uneffektiv gearbeitet wird. Ich bin schon einmal negativ von der Öffentlichkeit zitiert worden, weil ich belastbare Zahlen genannt habe. Das geht so in der Konsequenz letztendlich nicht.

Insoweit befinden wir uns in der Summe auf einem sehr guten Weg. Auch die Situation, dass wir ein Beförderungsbudget von 2,2 Millionen Euro haben, ist positiv zu werten. Das ist positiv dergestalt zu werten, dass wir damit 1.000 Leute befördern können. Auch sind die Stellen dafür vorhanden.

Überlegen Sie einmal, bei 9.000 Polizisten, die wir haben, werden 1.000 Beförderungen durchgeführt. Das sind mehr als 10 %. Gehen Sie einmal in andere Bereiche hinein. Wo befördern wir in der Verwaltung 10 % der Leute? Nicht nur bei der Polizei, sondern auch in anderen Bereichen hat man das verdient. Wir müssen also einmal die positive Situation herausstellen und nicht immer nur das Ganze negativ reden.

Herr Lammert, Sie haben angesprochen -- Nein, dafür reicht die Zeit leider nicht mehr.

Im Sinne der Wertschätzung, die wir gegenüber der Polizei mit diesen Maßnahmen zum Ausdruck bringen, möchte ich im Sinne der Wertschätzung auch das Thema "Sport" noch ansprechen. Das Thema "Sport" geht nämlich ein bisschen unter. Wir haben 1,5 Millionen Mitgliedschaften in 6.300 Vereinen. Diese 6.300 Vereine leisten eine riesige Arbeit im Sinne von Gesundheitsprävention und Gesellschaftsarbeit. Sie bieten Erholung an und betreiben Schul-, Jugend- und Sozialarbeit. All diese Sachen werden toll geleistet. Auch die Präsidentin des Landessportbundes hat das vor einigen Tagen noch einmal positiv angesprochen.

Hier muss man auch anerkennen, dass festgelegt ist, dass wir die Förderung des Sports permanent geradeaus fahren. Auch das ist eine wichtige Sache im Rahmen einer Schuldenbremse.

Lassen Sie mich insoweit schließen, dass wir mit der starken Leistung bei der Sportstättenförderung etwas draufsetzen und damit den Sport in der Summe besser anerkennen. Wir müssen auch schauen, wie wir in der Zukunft in Kooperation mit Vereinen, Kommunen und anderen Organisationen den Sport weiter verbessern können.

Insoweit danke ich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

#### Vizepräsident Schnabel:

Frau Kollegin Raue hat für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

## Abg. Frau Raue, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Hüttner, vielen Dank für Ihre Darstellung, durch die das ein bisschen geradegerückt wurde, was wir eben von der CDU gehört haben.

Sehr geehrter Herr Lammert, hören Sie doch bitte mit dieser Stimmungsmache auf. Sie reden von tiefsitzendem Misstrauen und von Generalverdacht.

(Zuruf des Abg. Lammert, CDU)

Sie haben noch immer nicht verstanden, dass es hier um einen transparenten Staat und um Bürgernähe geht. Dabei vergessen Sie die Interessen der Bürgerinnen und Bürger völlig.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Es geht uns nicht um Misstrauen und Generalverdacht. Das weisen wir auch energisch zurück, aber diese Argumentation scheint bei Ihnen einfach keinen Eingang zu finden. Jedenfalls setzen Sie sich nicht im Mindesten damit auseinander.

Wir haben schon mehrfach festgestellt und anerkannt, dass die Polizei in Rheinland-Pfalz eine sehr erfolgreiche und gute Arbeit macht. Dafür gebührt ihr Dank. Es ist natürlich auch ihr Verdienst, dass die Kriminalität, wie seit Jahren so auch in 2013, wieder rückläufig ist. Das ist aber auch ein Zeichen für gute Präventionsarbeit.

Ich freue mich, dass wir in diesem Zusammenhang übergreifend über alle Fraktionen hinweg die Haushaltsmittel für die Täter-Arbeitseinrichtungen, die die gewalttätigen Übergriffe von Männern auf ihre Familien, auf ihre Partnerinnen in Angriff nehmen, erhöhen konnten. Vielen Dank für die Zustimmung zu diesem Deckblatt.

Die Mittel im bisherigen Umfang haben wir für dieses Jahr beibehalten. Auch für das Jahr 2015 werden wir sie beibehalten. Wir werden uns dafür einsetzen, dass das auch in der Zukunft so sein wird.

Wir haben die Einstellungen im Polizeibereich erhöht, wir haben die Einstellungen bei den Tarifbeschäftigten erhöht und das Beförderungsbudget gehalten. Meine Damen und Herren, bei einem Haushalt mit strengen Sparauflagen ist das eine erhebliche Anstrengung.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD – Zuruf des Abg. Lammert, CDU)

Diese Anstrengungen unternehmen wir, weil sie notwendig sind. Uns ist aber auch bewusst, dass es durch die Altersstruktur der Polizei trotz dieser Anstrengungen natürlich zu Schwierigkeiten beim Personalbestand kommen wird. Das wird organisatorische Änderungen unumgänglich machen. Wir haben aus dem Bereich der Polizeiautobahnstationen, bei dem Sie übrigens im Verfahren alles mobilisiert haben, um das zu verhindern, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, mittlerwei-

le nur positive Rückmeldungen bekommen. Diesen Weg werden wir auch in anderen Bereichen der Polizei weitergehen können.

Im Zusammenhang mit der Änderung des Polizei- und Ordnungsbehördengesetzes danke ich dem Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit sowie den Gewerkschaften auf diesem Wege noch einmal für ihre Einschätzungen. Der wesentliche Aspekt dieses Gesetzentwurfs ist die Verkürzung der Quellentelekommunikationsüberwachung auf zwei Minuten.

(Staatsminister Lewentz: Zwei Monate!)

Auf zwei Monate. Verzeihung!

Das ist eine Änderung, die die Tiefe dieses Eingriffs deutlich reduziert. Ob diese Eingriffsnorm überhaupt erforderlich sein wird, wird die Evaluation zeigen. Ich bin zuversichtlich, dass uns dabei die Abwägung zwischen den beiden wichtigen Gütern Sicherheit und Freiheit gelingen wird.

Auch hier wollen wir wieder intensiv mit den Vertretern der Polizei, aber auch der Zivilgesellschaft diskutieren. Ich freue mich auf diesen Prozess und empfehle Ihnen einstweilen die Annahme der vorliegenden Gesetzesänderung.

Vielen Dank.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

#### Vizepräsident Schnabel:

Das Wort hat Herr Kollege Dötsch von der CDU-Fraktion. Ihm steht noch eine Redezeit von 3 Minuten zur Verfügung.

#### Abq. Dötsch, CDU:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Zur finanziellen Situation der Kommunen, insbesondere zur finanziellen Situation der rheinland-pfälzischen Kommunen, ist heute schon einiges gesagt worden. Es ist auch erwähnt worden, dass eine Art Verarmung vieler Kommunen in Rheinland-Pfalz mittlerweile festzustellen ist, weil auch das Land seinen Verpflichtungen an der Stelle nicht nachkommt.

Für diese Kommunen gibt es verschiedene Einnahmearten. Das sind Steuern, Abgaben und Zuweisungen des Landes. Nun soll die uns vorliegende Änderung der Gemeindeordnung den kommunalen Verantwortungsträgern suggerieren, sie sollen sich auf dem Markt neue Finanzierungsmöglichkeiten suchen. Sie sollen ihre unternehmerischen Tätigkeiten auf dem Markt ausweiten.

Nach den Vorstellungen der Koalition sollen die Kommunen nun auch verstärkt außerhalb der kommunalen Grenzen wirtschaftlich agieren. Das ist aber nach unserer Auffassung, das ist nach allgemeiner Auffassung keine Kann-Aufgabe für die Kommunen. Das kann auch künftig keine Kann-Aufgabe für die Kommunen sein.

Die CDU ist die Partei der sozialen Marktwirtschaft und hält an marktwirtschaftlichen Regeln fest. Ludwig Erhard, der Erfinder der sozialen Marktwirtschaft, war ein CDU-Mann.

(Unruhe bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Er hatte die Dinge sehr gut geregelt, sodass wir auch heute in Wohlstand leben können. Meine Damen und Herren, nach unserer Auffassung ist nur das staatlich zu regeln, was ansonsten marktwirtschaftlich nicht zu regeln ist.

Wir stehen kritisch auch zu noch so kleinen Schritten für mehr Staatswirtschaft; denn diese war in der Vergangenheit noch nie eine funktionierende Alternative, sondern hat eher Schiffbruch erlitten. Mit den bisherigen Regelungen in der Gemeindeordnung können die notwendigen Maßnahmen der Grundversorgung gut erledigt werden. Wir sollten auch den mittelständischen Unternehmen und Unternehmern nicht das Wasser abgraben, die in den Kommunen Steuern und Abgaben erarbeiten, die dann den Kommunen wieder zufließen.

Ich bin mir sicher, dass es auch in der freien Wirtschaft viele Menschen gibt, die Lösungen für die heutigen Probleme finden, und zwar auch bei der Energiewende. Trauen Sie den Menschen einfach mehr zu.

Wir haben uns in der CDU intensiv mit diesen Fragen und auch mit der Änderung der Kommunalwahlordnung auseinandergesetzt. Wir werden nach diesen intensiven Überlegungen auch aus ordnungspolitischen Gründen diesen Änderungsentwurf ablehnen.

(Beifall bei der CDU)

#### Vizepräsident Schnabel:

Zu einer Kurzintervention erteile ich Herrn Kollegen Noss von der SPD-Fraktion das Wort.

# Abg. Noss, SPD:

Herr Dötsch, Ihr ordnungspolitischer Sondierungsbedarf mag durchaus von Ihnen so gesehen werden. Bei der Anhörung, die wir zu diesem Thema durchgeführt haben, an der auch von der CDU und der SPD benannte Vertreter teilgenommen haben, waren alle ohne eine einzige Ausnahme von dem Entwurf begeistert und haben gesagt, macht es bitte schön möglichst schnell.

Sie sprechen die Nachteile für die mittelständische Wirtschaft an. Entschuldigen Sie, der Energiemarkt wird doch nicht im Mittelstand ausgetragen. Das sind im Moment die großen Vier. Diese haben den Markt unter sich aufgeteilt. Hin und wieder bilden sie Regionalgesellschaften. Die Kommunen sind aber die Einzigen, die in der Lage sind, eine Dezentralisierung des Marktes, die wir unbedingt brauchen, zu ermöglichen, um in der Energieversorgung vernünftige Ergebnisse zu erzielen.

In den Kommunen wird im Moment bedingt durch die Subsidiaritätsklausel, die immer noch besteht, einiges verhindert. Diese haben wir abgeschafft.

Darüber hinaus ist in diesem Gesetz auch geregelt, dass die Subsidiaritätsklausel für die Breitbandinitiativen wegfällt, die die Kommunen ebenfalls steuern können. Auch dort haben wir versucht, die Dezentralisierung in diesen wichtigen Bereichen zu verbessern.

Wenn Sie sagen, das passt nicht mit unserem marktwirtschaftlichen Verständnis zusammen, dann haben Sie das Thema nicht richtig erfasst. Ich akzeptiere, wenn Sie sagen, wir wollen die soziale Marktwirtschaft, aber jeder in seinem Bereich. Wenn wir sagen, wir wollen die Energiewende und dabei soll auch die Wertschöpfung im Raum verbleiben, so schaffen Sie das nicht mit einer Zementierung der jetzigen Verhältnisse. Das schaffen Sie nur, wenn Sie die Verhältnisse so gestalten, dass dezentrale Kräfte – in dem Fall die Kommunen durchaus im Zusammenwirken mit Privaten – wirken können.

Wenn wir das verhindern, werden wir die Energiewende und die Wertschöpfung vor Ort nicht schaffen. Das ist genau das, was Sie sagten. Sie wollen den Mittelstand stärken, damit die Wertschöpfung vor Ort bleibt. Das erreichen Sie nur mit dem, was wir vorgelegt haben, nämlich dass die Kommunen tätig werden können. Das wollen Sie nicht. Sie gehen dabei einen falschen Weg und haben die Sache nicht mitbekommen. Wären Sie bei der Anhörung dabei gewesen, hätten Sie ein ganz anderes Ergebnis zusammengefasst und würden sagen, bringt das Gesetz bitte möglichst schnell auf den Weg.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

# Vizepräsident Schnabel:

Zu einer Kurzintervention erteile ich Herrn Kollegen Köbler von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

## Abg. Köbler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Vielen Dank. Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Dötsch, es tut mir leid. Das, was Sie vorgetragen haben, ist ein kommunalpolitisches, energiepolitisches und wirtschaftspolitisches Harakiri. Sie müssen mir schon erklären, gegen wen Sie Politik machen wollen.

Ist es Politik gegen die Kommunen, die den Gesetzentwurf alle wollen, einfordern und gesagt haben, es könne ihnen gar nicht schnell genug gehen? Ist es vielleicht der Grund, dass einige Ihrer Kommunalpolitiker gerade draußen sind, weil Sie genau wissen, dass Sie vor Ort auf dieses Gesetz warten? Ist es, weil Sie gegen die Energiewende sind und sie weiter sabotieren wollen, da es Ihnen nicht passt, dass wir die Kommunen als aktive Akteure in der dezentralen Energiewende in Rheinland-Pfalz noch weiter stärken wollen? Ist es wirtschaftspolitisches Harakiri, weil auch der VKU und alle gesagt haben, wir brauchen unbedingt diese Gesetzesänderung, um im Bereich der erneuerbaren Energien einfacher investieren zu können?

Es ist doch wirtschaftsfeindlich, wenn Sie die Wertschöpfung in Rheinland-Pfalz und die entsprechenden Einnahmen bei den Kommunen hintertreiben wollen. Wenn Sie das Gesetz ablehnen, lehnen Sie nicht nur die Änderung des Gemeinde- und Wirtschaftsrechts ab, sondern – das ist auch infrastruktur- und wirtschaftsfeindlich – die Verbesserung im Bereich der Breitbandtechnologie.

Es ist mir wirklich schleierhaft. Sie müssen jetzt schon aufklären, ob Sie das machen, weil Sie gegen die Kommunen, die Energiewende oder gegen die wirtschaftliche Entwicklung in Rheinland-Pfalz sind.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

#### Vizepräsident Schnabel:

Zu einer Erwiderung hat Herr Kollege Dötsch von der CDU-Fraktion das Wort.

(Pörksen, SPD: Was will er da erwidern?)

## Abg. Dötsch, CDU:

Sehr geehrter Herr Noss, sehr geehrter Herr Köbler! Ich glaube, ich habe eben deutlich gemacht, dass es darum geht, nicht mit dem Vorwand der Energiewende die Tür für noch mehr wirtschaftliche Betätigung von kommunalen Betrieben weiter aufzumachen. Wir sind der Meinung, dass auch Probleme im Bereich der Energiewirtschaft von Unternehmen zu lösen sind.

Wir hatten über viele Jahre eine gesicherte Energieversorgung auch durch privatwirtschaftliche Ansätze bei der Energieerzeugung. Dies hat sich durch die Energiewende, die politisch gewollt war und politisch von Angela Merkel umgesetzt wird, auch ein Stück weit verändert. Es ist sicherlich richtig, dass die Energiewende neue Wege zu beschreiten hat. Darüber haben wir im Landtag immer wieder diskutiert und unsere Position als CDU eingenommen.

Ich denke, wir können jetzt nicht alles auf die kommunale Wirtschaftstätigkeit setzen, sondern müssen darauf achten, dass wir die Kräfte des Marktes weiter mit nutzen und nicht beschneiden, sondern Anreize schaffen.

> (Zuruf des Abg. Wiechmann, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Wenn Sie dabei sind, Anreize für Privatunternehmen mit zu schaffen, dann haben Sie uns an Ihrer Seite. Dann werden wir dies gern mitmachen.

Was die Frage der kommunalen Verwaltung angeht, habe ich Ihnen zu Beginn deutlich gemacht, dass die Kommunen in einer schwierigen finanziellen Situation sind.

Wenn diese Kommunen und die kommunalen Vertreter eine Möglichkeit sehen, ihre finanzielle Situation zu verbessern, wollen sie auch diese Dinge mit umsetzen. Ich denke, das ist denen nicht vorzuwerfen. Hier hat das Land seine Aufgaben nicht wahrgenommen. Das Verfassungsgericht hat hierzu ein Urteil gesprochen.

(Pörksen, SPD: Das hat mit dem Gesetzentwurf viel zu tun! – Staatsminister Lewentz: Hören Sie auf, Herr Dötsch!)

Das Land ist in der Pflicht, die Finanzierung der Kommunen mit zu sichern.

Ich möchte aber noch ein Wort zu der Frage der Breitbandversorgung verlieren. Wir hatten hierzu eine Anhörung im Ausschuss für Medien und Netzpolitik durchgeführt. Die Auswertung der Anhörung ist noch nicht abgeschlossen. Wir wurden darauf hingewiesen, dass wir darauf achten müssen, dass zukünftig keine privaten Mittel mehr zur Verfügung stehen, wenn wir eine staatlich durchgeführte oder festgelegte Breitbandversorgung durchführen.

(Frau Schleicher-Rothmund, SPD: Haben Sie das mit der Fraktion abgesprochen?)

Wir haben bisher immer nur die Wirtschaftlichkeitslücke finanziert.

(Glocke des Präsidenten)

Dies ist weiterhin der richtige Weg. Wir können auch diese Sache nicht nur den Kommunen aufs Auge drücken. Auch hier ist das Land weiter gefordert.

(Beifall der CDU)

## Vizepräsident Schnabel:

Das Wort hat Frau Kollegin Nabinger von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

#### Abg. Frau Nabinger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Diese Diskussion zum Haushalt ist nicht nur eine Chance, um die noch anstehenden Projekte anzusprechen, sondern auch eine Gelegenheit, um auf das bereits Geleistete zu blicken. Die letzten zwei Jahre waren für den Katastrophenschutz in Rheinland-Pfalz erfolgreich. In dieser Zeit haben wir sehr viele Projekte umgesetzt und auf den Weg gebracht.

Einer der größten Erfolge ist die Meldepflicht für Uranhexafluorid-Transporte, die vor zwei Jahren noch anonym durch unser Land rollten. Hierdurch können die erhebliche Anzahl von UF6-Transporten durch Rheinland-Pfalz mit der Weiterleitung der Informationen von Fahrstrecken und Zeitfenstern an Polizeidirektionen und Feuerwehren effektiver überwacht werden. Diese Maßnahme ist ein aktiver und effektiver Schutz für Einsatzkräfte und die Bevölkerung.

Dieser Schutz muss auch an erster Stelle bei einem schwerwiegenden Unfall in Cattenom stehen. Daher haben wir zusammen mit dem Saarland, mit Lothringen

und mit Luxemburg eine grenzüberschreitende Katastrophenschutzübung durchgeführt. Diese war so anspruchsvoll, dass sie in mehrere Abschnitte unterteilt und über mehrere Tage hinweg durchgeführt wurde. Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit der verschiedenen Behörden im Falle einer Atomkatastrophe in Cattenom wurde durch diese Übung koordiniert, Fehler wurden erkannt und verbessert.

Auch an kontroverse Themen wie die Zweckentbindung der Feuerschutzsteuer haben wir uns herangewagt. Es war wichtig und richtig, dass die Feuerwehren ihren Beitrag zur Konsolidierung des Haushalts geleistet haben. Wir haben damals versprochen, dass die Zweckentbindung der Feuerschutzsteuer nur für zwei Jahre anhalten wird. Dieses Versprechen lösen wir heute ein. Ab 2014 werden den Feuerwehren die Einnahmen der Feuerschutzsteuer wieder vollumfänglich zur Verfügung stehen.

In diesem Sinne kann ich sagen, dass der Katstrophenschutz in den letzten zweieinhalb Jahren in Rheinland-Pfalz gestärkt wurde. Auch in der verbleibenden Legislaturperiode werden wir den guten Katstrophenschutz effektiv, gut ausgebaut und gut vorbereitet auf alle eventuellen Situationen aufstellen.

Danke schön.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

#### Vizepräsident Schnabel:

Das Wort hat Herr Staatsminister Lewentz.

# Lewentz, Minister des Innern, für Sport und Infrastruktur:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Man kommt ein wenig aus dem Konzept, wenn man der CDU-Landtagsfraktion zuhört. Herr Dötsch, es ist für mich in der Tat völlig unerwartet, was Sie uns hier erzählen. Ich bin enorm froh, dass wir in unserem Landtag ein Wortprotokoll führen. Wir werden Ihre Aussagen noch an gebührender Stelle verwenden können. Sie übernehmen gerade die Bremserrolle, die früher die FDP in der Frage Gemeinwirtschaftsrecht in diesem Hause hatte.

Wir waren der Meinung, diese Grundhaltung hätten wir doch alle gemeinsam im Interesse unserer Kommunen überwunden. Das, was hier vorliegt, ist in engster Absprache mit den Kommunalvertretern in meinem Haus erarbeitet worden.

Mit unglaublich vielen Vertretern Ihrer Partei habe ich gesprochen: mit Landräten, mit Oberbürgermeistern, mit Vertretern in Verbänden. Die wollen diese Weiterentwicklung, und zwar aus vollster Überzeugung. Die wollen diese Weiterentwicklung, weil sie sagen: Damit können wir uns in diesem Markt besser bewegen. Wir wollen das mit unseren Kommunen, mit unserem Knowhork.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir reden bei unserem Gemeindewirtschaftsrecht von einem Meilenstein, der schon bisher führende Regelungen in der Bundesrepublik Deutschland vorgesehen hatte. Wir sind jetzt noch künftig besser aufgestellt und im Sinne eines Meilensteins vorangegangen.

## (Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Deswegen haben Sie, Herr Dötsch, hier eine völlige Außenseiterrolle in dieser Fachdiskussion dokumentiert.

Im Übrigen freue ich mich über die Aussagen zum Polizei- und Ordnungsbehördengesetz. Das haben wir im Ausschuss gemeinsam auf den Weg gebracht.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich möchte mich bei den Rednerinnen und Rednern der Koalitionsfraktionen zu den Aussagen zu dem von mir verantworteten Haushalt herzlich bedanken. Ich habe eben bei Herrn Dötsch in Anspruch genommen, dass das, was er sagte, für mich völlig unerwartet kam. Das gilt nicht für Herrn Licht und für Frau Beilstein. Für mich sehr erwartet kamen diese negative Herangehensweise, diese Untergangsszenarien, diese Beschreibung eines Landes.

(Zuruf der Abg. Frau Thelen, CDU)

was ich bei den Besuchen in unseren Dörfern und Gemeinden so überhaupt nicht wahrnehme.

Herr Vizepräsident Schnabel ist verantwortlicher Ortsbürgermeister. Ich sehe das in Erbes-Büdesheim nicht, ich sehe das bei Herrn Dr. Weiland in Rhens nicht, ich sehe das bei Herrn Seekatz in Westerburg nicht. Wir haben lebendige, sich gut entwickelnde Gemeinden, und darauf sollten wir stolz sein und unser Land nicht kollektiv schlechtreden.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN

Herr Licht ist jetzt nicht da.

(Zuruf: Doch!)

Herr Licht, das, was Sie zum Hahn gesagt haben, zeigt auch diese Grundeinstellung, die Sie seit einigen Monaten an den Tag legen. Auch hier gilt: kein Stolz auf ein Unternehmen, das immerhin deutlich mehr als 2 Millionen Fluggäste zu verzeichnen hat, das Platz 5 in der Fracht hat mit all den Problemen, die wir hier oft besprochen haben, die wir kennen.

Ich will Ihnen sagen: Auch die Wortwahl "Herr Rethage wird geparkt" stört mich. Nein, Herr Dr. Rethage wird nicht im Finanzministerium "geparkt".

(Licht, CDU: Er ist doch ein Mitarbeiter von Ihnen!)

Die Vorschläge von Herrn Dr. Rethage werden am 19. Dezember im Aufsichtsrat behandelt, und ich gehe davon aus, dass man seinen Vorschlägen folgen wird. Und: Nein, es gibt bis zum heutigen Tag keine neuen Verträge mit ehemaligen Geschäftsführern.

So kann man mit einem solchen Unternehmen und mit den Menschen, die dort arbeiten und in der Region davon leben, nicht umgehen.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN – Pörksen, SPD: Richtig!)

Sie sollten sich das sehr genau überlegen.

Herr Baldauf, der jetzt nicht hier sein kann, hat – für mich auch Herr Dötsch; Herr Dötsch, das war der zweite Hammer – gesagt, die Verantwortung liefe in der Privatwirtschaft. Sie sagen, da wäre es richtig angesiedelt für Breitband, und da soll es bleiben. Fahren Sie einmal in die Eifel, fahren Sie einmal in den Hunsrück. Da sehen Sie, wie die Verantwortung der Privatwirtschaft ist. Es ist doch lächerlich, was Sie hier erzählt haben.

Auch die Aussagen vom Kollegen Baldauf zum Einzelplan 08 sind falsch, meine sehr geehrten Damen und Herren. Dieses Ministerium investiert in die Infrastruktur roundabout 940 Millionen Euro. Wir haben allein bis zum Jahr 2000 18 Millionen Euro Fördermittel in die Breitbandversorgung bis 2011 gesteckt, in den Jahren 2012 und 2013 rund 15 Millionen Euro.

Hinzu kommen Programme der ISB und der KfW. In den Jahren 2012 und 2013 wurden rund 100 Breitbandprojekte in insgesamt ca. 130 Gemeinden durch Bereitstellung von Fördermitteln angestoßen, weil die Privaten dort eben nicht auf den Markt getreten sind.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, zum Anstieg der Versorgungszahlen. Tatsache ist, die Grundversorgung von 91,4 % Ende 2010 ist auf 97,2 % gesteigert worden. Da hat vorhin Herr Baldauf das Stichwort "Breitbandatlas" in den Mund genommen. Genau, wir handeln nach dem Breitbandatlas der Bundesregierung. Das ist an der Stelle unsere Vorgehensweise. Wir haben die NGA-Versorgung von 6,8 % Ende 2010 – das war kein guter Wert – auf 47,5 % Mitte 2013 gesteigert. Das ist ein Plus von über 40 Prozentpunkten, und damit sind wir an der Spitze der Bewegung der deutschen Bundesländer. Damit kann man sich mehr als sehen lassen. Wir liegen in dieser Steigerungsrate auch deutlich vor Bayern.

Ich will mich herzlich bedanken bei Frau Staatssekretärin Raab und Herrn Staatssekretär Häfner und auch bei Uli Höfken, denn dieses haben wir in weiten Bereichen gemeinsam entwickelt. Darauf können wir auch sehr stolz sein, ebenso wie für die Bereitstellung von weiteren 10 Millionen Euro im Doppelhaushalt für schnelles Breitband. Ich finde, das ist eine Investition in die Zukunft unserer Gemeinden und der Menschen in unserem Land.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Frau Klöckner, in Ihrer Rede gestern haben Sie zwei Punkte konkret zum Innenministerium genannt. Das war eine aufgeschriebene Ahnungslosigkeit. Das war ein Reinfallen auf irgendwelche Hinweise, die völlig falsch sind

Sie haben gesagt, Rheinland-Pfalz sei eines der wenigen Länder, das den Einheitlichen Ansprechpartner nicht auf die Kammern übertragen hat. In Deutschland werden vier verschiedene Modelle verfolgt. Das kann man nachlesen.

Landesbehörde: Berlin, Brandenburg, Hessen, Rheinland-Pfalz, Sachsen, Sachsen-Anhalt.

Kammermodell: Baden-Württemberg, Bayern, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Saarland, Thüringen.

Kommunales Modell: Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen.

Anstalt des Öffentlichen Rechts: Schleswig-Holstein.

Das ist eine ziemlich dünne Suppe, die Sie uns da präsentiert haben.

Dann haben Sie behauptet, in Rheinland-Pfalz seien acht Mitarbeiter, die zehn Fälle bearbeitet hätten. 1.671 Mal ist der Einheitliche Ansprechpartner angesprochen worden, und es sind keine acht, sondern fünf Mitarbeiter, die in diesem Bereich tätig sind.

(Zuruf des Abg. Pörksen, SPD)

Das ist – wie immer – dünne Suppe. Einfach etwas dahergeredet und falsch behauptet. So geht das nicht.

Frau Klöckner, wenn Sie schon Gespräche führen – ich vermute, zum Beispiel auch mit den Vertretern der Industrie- und Handelskammern –, dann sollten Sie sich berichten lassen, dass wir fast einig sind mit der IHK und wir nur noch über wenige kleine Dinge sprechen. Die Industrie- und Handelskammern werden den Einheitlichen Ansprechpartner übernehmen, und zwar in wenigen Wochen.

(Frau Klöckner, CDU: Wenn Sie gestern zugehört hätten!)

Ich finde das richtig so.

Dann haben Sie einen zweiten Punkt genannt. 70.000 Euro Kürzung bei der Deutschen Hochschule für Polizei. Da hätten Sie doch nur einmal Herrn Lammert fragen müssen. Hier geht es um eine Baumaßnahme, die in diesem Jahr nicht umgesetzt werden kann, die um ein Jahr geschoben wird. Ich kann doch nicht Geld irgendwo hingeben, wo es nicht ausgegeben wird. Was hat das mit einer Kürzung zu tun?

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Nächstes Jahr wird das Geld ausgegeben. Informieren Sie sich doch vorher, verehrte Frau Klöckner.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, leider habe ich nur wenige Minuten Zeit, um Ihnen diesen großen Ressortzuschnitt noch einmal in einigen Punkten näherzubringen. Die Kernaufgabe meines Ministeriums lautet Innere Sicherheit. Die wird in unserem Land in den Fallzahlen, in den Vergleichszahlen auf der Bundesebene auf höchstem Niveau gewährleistet. Darauf können wir stolz sein.

Ich will an der Stelle den Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten, den Einsatzkräften bei den Feuerwehren, der DLRG, den Rettungsdiensten herzlich danken. Viele im Hauptamt, viele im Ehrenamt leisten einen enorm engagierten und tollen Job, meine sehr geehrten Damen und Herren.

## (Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Das Innenministerium ist das Partnerministerium der Kommunen, und unsere Förderprogramme unterstützen in einem sehr guten Maße die Entwicklung unserer Gemeinden.

Wir sind Partner des Sports. Herr Hüttner hat darauf hingewiesen, dass wir die Mittel für die Unterstützung unseres Sports trotz Schuldenbremse – das bedeutet im Doppelhaushalt für das Innenministerium ein Weniger von 76 Millionen Euro –, durch Umschichtung geradeaus fahren können.

Wir gewährleisten Mobilität und öffentlichen Personennahverkehr, Schienenpersonennahverkehr auf allerhöchstem Niveau.

Wir modernisieren unser Land. Ich habe eben Breitband als ein Beispiel genannt.

Wir sind zuständig für die Fragen des Staatsrechts, den Kampf gegen Rechtsextremismus, für die Täterarbeit.

Ich will mich bei den Koalitionsfraktionen bedanken, dass man uns unterstützend in die Lage versetzt hat, mehr zu tun, als unser erster Entwurf vorgesehen hat.

Ich will RIGG nennen. Ich will die Partnerschaft mit Ruanda nennen, auf die wir im Hause alle sehr stolz sind. South Carolina möchte ich ansprechen.

Ich möchte noch einmal auf die enorm engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in meinem Verantwortungsbereich hinweisen und in der jetzigen Jahreszeit insbesondere die Frauen und Männer vom Landesbetrieb Mobilität nennen, die dafür sorgen, dass wir uns 24 Stunden am Tag, sieben Tage in der Woche, 365 Tage im Jahr sicher über unsere Straßen bewegen können, meine sehr geehrten Damen und Herren.

## (Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Ich glaube, wenn man über Rheinland-Pfalz nachdenkt, sollte man immer wieder unsere tollen Begegnungen ins Auge fassen, die wir garantiert alle haben mit Menschen, die sich im Ehrenamt in den unterschiedlichsten Bereichen engagieren, ob es Kommunalvertreter sind oder Vertreter bei den Verbänden, Sporteinrichtungen, bei vielen Dingen bis hin zu den Menschen, die in Bürgerini-

tiativen oder im Lärmschutz die Interessen ihrer Mitbürgerinnen und Mitbürger vertreten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich will noch auf einige Einzelheiten bei der Polizei eingehen.

Im Einzelplan 03 hat mein Haus ein Volumen von rund 2,1 Milliarden Euro. 633.915.100 Euro sind damit für die Polizei gebunden. Das ist gut investiertes Geld. Da sind wir uns alle einig.

Wenn man dann die Vorwürfe vonseiten der Opposition hört, will ich einige wenige Punkte noch einmal unterstreichen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, mit 440 Neueinstellungen haben wir die höchsten Einstellungsquoten, die dieses Land bisher gesehen hat. Wir werden ein Beförderungsbudget von 2,2 Millionen Euro im Jahr 2014 und im Jahr 2015 ermöglichen können. Das werden jeweils rund 950 Beförderungen im Bereich der Polizei sein. Das sind Zahlen, die sich mehr als sehen lassen können.

Die Schwerpunktsetzung haben wir auch mit unserem Hauptpersonalrat besprochen. Wir haben Schwerpunktsetzungen im Bereich A 10 und A 11. Aber wir können keine Regelbeförderung machen; a) stehen Gerichtsurteile dagegen, b) würde das allein in diesem Bereich rund 3,1 Millionen Euro binden. Von daher ist das nicht möglich. Das muss man mit der Überschrift "Schuldenbremse" so sehen. Aber 950 Beförderungen, da bin ich als Minister sehr dankbar und stolz.

## (Vereinzelt Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Nun zum Angestelltenprogramm. Es ist nicht das erste Angestelltenprogramm. Es wurde darauf hingewiesen. Es sind jährlich 220, 20 Neueinstellungen.

(Zuruf des Abg. Lammert, CDU)

 Ich glaube, 220 hätte man auch verkraften können, Herr Lammert. Also es sind jährlich 20.

Wir haben bei der Bußgeldstelle – Frau Raab hat es mir gerade gesagt – 15 Neueinstellungen vorgenommen und ziehen die aus dem Polizeibereich kommenden Experten wieder heraus.

Kennzeichnungspflicht. Da habe ich diese Woche die "BILD-Zeitung" aufgeschlagen und einen mir völlig unbekannten Bereitschaftspolizisten aus Rheinland-Pfalz gesehen, der die Bebilderung für das hessische neue Modell abgegeben hat. Das war unser GdP-Vorsitzender Herr Scharbach. Man hat daruntergeschrieben: ein anonymer Bereitschaftspolizist aus Rheinland-Pfalz. – Ich habe mir das Bild schön auf die Seite gelegt.

(Heiterkeit bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Lammert, das, was Sie mir in das Stammbuch geschrieben haben, schreiben Sie bitte als Brief an Herrn Bouffier und Herrn Kollegen Boris Rhein oder an die CDU-Landtagsfraktion in Hessen. Die führen das gerade ein.

Wir haben bei der Innenministerkonferenz darüber gesprochen. Es werden nicht die Letzten sein, die einführen, dass man stark mit Schutzkleidung ausgestattete Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte auch erkennen können soll.

Sie wissen selbst, wenn Sie sich im Bereich der Einsätze der geschlossenen Einheiten bewegen – wir haben die gefährlichen Einsätze ausgenommen; das will ich an der Stelle auch noch einmal betonen –, würde ich gerne mit Ihnen den Test machen, ob Sie unsere Kolleginnen und Kollegen wirklich wiedererkennen können. Die haben eine top Schutzkleidung. Das bedeutet aber, der Körper ist überall geschützt, und man findet kaum einen Ansatzpunkt zu sagen, die Kollegin und den Kollegen kann ich wirklich wiedererkennen. Ich glaube, von daher wird das eher eine gewisse Normalität werden, und man wird damit umgehen können.

## (Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben das dichteste Straßenverkehrsnetz in Deutschland im Bereich der deutschen Bundesländer, und wir werden alles dafür tun, dieses Verkehrsnetz im Rahmen der Möglichkeiten auf einem guten Stand zu halten. Das gilt dann auch für die Nachbarn in Hessen, Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg und dem Saarland, also für alle Länder in der Bundesrepublik Deutschland. Im Moment ist der Neubau nicht so stark zu fördern, wie ich es zum Beispiel an der einen oder anderen Stelle gerne tun würde, weil uns die Schuldenbremse gewisse Handlungsoptionen vorgibt, aber allen 16 Ländern und dem Bund. Von daher ist es richtig und vernünftig, dass wir dieses dichteste Verkehrsnetz erhalten und dafür sehr viel Geld in die Hand nehmen.

Wenn wir über die einzelnen Programme reden, ob es die Unterstützung des kommunalen Straßenbaus ist, ob es unsere eigenen Landestraßen sind bis hin zu den Schwerpunkten, die wir bei dem Bundesstraßenbau setzen, wir haben 7.500 Brücken in der Verantwortung des Landesbetriebs Mobilität. Sie wissen, das sind die eigentlichen Herausforderungen des Straßennetzes der Bundesrepublik Deutschland. Da, wo es sinnvoll ist, sind wir dabei, Lückenschlüsse vorzunehmen.

Ich bin sehr dankbar, dass wir im Bereich der Nettopachtzahlungen für den Landesbetrieb Mobilität einen deutlichen Aufwuchs erreichen konnten, und zwar um rund 21 Millionen Euro jährlich und damit von etwa 142,1 Millionen Euro in 2013 auf rund 184,5 Millionen Euro in 2015. Auch das als Antwort auf Untergangsszenarien, die öffentlich in den Raum gestellt wurden. Das haben die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dieses Landesbetriebs überhaupt nicht verdient.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das, was Sie dem System neu zuführen wollen, ist beschrieben worden. Ich glaube, Frau Schmitt hat gesagt, ein "läppisches Milliönchen" ist das. Jetzt wollen wir nicht so mit Millionen umgehen, aber 1 Million für einen Bereich, der mit öffentlichem Personennahverkehr und Schienenper-

sonennahverkehr jenseits der 500 Millionen Euro angesiedelt, ein wirklicher Schwerpunkt und ein Moment ist, auf den wir im Vergleich zu den Bundesländern alle stolz sein sollten, das betrifft den Rheinland-Pfalz-Takt, mit dem wir Gewähr leisten, dass wir Trier schnell anbinden. Das ist anderen nicht gelungen. Wir werden es ab dem 1. Dezember 2014 gewährleisten.

Ich würde gerne noch einmal mit der Bahn reden, ob sie nicht einen Weg findet, uns bei ICE-Anschlüssen entgegenzukommen. Wir hätten Kapazitäten und Freiräume auf den Strecken. Davon bin ich fest überzeugt. Aber wir steigern die bestellten Zugkilometer von 33 Millionen auf 40 Millionen Euro.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, für dieses Geld, das wir dort einsetzen, wird der zuständige Minister, dafür wird die Landesregierung vor Ort abgefeiert, ob das Frau Dr. Lohse ist, die sich freut, dass die Rhein-Haardtbahn so intensiv unterstützt wird, ob es Herr Löffler ist, mit dem ich den Haltepunkt Neustadt Süd eröffnet habe, oder andere. Es sind Ihnen nicht unbekannte Persönlichkeiten. Die sind froh, dass wir so intensiv, konsequent und durchgängig in das Schienennetz investieren.

Im Übrigen gilt das auch für Reaktivierung und Unterstützung touristischer Verkehre. Das ist etwas, wofür wir Lob und Anerkennung erfahren, ich will an dieser Stelle noch einmal deutlich sagen, auch durch Vertreterinnen und Vertreter der Union vor Ort.

## (Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich hoffe sehr, dass in der tatsächlichen Umsetzung eine Anregung von mir auf der Bundesebene Wirklichkeit wird, nämlich den Städtebeau deutlich besser auszustatten, vor allem aber das Programm "Soziale Stadt" wieder so atmungsaktiv zu gestalten, dass wir damit noch mehr Gutes bewirken können in unserem Land, als es das bisher durch die engen Fesseln, die Kollege Ramsauer, "Bundesramsauer", uns vorgegeben hat, der Fall gewesen ist.

Ich freue mich auch, dass wir in der Dorferneuerung, beim Investitionsstock und anderen Programmen meines Hauses verlässliche und gut geübte Partner unserer Kommunen sind.

Noch einmal zum Kommunalen Finanzausgleich: Frau Beilstein, Sie haben uns nichts Neues vorgelegt, das ein neues Rechenwerk für den Doppelhaushalt enthalten hätte. Wir erkennen Ihre Verstärkung nicht. Unsere Verstärkung beläuft sich auf 490 Millionen Euro. Das ist eine stolze Summe.

Wenn Sie sich den Bericht des Landrats Herrn Dr. Saftig über die Kreistagsitzung im Landkreis Mayen-Koblenz anschauen, dann ist zu erkennen, dass er das Land lobt. Er hat keine Hemmungen, das Land für diese Maßnahmen zu loben.

Herr Lammert, Sie waren in der Kreistagsitzung am Montag anwesend. Es ist einstimmig wahrgenommen worden, dass man im Kreishaushalt des Rhein-LahnKreises endlich wieder Licht am Ende des Tunnels sieht, weil abzusehen ist, wann wir dort zu einem ausgeglichenen Haushalt kommen.

Ich will Ihnen an der Stelle sagen, wenn die Bundesgesetze so entschieden werden, wie die Kommunen sie erhoffen, geht das Geld zu den Kommunen. Wohin denn sonst?

Ich habe die bisherige Verteilung angesprochen. Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich würde mich als Kommunalminister freuen, wenn 5 Milliarden Euro so schnell wie möglich verlässlich bei unseren Kommunen ankommen.

Zu der 1 Milliarde Euro, die vereinbart wurde, hat Frau Ministerpräsidentin Dreyer entschieden, die 50 Millionen Euro, die diese Summe für Rheinland-Pfalz bedeutet, gehen unmittelbar und direkt auf die Ebene der Kommunen. Ich finde, das ist auch eine spürbare Verbesserung, genauso wie wir es mit den Zensusmitteln getan haben.

## (Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Wir sind Partner unserer Kommunen und werden es auch bleiben.

Ich will mich an der Stelle ganz herzlich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Vermessungs- und Katasterverwaltung bedanken, die eine Reform, die sich mehr als sehen lassen kann, intensiv und schnell mit begleitet haben.

Wir haben zum 30. Juni 2013 zehn Dienststellen schließen können und sparen damit 16 Millionen Euro an Personal- und 300.000 Euro an Hausbewirtschaftungskosten. Das ist auch ein Herangehen im Rahmen der Schuldenbremse, wie man es mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern vereinbaren kann und wir diese Entscheidung gemeinsam treffen können.

Jetzt habe ich 19 Minuten und 52 Sekunden gesprochen. Ich höre auf – 20 Minuten sind vereinbart –, weil es ansonsten Redezeit für Sie alle gibt. Mit Blick auf die Uhr muss das nicht sein.

Danke.

(Heiterkeit und Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

#### Vizepräsident Schnabel:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, bevor ich zu den Kurzinterventionen weitergebe, begrüße ich ganz herzlich auf der Zuschauertribüne Gäste aus unserer Partnerregion Fujian in China. Es ist eine Gruppe, die derzeit beim Pädagogischen Landesinstitut in Speyer zu Gast ist. Seien Sie herzlich willkommen im Landtag!

(Beifall im Hause)

Das Wort hat Herr Kollege Dötsch zu einer Kurzintervention.

## Abg. Dötsch, CDU:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Minister, vorhin kam das Thema der Breitbandversorgung aus zeitlichen Gründen etwas zu kurz, weshalb ich noch einmal auf zwei, drei Dinge eingehen darf.

Natürlich und Gott sei Dank ist es so, dass viele Unternehmen und die Privatwirtschaft erhebliche Investitionen im Bereich der Breitbandversorgung tätigen. Auch in den nächsten Jahren wird einiges geschehen, um das schnelle Internet auch auf das Land zu bringen.

Wir waren uns immer einig, auch in diesem Hause, dass es gut ist, dass die Wirtschaftlichkeitslücke dann von öffentlicher Hand finanziert wird, damit auch in die Regionen Breitband kommt, in denen es für die Unternehmen allein nicht wirtschaftlich ist.

Aber deswegen haben wir auch immer seitens der CDU gefordert, dass ein eigener Ansatz im Haushalt hierfür eingestellt wird. Vor zwei Jahren, beim letzten Doppelhaushalt, war zum ersten Mal ein Betrag in Höhe von 2,5 Millionen Euro eingestellt. Als wir im Ausschuss jetzt nach diesen 2,5 Millionen Euro gefragt hatten, wurde uns berichtet, dass diese 2,5 Millionen Euro zwar vorgesehen sind, aber zu Lasten des — —

(Pörksen, SPD: Kommunalen Finanzausgleichs!)

- Landesfinanzausgleichs gehen. Danke schön.

Ich denke, das ist der falsche Weg. Auch mit der jetzigen Kommunalwahlordnung oder der Änderung der Wahlordnung soll wieder mehr Belastung, mehr Verantwortung auf die Kommunen verschoben werden.

Man kann nicht nur Forderungen an den Bund stellen. Der Bund hat schon einiges getan, beispielsweise bei LTE, beim Konjunkturprogramm II oder beim Leerrohrprogramm. Man kann nicht nur als zweite Säule das Engagement der Kommunen einfordern, sondern auch das Land ist dabei gefragt.

Es ist gut und schön, dass EU-Mittel und Komplementärmittel zur Verfügung stehen, aber wir brauchen eigene Initiativen des Landes. Das Land darf sich nicht aus der Verantwortung herausziehen.

Die Frage des kommunalen Engagements wurde vor zwei Jahren von der Landesregierung derart beantwortet, dass man die Zuschüsse für die Breitbandversorgung im kommunalen Bereich von 80 % auf 60 % herabgesenkt hat. Auch dies sind zusätzliche Kosten für die Kommunen.

Gott sei Dank wurde jetzt auch von den Koalitionsparteien ein Antrag eingebracht, dass die Mittel aus dem I-Stock wieder herausgenommen werden, sodass man einen eigenen Ansatz im Haushalt findet. Warum man nicht die ganze Summe dazu genommen hat, weiß ich nicht, vielleicht hat man dies getan, um nicht dem dementsprechenden Antrag der CDU zustimmen zu müssen.

(Heiterkeit bei der CDU)

Ich denke, wir haben diese Forderung frühzeitig gestellt. Wahrscheinlich war es auch das Engagement der Kommunen, das dann dazu geführt hat, dass dieser Part aus den kommunalen Mitteln herausgenommen worden ist als eigene Position im Haushalt.

(Beifall der CDU)

## Vizepräsident Schnabel:

Zu einer weiteren Kurzintervention hat Frau Kollegin Klöckner das Wort.

(Frau Schmitt, SPD: Eine besondere Ehre!)

#### Abg. Frau Klöckner, CDU:

Herr Minister Lewentz, jetzt kommen wir noch einmal zu dem Einheitlichen Ansprechpartner. Es ist immer hilfreich, wenn man zuhört und nicht der Wunsch Vater des Gedankens ist.

(Frau Brede-Hoffmann, SPD: Das gilt für Sie auch!)

Ich habe gestern von Verfahren, nicht von Kontakten gesprochen. Kontakte kann man über das Internet, über Telefonanrufe, über Informationsveranstaltungen und über die Homepage haben. Ich habe mich in einer Zahl geirrt. Herr Lewentz, da haben Sie recht, es waren nicht zehn Verwaltungsverfahren, es waren 15.

Wenn man sich das einmal anschaut, zumindest das, was mir vom Zeitraum 2010 bis August 2012 vorliegt – es mag sein, dass Ihnen etwas Aktuelleres vorliegt, dann ist das in Ordnung –, dann ist zu sehen, dass es 15 Verwaltungsverfahren gegeben hat.

(Frau Thelen, CDU: Enorm!)

93 % der Nutzer aus Deutschland, 4 % aus EU-Staaten, 2 % aus Drittstaaten – der eigentliche Sinn, den man mit dem Einheitlichen Ansprechpartner haben wollte, wurde damit von dieser Landesregierung nicht erfüllt.

(Beifall der CDU)

Sie hatten Kontakte, und zwar nach dem, was uns vorliegt, 1.672 Fälle. Das sind aber keine Verwaltungsverfahren.

Ich sage noch einmal ganz offen, das, was da mit angedacht war, ist so nicht gelaufen.

Eines finde ich noch interessanter. Herr Staatssekretär Hüser hat am 28. November im Wirtschaftsausschuss der IHK mitgeteilt, dass das Projekt des Einheitlichen Ansprechpartners rund 3 Millionen Euro IT-Kosten verursacht hat.

Für etwas, was schiefgelaufen ist, wovor wir gewarnt haben, haben Sie 3 Millionen Euro übrig gehabt. Ich komme jetzt wieder zu dem Punkt: Wo ist Ihre soziale Ausgewogenheit, wenn Sie woanders 550.000 Euro für die Schwangerenkonfliktberatung streichen müssen?

(Beifall der CDU)

Sie geben das Geld, das da ist, falsch aus.

Ich komme zum Schluss zu der IHK. Herr Lewentz, wir kennen den Dreisprung von Rot-Grün, aber vor allem von der SPD. Das, was die CDU zuerst vorschlägt, wird abgelehnt, wird quasi in die Nähe der Unanständigkeit gerückt.

(Frau Schmitt, SPD: Wieder so eine Legendenbildung!)

Dann vergeht eine gewisse Zeit.

(Zurufe von der SPD)

- Oh, jetzt habe ich echt etwas getroffen. Es scheint irgendwie richtig zu sein, weil es auch Fakten gibt.

(Pörksen, SPD: Sie lassen immer alles im Raum stehen!)

Wir schlagen etwas vor. Damals, als die Debatte um den Einheitlichen Ansprechpartner im Raum stand, haben wir vorgeschlagen, es an die IHK zu geben. Wir wurden niedergemacht: Die Opposition habe keine Ahnung.

(Baldauf, CDU: Stimmt! Keine Ahnung!)

Dann haben Sie Geld ausgegeben: 3 Millionen Euro für IT-Kosten und fünf Mitarbeiterstellen wurden geschaffen. Nach einer gewissen Zeit entscheiden Sie sich dann, das Ganze zur IHK zu geben, machen also etwas, was Sie eigentlich als schlecht empfanden, weil es die Opposition vorgeschlagen hat. Jetzt sollen wir Sie dafür loben, dass Sie die tolle Idee gehabt haben, es zur IHK zu geben.

Das kann man machen, das kann man aber auch kostengünstiger machen, wenn man auch einmal auf die Opposition hört.

Sie können mir gern noch einmal die Zahlen der Verwaltungsverfahren nennen: Es sind 15 statt zehn, da haben Sie recht.

(Beifall der CDU – Zuruf des Staatsministers Lewentz)

#### Vizepräsident Schnabel:

Wir haben keine weiteren Wortmeldungen mehr. Damit wäre die Beratung des Einzelplans 03 zunächst einmal beendet. Ich weise darauf hin, dass die zweite Beratung der Tagesordnungspunkte 6 und 7 bis zur morgigen Plenarsitzung unterbrochen wird.

Wir kommen zur

Beratung des Einzelplans 09 – Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur

Das Wort hat Frau Kollegin Dickes von der CDU-Fraktion.

## Abg. Frau Dickes, CDU:

Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wenn wir über Bildungspolitik sprechen, dann darf unser Motto nicht nur sein: "Kinder sind uns wichtig", sondern es muss heißen: "Jedes einzelne Kind ist uns wichtig."

## (Beifall der CDU)

Schule hat eine so entscheidende Aufgabe, sie ist so elementar für den Lebensweg wie nur wenige andere staatliche Aufgaben. Wir müssen alles dafür tun, damit jedes Kind bestmögliche Chancen bekommt. Ich rede bewusst von bestmöglichen, nicht von gleichen; denn wir wissen sehr wohl, dass nicht jedes Kind mit den gleichen Chancen startet. Aber unsere Aufgabe ist es, dem Kind zu helfen, gute Chancen zu erhalten und einen guten Weg weiterzugehen, auch wenn die Eltern es nicht so unterstützen können, wie sie es vielleicht sollten.

Wir müssen in den Schulen die Kinder motivieren, die Chancen, die wir ihnen geben, auch zu ergreifen. Wir müssen mit der Schule jedes Kind dazu befähigen, die Gesellschaft der Zukunft mitzugestalten. Das ist die Bildungsaufgabe, die wir der Schule geben: freie mündige Bürger zu erziehen, die einen reflektierten Blick auf die Welt haben sollen. Die Schule muss das einzelne Kind befähigen, selbstverantwortlich sein Leben und die Gesellschaft zu gestalten, und das auf seine eigene Weise.

Weil jedes Kind seine eigene Weise, seine eigenen Bedürfnisse hat, brauchen wir nicht für alle die gleiche Schule.

(Frau Brede-Hoffmann, SPD: Sondern für jedes Kind eine eigene!)

sondern für jedes Kind eine, die zu ihm passt; denn es ist realitätsfremd zu glauben, dass ein Lehrer bei unseren Rahmenbedingungen den Bedürfnissen von bis zu 30 Schülern zur gleichen Zeit allein gerecht werden kann.

## (Beifall der CDU)

Aber anstatt für eine gute Ausstattung an unseren Schulen zu sorgen, macht Rot-Grün in unseren Schulen lieber Sozialpolitik statt Bildungspolitik. Sie verteilt kostenlose Fahrkarten und propagiert stolz, das Land der gebührenfreien Bildung zu sein. Aber, Frau Ministerin, Fahrkarten sind keine Bildungspolitik, und fehlende Kindergartengebühren oder Anreize für Langzeitstudenten auch nicht.

## (Beifall der CDU)

Sie setzen ganz bewusst andere Prioritäten. Neben der Tatsache, dass wir angeblich das Land der gebührenfreien Bildung sind – was aber nur bedingt stimmt, wenn Sie die Eltern einmal fragen, wie viel Geld sie für Nachhilfe ausgeben, weil der Unterricht an den Schulen aus-

fällt –, sind wir vor allem das Land des Unterrichtsausfalls

(Heiterkeit der Abg. Frau Brede-Hoffmann, SPD – Frau Brede-Hoffmann, SPD: Das glaubt sie auch noch, was sie da sagt!)

das Land der Vertretungsverträge, das Land der Ferienarbeitslosigkeit junger Lehrer, das Land, das an Bildung spart. Das ist Ihre Politik.

(Beifall der CDU – Frau Brede-Hoffmann, SPD: Wenn man übertreibt, kann man sehr leicht lächerlich werden! Da muss man vorsichtig sein, Frau Kollegin!)

Wir sind ein Land, in dem das einzelne Kind gar nicht so viel zählen kann, da schlicht die Lehrer mit ihrer Zeit für individuelle Förderung fehlen, obwohl wir heute wissen, dass nichts so entscheidend ist für die Entwicklung in den Schulen wie gute Lehrer.

Wir sind ein Land, in dem den Eltern suggeriert wird, ihr Kind mit Beeinträchtigung werde an einer Schwerpunktschule optimal und individuell gefördert, es hätte optimale Teilhabechancen, wie Frau Ministerpräsidentin Dreyer gestern ausführte. –

Frau Ministerpräsidentin, ich weiß nicht, wann Sie das letzte Mal an einer Schwerpunktschule optimale Rahmenbedingungen gesehen haben.

(Beifall der CDU –
Frau Brede-Hoffmann, SPD: Und ich weiß nicht, in welcher Sie überhaupt jemals waren! –
Frau Brück, SPD: Ich weiß nicht, in welcher Sie gewesen sind!)

Wir bewerben eine Schule, damit noch mehr Kinder die Schwerpunktschule wählen, und wenn ich den Worten der Ministerpräsidentin und auch des Herrn Köbler am gestrigen Tag Glauben schenken darf – was mich ehrlich entsetzt hat –, dann sind wir auch ein Land, welches aus Spargründen offenbar an den Schwerpunktschulen künftig auf fortgebildete Regellehrer setzen möchte und nicht auf Förderlehrer. – Qualität und die beste Förderung für unsere Kinder sehen anders aus.

(Frau Klöckner, CDU: Schmalspurinklusion! – Frau Brück, SPD: Wo saugt sie sich das aus den Fingern?)

Wir sind ein Land, in dem unsere Gymnasien Stück für Stück von innen ausgehöhlt werden. Ich nenne in diesem Kontext die kommende Reform der Lehrerausbildung mit Ansätzen in Richtung Einheitslehrer, mit der Reduzierung der fachlichen Anteile.

(Pörksen, SPD: Jetzt kommen Sie wieder mit Ihrem Einheitsbrei an!)

Ich nenne in diesem Zusammenhang auch die schulortübergreifenden Rahmenlehrpläne. Ja, Frau Ministerin, Sie haben es mit der nötigen Durchlässigkeit begründet, aber es gibt auch Durchlässigkeit bei abgestimmten, schulartspezifischen Lehrplänen. Bei Ihnen verschwimmen die Unterschiede: Einheitslehrer, Einheitslehrplan! – Was kommt als Nächstes?

(Frau Brede-Hoffmann, SPD: Bei Ihnen verschwimmen aber auch die Klarheiten! – Zuruf der Abg. Frau Brück, SPD)

Wir sind auch das Land, in dem die AQS – die Agentur für Qualitätssicherung – die Qualität von Schulen danach bemisst, wie zufrieden die Schüler sind; doch die Qualität des Unterrichts spielt dabei überhaupt keine Rolle.

(Beifall der CDU)

Vielleicht verstehen Sie jetzt auch, weshalb wir immer wieder die Abschaffung dieser AQS ---

(Frau Brede-Hoffmann, SPD: Frau Kollegin, Sie brauchen auch einmal eine Agentur für Qualitätsreden!)

 Frau Brede-Hoffmann, wenn Sie reden dürften, wäre es schön für Sie. Vielleicht könnten Sie gerade jetzt einmal den Mund halten.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der SPD)

Wir sind auch das Land, das der beruflichen Bildung das Wasser abgräbt. Frau Ministerpräsidentin Dreyer hat gestern stolz verkündet, dass wir das Land mit den meisten Studienanfängern sind. Vor dem Hintergrund, dass wir in diesem Jahr erstmals mehr Studienanfänger als Anfänger einer dualen Ausbildung hatten, frage ich mich schon: Trägt das zur Lösung des Fachkräftemangels bei?

(Beifall der CDU)

Damit sind wir das Land, welches das in allen Ländern bewunderte duale System gefährdet, und dabei gehen Sie ganz bewusst vor; denn wir sind leider auch das Land, das an den berufsbildenden Schulen den höchsten Unterrichtsausfall hat, das Land, das bei zurückgehenden Schülerzahlen mit Integrierten Gesamtschulen und Fachoberschulen immer neue Oberstufenangebote schafft und damit dafür sorgt,

(Zuruf der Abg. Frau Brück, SPD)

dass Schulen, um diese Angebote vollzubekommen, massiv um Schüler werben müssen, die dann in der dualen Ausbildung fehlen.

Zeitgleich macht es die Landesregierung durch eine neue Regelung über Klassenmindestgrößen den berufsbildenden Schulen immer schwerer, auch im ländlichen Raum Fachklassen aufrechtzuerhalten, und dabei wissen wir sehr wohl, dass dort, wo Fachklassen verschwinden, auch die duale Ausbildung in diesem Bereich gefährdet ist.

Bei Ihnen dominiert immer nur der Slogan: "Land der gebührenfreien Bildung". – Es wäre für unsere Kinder sicher viel besser, wenn wir sagen könnten: Wir sind das Land der 100 %igen Unterrichtsversorgung.

(Beifall der CDU)

Wir sind das Land der dualen Ausbildung und das Land der starken Gymnasien, das Land der fairen Arbeitsbedingungen für Lehrer und das des qualifizierten Fachunterrichts.

(Beifall der CDU)

Es wäre schön, wenn wir sagen könnten, wir sind das Land, in dem das einzelne beeinträchtigte Kind zählt und nicht der Wunsch, die sogenannte Inklusionsquote von heute 25 % auf künftig – sagen wir einmal – 40 % zu steigern.

(Beifall der CDU)

Unser Anspruch als CDU ist ein ganz anderer als der Ihre. Wir setzen andere Maßstäbe.

(Pörksen, SPD: Ihr macht nur Sprüche! Sprechblasen!)

Daher haben wir Ihnen einen Antrag vorgelegt, der sich "Qualitätsoffensive Bildung" nennt. Grundlage für Qualität an unseren Schulen ist zunächst einmal die volle Unterrichtsversorgung mit Fach- und Differenzierungsstunden, und zwar mit denen, die Sie eigentlich den Schulen zugestehen wollten. 100 % Unterrichtsversorgung! – Wir wollen das Land sein mit einer Unterrichtsgarantie von 100 plus x; denn ohne ausreichend Lehrer gibt es keinen ausreichenden Unterricht. Daher fordern wir die Prioritätensetzung: "Unterricht statt Fahrkarte statt AQS und muttersprachlichen Unterricht".

(Beifall der CDU)

Mit diesen Mitteln sind wir in der Lage, in Rheinland-Pfalz den Unterrichtsausfall auf null zu setzen.

(Pörksen, SPD: Sie sind zu überhaupt nichts in der Lage, außer zu Sprüchen!)

Mit diesen Lehrern wollen wir Freiraum gestalten. Die Lehrer sollen definierte Ziele mit eigenen Wegen erreichen können. Schulen brauchen Freiraum, ein eigenes Profil zu entwickeln, im Rahmen verbindlicher Lehrpläne und mit landeseinheitlichen Abschlussprüfungen. Dazu wollen wir an allen Schulen Personal- und Budgethoheit, und zwar eine echte, die auch umsetzbar ist. Wir wollen wirklich eigenverantwortliche Schulen und keinen ideologischen Schulversuch der Landesregierung, der gar keinen rechtlichen Rahmen für Eigenständigkeit setzt.

(Beifall der CDU)

Wir wollen auch das Land sein, das Schulen in ihrem praxisorientierten Profil stärkt. Das betriff die Integrierten Gesamtschulen und die Realschulen plus, die wir rechtlich gleichstellen wollen, mit einem gleichen Wahlpflichtfachbereich, der praxisbezogen ist, und mit einem erweiterten Praxistag.

Wir wollen schließlich das Land sein, das seine besondere Verantwortung für beeinträchtigte Kinder auch besonders ernst nimmt. Dazu müssen wir sensibel sein.

(Beifall der CDU)

Wir müssen jedes einzelne Kind mit seinen besonderen Bedürfnissen auch besonders in den Blick nehmen und schauen: Wo ist die richtige Schule, und wo ist das richtige Förderkonzept für dieses Kind?

Aber ganz egal, wo ein Kind beschult wird, an einer Förderschule, an einer Schwerpunktschule oder auch im Rahmen der Einzelintegration, für uns hat jedes Kind Anspruch auf verbindliche und transparente Qualitätskriterien, und die gibt es leider bisher in Rheinland-Pfalz nicht.

(Beifall der CDU)

Über diese Frage der Qualitätskriterien müssen wir als Erstes diskutieren, bevor wir erörtern, wie hoch die Quote der Inklusion sein soll.

Wenn man verantwortungsvoll mit Verantwortung umgehen würde.

(Frau Brede-Hoffmann, SPD: Verantwortungsvoll mit Verantwortung!)

könnte man nur so viel gemeinsame Beschulung anbieten, wie auch Ressourcen zur Verfügung stehen. Wer mehr Inklusion möchte, muss auch mehr Mittel zur Verfügung stellen. Aber die fehlen in Ihrem Haushalt.

Was Sie eingestellt haben, sind 300.000 Euro für teure Hochglanzbroschüren, um für Inklusion zu werben, dazu noch Mittel für Fortbildung von Regellehrern.

An der Stelle muss ich eine ganz klare Kritik üben. Förderlehrer haben eine lange und qualifizierte Ausbildung. Fortbildungen sind nett, ersetzen aber mitnichten die Förderlehrer in Schwerpunktschulen.

(Beifall der CDU)

Das ist Hochglanz und Förderung light, statt Qualität, ausreichend Lehrer und vor allem Blick auf jedes einzelne Kind.

Ein solches Land wollen wir nicht sein, sondern eines, das mit Augenmaß auf die Bedürfnisse jedes einzelnen Kindes eingeht. Deshalb fordern wir auch, Förderschulen mit ihrer hohen Fachlichkeit wirklich zu erhalten und die gemeinsame Beschulung ganz behutsam umzusetzen.

(Beifall der CDU)

Wir als CDU wollen ein Land, in dem jedes einzelne Kind wichtig ist, ein Land der 100 %igen Unterrichtsversorgung, ein Land mit starker Praxisorientierung und starkem Gymnasium, ein Land mit eigenverantwortlichen Schulen, ein Land, in dem Kinder mit Beeinträchtigung einen Anspruch auf gute Rahmenbedingungen und optimale Förderung haben.

Wir wollen ein Land, in dem Bildung auch etwas wert und nicht nur kostenfrei ist.

Danke.

(Beifall der CDU – Pörksen, SPD: Alice im Wunderland war das!)

#### Vizepräsident Schnabel:

Das Wort hat Frau Kollegin Brück.

## Abg. Frau Brück, SPD:

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Frau Dickes, Sie verkennen die Realität. Wenn man Ihnen zuhört, so könnte man meinen, es herrscht in Rheinland-Pfalz eine bildungspolitische Katastrophe. Aber genau das Gegenteil ist der Fall.

Jüngste Bildungsuntersuchungen im Ländervergleich zeigen, wir mischen ganz oben in der Spitzengruppe mit. Bildung hat bei uns oberste Priorität. Das zeigt sich auch in diesem Haushalt; denn trotz Schuldenbremse wächst der Bildungshaushalt.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Damit legen wir eine gute Grundlage für die weitere Zukunft. Die Bildungsausgaben pro Schülerin und Schüler steigen kontinuierlich an.

Wenn ich Ihren Ton und Ihre Aussagen so höre – bitte verzeihen Sie mir es, aber das ist mein persönlicher Eindruck –, bin ich ganz froh, dass die Kinder in diesem Land von Ihnen als Lehrkraft verschont geblieben sind.

(Vereinzel Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN – Zurufe von der CDU)

Es ist uns wichtig, eine gebührenfreie Bildungskette von der Kita bis zur Hochschule zu haben. Bildung darf für uns nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängig sein. Da haben wir politische Maßstäbe gesetzt. Das wird auch so bleiben.

Die von der CDU geplante Mehrbelastung der Eltern bei der Schülerbeförderung und den Kita-Gebühren lehnen wir ab. Komischerweise haben Sie dazu gar nichts gesagt.

Was ist uns in diesem Haushalt wichtig? Uns ist eine gute Unterrichtsversorgung – diese hat weiter Priorität – über die Pflichtstundentafel hinaus auch zur individuellen Förderung und Profilbildung von Schulen wichtig. Die Legendenbildung, die Sie hier führen, ist vollkommen daneben.

Wir danken unseren engagierten Lehrerinnen und Lehrern ganz eindeutig für ihre Arbeit, die jeden Tag von morgens bis abends im Sinne der Bildung für unsere Kinder im Land gemacht wird.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Trotz der sinkenden Schülerzahlen ist der Ansatz weiter bedarfsgerecht hoch bei gleichzeitiger Einhaltung des Abbaupfades. Ja, das tut uns weh. Es ist heftig, dass wir 2.000 Lehrerstellen bis zum Ende der Legislaturperiode abbauen müssen. Aber das ist die Hälfte von dem, was der Landesrechnungshof uns vorrechnet oder was auch schon Kollegen aus Ihrer Fraktion gesagt haben.

Deshalb ist es sehr verantwortungsvoll und mit maßvollem Auge gemacht.

Trotzdem gelingen uns wichtige Maßnahmen, zum Beispiel der Ausbau des Vertretungslehrerpools um 500 Stellen auf dann 800 Stellen am Ende des Doppelhaushalts. Das ist ein Beitrag für die Zukunftsperspektive der jungen Leute. Damit sichern wir gleichzeitig die Unterrichtsversorgung.

## (Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die sicher unbestreitbar größte Aufgabe in dieser Wahlperiode ist die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention. Inklusion in allen unseren Schulen voranzutreiben, ist eine Aufgabe, die uns alle angeht. Die Schulgesetznovelle mit dem vorbehaltlosen Elternwahlrecht ist in Vorbereitung und wird zum kommenden Schuljahr in Kraft treten.

Dazu werden wir in den nächsten Jahren 200 zusätzliche Lehrerstellen mit sonderpädagogischem Förderbedarf vorsehen.

Ausgewählte Schulen werden sich zu Förder- und Beratungszentren weiterentwickeln.

Leider pflegt die CDU in ihrem Entschließungsantrag wieder alte Vorurteile, wie – ich zitiere aus dem Antrag – "vereinheitlichende Lösungen per Dekret". Was soll das denn bitte schön sein? Noch einmal an die CDU: Wahlfreiheit bedeutet, dass Eltern selbst entscheiden und wählen können, wo ihr Kind unterrichtet werden soll, an einer Förderschule oder an einer Regelschule. – Dazu braucht man beide Schularten, das möchte ich noch einmal betonen.

Selbstverständlich liegt uns jedes einzelne Kind am Herzen. Nie ist in diesem Haus irgendetwas anderes erwähnt worden.

#### (Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Damit wir zeigen, dass wir es auch ernst meinen, gibt es ab dem nächsten Doppelhaushalt für alle Schulen, die sich pädagogisch weiterentwickeln, ein Fortbildungsbudget von bis zu 1.500 Euro jährlich, mit dem sich Schwerpunktschulen, Ganztagsschulen, berufsbildende Schulen und Förder- und Beratungszentren individuell die benötigte Fortbildung beim Pädagogischen Landesinstitut oder einer sonstigen Einrichtung finanzieren können. Das wird den engagierten Lehrkräften eine große Unterstützung sein und sich positiv auf die inneren Schulentwicklungsprozesse auswirken.

Das ist besonders auch für den Weg der Inklusion bei Schwerpunktschulen und Förder- und Beratungszentren wichtig. Lehrkräfte benötigen Beratung und Unterstützung in diesem Prozess und fordern sie auch zu Recht ein. Aber wichtig ist es doch auch besonders für die berufsbildenden Schulen, die nicht am Projekt EQuL teilnehmen, um Eigenverantwortung, Qualitätsmanagement und Lernkultur zu etablieren. Bisher konnten nur die Ganztagsschulen von diesem Fortbildungsbudget partizipieren. Künftig werden wir dies breiter in der Flä-

che machen. Für rund die Hälfte aller rheinlandpfälzischen Schulen wird es zur Verfügung stehen. Wir haben dazu einen Entschließungsantrag gemacht.

Wenn ich dann sehe, was die CDU zum Thema "Bildungspolitik" Neues hat, muss ich sagen: Da ist nichts. In der Presse haben sie groß angekündigt, diesmal 700 zusätzliche Lehrer vorübergehend neu einzustellen.

(Frau Brede-Hoffmann, SPD: Vorübergehend!)

Vorübergehend, was heißt das denn? Haben Sie nicht gerade Vertretungsverträge angeprangert? Wenn Sie sie vorübergehend einstellen wollen, wie wollen Sie sie denn dann einstellen, gleichzeitig wissend, dass man allein über mehr Lehrer nicht mehr Unterrichtsversorgung generiert und die Schülerzahlen sinken und in Zukunft weniger Lehrkräfte benötigt werden?

Bezahlen wollen Sie das mit dem Griff in die Taschen der Eltern von Schülerinnen und Schülern, die mit dem Bus zur Schule fahren müssen. Das wollen wir nicht. Da ist bei uns Bildungsgerechtigkeit angesagt.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir wollen keine Schranken um die Bildung machen.

Ich sage noch einmal, wir nutzen auch die rückgehenden Schülerzahlen, um pädagogische Verbesserungen zu erreichen, zum Beispiel die Senkung der Klassenmesszahl: Grundschule 24 Kinder, Orientierungsstufe dann künftig für alle Schularten 25 Kinder. Wir nutzen sie, um mehr individuelle Förderung zu machen.

Zur Bildungsgerechtigkeit gehört für uns, dass wir unser gutes System an Ganztagsschulen weiter ausbauen. Das ist anerkannt und wird von den Eltern, von den Kommunalpolitikern, von den Schulträgern und von den Schulen gewünscht.

Darüber hinaus fördern wir auch die betreuenden Grundschulen, auch ein wichtiger Beitrag zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf und zur Bildung unserer jungen Leute.

Was die Berufsorientierung angeht, so werden wir diese weiter auch in allen Schularten verstärken, auch in den Gymnasien ist das wichtig. Für uns ist das duale System unerlässlich. Es ist gut, dass es in der sozialpädagogischen Begleitung durch die Schulsozialarbeit gerade im BBS-Bereich in diesem Bildungshaushalt auch noch Möglichkeiten gibt, eventuell dort, wo es nötig ist, etwas dazuzutun.

#### (Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Was wollen Sie? Die CDU will wieder einmal die Mittel für den Herkunftssprachenunterricht streichen und die AQS abschaffen. Das geht mit uns nicht. Das wollen wir nicht, weil uns Schulqualität wichtig ist. Wir brauchen beides.

Frau Dickes, in Ihrem Entschließungsantrag steht alles, was schon einmal in den letzten Jahren im Plenum als Antrag gewesen ist. Das haben wir alle abgelehnt. Es ist

nicht sehr einfallsreich, und wir werden es auch weiter ablehnen.

# (Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es sind Legendenbildungen und Punkte, die wir zum Teil ohne CDU längst verwirklicht haben. Vorurteile werden gepflegt. Vieles ist vollkommen konträr zu unserer politischen Haltung, und manches ist schlichtweg falsch. Keine Zukunftsperspektive, tut mir leid!

Wir wollen stattdessen die Medienkompetenz weiter ausbauen. Das steht im Mittelpunkt und ist mittlerweile die vierte Kulturtechnik. Wir begrüßen ausdrücklich den Einsatz von 3 Millionen Euro für die nächsten beiden Jahre. Auch dazu haben wir einen Entschließungsantrag eingebracht.

# (Vizepräsidentin Frau Klamm übernimmt den Vorsitz)

Abschließend möchte ich sagen, wir werden auch in Zukunft für qualitative pädagogische Verbesserungen im rheinland-pfälzischen Bildungssystem sorgen und sozial gerechte und gute Startchancen für unsere Menschen, unabhängig von ihrer sozialen Herkunft schaffen.

Vielen Dank.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

#### Vizepräsidentin Frau Klamm:

Ich erteile Frau Kollegin Ratter das Wort.

# Abg. Frau Ratter, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich mache zunächst eine Vorbemerkung. Ich kann nicht verhehlen, dass ich bei der Lektüre der CDU-Anträge verblüfft war. Mir schien es, als habe sich die Union vorgenommen, uns Bildungspolitikerinnen auf unsere ideologischen Vorbehalte hin abzuklopfen. Siehe da, Sie sind fündig geworden. Resultat, lauter ideologisch motivierte Ansätze in der Bildungspolitik von Rheinland-Pfalz. Worin besteht dieser vermeintliche ideologische Bildungsansatz?

Ich verweise zunächst einmal auf die rechtliche Lage. Sie wurde ausgeführt, Bildung ist Menschenrecht, besagt Artikel 26 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte. Deren Erweiterung durch Artikel 13 des UNO-Pakt I und Artikel 24 UN-Behindertenrechtskonvention verpflichten uns auf Umsetzung eines gleichberechtigten Bildungszugangs für alle Kinder.

Liebe Frau Dickes, wir sind überführt, der Ideologie "Inklusion" anzuhängen, die Individuen ausnahmslos als bildsam und gleichwertig begreift. Für die Erfolge einer inklusiven Bildung an "Schulen für alle" stehen Beispiele wie die Laborschule Bielefeld, die Sophie-Scholl-Schule in Gießen, die Schule Berg Fidel in Münster und viele andere – auch zunehmend in Rheinland-Pfalz.

Unabweisbar ist allerdings, dass unser preußisch verwurzeltes Schulsystem noch nicht perfekt eingestellt ist auf das, was für die inklusive Schule nötig sein wird. Genau diesen Erfordernissen aber bemühen wir uns, auch in diesem Doppelhaushalt gerecht zu werden.

Wenn wir ihn am Ende des heutigen Plenums beschließen, dann werden wir damit erneut die Weichen für Rheinland-Pfalz in Richtung Inklusion stellen. Inklusion bedeutet für uns mehr als gemeinsamer Unterricht von Kindern ohne und mit körperlicher Beeinträchtigung. Inklusion bedeutet für uns auch mehr als gemeinsamer Unterricht von Kindern mit und ohne festgestelltem Förderbedarf.

# (Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Für uns ist das Ziel von Inklusion eine schulische Kultur der individuellen Förderung aller Kinder, orientiert an ihren persönlichen Begabungen, Stärken und Schwächen. Es ist klar, dass dieser bildungspolitische Perspektivenwechsel nicht mit dem Bau von ein paar Treppenliften erledigt ist. Dieser Wandel erfordert Veränderungen in nahezu allen Handlungsfeldern, die mit Schule in Verbindung stehen. Vor allem aber erfordert er Veränderungen in der Haltung der Beteiligten. Wichtig bei diesem Wandel ist, dass alle Beteiligten mitgenommen werden sollen, und zwar gerade auch die Pädagoginnen.

Eine zentrale Rolle spielt deshalb die Lehrer- und Pädagoginnenbildung. Die Regierung arbeitet derzeit am ersten Lehrerinnenbildungsgesetz in Rheinland-Pfalz. Es ist getragen vom Leitgedanken der Inklusion. Wir Koalitionärinnen wollen, dass Inklusion in allen Phasen und für alle Schularten der Lehrerinnenbildung Berücksichtigung findet. Dies muss für alle Bereiche pädagogischen Handelns gelten, vor allem auch für die Fachdidaktik.

Neue pädagogische Konzepte erfordern nicht nur neue Schwerpunktsetzungen im Lehramtsstudium und in der Vorbereitungsphase, sondern auch im Bereich der Fortund Weiterbildung der bestehenden Kollegien. Hier wird mit dem kommenden Doppelhaushalt mit einem Aufwuchs bei den Fortbildungsbudgets ein wichtiges Signal gesetzt. Das ist ganz anders, als Sie das interpretieren, Frau Dickes.

Zukünftig können nicht mehr nur Ganztagsschulen über ein eigenes Fortbildungsbudget verfügen, sondern auch die Schwerpunktschulen, die zukünftigen Förder- und Beratungszentren sowie die beruflichen Schulen – Frau Brück hat es ausgeführt –, die nicht EQuL-Schulen sind. Wir stärken damit Schulen, die sich auf den Weg machen, sich pädagogisch weiterzuentwickeln, und die ihre Lehrkräfte stärken möchten für die Inklusion und die damit verbundenen Herausforderungen.

Zuverlässig haben Sie wieder "100 plus x" zum Thema "Unterrichtsversorgung" angeführt, Frau Dickes. Diese Forderung finde ich, offen gesprochen, entlarvend. Es ist für die Ministerin und für uns in der Koalition gar keine Frage, dass der Beruf der Lehrerinnen mit noch viel mehr Wertschätzung ausgestattet werden muss, als das in unserer Gesellschaft der Fall ist. Natürlich ist allen klar, dass alle Schulen in allen Zweigen, explizit auch die

Berufsschulen, mit ausreichend Personal ausgestattet sein müssen, um die Belastungen für jeden einzelnen Pädagogen, jede einzelne Pädagogin im Rahmen zu halten, der ein sinnvolles Arbeiten mit den Schülerinnen ermöglicht. Wir haben schon viel erreicht. Die Klassenmesszahlen sind abgesenkt worden. Aber es muss weitergehen.

Der Verstetigung dient dabei der Vertretungspool, dessen weiterer Ausbau im Doppelhaushalt abgebildet ist. Bettina Brück hat es schon ausgeführt. Er eröffnet die Möglichkeit, Unterrichtsausfall gezielt zu reduzieren, und sorgt für verlässliche Einstellungssituationen für Berufseinsteigerinnen.

Entlarvend ist die Dauerforderung – ich habe es schon gesagt –, die formalistisch ist. Sie ist so weit weg von aller Pädagogik. Sie ist ein Zeichen der bildungspolitischen Ahnungslosigkeit, die Sie, Frau Dickes, an den Tag legen. Damit können Sie bildungspolitisch nicht weit kommen, wenn es darum geht, endlich die Individualisierung von Lehren und Lernen zu organisieren, damit alle Schülerinnen zu ihrem Recht auf individuelle Förderung kommen.

In der Theorie haben Sie es schon angesprochen. Wir wollen individuelle Förderung. In der Praxis müssen wir doch noch ein bisschen streiten. Darum schlage ich Ihnen allen in diesem Hohen Haus für die zweite Hälfte der Legislaturperiode vor, dass wir uns gemeinsam auf die Qualität von Bildung konzentrieren, auch wenn das schwieriger ist, als nur Statistiken abzubilden und über Statistiken zu reden.

Der Bildungsausschuss wird sich dazu auf den Weg machen. Ich freue mich auf die gemeinsamen Besuche in Schulen mit guten Beispielen.

Werfen wir einen Blick auf einen weiteren bildungspolitischen Schwerpunkt des Haushalts, die Sprachförderung. Ein Verständnis von Inklusion, das individuelle Förderung von Kindern in den Blick nimmt und nicht mehr auf der Einteilung der Kinder in Kategorien beharrt, muss auch die Möglichkeiten der Sprachförderung in den Blick nehmen. Dem tragen wir im Doppelhaushalt Rechnung. Inklusion bedeutet auch hier, Anerkennung von Vielfalt als Reichtum. Wenn ein Kind aus einer Familie eine andere Sprache mitbringt, weshalb sollten wir es dann nicht stark machen, diese besonders gut und richtig zu lernen? Den Schulen in Rheinland-Pfalz steht dafür ein umfangreiches Instrumentarium zur Verfügung, um in Zusammenarbeit mit ADD, Volkshochschule, Pädagogischem Landesinstitut und anderen Akteuren in Bildung und Weiterbildung flexibel auf Sprachdefizite einzugehen. Es ermöglicht insbesondere auch Kindern mit Migrationshintergrund eine bilinguale Bildung. Damit werden auch die Voraussetzungen für das Erlernen von Deutsch als Zweitsprache verbessert.

Welche bildungspolitischen Schwerpunkte hat die Opposition im Doppelhaushalt gesetzt? Eines wurde klar, Sie haben bislang schlicht nicht verstanden, worum es bei Inklusion überhaupt geht. Die in vielen Punkten sachlich falschen Entschließungsanträge der CDU zum Thema "Bildung" sprechen hier Bände. Sie fordern zum Beispiel die rechtliche Gleichstellung der Integrierten Gesamt-

schulen mit den Realschulen plus, ohne dabei auch nur über die Rolle des Gymnasiums nachzudenken. Das zeigt, Sie hängen verbissen am überkommenen Schulsystem, das bestimmte Kinder aus bestimmten Elternhäusern privilegiert. Diese Haltung tritt auch dann deutlich zu Tage, wenn Sie den Versuch starten, kostenfreie Bildung in Rheinland-Pfalz abzuschaffen. Diesmal haben Sie, wie schon häufiger, wieder auf die freie Schülerinnenbeförderung geschaut und es darauf abgesehen, hier eine Staffelung der Elternbeteiligung einzuführen. Das war schon an anderer Stelle so, wo Sie billige Klischees bemüht haben wie den allzeit beliebten Bummelund Langzeitstudenten.

Es passt ins Bild, blindwütig die Umsetzung der Inklusion, so wie wir sie uns vorstellen, zu sabotieren, aber vielleicht kommen wir im weiteren Gespräch darauf. Für uns ist Bildung jedenfalls Daseinsfürsorge. Im Grunde ist der Staat dafür zuständig, das heißt, Bund, Land und Kommunen müssen gemeinsam dafür die Verantwortung übernehmen. Zu anderen Aspekten komme ich nachher.

Danke schön.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

## Vizepräsidentin Frau Klamm:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich begrüße Gäste im Landtag, und zwar den Männergesangsverein aus Dünebusch. Herzlich willkommen im Landtag zu Mainz!

(Beifall im Hause)

Ich erteile Frau Kollegin Schäfer das Wort.

#### Abg. Frau Schäfer, CDU:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Hochschullandschaft verändert sich seit Jahren. Wir haben einen enormen Anstieg der Studierendenzahlen mehr denn je, aber ohne dass die finanziellen Ressourcen in vergleichbarer oder ähnlicher Weise angepasst wurden. Die Hochschulen haben sich darauf sehr positiv eingestellt. Ein Dank geht an die Universitäten, die Fachhochschulen, die Forschungseinrichtungen und die Studierendenwerke. Sie arbeiten mit einem besonders großen Engagement und mit sehr guten Erfolgen trotz schwieriger Rahmenbedingungen.

Meine Damen und Herren, die zentrale Frage bleibt weiterhin: Wie können wir dazu beitragen, dass sich die Rahmenbedingungen verbessern, die Hochschulen Spiel- und Freiräume zum Handeln haben, sie ihre inhaltlichen Schwerpunktbildungen leben können, sie eine ausreichend angemessene Grundausstattung haben, die Räumlichkeiten ausreichen und das Personal in angemessenem Maße vorhanden ist, um den Studierenden die passenden Angebote machen zu können?

Wo liegen die Probleme, wo liegen die Baustellen, wo ist der Handlungsbedarf? Die Hochschulpräsidenten haben uns bestätigt, dass die Grundfinanzierung auskömmlich sein muss und sie es in besonderer Weise nicht ist. Der reguläre Lehr- und Forschungsbetrieb muss ausreichend finanziert sein. Wenn man sich einmal die Wirtschaftspläne im Einzelnen anschaut, sieht man auch, wo es einen besonderen Bedarf gibt. Das reicht von den gestiegenen Energiekosten, den Mietkosten über den Bereich des Personals hinweg. Es ist klar, dass die Studierenden-/Betreuersituation verbessert werden muss. Notwendige bauliche Erweiterungen müssen angegangen werden. Trotz der erfolgten Baumaßnahmen der letzten Jahre gibt es noch viele notwendige Maßnahmen, auf die die Hochschulen dringlich warten.

Es bedarf eines preisgünstigen Wohnraums für die Studierenden. Das ist auch klar. Je mehr Studierende es gibt, desto mehr bezahlbaren Wohnraum brauchen wir. Die Kinderbetreuung ist für Studierende ein zunehmend wichtiges Thema.

Nicht zuletzt möchte ich auch die Bibliotheken nennen, selbstverständlich die Ausstattung, aber auch die Öffnungszeiten, die sich in den letzten Jahren sehr stark ausgeweitet haben, die zum Teil rund um die Uhr offen sind.

Die CDU-Fraktion hat eine Initiative eingebracht, damit diese Rahmenbedingungen verbessert werden können. Sie lehnt sich an das an, was wir bereits an anderer Stelle gefordert haben und was für die Zukunft beziehungsweise die nächsten Jahre einfach notwendig ist. Die Hochschulen brauchen eine Verbindlichkeit. Sie brauchen Planungssicherheit für eine langfristige Strategie, damit sie wettbewerbsfähig sind. Das ist ein ganz zentraler Aspekt.

## (Beifall bei der CDU)

Wir sagen deshalb, dass es notwendig ist, damit man mit Blick auf eine nachhaltige Finanzierung eine Verbindlichkeit hat. Deswegen sollen unseres Erachtens Zielvereinbarungen zwischen dem Land und den Hochschulen geschlossen werden, die auf einen längeren Zeitraum hin – wir denken, fünf Jahre sind angemessen – ausgerichtet sind. Wir haben darüber auch mit den Hochschulpräsidenten gesprochen, die auch sagen, dass das der richtige Weg wäre.

Das Sonderprogramm "Wissen schafft Zukunft II" soll in den Haushalt integriert werden. Auch das ist eine dauerhafte Forderung von uns, weil wir sagen, dass es hier zu einer transparenten Gestaltung kommen muss.

Ein weiterer Aspekt, der in unserer Initiative steckt, ist, dass im Rahmen der dritten Programmphase des Hochschulpakts darauf geachtet werden soll, dass die Mittel an die tatsächlichen Kosten eines Studienplatzes angepasst und stärker am Profil der Hochschule orientiert werden.

Wir sind dafür, dass die Langzeitstudiengebühren wieder eingeführt werden. Zwei Dinge sind uns noch ebenso wichtig. Den Hochschulen soll eine eigenverantwortliche Personalbewirtschaftung im Bereich der tariflich Beschäftigten über den Stellenplan hinaus ermöglicht werden, und – das haben uns die Hochschulpräsidenten in

den Gesprächen auch immer wieder mit auf den Weg gegeben – die Wertgrenzen für eigenverantwortliche Baumaßnahmen sollen angehoben werden. Es ist ganz entscheidend wichtig, dass sie in die Lage versetzt sind, kleinere Baumaßnahmen zügig auf den Weg zu bringen, ohne dass es großen Zeitverlust gibt.

Wichtig ist, den Bund bei der Finanzierung ins Boot zu holen. Der Bund unterstützt seit Jahren die Länder im Hochschulpakt mit einer 50 %igen Förderung. Das ist positiv. Positiv ist auch, dass im Landeshaushalt zusätzlich 100 Stellen eingestellt sind. Sie sind als ein erster Schritt benannt. Das ist gut und auch richtig für eine Planungssicherheit der Hochschulen; denn bisher war es so, dass es gerade durch die unbefristeten Stellen nicht möglich ist, dass man wirklich nachhaltig in bestimmte Themen hineingehen kann.

Das wird zur Wettbewerbsfähigkeit beitragen. Allerdings wüssten die Hochschulen natürlich gern, ob bzw. wie sie von diesem zusätzlichen Kontingent profitieren. Ich weiß nicht, ob das in den letzten Wochen erfolgt ist. Es ist aber nachvollziehbar, dass die 100 angekündigten Stellen mental schon längst in den Hochschulen verteilt sind. Natürlich sind die Erwartungen da sehr groß.

Meine Damen und Herren, besser ausfinanziert werden müsste ganz dringend die Universitätsmedizin Mainz. Hier darf nicht gekürzt werden. Die Universitätsmedizin schreibt rote Zahlen. Sie braucht unsere Unterstützung. Deswegen haben wir eine Aufstockung des Etats beantragt.

#### (Beifall bei der CDU)

Im Übrigen gibt es seit dem vergangenen Jahr eine Initiative auf Bundesebene, die noch von der damaligen Landesministerin Wanka angestoßen wurde, die dahin geht, dass es eine bessere Ausfinanzierung aller Universitätsklinika geben muss und hier die Möglichkeiten geschaffen werden, dass tatsächlich zusätzliche Mittel der Länder dorthin kommen. Da ist es wichtig, dass auch Rheinland-Pfalz mit im Boot ist. Darüber haben wir bereits im Ausschuss gesprochen.

Ich komme zum Thema "Familienfreundliche Hochschulen". Die Studierendenwerke leisten hier eine hervorragende Arbeit trotz zurückgehender finanzieller Unterstützung durch das Land. Der Antrag von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wundert uns etwas, weil ihm nämlich die Substanz fehlt;

(Frau Schneider, CDU: Wie bei allem!)

denn die Forderung nach der Weiterentwicklung familienfreundlicher Studien- und Arbeitsbedingungen an den Hochschulen – etwa durch weitere Kinderbetreuungsplätze – ist richtig und auch wichtig. Nur hat sich das Land da zunehmend aus der Verantwortung gezogen, wenn sie einmal die Haushalte der Studierendenwerke der letzten Jahre vergleichen.

#### (Beifall bei der CDU)

Hierzu möchte ich ein Beispiel anführen. Wenn man einmal zum Beispiel das Studierendenwerk Kaiserslau-

tern sieht, so hat dies eine Kindertagesstätte aus dem Konjunkturpaket II – das ist der Bund – mit über 1 Million Euro gebaut. Man schaut also, dass man die notwendigen Finanzierungen auch aus anderen Programmen bekommt.

Ein weiteres Beispiel für eine Verschlechterung der Bedingungen für die Studierendenwerke ist etwa, dass die Essenszuschüsse immer weiter heruntergefahren werden müssen. Das ist nicht wirklich sozial.

Auch in der Frage der Wohnheime geht der Weg weg von den Finanzierungen, den direkten Zuschüssen, über den Weg der Zinszuschüsse über die ISB. Es nutzt nichts, wenn die nicht deutlich niedriger sind als die Zinsen, die auf dem Markt gezahlt werden. Das bringt letzten Endes die Studierendenwerke nicht weiter.

Ich möchte jetzt noch einiges zum Thema "Weiterbildung" nach dem Haushalt sagen, den wir vor uns liegen haben. Wir begrüßen, dass die Initiativen zur Alphabetisierung weiter ausgebaut werden. Hier besteht ein großer Bedarf. Sehr deutlich hat auch die Level-One-Studie gezeigt, dass unter anderem eine verstärkte Zuwanderung aus ehemals deutschsprachigen Gebieten verstärkt den Handlungsbedarf in diesem Bereich erklärt. Die Abschlussveranstaltung zum AlphaNetz in diesem Jahr hat deutlich gemacht, dass ein guter Anfang der Alphabetisierungsmaßnahmen gemacht ist.

Grundsätzlich brauchen die vielfältigen Träger der Weiterbildung in Rheinland-Pfalz, die eine verlässliche und gute Weiterbildungsarbeit leisten, weiter eine verlässliche Grundfinanzierung durch das Land; denn Drittmittelprojekte können immer nur ein Zubrot sein, dürfen aber niemals Voraussetzung für eine flächendeckend verlässliche Weiterbildung sein.

# (Beifall der CDU)

Die Bildungsfreistellung ist ein wichtiger Baustein der Weiterbildung. Wie bereits im Ausschuss mehrfach gefordert, erwarten wir hier von der Landesregierung eine nachhaltige Strategie, damit diese Form der Weiterbildung besser in den Betrieben verankert wird. Dass nur etwa 2 % der Berechtigten davon Gebrauch machen, zeigt deutlich, dass hier ein Handlungsbedarf besteht.

Das sehen wir besonders im Bereich der kleinen und mittelständischen Unternehmen mit weniger als 50 Beschäftigten; denn sie machen nur 20 % der Teilnehmer aus, obwohl gerade diesen Betrieben eine Ausgleichserstattung durch das Land zusteht. Hier ist offensichtlich von der Landesregierung aus kein besonderes Engagement zu erwarten. Das zeigt der unveränderte Haushaltsansatz von überschaubaren 150.000 Euro.

Meine Damen und Herren, ja, der heute schon spürbare Fachkräftemangel müsste Ansporn genug sein, hier für die berufliche Weiterbildung zu werben.

Herzlichen Dank.

(Beifall der CDU)

#### Vizepräsidentin Frau Klamm:

Für die SPD-Fraktion hat Frau Kollegin Dr. Machalet das Wort.

#### Abg. Frau Dr. Machalet, SPD:

Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Schäfer, ich meine, wir können uns für den Bereich der Hochschulpolitik darauf einigen, ja, es gibt noch einiges zu tun. Das sehen wir auch so, aber wir legen mit diesem Doppelhaushalt gerade im Bereich der Wissenschaft und Weiterbildung Wert darauf, dass sich unsere Hochschulen im Land weiter gut entwickeln und mit den steigenden Studierendenzahlen, von denen auch in der Zukunft auszugehen ist, gut umgehen können. Der Haushalt macht deutlich, wir leisten unseren Teil zum Hochschulpakt.

Ich möchte aber noch an einigen anderen Punkten verdeutlichen, dass wir als Land unserer Verantwortung nachkommen.

Besonders froh bin ich darüber, dass es trotz der Sparauflagen gelungen ist, dass wir die Tarifsteigerungen wieder in den Haushalten der Hochschulen abbilden können. Das war ein Punkt, den wir im Zusammenhang mit dem zurückliegenden Haushalt sehr intensiv diskutiert haben und der auch sehr stark kritisiert worden ist. Wir wissen, was wir den Hochschulen an der Stelle in den vergangenen zwei Jahren zugemutet haben. Deshalb sind wir wirklich sehr froh, dass es mit einer enormen Kraftanstrengung gelungen ist, dieses Mal die Tarifsteigerung abzubilden.

Ein zweiter Punkt – Frau Schäfer, den haben Sie auch angesprochen –, der für uns besonders wichtig ist, weil wir schon oft über das Thema "Arbeitsbedingungen an unseren Hochschulen" diskutiert haben, ist das 100-Stellen-Programm.

## (Zuruf des Abg. Baldauf, CDU)

– Herr Baldauf, beim 100-Stellen-Programm sollten gerade Sie nach der Debatte von heute Morgen aufpassen, weil Sie das heute Morgen bei dem Thema "Dauerfinanzierung von Stellen an den Hochschulen" eingefordert haben. Wir tragen nämlich mit dem 100-Stellen-Programm dem Umstand Rechnung, dass vieles von dem, was über Drittmittel und Projektförderung läuft und geleistet wird, eigentlich Daueraufgaben sind, die auch dauerhaft abgesichert werden müssen.

Ich muss sagen, ich habe in den vergangenen Wochen auch aus anderen Bundesländern viele positive Rückmeldungen bekommen – teilweise wird schon neidisch auf uns geschaut –, dass wir das ermöglichen. Auch die Hochschulen – das hat die Anhörung der Hochschulpräsidenten gezeigt – zeigen sich darüber sehr erfreut.

Frau Schäfer, Sie haben angemerkt, es gibt da schon Erwartungen seitens der Hochschulen. Ja, das ist richtig. Ich meine, wir müssen jetzt darauf achten, dass die Stellen nicht nach dem Gießkannenprinzip verteilt werden, sondern eine klare Schwerpunktsetzung erfolgt.

Ich möchte an der Stelle zu Ihrem Antrag noch ein paar Erwähnungen machen. Wir haben all die Punkte schon mindestens fünfmal diskutiert, die Sie darin auflisten. Natürlich bemängeln Sie, dass die Hochschulen wegen der schlechten Grundfinanzierung kurzfristige Projektfinanzierungen machen müssen, um damit die schlechte Grundfinanzierung auszugleichen. Deshalb gäbe es so viele befristete Stellen an unseren Hochschulen. Sie verbreiten weiter diese Mär, obwohl Sie wissen, dass das ganz objektiv falsch ist, weil in allen anderen Bundesländern an allen anderen Hochschulen Befristungen gang und gäbe sind und wir bei den Befristungen sogar unter dem Bundesdurchschnitt liegen.

Wir nehmen gerade mit dem 100-Stellen-Programm für uns in Anspruch, dass wir für gute Arbeitsbedingungen an unseren Hochschulen sorgen. Wir nehmen das Thema ernst. Wir steigen ein und werden das kontinuierlich weiter tun.

Ein dritter Punkt, den Sie gerade kritisiert haben – warum, verstehe ich nicht so ganz, Frau Schäfer –, ist das Thema "Familienfreundliche Hochschule". Wir wollen, dass die Hochschulen zu Orten werden, an denen es selbstverständlich ist, dass Studierende Kinder bekommen, und an denen es selbstverständlich ist, dass Kleinkinder dort herumlaufen.

Wir wollen die Rahmenbedingungen gerade in diesem Bereich verbessern, weil – das kann ich ein Stück weit aus eigener Erfahrung sagen – es eigentlich die beste Zeit ist, an der Hochschule ein Kind zu bekommen, weil man danach älter und das im Beruf schwieriger ist. Daher wollen wir einfach Studierende dazu ermutigen, das Risiko einzugehen und an der Hochschule während des Studiums Kinder zu bekommen.

(Frau Schneider, CDU: Während der Vorlesung?)

 Frau Schneider, das wäre einmal etwas Neues. Das fände ich gar nicht so verkehrt.

Noch einmal zu Ihrem Antrag und dem Stichwort "Sondervermögen". Auch das haben wir schon unendlich oft immer wieder diskutiert. Sie haben es immer noch nicht kapiert, dass wir gerade mit dem Sondervermögen Planungssicherheit schaffen. Das wird auch immer wieder von den Hochschulen begrüßt. Wenn Sie an der Stelle Transparenz einfordern und sagen, wir müssen das in den Haushalt integrieren, um Transparenz herzustellen, kann ich Ihnen nur noch einmal sagen: Das Sondervermögen, die Ausgaben aus dem Sondervermögen werden regelmäßig dokumentiert und veröffentlicht. Man kann also alles nachlesen.

Ich komme zum Stichwort "Langzeitstudiengebühren". Das passt nun wieder in die komplette Philosophie der CDU im Hinblick auf eine Nichtgebührenfreiheit von Bildung. Bei Ihnen geht es immer darum, dass sich Bildung nur die leisten können, die das nötige Kleingeld dafür haben. Sie können das Thema "Langzeitstudiengebühren" einfordern, aber wenn wir uns die Veränderungen in der Hochschullandschaft anschauen – Bachelor und Master –, können wir feststellen, die Studierenden studieren heute deutlich schneller und sind deutlich schneller fertig. Ich meine nicht, dass Sie darüber wirk-

lich enorme Einnahmen erzielen können. Wenn Sie Einnahmen erzielen, erzielen Sie die vor allem von denen, die, weil sie vielleicht neben dem Studium arbeiten müssen. länger studieren als andere.

Zur Zielvereinbarung. Sie wissen – das haben wir hier auch schon diskutiert –, es gibt schon Zielvereinbarungen. Beim Hochschulpakt sind es fünf Jahre, während es bei der Forschungsinitiative zwei Jahre sind. Mich wundert es, dass gerade Sie über Fünf-Jahres-Pläne reden. Das hätte ich gerade von der CDU eigentlich nicht erwartet.

(Frau Brede-Hoffmann, SPD: Das ist Herrn Dötschs neue Linie!)

- Ja, genau, Herr Dötsch hat das vorhin auch gemacht.

Noch einmal zum Stichwort "nicht ausreichende Grundfinanzierung". Auch hierzu vermissen wir wie schon vor zwei Jahren ein Deckblatt. Sie haben alle zwei Jahre die Gelegenheit, mit einem Deckblatt zu sagen, wo Sie das Geld hernehmen und wie Sie die Grundfinanzierung verbessern wollen. Auch dieses Jahr Fehlanzeige. Das ist keine ernsthafte Politik. Das ist keine ernsthafte Politik für unsere Hochschulen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Im Übrigen hätten Sie uns in der Hochschulpolitik deutlich mehr geholfen, wenn Sie in Ihrer Partei dafür gesorgt hätten, dass wir beim Thema "Kooperationsverbot" ein Stück weiterkommen und das Kooperationsverbot aufgehoben wird.

(Zuruf der Frau Abg. Schäfer, CDU)

 Ihre Ministerpräsidenten haben das verhindert. Ich vermute, dazu kann auch unsere Ministerpräsidentin noch etwas sagen.

(Frau Schäfer, CDU: Dann hätten Sie mir zustimmen müssen!)

Lassen Sie mich zum Schluss auch noch etwas zum Thema "Weiterbildung" sagen. Frau Schäfer, dazu kann ich Ihnen sagen: Gerade was das Thema "Weiterbildung" angeht, sind wir als rot-grüne Fraktionen und ist auch die Landesregierung so etwas von verlässlich. Schauen Sie sich die Entwicklung in den vergangenen Jahren an. Vor zwei Jahren haben wir schon für den Bereich Alphabetisierung und Grundbildung Mittel dazugepackt. Wir tun das in diesem Jahr wieder, weil wir wissen, wie wichtig Grundbildung und Alphabetisierung sind

Sie haben die LEO-Studie angeführt. Die Ergebnisse der LEO-Studie waren zum Thema "Funktionaler Analphabetismus" erschreckend. Rheinland-Pfalz hat daraus schon frühzeitig Konsequenzen gezogen und die Angebote im Bereich der Grundbildung ausgebaut.

Wie nötig der weitere Ausbau ist, zeigt nicht zuletzt auch die aktuelle PIAAC-Studie – Program for the International Assessment for Adult Competencies –, die wir in dieser Woche im Ausschuss diskutiert haben. Sie macht

den Qualifizierungsbedarf insbesondere im Bereich der digitalen Kompetenzen sehr deutlich.

Frau Huth-Haage hat in dieser Woche im Ausschuss die Ergebnisse dieser Studie und die Forschungsmethoden der OECD angezweifelt. Nachdem Frau Dickes vorhin geredet hat, ist mir klar geworden, warum sie die OECD-Forschungsergebnisse angreift, nämlich weil wir im PISA-Bereich in Rheinland-Pfalz so gut sind. Das ist der Grund, warum Sie das anzweifeln und die OECD-Ergebnisse nicht wahrhaben wollen.

Wir machen mit dem Doppelhaushalt eine gute Wissenschafts- und Weiterbildungspolitik. Wir sind verlässliche Partner. Das wird auch in Zukunft so bleiben.

Herzlichen Dank.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

## Vizepräsidentin Frau Klamm:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, als Gäste auf der Zuschauertribüne begrüße ich Bürgerinnen und Bürger aus dem Wahlkreis 14 – Ahrweiler. Mit dabei sind die Arbeitskreisvorsitzenden, die für die Durchführung der Weinfeste an der Ahr verantwortlich sind. Seien Sie herzlich willkommen im Landtag!

(Beifall im Hause)

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Herr Kollege Heinisch das Wort.

# Abg. Heinisch, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Politische Prioritätensetzungen müssen sich dann bewähren, wenn es darum geht, den Haushalt zu konsolidieren, die Schuldenbremse einzuhalten, zu sparen und die Ausgaben des Landes an die Einnahmen anzupassen. Zu diesen Prioritäten gehört auch, dass der vorliegende Doppelhaushalt für Rheinland-Pfalz bei den Hochschulen, der Wissenschaft, der Forschung, der Innovation und der Weiterbildung klare Schwerpunkte setzt.

Vom Stand 2013 zum Haushaltsjahr 2014 werden die Grundmittel der Hochschulen des Landes um mehr als 37 Millionen Euro steigen, also die Mittel, die den Hochschulen in den einzelnen Kapiteln zur Verfügung gestellt werden. So viel zu der Forderung nach zusätzlichen Grundmitteln.

Es gibt zusätzliche Mittel für Personal und die steigenden Kosten des Flächenmanagements, also für die Anmietung der Räumlichkeiten. Für die neu geregelten Bezüge der Professorinnen und Professoren stellt der Haushaltsentwurf zusätzliche Mittel zur Verfügung. Auch die Zuwächse bei der Studienförderung sind mit zusätzlichen Mitteln eingestellt. Wenn es mehr Studierende gibt, gibt es einen höheren Bedarf. Der Landesanteil wird auch mit zusätzlichen Mitteln erhöht.

Neben diesen zusätzlichen Grundmitteln läuft die bewährte Finanzierung über das Hochschulsondervermögen weiter. Die Hochschulpaktmittel werden so finanziert. Das bedeutet, wo zusätzliche Studienplätze entstehen, kommt bei den Hochschulen auch zusätzliches Geld an.

Diese Mittel sind im Gesamtzusammenhang der Hochschulfinanzierung überhaupt nicht mehr wegzudenken. Sie haben sich zu einer stabilen zusätzlichen Säule der Hochschulfinanzierung entwickelt.

Deshalb ist es wichtig, dass diese Mittel verstetigt werden. Dazu bekennt sich auch grundsätzlich die Große Koalition im Bund. Allerdings wurde die historische Chance verpasst, sich jetzt auf die Aufhebung des Kooperationsverbots im Grundgesetz zu einigen. Dazu steht im Koalitionsvertrag nichts. Ich denke, insofern sollten die Koalitionsparteien noch einmal in sich gehen, inwieweit sie entsprechend nachsteuern; denn wer die Verstetigung dieser Mittel will, muss konsequenterweise auch dieses Kooperationsverbot aufheben.

# (Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Neben der Finanzierung der Hochschulpaktmittel aus dem Sondervermögen gehen wir aber zusätzlich neue Wege. Wir stellen eine neue Titelgruppe mit 100 zusätzlichen Dauerstellen in den Haushalt ein. Diese sind ein klares Bekenntnis zur Kontinuität.

Wir setzen auf Kontinuität, weil wir den Beschäftigten an den Hochschulen insgesamt mehr Verlässlichkeit bieten müssen. Die Hochschulen erhalten für diese 100 Stellen zusätzliche Haushaltsmittel, weil wir die Kontinuität und Qualität nicht gewährleisten können, wenn alle Aufwüchse im Hochschulbereich nur durch befristete Mittel und befristete Stellen abgedeckt werden.

Überdies ermöglichen wir zusätzliche Dauerstellen über die kontinuierliche Einwerbung von Drittmitteln. Das heißt, wenn die Finanzierung zusätzlicher Stellen gewährleistet werden kann, indem es immer wieder befristete Mittelzuflüsse gibt, die aber in der Summe und über längere Zeit ausreichen, dauerhafte Finanzierungen hinzubekommen, dann ermöglichen wir zusätzliche Dauerstellen. Ich denke, dieser Beitrag zu mehr Verlässlichkeit bei den Beschäftigungsbedingungen an den Hochschulen kann nicht hoch genug eingeschätzt werden.

Es ist ein gutes Ergebnis für die Hochschulen des Landes, dass dieser Paradigmenwechsel im besten Einvernehmen mit den Fraktionen, dem Wissenschaftsministerium und dem Finanzministerium erreicht werden konnte. Mehr Grundmittel, Verlässlichkeit bei der Hochschulpaktfinanzierung und bessere Stellenentfristungsmöglichkeiten zeigen: Rot-Grün setzt in diesem Haushalt auf klare Prioritäten bei der Wissenschaft und den Hochschulen, und das in einem insgesamt ausgewogenen rot-grünen Konsolidierungshaushalt für Rheinland-Pfalz.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Auch bei der Weiterbildung setzen wir auf Kontinuität, die sich in steigenden Ansätzen für die Arbeit der Weiterbildungsträger ausdrückt. Angesichts des Konsolidierungsdrucks sind auch die Steigerungen ein deutlicher Beleg dafür, dass für Rot-Grün die Bildungsangebote in der Breite und in der Fläche einen hohen Stellenwert haben.

Ein besonderer Schwerpunkt liegt dabei bei den Angeboten für Grundbildung und Alphabetisierung. Es ist nicht hoch genug einzuschätzen, dass die Weiterbildungsträger des Landes gewonnen werden konnten, in diesem Bereich durch die Bildung von Netzwerken, Angebote, regionale Kooperationen und Bündnisse klare Schwerpunkte auch für sich zu setzen. Das wird auch noch einmal dadurch befördert, dass wir den neuen Haushaltstitel für Grundbildungs- und Alphabetisierungsangebote nochmals anheben.

Abschließend möchte ich noch auf das Haushaltskapitel zu den Kirchen, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften eingehen. In den kommenden beiden Haushaltsjahren steigen die Staatsleistungen an die großen Kirchen, also an die katholischen Bistümer und Mitgliedskirchen der EKD, auf insgesamt über 35 Millionen Euro für 2015.

Diese Staatsleistungen waren und sind umstritten. Jüngst hat sich beispielsweise der rheinland-pfälzische Alt-Ministerpräsident Bernhard Vogel dazu geäußert und gesagt, dass diese Staatsleistungen auf zunehmendes Unverständnis stoßen. Für viele Menschen sei die Kirchenfinanzierung direkt aus dem allgemeinen Steueraufkommen befremdlich. Ich denke, dass Bernhard Vogel mit diesen Worten recht hat. Ich kann mich dem nur anschließen. Klar ist aber auch, dass es einen verfassungsrechtlichen Anspruch auf diese Staatsleistungen gibt. Sie sind durch entsprechende staatskirchenrechtliche Verträge und Verfassungsbestimmungen abgedeckt.

Die Koalition bekennt sich auch durch ihre Anträge zum Haushalt klar dazu, dass dieser verfassungsrechtliche Anspruch besteht. Allerdings ist auch Fakt, dass es in den Bestimmungen des Grundgesetzes einen klaren Appell gibt, dass es zu einer Ablösung dieser Staatsleistungen auf der Grundlage entsprechender bundesgesetzlicher Grundsätze kommen soll.

(Zuruf der Abg. Frau Kohnle-Gros, CDU)

Ich denke, die Verfassungsorgane des Bundes sind aufgefordert, diesem Auftrag auch 65 Jahre nach dem Inkrafttreten des Grundgesetzes nachzukommen.

Unsere Aufgabe als Landesgesetzgeber ist unabhängig von dieser grundsätzlichen Frage weiterhin, dass wir unter den bestehenden Rahmenbedingungen gute Haushalte beschließen. Hierzu möchte ich die besondere Bedeutung guter Weiterbildungsangebote, einer guten Grundausstattung der Hochschulen und guter Bedingungen für Forschung und Innovation nochmals betonen und bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

#### Vizepräsidentin Frau Klamm:

Für die CDU-Fraktion hat Frau Kollegin Hayn das Wort.

## Abg. Frau Hayn, CDU:

Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Ich möchte meinen Beitrag mit einem Dankeschön beginnen, dem sich sicherlich alle Fraktionen anschließen können, nämlich an alle Kulturschaffenden in unserem Land.

#### (Beifall im Hause)

Ob professionell tätig oder ehrenamtlich engagiert, sie bereichern mit Musik, Theater, bildender Kunst und Architektur in Verbänden oder Vereinen unser tägliches Leben, setzen Impulse für Innovation und Weltoffenheit und geben unserem schönen Rheinland-Pfalz ein unverwechselbares Gesicht.

Daher begrüßen wir, dass unter dem Motto "Infrastrukur sichern" kommunale Bibliotheken, Theater und Museen stabil gehalten werden können und im Bereich der Orchester der Tarifausgleich veranschlagt wurde. Apropos Orchester: Was die Philharmonischen Orchester in Ludwigshafen, Mainz und Koblenz betrifft, so jährt sich im nächsten Jahr die Einführung der Orchesterstrukturreform zum 10. Mal. Das sehen wir als Anlass, dann einmal die Wirkungen der Reform auf den Prüfstand zu stellen und eine ehrliche Analyse zuzulassen.

#### (Beifall bei der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die CDU-Fraktion hat immer betont, dass sie der Förderung von kultureller Bildung und Soziokultur einen hohen Stellenwert einräumt, weil sie auch im ländlichen Raum Kindern und Jugendlichen Zugang zur Kultur verschafft. Dazu gehört zum Beispiel seit einigen Jahren das Projekt "Jugendkunstschulen", das sich großer Beliebtheit erfreut und gern angenommen wird.

Nun hat Rot-Grün ein neues Projekt kreiert, nämlich "Jedem Kind seine Kunst". Der erste Durchlauf ist mit 110 Projekten gestartet, bei denen Künstler in Einrichtungen – überwiegend in Schulen und Kindertagesstätten – circa 3.100 Kindern und Jugendlichen Kunst vermitteln.

Zum Start wurden 250.000 Euro eingeplant. Bei den Haushaltsberatungen im Haushalts- und Finanzausschuss haben Sie, Frau Ministerin, eine deutliche Steigerung angekündigt. In der Fragerunde unserer Fraktion mit den Haushaltsexperten des Ministeriums war von mindestens 500.000 Euro die Rede.

Meine Damen und Herren, die CDU-Fraktion ist nicht grundsätzlich gegen Initiativen dieser Art, nur haben wir Zeiten knapper Kassen und eine immens hohe Schuldenlast in diesem Land. Auch angesichts hoher Ausfälle im Kunstunterricht an Schulen fragen wir uns, ob es sinnvoll ist, wieder neue Projekte ins Leben zu rufen,

dafür aber lang bewährten Institutionen notwendige Zuschusserhöhungen zu versagen.

(Beifall der CDU)

Sie können es sich denken: Ich spreche von den kommunalen Musikschulen, die im Landesverband der Musikschulen organisiert sind und seit Jahren auf ihre und die prekäre Finanzlage der sie tragenden Kommunen aufmerksam machen. Wenn man immer wieder die Bedeutung kultureller Bildung betont, so trifft dies ganz besonders auf die musikalische Erziehung unserer Kinder zu, deren Wert für die Persönlichkeitsentwicklung wissenschaftlich unumstritten ist. In den 42 Musikschulen werden 43.000 Schülerinnen und Schüler im Regelbereich unterrichtet, und das über das ganze Jahr hinweg. Weiteren 13.000 Kindern kommen die Kooperationen mit Ganztagsschulen und Kindertagesstätten zugute.

Gaben Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen der Koalitionsfraktionen, uns in den Haushaltsberatungen Anfang November noch zu verstehen, dass Sie zu einer Erhöhung des Zuschusses nicht bereit seien, hat unser Deckblatt mit einer Erhöhung um 300.000 Euro Sie wohl eines Besseren belehrt.

(Frau Kohnle-Gros, CDU: Hört, hört!)

Sie sahen sich veranlasst, wenigstens einen Teilbetrag von 100.000 Euro zu beantragen, halbherzig zwar, aber immerhin.

(Beifall bei der CDU)

In Ihrem Entschließungsantrag zum Thema loben Sie wortreich die Verdienste und die positiven Effekte von Musikschulen und enden wie folgt: "Der Landtag fordert die Landesregierung auf, die Träger der Musikschulen bei der finanziellen Ausstattung der Musikschulen auch zukünftig so zu unterstützen, dass die Musikschulen ihre Aufgaben weiterhin auf hohem Niveau wahrnehmen können."

Liebe Kollegen, die Mühe hätten Sie sich sparen können. Wir sind schon lange zu diesen Dingen bereit. Stimmen Sie doch einfach unserem Antrag zu. Dann sind Sie

(Beifall bei der CDU – Frau Kohnle-Gros, CDU: Genau!)

nach dem, was Sie vorher gesagt haben, auch glaubwürdig, und die Sache wird rund.

Ich möchte meine verbliebene Zeit dazu nutzen, auf ein Problem aufmerksam zu machen, auf das wir bei Gesprächen mit dem Landesmusikrat, mit Einrichtungen der Landesarbeitsgemeinschaft Soziokultur, mit dem Vorstand selbst gestoßen sind. Es geht um eine besonders langwierige Bewilligungsverzögerung von Zuschüssen durch das Ministerium und vor allem durch die ADD, die Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion. Im Oktober hat die Landesarbeitsgemeinschaft Soziokultur ihre Mitgliederversammlung in einer Einrichtung in Neustadt an der Weinstraße abgehalten. Ich habe im Bericht über

die Veranstaltung im Informationsblatt der LAG gelesen, dass es bei etlichen Einrichtungen Anfang Oktober noch keine Bewilligung gab und man natürlich auch noch kein Geld erhalten hat.

Die Beteiligten sind zwar eine Vorfinanzierung gewohnt, aber dass es länger als neun Monate dauert und sie Mittel vorstrecken müssen, hat den einen oder anderen Verein an die Grenze der Insolvenz gebracht, oder etliche Vereine haben aufgrund der Unsicherheit das Risiko gescheut und geplante Veranstaltungen abgesagt.

Ich zitiere mit Erlaubnis der Präsidentin den letzten Satz dieses Berichts: Eine unhaltbare Situation wie wir finden, die zwangsläufig zum Austrocknen und zur existenziellen Gefährdung der freien Szene führt. –

Ich denke, diese Praxis passt nicht dazu, dass Sie recht großzügig die Mittel für die Soziokultur erhöhen. Doch wenn die Mittel nicht bewilligt werden, nicht abgerufen werden können, dann nützt es den Einrichtungen, die zum großen Teil auch ehrenamtlich arbeiten, gar nichts, und es ist verlorene Liebesmüh.

Danke schön.

(Beifall der CDU)

#### Vizepräsidentin Frau Klamm:

Für die SPD-Fraktion hat Kollege Geis das Wort.

Abg. Geis, SPD:

Kultur – das ist wahrlich nicht das Feld, das die Landespolitik und die Medien bewegt, aber es gibt einzelne Themen und Situationen, die gut geeignet sind, richtig Aufsehen zu erregen. Auf einmal interessieren sich ganz viele für die Kultur. Es wird bewusst, was fehlen würde, gäbe es zum Beispiel kein Theater mehr in Trier oder keine Musikschule in Freinsheim.

Es gibt ein zweites – Frau Hayn hat es auch schon gesagt – ganz wichtiges Argument für die Bedeutung des Kulturbereichs, die vielen haupt- und ehrenamtlich Engagierten, deren kontinuierliche Erwartungen wir ernst zu nehmen haben.

Das heißt, ich plädiere dafür, die Kulturpolitik genauso wichtig zu nehmen wie die anderen politischen Bereiche, nicht mehr und nicht weniger. Dafür leistet die Szene eindrucksvolle Überzeugungsarbeit. Wer sich die Zeit nimmt, an kulturellen Angeboten teilzuhaben – vom Konzert an der Musikschule bis hin zum Schauspiel an einem unserer Theater, vom Museums- oder Ausstellungsbesuch bis hin zum Tanzprojekt in einem soziokulturellen Zentrum –, wird merken, wie gut angelegt jeder Euro ist, den wir für die Kultur ausgeben, welche nachhaltige Investition es ist.

Das zu unserer Verantwortung, aber ich sage mit gleichem Ernst: Ich erwarte auch von der kulturellen Szene Verständnis für die Situation der Staatsfinanzen. Dabei darf es keinesfalls eine interne Aufrechnung geben, kein

Naserümpfen der Profis gegenüber der Soziokultur in Initiativen und Vereinen und umgekehrt keinen Neid, wenn etablierte Einrichtungen wie Theater, Orchester und Museen qualifiziertes Personal angemessen bezahlen und dafür vergleichsweise viel Geld brauchen. Es ist einfach nur albern auszurechnen, wie viel eine Opernkarte eigentlich kosten müsste.

Wir haben in dem für die Kultur zuständigen Ministerium eine sehr sinnvolle Verbindung mit der Wissenschaft und der Bildung mit vielen Inspirationen, die sich die einzelnen Bereiche gegenseitig geben. An der Universität gut ausgebildete Musiker und bildende Künstler machen einen ideenreichen und anregenden Schulunterricht und prägen mit ihrem eigenen Können und ihren Anregungen auch unser vielfältiges kulturelles Leben.

Dass wir die Landesmusikakademie in Neuwied-Engers als zentrale Weiterbildungseinrichtung institutionell und finanziell stärken, passt zu diesem Bild. Wir haben gegen den Spartrend den Musikschulen 100.000 Euro mehr pro Jahr gegeben. Natürlich hätten wir gern den Wunsch der Musikschulen erfüllt, den Landeszuschuss auf 3 Millionen Euro jährlich zu erhöhen. Doch auch Kulturpolitiker sind realistische Menschen.

Die kulturelle Bildung bleibt insgesamt ein Schwerpunkt unserer Landeskulturpolitik. Neben den Musik- und Jugendkunstschulen ist die Förderung von Projekten unter dem Motto "Jedem Kind seine Kunst" ganz hervorragend angelaufen. Auch hier ist der Kooperationsaspekt besonders wichtig. Das gilt für das Zusammenspiel verschiedener künstlerischer Sparten, aber auch für die Zusammenarbeit von Künstlerinnen und Künstlern mit Schulen, Jugendeinrichtungen und Initiativen.

Uns ist ein Einstieg bei der Kreativszene gelungen für das, was man etwas irreführend Filmförderung nennt. Wir können und wollen keine aufwändigen Filmproduktionen fördern, aber wir wollen junge Menschen, die im Medienbereich in Mainz an der Universität, an den Fachhochschulen in Mainz und Trier ausgebildet werden, eine Starthilfe geben und sie damit auch in unserem Bundesland halten.

Dafür stellen jetzt das Wissenschaftsministerium 100.000 Euro und das Wirtschaftsministerium 50.000 Euro zur Verfügung. Das ist ein guter Einstieg. – Danke schön dafür.

In Verbindung mit einer anspruchsvollen Kinolandschaft, von Festivals ehrenamtlicher Initiativen bis hin zum großen Festival des deutschen Films in Ludwigshafen zeigt sich ein lebendiges Bild, auf das wir stolz sein können und das gute Perspektiven bietet.

(Glocke der Präsidentin)

Das in Kürze zu diesem Bereich. Mehr Zeit ist mir leider nicht geblieben.

Danke schön.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

#### Vizepräsidentin Frau Klamm:

Kollegin Ratter, Sie haben nun das Wort.

# Abg. Frau Ratter, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ja, nicht nur in Deutschland verkennen wir nach wie vor die Bedeutung und den Nutzen der Kulturarbeit. Nun im Doppelhaushalt stimmen immerhin die Akzente. Insgesamt würde ich mir aber für unsere Gesellschaft mehr Wertschätzung für Kulturschaffende und Kulturvermittelnde wünschen.

Das sage ich noch immer unter dem Eindruck einer Reise des Ausschusses für Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur nach Turku in Finnland im Jahr 2011 und dem Wissen, wie dort bis in die Fläche beispielsweise Bibliotheken ausgestattet sind und auch genutzt werden. Dort herrscht ein Bewusstsein für einen staatlichen Auftrag, der die Produktion und Rezeption von Kunst und Kultur sicherstellt, und zwar für alle Milieus einer Gesellschaft.

Ein Stück weit kommen wir diesem Modell mit unserem Kulturetat in den nächsten Jahren nach.

Ich bin vorhin auf den Begriff der Daseinsfürsorge eingegangen, in meinen Augen eine Aufgabe der staatlichen, der öffentlichen Hand. Ich denke, wir müssen uns noch deutlicher auf Kooperationen mit dem Bund einstellen. Ich bin froh, dass Gunther Heinisch auf das Kooperationsverbot und auf die Chance eingegangen ist, die die Große Koalition nicht verspielen darf. Es ist absolut wichtig, dass von Bund, Land und Kommunen mehr gemeinsam passiert. Das sollten wir in den nächsten zwei Jahren tun.

Die kreativen Potenziale der Kulturarbeit sind zunehmend bedeutsam und übergreifend wirksam, vor allem aber persönlichkeitsbildend und sinnstiftend. Damit entfalten sie weit über ihr originäres Spektrum hinaus Wirksamkeit auch in der Bildung.

Ernsthafte Kunst- und Unterhaltungskultur sind glücklicherweise nicht mehr eindeutig zu trennen und kulturelle Bildungsangebote nur selten in Schubladen einzuordnen. Warum auch? – Wichtig ist doch, dass Sparten aufgebrochen, Querverbindungen möglich werden und insgesamt der Kulturbetrieb sich in seiner Vielfalt behaupten kann. Hier sehe ich Rheinland-Pfalz gut aufgestellt

Die Soziokultur gewinnt ebenso wie Theater, Orchester und Museen, die aufgrund der Entwicklung der kommenden Jahre zusammenarbeiten müssen und zusammengehen werden. Das Kulturbüro leistet gute Arbeit, und das Freiwillige Soziale Jahr für Kultur nutzt den Teilnehmerinnen und Einrichtungen.

Dieser Eindruck bestätigte sich insgesamt bei dem Symposium, das am 28. November in der Akademie der Wissenschaften und Literatur stattgefunden hat, wo man viele Kulturschaffende und Kulturvermittler im Gespräch finden konnte. Es ging dort um Audience Development,

und man konnte sehr offensichtlich wahrnehmen, wie wichtig es ist, Netzwerke zu bilden und Kontakte zu pflegen.

Sorgen macht uns dagegen die Diskussion über das Freihandelsabkommen mit den USA – TTIP –, das zwar dank französischer Intervention zunehmend in das politische Bewusstsein rückt, aber alle kreativen Wirtschaftszweige grundsätzlich bedroht. Film und Buch – um nur zwei Sparten zu nennen – dürfen nicht nur am Kommerz ausgerichtet werden! So fragwürdig der Glaube an eine unsichtbare Hand in der Wirtschaft ist, so letal wäre es für die europäischen Kulturlandschaften. Wir müssen uns klar dazu bekennen, dass wir mit Kunst und Kultur immer wieder etwas für unseren geistigen und sozialen Reichtum leisten müssen, was anderen Gesetzmäßigkeiten gehorcht und über die Wirtschaftsinteressen Einzelner weit hinausreicht.

# (Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Einen wichtigen Beitrag im Bereich Soziokultur leisten wir in Rheinland-Pfalz mit dem Projekt "Jedem Kind seine Kunst", das bereits in der zweiten Runde die Bewerbung für über 200 Projekte im Internet einsehbar gemacht hat. Sie sind ein Plus für Künstlerinnen und Teilnehmerinnen nicht nur im schulischen Umfeld. Es sieht ganz so aus - das würde ich sehr begrüßen -, als ob wir dieses Programm auf Dauer bedienen könnten. Ähnliches gilt für die Musikschulen. Das sehe ich ein bisschen anders als Sie, liebe Brigitte Hayn; denn natürlich hätte man hier vielleicht aufeinander zugehen können. Dass die Musikschulen einen Aufwuchs erhalten, ist sicherlich begrüßenswert. Sie leisten eine gute Arbeit. Aber es ist eben etwas anderes als das Projekt "Jedem Kind seine Kunst", das erst aufgebaut wird. Das heißt, hier wird erst einmal eine Grundfinanzierung gelegt, und 100.000 Euro sind eine Menge Geld. Da würden andere Bereiche sehr froh und dankbar sein.

## (Glocke der Präsidentin)

Ich würde gerne noch auf das Bibliotheksgesetz und andere Dinge eingehen, aber ich weiß, die Zeit ist knapp.

Ich danke, dass Sie mir zugehört haben.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

## Vizepräsidentin Frau Klamm:

Für die Landesregierung hat nun Frau Staatsministerin Ahnen das Wort.

# Frau Ahnen, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren Abgeordnete! Zunächst bedanke ich mich für die bisherige Debatte und will all das, was an Richtigem gesagt worden ist, nicht mehr wiederholen, aber doch an der einen oder

anderen Stelle zu manchem, was ich so nicht teile, eine Anmerkung machen.

Wir haben es mit dem Einzelplan 09 zu tun. Dieser Einzelplan vereint 5,127 Milliarden Euro, und die werden in diesem Doppelhaushalt auf 5,239 Milliarden Euro wachsen. Ich glaube, damit ist schon deutlich, dass wir uns hier in einem echten Schwerpunkt nicht nur des Landeshaushalts, sondern auch der Landespolitik bewegen.

## (Beifall der SPD und bei dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Diese Zahlen sind Ausdruck für diesen Stellenwert, aber dieses Zahlenwerk steht natürlich auch für das, was wir inhaltlich erreichen wollen.

Liebe Frau Dickes, diese Zahlen stehen auch für gebührenfreie Bildung. Ich sage Ihnen, wir halten das sogar für ein Markenzeichen unserer Politik.

# (Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber sie stehen noch für viel mehr. Sie stehen für gute und bessere Arbeitsbedingungen für unser Personal, was nicht einfach ist, aber durch den Vertretungspool und die 100 Stellen im Hochschulbereich konkret wird. Sie stehen vor allen Dingen für Unterrichtsqualität, die wir nicht nur halten, sondern noch weiter verbessern wollen. Sie stehen auch dafür, dass ein erheblicher Anteil der demografischen Rendite für pädagogische Verbesserungen genutzt wird. Allein 1.000 Stellen für kleinere Klassen in Rheinland-Pfalz. Das ist aus meiner Sicht Schwerpunktsetzung.

# (Beifall der SPD und bei dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Sie stehen für den Ausbau der Inklusion mit gut ausgebildeten Förderlehrerinnen und Förderlehrern.

Frau Dickes, woher Ihre Erkenntnisse kommen, dass es in Zukunft keine Lehrerinnen und Lehrer mehr mit sonderpädagogischem Schwerpunkt geben soll, ist uns leider nicht erschlossen worden. Entweder Sie haben hierfür einen Beleg, oder Sie sollten die Behauptung einstellen. Wir wollen Inklusion mit gutem Fachpersonal unter guten Rahmenbedingungen.

## (Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir wollen an den Hochschulen mit der erfreulich gewachsenen Zahl von Studierenden gut umgehen, ihnen gute Studienbedingungen liefern, und dafür sichern wir nicht nur die Grundfinanzierung über den Tarifausgleich, sondern wir stellen auch deutlich mehr Mittel für den Hochschulpakt zur Verfügung, und wir führen 100 neue Dauerstellen ein.

Wir wollen die Kulturlandschaft mit Orchestern, Theatern und Museen absichern. Wir wollen die Freie Szene weiter stärken, und wir wollen einen eindeutigen Schwerpunkt in der kulturellen Jugendbildung setzen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, und das alles in einem Haushalt, mit dem es natürlich gilt, auch im Einzelplan 09 zu konsolidieren, aber beim Konsolidieren die Gestaltungsspielräume nicht zu vernachlässigen, nein, im Gegenteil, neue Schwerpunkte setzen zu können.

Lassen Sie mich zunächst ein paar Anmerkungen zum Bereich Schule machen.

Liebe Frau Dickes, als Sie eben gesprochen haben – ich sage an dieser Stelle, wie es mir da war –, ich habe mich nicht nur 20 Jahre in der bildungspolitischen Diskussion zurückversetzt gefühlt, sondern gefühlt mindestens 30 bis 40 Jahre. Ich sage Ihnen, bei dem, was Sie uns vorgetragen haben, ist selbst die CDU an vielen Stellen meilenweit weiter. Sie werfen es mir glatt vor. Man muss es sich vorstellen. Wie man in diesen Zeiten zu dem Vorwurf kommen kann, hier würde mit Bildungspolitik auch Sozialpolitik gemacht, das war von Frau Dickes nicht als Kompliment gedacht, sondern als Vorwurf. Ich habe mich gelobt gefühlt.

Wissen Sie, wer unter anderem gesagt hat, dass Bildung die soziale Frage des 21. Jahrhundert ist? – Das war Ihre letzte Bundesministerin vor Frau Wanka.

Frau Dickes, an Ihnen ist die gesamte bildungspolitische Debatte der letzten Jahre vorbeigegangen.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Das muss man wirklich so sagen.

Wir wollen gute Bildung. Wir wollen gute Leistung. Aber ja, es ist meine innere Motivation, und es ist das, was mir jeden Tag Freude an diesem Job macht, dass es dabei sozial gerecht zuzugehen hat und gute Bildung heißt, dass die Begabten, die Talentierten und die Unterstützten gute Chancen haben, aber gerade auch die gute Chancen brauchen, die von uns besonders gefördert werden müssen. Das ist soziale Gerechtigkeit, wie wir sie verstehen. Deswegen ist es unser Schwerpunkt, und deswegen ist es für uns ein Lob. Ja, wir wollen gute Bildung, aber wir wollen hierbei auch soziale Gerechtigkeit.

## (Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Wir kümmern uns um die Unterrichtsversorgung. Wir tun es aber so, dass damit gute Perspektiven für junge Lehrerinnen und Lehrer verbunden sind, so wie es die Ministerpräsidentin gestern ausgeführt hat. Wir bleiben ehrgeizig, was die Unterrichtsversorgung angeht. Wir haben uns ambitionierte Ziele für diese Legislaturperiode gesetzt, nämlich auf den Spitzenwert von 2010/2011 zurückzukommen, und wir haben trotz erheblichem Konsolidierungsdruck wertvolle pädagogische Maßnahmen wie kleinere Klassen und Inklusion und vieles andere mehr in diesem Haushalt verankert.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben allein in diesem Jahr zum Sommer rund 1.000 Einstellungen von jungen Lehrerinnen und Lehrern vorgenommen. Wir haben in Rheinland-Pfalz inzwischen die jüngsten Lehrerinnen und Lehrer bundesweit.

Die Studie, die jetzt gerade zu den Bildungsstandards veröffentlicht worden ist, belegt dies in einem unabhängigen Verfahren – hören Sie gut zu – sogar für die Mangelfächer Mathematik und Naturwissenschaften. Das kann nur heißen, dass unsere kontinuierliche Einstellungspolitik in den letzten Jahren jetzt Früchte trägt und wir das besser hinbekommen als andere Bundesländer.

## (Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Damit bin ich bei einem Punkt, den ich hier auch gern ansprechen möchte: Liebe Frau Dickes, vieles von dem, was Sie heute gesagt haben, haben Sie wiederholt. Manches war in dieser Schärfe, wie das Thema der Sozialpolitik, neu für mich, und dann ist es immer spannend, was Sie nicht mehr erwähnen.

Dabei ist mir aufgefallen, dass Sie tatsächlich dazugelernt haben, nämlich an der Stelle, welche Vergleiche man bundesweit anstellen sollte; denn unsere Bildungspolitik in Rheinland-Pfalz ist nicht nur haushaltsmäßig gut abgesichert, sie führt auch noch zu guten Ergebnissen, wie die letzte Überprüfung der Bildungsstandards gezeigt hat; denn wie ist es anders zu erklären, dass Rheinland-Pfalz als einziges westliches Flächenland neben Bayern bei dieser Überprüfung signifikant über dem Bundesdurchschnitt abschneidet? – Weil wir eine gute Politik in diesem Land machen, die bei den Schülerinnen und Schülern ankommt, die sozial gerecht ist und zu guten Leistungen führt.

# (Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Was Ihr Lieblingsbeispiel der Vergangenheit angeht, das Land Hessen, so haben Sie dazugelernt. Das haben Sie aufgegeben. Das ist auch gut so, weil es Hessen in keinem einzigen überprüften Bereich auch nur in den Bundesdurchschnitt geschafft hat.

(Zuruf der Abg. Frau Dickes, CDU)

Sie sind überall bei der Überprüfung darunter geblieben.

So viel zu den Politikkonzepten, die sich hier gegenüberstehen. Das aus Rheinland-Pfalz ist offensichtlich eines, das erfolgreich ist und das man empfehlen kann. Sie mussten Ihre bisherigen Vergleichsbeispiele nun leider – aus Ihrer Sicht – aufgeben. Ich bin froh, dass sich unsere Politik durchgesetzt hat.

## (Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, lassen Sie mich noch einige Anmerkungen zu dem Bereich der Hochschulpolitik machen. Wir sind froh, wie sich unsere Hochschulen in diesem Land in den letzten Jahren entwickelt haben. Das heißt nicht – Frau Schäfer, Sie haben heute ein sehr differenziertes Bild gezeichnet –, dass es nicht noch Probleme oder Fragen gäbe, um die man sich kümmern muss.

Wir haben im Studienjahr 2013 über 23.000 ersteingeschriebene Studierende in Rheinland-Pfalz. Das sind gegenüber dem Jahr 2005 – Sie wissen, das Jahr ist die bundesweite Messlatte für den Hochschulpakt – 5.480 zusätzliche Studienanfängerinnen und -anfänger. In der Summe ist die Studierendenzahl von 2005 bis heute von 100.000 auf 118.600 gestiegen.

Das hat unsere Hochschulen vor sehr große Herausforderungen gestellt. Es ist zuvorderst ein Verdienst der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Hochschulen, dass wir das so gut gestalten konnten.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN – Frau Schäfer, CDU: Genau!)

Aber man darf eben auch darauf hinweisen, dass seither rund 1.000 Vollzeitstellen an unseren Hochschulen zusätzlich geschaffen worden sind und die Studierendenrelation trotz dieser massiven Expansion gleich geblieben ist. Das hat auch etwas damit zu tun, wie wir den Hochschulpakt umgesetzt und Landeshaushalte in dieser Zeit gestaltet haben.

Ich sage aus fester und innerer Überzeugung, dieser Haushalt ist für die Hochschulen ein guter Haushalt. Die Tarif- und Besoldungssteigerungen sind abgebildet ebenso die Mittel für die W-Besoldung, nicht nur für die Anhebung des Grundgehalts, die zum 1. Juli 2012 wirksam geworden ist, sondern auch für die Besoldungsreform jetzt bei der W-Besoldung: allein 2,5 Millionen Euro in 2014 und 3 Millionen Euro in 2015.

(Zuruf der Abg. Frau Schäfer, CDU)

Darüber hinaus sind die Zielvereinbarungen im Hochschulpakt ausfinanziert. Wir haben 100 unbefristete Stellen für die Hochschulen als Kofinanzierung im Hochschulpakt zur Verfügung gestellt. Frau Machalet hat zu Recht darauf hingewiesen, dafür werden wir bundesweit beneidet, dass wir dieses Maß an Kontinuität auch in Kofinanzierung für den Hochschulpakt realisieren können.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, dann habe ich mir Ihre Vorschläge angehört. Liebe Frau Schäfer, es wäre gut, wenn wir angemessen miteinander diskutierten. Man kann auch einmal falsch liegen mit Dingen, aber was ich schwierig finde ist, wenn man fünfmal hintereinander das Falsche erzählt, obwohl man fünfmal darauf hingewiesen worden ist, dass das so nicht stimmt.

(Frau Schäfer, CDU: Sie wiederholen sich auch!)

In der Frage der Zinsen des Sondervermögens hat sich im Jahr 2010 das erste Mal Herr Dr. Kühl bemüht. Ich glaube, im Jahr 2012 hat Herr Dr. Barbaro sein Glück versucht, und im Jahr 2013 habe ich es auch zweimal hier erklärt und immer hilfesuchend zu Herrn Schreiner geschaut, ob er uns erklären kann, welche Zinsen er meint Er hört leider gerade nicht zu. Ich darf Ihnen aber versichern, die letzten viermal konnte er es mir auch nicht erklären.

(Zuruf der Abg. Frau Schäfer, CDU)

Deswegen ist es einfach blöd, es jetzt zum fünften Mal in einen Antrag zu schreiben, weil es den Hochschulen nicht hilft und schlichtweg falsch ist.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Insofern wäre es einfach gut, wenn man nicht immer wieder Aussagen wiederholen würde, bei denen man gemerkt hat, man kann es so überhaupt nicht machen.

Ich bin sehr glücklich und will mich bei den Regierungsfraktionen für den Antrag bedanken, den es jetzt noch einmal mit der Entfristung von drittmittelfinanzierten Stellen gegeben hat. Ich bin der Ministerpräsidentin sehr dankbar.

Lieber Herr Baldauf, ich finde es ein hervorragendes Zeichen, wenn eine Ministerpräsidentin ein Transferforum zu Wissenschaft und Wirtschaft veranstaltet – das ist gerade einmal sechs Wochen her –, dann der Präsident einer großen Hochschule ein konkretes Problem anspricht, die Ministerpräsidentin mit den Fraktionen redet, ob man noch zu einer Lösung kommen kann, und siehe da, sechs Wochen später gibt es einen entsprechenden Antrag der Regierungsfraktionen.

(Zuruf des Abg. Baldauf, CDU)

Jetzt wird das Problem im Doppelhaushalt gelöst. Das ist doch ein schnelles Aufnehmen dessen, was die Menschen aus dem Wissenschaftsbereich brauchen. Liebe Frau Ministerpräsidentin, dafür an dieser Stelle einen ganz herzlichen Dank!

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Lassen Sie mich in dem Kontext insgesamt noch etwas zur Kontinuität im Hochschulbereich sagen. Frau Schäfer, Sie beschreiben ein Problem richtig, wenn Sie sagen, wir haben ein Problem, weil wir zu viele befristete Programme haben. Sie wissen auch, dass die allermeisten dieser befristeten Programme Bund-Länder-Programme sind.

Jetzt will ich den Hochschulpakt überhaupt nicht kleinreden, ganz im Gegenteil, natürlich hilft es dem Land sehr, dass sich der Bund entsprechend engagiert, aber ich sage auch dazu, wir werden uns Anfang nächsten Jahres in der Phase befinden, dass wir über die Phase III des Hochschulpakts reden müssen.

Als Land werden wir uns sehr dafür einsetzen, dass es zu einer hochschulfreundlichen Gestaltung kommt. Ich sage aber auch, weil Sie das Kooperationsverbot angesprochen haben, ich hätte mir vorstellen können, dass wir, was das Thema "Grundfinanzierung" angeht, noch einen guten Schritt weiterkommen, was die Hochschulen in der Frage der Kontinuität betrifft.

Dazu darf ich Frau Klöckner zitieren. Das ist eines der Zitate, die mich in den letzten Wochen am meisten bewegt haben.

Sie wurde angesprochen, die SPD werde mehr Geld für Bildung, für Hochschulen und Schulen, fordern. Frau

Klöckner antwortet in einem Interview der "Allgemeinen Zeitung" – ich gehe davon aus, dass es sicher autorisiert ist –:

"Mehr 'Bundesbimbes' ohne 'Bundbasta'. Das funktioniert nicht."

Frau Klöckner hat uns erklärt, wie es ist, wenn man über die Grundfinanzierung und Kooperation im Bildungsbereich redet, und sie sagte:

"Mehr 'Bundesbimbes' ohne 'Bundbasta'. Das funktioniert nicht."

Nun ist Frau Klöckner leider nicht da, aber vielleicht können Sie es noch einmal mit ihr diskutieren.

Ich sage Ihnen, genau das muss funktionieren, weil es im Koalitionsvertrag nun auch so vorgesehen ist, dass sich der Bund an der Grundfinanzierung beteiligt, und das doch wohl ohne "basta", sondern endlich in dem Sinne, dass den Hochschulen damit auch geholfen wird.

## (Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, lassen Sie mich auch noch einige Sätze zum Thema "Kultur" sagen. Ich finde in der Tat, dass neben der Schule, der Hochschule und auch der Weiterbildung – dabei möchte ich mich ausdrücklich bei den Fraktionen für ihre fraktions- übergreifende Unterstützung der Alphabetisierungsinitiative bedanken – die Kultur dieses Politikfeld abrundet. Wir haben im Bereich der Kultur in diesem Haushalt nicht nur die traditionellen Institutionen gut abgesichert, indem wir den Orchestern die Tarifsteigerungen ermöglichen, indem wir die Theaterzuschüsse konstant halten und indem wir im Bereich der Soziokultur und Freien Szene zusätzliche Schwerpunkte setzen und indem wir vor allen Dingen auch die kulturelle Bildung ausbauen.

Ich freue mich auch, dass die Investitionen für die Musikschulen erhöht werden können. Der Landesverband hat kürzlich sein 50-jähriges Jubiläum gefeiert. Viele von uns waren dort und haben gesehen, wie lebendig dieser Verein ist und wie sehr er sich für die Jugendkultur in diesem Lande einsetzt. Aber es gehört natürlich auch ein Projekt dazu, wie es Herr Geis und Frau Ratter angesprochen haben, nämlich "Jedem Kind seine Kunst", und dafür wird Neues aufgebaut.

Neben der kulturellen Jugendbildung ist das im Übrigen auch Künstlerförderung im besten Sinne. Die neue Antragsrunde ist gerade erst abgelaufen. Bei der ersten waren es noch 65 Künstlerinnen und Künstler, die sich beworben haben, und nun sind es 118 Künstlerinnen und Künstler. Dieses Projekt hat durchaus beide Komponenten: kulturelle Jugendbildung, aber eben auch Künstlerförderung, und deswegen halte ich es für so ein gutes Projekt.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Hinzu kommen natürlich auch die Jugendkunstschulen, die unverändert fortgeführt werden und neben der musikalischen Bildung mit bescheideneren Mitteln auch die bildende Kunst näher zu den Kindern und Jugendlichen bringen.

Frau Hayn, was nicht stimmt, ist, dass sozusagen all diese Investitionen gegen die Freie Szene laufen. Ganz im Gegenteil, aus demselben Titel, aus dem auch das Projekt "Jedem Kind seine Kunst" gefördert wird, werden gerade eben auch soziokulturelle Einrichtungen, aber auch Einrichtungen der Freien Szene gefördert, die sich in besonderer Art und Weise der Jugendkultur verschrieben haben. Dazu gehören zum Beispiel die Mainzer Kammerspiele, dazu gehört das Kinder- und Jugendtheater in Speyer, dazu gehört das Chawwerusch Theater, und dazu gehört die Landesarbeitsgemeinschaft Soziokultur, dazu gehört Rock und Pop oder auch die freien professionellen Theater. Ich finde, dieses Programm ist sehr klug konzipiert, und es ist sehr klug etatisiert, weil es gleichzeitig auch die anderen Einrichtungen in den Blick nimmt, die mit bisher relativ geringen Mitteln einen wesentlichen Beitrag zur jugendkulturellen Bildung leisten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Frau Dickes hat soeben ein Bild von diesem Land gezeichnet, lassen Sie mich nun auch meines zeichnen. Wir wollen und wir sind ein attraktives Land für junge Familien, und wir wollen für diese jungen Familien mit ihren Kindern die besten Bildungschancen. Wir sind ein Land, in dem wir uns über jeden jungen Menschen freuen, der zur Ausbildung und zum Studium nach Rheinland-Pfalz kommt, und wir wollen beste Voraussetzungen schaffen, dass er in diesem Land auch bleibt.

Wir sind ein Land mit reicher Kultur, und wir wollen daran möglichst viele Menschen teilhaben lassen. Wir wollen junge Menschen für die Kultur in diesem Land und natürlich auch für dieses Land begeistern. Ich denke, mit diesem Haushalt leisten wir einen Beitrag dazu.

Herzlichen Dank.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

## Vizepräsidentin Frau Klamm:

Ich darf weitere Gäste im Landtag begrüßen, und zwar politisch interessierte Bürgerinnen und Bürger aus dem Wahlkreis 1, Betzdorf/Kirchen (Sieg), Mitglieder der Mainzer Tafel e.V. und Herrn Uwe Münchow, Gewinner beim Quiz anlässlich der Wanderausstellung "Der Landtag Rheinland-Pfalz" bei der Station in Kaisersesch. Seien Sie alle herzlich willkommen!

(Beifall im Hause)

Ich rufe nun auf:

Beratung des Einzelplans 14 – Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft, Ernährung, Weinbau und Forsten

Es wurde eine Grundredezeit von 20 Minuten pro Fraktion vereinbart.

Herr Kollege Schmitt von der CDU-Fraktion hat das Wort.

## Abg. Schmitt, CDU:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Bäuerinnen und Bauern, die Winzerinnen und Winzer sowie die Forstleute in unserem Land leisten wichtige Beiträge für das Fortkommen unseres Landes in vielen Bereichen:

### (Beifall der CDU)

bei der Produktion der nachwachsenden Rohstoffe, bei der Erzeugung von Lebensmitteln, bei der Weiterentwicklung von Umweltschutz und Tierschutz und beim Erhalt und der Pflege der Kulturlandschaften.

Im Einzelplan 14 des neuen Haushalts ist aber davon relativ wenig zu spüren. Er ist vor allen Dingen durch eines geprägt: durch Polarität. Umwelt und Wasserwirtschaft sind die Königskinder, die Menschen in der Landwirtschaft, in Weinbau und Forsten sind die Aschenputtel dieser Regierung.

### (Beifall der CDU)

Der Haushaltsentwurf zeigt, dass die Zusammenlegung des Umweltressorts mit der Landwirtschaft und dem Weinbau zu einer einseitigen Vernachlässigung der rheinland-pfälzischen Landwirtschaft führt. Längst wird überbordend im Bereich der Umwelt das Geld mit vollen Händen ausgegeben, Landwirtschaft und Weinbau sind die Stiefkinder dieser Regierung.

Wir erleben, wie die Ministerin sich für einen Teil ihrer Zuständigkeit stark macht, den anderen aber auf ein Minimum schrumpfen lässt. Vergleicht man nur die Kapitel der allgemeinen Bewilligungen, liegt der Umweltbereich bei den Ausgaben über 125 Millionen Euro und damit um 35 Millionen Euro höher als in der Landwirtschaft.

Schaut man auf die Defizite der Kapitel, liegen diese schon 50 Millionen Euro zuungunsten der Landwirtschaft auseinander, und 2015 wird diese Schere noch größer. Für die Umwelt ist also Geld da in diesem Haushalt, für die Menschen in der Landwirtschaft nicht.

## (Beifall der CDU – Zuruf des Abg. Wiechmann, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, schaut man auf die Fördersätze, so werden im Umweltbereich 90 %ige Zuschüsse gewährt; in der Landwirtschaft ist man froh, überhaupt noch ein Flurbereinigungsverfahren durchzubekommen. Damit verlagert man die Sparanstrengungen nur auf die Landwirtschaft, und sonst gibt man munter weiter Geld aus. Man lässt die Menschen in einem für Rheinland-Pfalz wichtigen Wirtschaftszweig auf sich gestellt. Wir haben noch 20.000 landwirtschaftliche Betriebe in Rheinland-Pfalz, die über 700.000 Hektar bewirtschaften und über 100.000 Menschen Lohn und Brot geben. Grundvoraussetzung dafür, dass das so funktio-

niert, sind wirtschaftlich gesunde und wettbewerbsfähige Betriebe, und um diese zu fördern, haben wir eigentlich ein Landwirtschaftsministerium.

## (Beifall der CDU)

Ziel dieser Regierung scheint es aber vor allen Dingen zu sein, die Landwirtschaft bis auf den letzten Ar zu bürokratisieren und zu kontrollieren. Allein die Kostenerstattung für die Inanspruchnahme des Statistischen Landesamtes zur Erfassung und Nachweisung der bewilligten öffentlichen Finanzierungshilfen für die Bereiche Landwirtschaft und Weinbau steigt zum Ist 2013 um 1,2 Millionen Euro, nur weil die Ministerin den Winzern und Bauern in diesem Land tiefstes Misstrauen entgegenbringt.

Mehr Bürokratie, mehr Kosten. Es kommt noch so weit, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass der Bauer nur noch mit dem Gesetzbuch unter dem Arm auf den Acker gehen kann.

#### (Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Bei der Eigenwerbung für die Regierungspolitik wird nicht gekürzt. Gegenüber der bescheidenen Qualität der Regierungspolitik sind die Ausgaben zur Selbstdarstellung unverhältnismäßig hoch.

(Frau Thelen, CDU: Schön formuliert!)

Für Prestige ist immer Geld da. Das sieht man schon beim Nationalpark.

(Frau Schmitt, SPD: Sie haben es immer noch nicht verstanden!)

Frau Ministerin, ideologische Großprojekte stattet man üppig aus, statt die gute Arbeit der Naturparke vernünftig zu finanzieren.

### (Beifall bei der CDU)

Zum Glück haben auch die Regierungsfraktionen eingesehen, dass ihre Ministerin hier die falschen Prioritäten setzt. Wir haben dann einen gemeinsamen Antrag gemacht, und die Kürzungen bei den Naturparken sind zurückgenommen worden.

Stärken wir gemeinsam die Naturparke. Hier wird die Biodiversitätsstrategie des Bundes gefördert. Hier wird aktiver Naturschutz im Rahmen nachhaltiger Bewirtschaftung betrieben.

Wir brauchen keine Stilllegung von Wäldern. Wir brauchen, wenn die Haushaltslage so ist, wie sie sich darstellt, auch nicht Gelder für einen Nationalpark. Eines darf dabei nicht unwidersprochen bleiben. Die Ministerpräsidentin und Herr Köbler haben gestern gesagt, dass bei den Beratungen vor Ort in der Nationalparkregion auch die CDU-Kommunalpolitiker zustimmen. Das ist sicherlich so.

(Heiterkeit und Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber die Gründe dafür haben Sie nicht genannt. Es geht bei der Zustimmung nicht um Stilllegung von Wäldern und um Biodiversität oder Umweltschutz. Es geht ganz einfach um eine andere Sache. Diese Regierung sagt, wenn ihr schön brav seid und dem Nationalpark zustimmt, dann bekommt ihr Geld für die Entwicklung eurer Region.

(Dr. Weiland, CDU: So ist das!)

Wenn ihr nicht brav seid, bekommt ihr kein Geld. So einfach ist das.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Welcher verantwortliche Kommunalpolitiker sagt bei den klammen Kassen vor Ort, Herr Hering, wir wollen das Geld nicht?

(Hering, SPD: So etwas macht die CDU nicht?)

Wir alle wissen, wie wichtig die Weiterentwicklung der Infrastruktur in unseren Dörfern ist, wenn wir dem demografischen Wandel standhalten wollen.

(Hering, SPD: Die Basis ist schlauer als Sie von der CDU!)

Herr Hering, das würde heißen, sie stimmen überein, dass sie nicht für den Nationalpark sind, sondern dass sie Gelder für ihre Gemeinden bekommen und dann allem anderen der Regierung zustimmen.

(Hering, SPD: Nein, sie wissen, dass ein Nationalpark sinnvoll ist! – Dr. Weiland, CDU: Herr Hering, das war ein Eigentor!)

Uns allen ist klar, dass die öffentlichen Haushalte sparen müssen. Uns allen ist auch klar, wie schwer diese Einsparungen sind. Dann sollte man wirklich zuerst bei diesen neuen Prestigeprojekten sparen.

Naturschutz können unsere Naturparke schon seit vielen Jahren sehr gut. Lassen wir ihnen doch die notwendigen Mittel zukommen, bevor Sie sie als Landesregierung aus ideologischen Gründen wieder in einem zweifelhaften Großprojekt versenken.

Auch die Umstrukturierungen beim Forst zur Schaffung des Nationalparkamtes laufen in die völlig falsche Richtung. Wir brauchen die qualifizierten Mitarbeiter im Landesforst, insbesondere, um eine sinnvolle, naturnahe, nachhaltige Bewirtschaftung zu gewährleisten.

In den letzten Jahren sind immer mehr Mittel in den Bereich Umweltvorsorge und Umweltbildung umgeschichtet worden. Immer mehr Personal wird aus den Bereichen der nachhaltigen Bewirtschaftung herausgenommen. Das ist noch schlimmer vor dem Hintergrund des in den letzten Jahren rapiden Personalabbaus. Dieser hat den geregelten Ablauf bei Landesforsten bereits massiv gefährdet.

(Frau Schneider, CDU: So ist es!)

Daher befürwortet die CDU-Fraktion auch die jetzt beschlossene Einstellung von jeweils 35 neuen Bediensteten in den nächsten Jahren.

(Frau Schneider, CDU: Das haben die erst auf unser Bestreben hin gemacht!)

- Das stimmt, Frau Kollegin.

Auch im Hinblick auf die Aufgaben der Gemeinschaftsforstämter ist es wichtig, den Bereich der Bewirtschaftung nicht zu vernachlässigen. Wir brauchen unsere gut ausgebildeten Förster, um gemeinsam mit den Kommunen nachhaltige Rohstoffe in Spitzenqualität zu produzieren.

(Beifall bei der CDU)

Dabei ist auch der Umgang mit der Aufforstung, wie ihn die Ministerin derzeit propagiert, völlig fehlgeleitet.

(Frau Schneider, CDU: Ja!)

Rheinland-Pfalz ist ein waldreiches Land. Das ist Natur, das ist aber auch Wirtschaftskraft und Rohstoffproduktion.

(Frau Schneider, CDU: Ja!)

Dass die Landesregierung ihre Einsparpotenziale nicht nur nicht ausschöpft, sondern einige sogar unangetastet lässt, zeigt sich vor allem bei den Maßnahmen zur Abwasser- und Wasserwirtschaft.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Keiner wird bezweifeln, dass wir in den letzten Jahren eine wesentliche Verbesserung unserer Wasserqualität erreicht haben. Vieles wurde in dem Bereich getan, und die Effekte zeigen sich deutlich.

Daher muss auch dieser Bereich unter den Vorbehalt der Haushaltskonsolidierung gestellt werden. Die üppig ausgewiesenen Mittel wurden aber nur beschränkt umgesetzt, und so werden Kürzungen in diesem Bereich sicherlich nicht zu einer Verschlechterung der Wasserqualitäten führen.

Die relevanten Haushaltstitel haben noch enorme Reste, die vorgetragen werden, über 60 Millionen Euro allein im Deckungskreis für Wasserwirtschaftsmaßnahmen im Kapitel 14 02, über 20 Millionen Euro im Kapitel 14 12 und dank der unnötigen Wassersteuer noch zusätzliche 26 Millionen Euro im Kapitel 14 13.

(Fuhr, SPD: Die habt ihr doch verbrannt!)

Das zeigt nicht nur, wie unnötig die Wassersteuer war, sondern wie das Land riesige Einsparpotenziale außer Acht lässt.

(Vereinzelt Beifall der CDU!)

Hier sollten die aufgelaufen Reste und die zweckgebunden Einnahmen den Deckel bilden, um zusätzliche Belastungen in diesem Haushalt zu vermeiden. Wir können

daher die globale Minderausgabe um mindestens 37 Millionen Euro erhöhen, ohne auch nur eine Maßnahme weniger durchzuführen.

(Frau Brede-Hoffmann, SPD: Der eine verplant es, der andere nimmt es zur globalen Minderausgabe!)

Da liegt noch viel Luft zum Sparen im Haushalt. Man muss nur sparen wollen, und das an den richtigen Stellen, Frau Ministerin.

### (Beifall bei der CDU)

Sparen will die Landesregierung aber nur auf Kosten der Landwirtinnen und Landwirte, der Winzerinnen und Winzer im Land. Die Landwirtschaft wird finanziell ausgeblutet.

(Frau Brede-Hoffmann, SPD: Das haben wir doch jetzt schon von Ihnen gehört!)

Ausgegeben wird Geld in dem Bereich vor allem zur Kontrolle der Landwirtschaft. Bei den EU-Kontrollverfahren wird der Ansatz gegenüber dem Ist vervierfacht, bei den Benzin- und Bleikontrollen sogar das Fünfzigfache vom Ist angesetzt. So sieht die Landwirtschaftspolitik der Landesregierung aus: mehr Gängelung der heute noch wirtschaftenden Landwirte.

Dass es deshalb immer weniger Landwirte gibt, scheint dieser Regierung ganz recht zu sein. Leider, Frau Ministerin.

Wir als CDU stehen zu unseren Landwirtinnen und Landwirten im Land. Wir halten die aktive Gestaltung des Strukturwandels für notwendig. Wir wollen auch in Zukunft noch wettbewerbsfähige Betriebe im Land haben, die sichere, gesunde und qualitativ hochwertige Lebensmittel erzeugen und für den Erhalt unserer Kulturlandschaft sorgen.

#### (Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Dafür müssen wir aber auch geeignete Fördermaßnahmen vernünftig finanzieren. Bewährtes darf nicht kaputtgespart und zugunsten ideologischer Experimente gestrichen werden.

Die einzelbetriebliche Förderung muss auch in Zukunft gewährleistet sein. Dabei darf insbesondere die Junglandwirteförderung nicht gestrichen werden.

In Zeiten, in denen nur noch 20 % der Betriebe einen Hofnachfolger haben, müsste es eigentlich oberstes Ziel dieser Regierung sein, für Nachwuchs für die grünen Berufe zu werben. Ohne neue Landwirte wird der Erhalt unserer Kulturlandschaft nicht möglich sein.

(Billen, CDU: So ist es!)

Dies gilt auch für die Ausgleichszulage für die von Natur aus benachteiligten Gebiete. Sie ist zwingend notwendig zum Erhalt einer wettbewerbsfähigen Landwirtschaft in ganz Rheinland-Pfalz.

Nur so kann die flächendeckende Landbewirtschaftung für die Zukunft gewährleistet werden. Der Erhalt unserer Kulturlandschaften ist auch im Sinne der Biodiversität ein erstrebenswertes Ziel. Gerade in benachteiligten Gebieten muss dieser Dienst an der Gesellschaft auch einen finanziellen Ausgleich finden.

Wenn man immer öffentliches Geld für öffentliche Leistungen fordert, wie die Ministerin es ständig tut, muss sich das auch in praktische Politik umsetzen. Davon ist aber in diesem Haushalt nichts zu spüren.

Die CDU will insbesondere die Mittel für die Flurbereinigung im Sinne des Umweltschutzes und einer ökonomisch wie ökologisch optimalen Bewirtschaftung mit jährlich mindestens 9 Millionen Euro weiter fördern.

### (Zuruf von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dabei hatte uns der Staatssekretär schon einmal 10 Millionen Euro zugesagt. Das will ich dazu nur erwähnen.

Den Strukturwandel schaffen wir nur durch wirtschaftliche Strukturen.

Die Mechanisierung der Betriebe hat dazu geführt, dass heute große Flächen einfacher zu bewirtschaften sind als kleine. Wirtschaftlichkeit von Betrieben bei der Beschaffung von Großgeräten und der Bewirtschaftung über das Jahr hinweg wird durch die Betriebsgröße bestimmt. Daher brauchen die Betriebe heute große zusammenhängende Flächen, um wirtschaftlich effizient arbeiten zu können.

#### (Beifall bei der CDU)

Auch die Umsetzung der anhängigen Flurbereinigungsverfahren muss zügig vorangetrieben werden. Wir wollen mit den zusätzlichen Mitteln auch die Dauer der Wartezeiten für diese Verfahren verringern.

Die Beratungsleistung der Dienstleistungszentren Ländlicher Raum muss auf Dauer gesichert bleiben. Die Befürchtungen unserer Landwirte dürfen sich nicht bewahrheiten: keine weitere Ausdünnung der Beratung zugunsten neuer Kontrolleure. Auch darf es nicht sein, dass zukünftig Beratung nur noch gegen Geld erfolgt. Gute kostenlose Beratung ist nicht nur ein Instrument der Agrarförderung, sie macht auch hohe Kosten für Kontrollen überflüssig.

Die Förderung der regionalen Vermarktung muss an die Marktchancen angepasst werden. Übersubventionierung lässt die Marktchancen wieder schrumpfen.

Rheinland-Pfalz betreibt mit der AgroScience Spitzenforschung. Nur die grüne Ministerin hat mit ihren ideologischen Scheuklappen die Forschung vom Weltniveau auf tiefste Provinz heruntergefahren.

(Frau Brede-Hoffmann, SPD: Das Niveau dieser Rede ist auch bis aufs Tiefste heruntergefahren!)

Frau Ministerin, Forschung zu unterdrücken, ist nicht gut für unser Land.

### (Beifall bei der CDU)

Gott sei Dank haben sich die grünen Landwirtschaftsminister mit Frau Höfken an der Spitze auch bei der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU nicht durchgesetzt, weder bei den übermäßigen Stilllegungsmaßnahmen noch bei der Umschichtung der Mittel aus der ersten in die zweite Säule.

Mit der neuen Gemeinsamen Agrarpolitik hat die Landwirtschaft wieder einen erheblichen Beitrag zur Nachhaltigkeit zu leisten. Das erträgliche Maß darf aber nicht durch zusätzliche Auflagen des Landes überschritten werden. Wettbewerbsfähige Landwirtschaft schaffen wir nur, wenn unsere Bäuerinnen und Bauern die gleichen Chancen bekommen wie überall sonst in der EU.

Für unsere Winzerinnen und Winzer müssen die Auflagen bei der Steillagenförderung auf den Prüfstand kommen. Wir brauchen neue Grundlagen für die Bewirtschaftung von traditionellen Steilhängen und die Überprüfung der Ermittlungsgrundlagen für die Steillagenförderung.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Unsere Winzer und Landwirte müssen vor zu großen Wildschäden geschützt werden. Die Jagdabgabe muss in Zeiten mit hohen Wildschäden vor allem auch in diesem Bereich eingesetzt werden. Wir brauchen hier eine kontrollierte Entwicklung. Nur so schaffen wir es, unsere Kulturlandschaft vor zu großen Schäden zu bewahren.

Der Landeshaushalt soll ein Sparhaushalt sein. Das ist bei der dramatischen Haushaltslage dieser Landesregierung geboten. Aber dann sparen Sie auch. Sparen Sie an der richtigen Stelle. Lassen Sie die Finger von teuren Prestigeobjekten. Sparen Sie bei ihren ideologischen Spielfeldern. Sparen Sie die Mittel, mit denen Sie die Landwirtschaft weiter bürokratisieren wollen. Setzen Sie die Mittel dort ein, wo es den Menschen hilft.

(Pörksen, SPD: Ersparen Sie uns die weitere Rede!)

Die CDU steht zu den Bäuerinnen und Bauern, zu den Winzerinnen und Winzern im Land. Sie wird weiterhin unterstützen, dass in der Landwirtschaft ökonomisch gesunde und wettbewerbsfähige Betriebe ihren Platz haben.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Betrachtet man dagegen diesen Haushalt, kommen Zweifel auf, ob die GRÜNEN und ihre Ministerin dies auch wollen. Deshalb lehnt die CDU diesen Einzelplan ab.

Danke schön.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

## Vizepräsidentin Frau Klamm:

Herr Kollege Wehner hat das Wort.

#### Abq. Wehner, SPD:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich will in bewährter Weise heute nur zur Landwirtschaft und zum Weinbau sprechen. Herr Kollege Hürter wird sich der Umwelt, dem Forst und dem Nationalpark annehmen. Es würde mich schon reizen, das eine oder andere Wort zu dem Sammelsurium, das Sie hier abgeliefert haben, Herr Schmitt, zu verlieren.

(Frau Schneider, CDU: Vorsicht, Herr Kollege! – Weitere Zurufe von der CDU)

Lassen Sie uns zur Landwirtschaft zurückkommen. Die Beratung des Einzelplans 14, insbesondere im Bereich der Landwirtschaft, ist etwas Besonderes. Herr Kollege Schmitt hat es schon angedeutet, parallel zur Haushaltsdiskussion hatten wir eine Diskussion über die Neuausrichtung der Gemeinsamen Agrarpolitik. Man kann das nicht isoliert betrachten. Wir müssen diese Gemeinsame Agrarpolitik mit unserem Haushalt heute betrachten; denn dadurch ändert sich die Architektur unserer Landwirtschaftspolitik und allgemein die Politik im ländlichen Raum in Rheinland-Pfalz. Gewissermaßen wird sie auf ein neues Fundament gestellt.

Es macht Sinn, wenn man im Zug der Haushaltsberatung und der Haushaltsaufstellung – die Landwirtschaft kann den Sparanstrengungen nicht vorenthalten werden – an der einen oder anderen Stelle neue Weichen stellt; denn allein durch Angleichung der Flächenprämie sowie der Zuschläge bei den ersten 46 Hektar kommen in der Förderperiode bis 2020 rund 92 Millionen Euro zusätzlich nach Rheinland-Pfalz. Dabei sind noch nicht die Mittel eingerechnet, die wir vielleicht für die Rebflächen noch bekommen können. Selbst wenn wir dann die Umschichtung von 4,5 % von der ersten in die zweite Säule vornehmen, haben wir immer noch einen Aufwuchs von über 50 Millionen Euro. Ich glaube, damit kann es gelingen, dass wir die Zahlungen aus der ersten Säule relativ stabil halten können.

Man muss hier deutlich sagen, ja, Frau Ministerin, Sie haben für Rheinland-Pfalz gut verhandelt. Für Rheinland-Pfalz ist ein gutes Ergebnis herausgekommen.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Insofern kann ich Ihre Kritik überhaupt nicht nachvollziehen, was Sie meinen, wenn Sie sagen, dass für die Gemeinsame Agrarpolitik ein schlechtes Ergebnis herausgekommen ist. Das ist für mich überhaupt nicht nachvollziehbar.

(Zuruf der Abg. Frau Schneider, CDU)

Meine Damen und Herren, wenn ich in den Vordergrund stelle, dass wir zusätzliche Mittel über die Gemeinsame Agrarpolitik bekommen haben, dann liegt das daran, dass ich die eine oder andere Entscheidung, so wie wir sie heute im Doppelhaushalt treffen werden, vertreten kann. Aus meiner Sicht ist es nicht so. Sie haben Äpfel mit Birnen verglichen, wenn Sie sämtliche Haushaltstitel saldieren und schauen, was herauskommt und wo mehr hinkommt. Das ist aus meiner Sicht keine seriöse Haushaltspolitik.

Sie haben die Ausgleichszulage bzw. den Wegfall angesprochen. Das ist natürlich auch für mich keine Maßnahme, die ich mit Freudensprüngen quittieren will. Ich sehe da einen Einkommensverlust für die Landwirtschaft in den Mittelgebirgsregionen. Ich selbst komme aus dem Westerwald.

(Beifall der Abg. Frau Schmitt, CDU)

Aber wir können und wollen das ein Stück weit kompensieren, indem wir Mittel, die wir aus der Umschichtung erhalten haben, in Grünlandprogramme stecken. Wir können dadurch zum Beispiel Programme für Ammenviehhaltung etwas reaktivieren; denn gerade dort ist die wirtschaftliche Situation nicht gerade rosig. Das wollen wir auch. Wir wollen bei uns in der Region solche landwirtschaftlichen Betriebe erhalten.

Vor allem auch damit ist es jetzt möglich, das Geld zielgenauer zu verteilen, nicht mehr nur mit der Gießkanne für die Ausgleichszulage, wenn man einmal davon absieht, dass die Regelungen zur Ausgleichszulage, wann und auf welchen Flächen man überhaupt Ausgleichszulage erhält, nicht immer besonders schlüssig in sich waren. Herr Kollege Schmitt, dann muss man aber auch im Blick haben, dass die Neuabgrenzung der benachteiligten Gebiete sowieso angestanden hätte. Insofern finde ich die Forderungen in ihrem Entschließungsantrag an der Sache vorbei. Wir meinen, wir können mit diesem Verfahren so leben, dass wir die Ausgleichszulage auch im Hinblick auf die Sparanstrengungen einstellen, wenn wir dann an der einen oder anderen Stelle auch wieder über Grünlandprogramme oder Ähnliches kompensieren

Genauso falsch ist Ihr Ansinnen, die Junglandwirteförderung fortzusetzen. Hier gibt es doch jetzt eine richtig gute Möglichkeit, über die erste Säule die Junglandwirteförderung voranzubringen. Finanziell ist dabei kaum eine Verschlechterung zu sehen. Sie ist für die Landwirtinnen und Landwirte aber deutlich komfortabler, weil sie nicht an Investitionen gebunden ist, sondern mit diesem Geld sozusagen auch der Betriebsübergang ermöglicht werden kann.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich will aber auch noch einmal deutlich machen, welche Punkte mir wichtig sind. Dazu gehört sicherlich auch die einzelbetriebliche Förderung und die Flurbereinigung, für die wir im Haushalt auch Mittel zur Verfügung stellen. Die roundabout 10 Millionen Euro, die wir jeweils dafür haben, sind aus meiner Sicht sehr wichtige Instrumente, um den Strukturwandel einer wettbewerbsfähigen Landwirtschaft und den Weinbau zu begleiten. Dazu gehört nun einmal etwas Ehrlichkeit. Das muss man den Landwirtinnen und Landwirten dann auch etwas erklären.

Wir hatten gerade in der Flurbereinigung – das wissen Sie als Ortsbürgermeister selbst – eine riesige Bugwelle vor uns. Wir konnten gar nicht alle Verfahren abschließen, die gestartet wurden, oder es hat sich über Jahre hingezogen. Insofern war es richtig, die Mittel dort etwas zurückzufahren, um die Sache erst einmal wieder aufzuholen. Nichtsdestotrotz, die 10 Millionen Euro – das habe ich auch bei den letzten Haushaltsberatungen gesagt – sind wichtig und sollten eine Untergrenze sein,

damit wir hier weiterhin unseren Schwerpunkt in der Landwirtschaftspolitik setzen können.

Ein anderer Schwerpunkt im Haushalt ist mit den Chancen verbunden, die sich mit dem Begriff "Bio und Regionalität" ergeben. Hier gibt es einen verstärkten Bedarf, Es gibt einen Markt der Verbraucher, Die Verbraucherinnen und Verbraucher möchten Bioprodukte bzw. regionale Produkte haben. Diesen Markt sollten sich die Landwirte und Winzer nicht entgehen lassen. Das können wir alles mit den Programmen PAUL und PAULa oder jetzt EULLE gestalten. Das sind die Stichworte, wie wir Politik für unseren ländlichen Raum machen. Ich denke, wir können mit diesen Programmen gleichzeitig Landwirtschaft nachhaltiger gestalten. Wir können tiergerechte Haltungsweisen forcieren und sorgen mit Agrarumweltmaßnahmen auch für Biodiversität, übrigens auch im Nebengang sozusagen die eine oder andere Möglichkeit, das von der EU geforderte Greening umzusetzen.

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, wenn ich eben die positiven Verhandlungsergebnisse genannt habe, ist das immer noch richtig. Aber dennoch muss man auch noch ein bisschen Wasser in den Wein gießen. Letztendlich haben wir in der zweiten Säule immer noch einen immensen Bedarf an finanziellen Mitteln. Wir benötigen hier eigentlich noch mehr. Das Programm EULLE ist eben schon angesprochen worden. Es könnte noch 70 Millionen Euro mehr gebrauchen.

Insofern gilt auch hier meine Forderung an die künftige Bundesregierung – die haben wir auch schon angeführt, als wir hier über die Gemeinsame Agrarpolitik diskutiert haben – für mich immer noch. Wir brauchen eine Aufstockung der GAK-Mittel für den Agrar- und Küstenschutz. Die 200 Millionen Euro, die dafür im Raum standen, brauchen wir. Ich glaube, das ist nur ein minimaler Bruchteil dessen, was man vorher eingespart hat, als man weniger Mittel in die EU gegeben hat. Von daher habe ich hier noch einmal die Forderung an die Bundesregierung – wie immer dann aussieht –, 200 Millionen GAK-Mittel tun den Ländern gut.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, zum Schluss will ich auf die Agrarverwaltung und die Landwirtschaftskammer eingehen. Wir haben dazu auch ein Deckblatt gemacht, womit wir noch einmal eine kleine Korrektur vornehmen, dass wir 100.000 Euro mehr für die Landwirtschaftskammer haben möchten.

Ich möchte betonen, dass Kammern, aber auch Dienstleistungszentren Ländlicher Raum und damit natürlich auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die Landwirtschaft und den Weinbau wertvolle Arbeit leisten. Beratung, Versuchswesen, aber auch Aus-, Fort- und Weiterbildung sind für eine moderne Landwirtschaft unverzichtbar. Mittlerweile sind es hohe Anforderungen, die an die Landwirte gestellt werden. Dafür brauchen sie Kompetenz durch die Dienstleistungszentren Ländlicher Raum.

Die enge Verzahnung von Praxis, Lehre und Forschung ermöglicht unmittelbaren Wissenstransfer. Hier will ich ausdrücklich den erfolgreichen Studiengang Weinbau und Önologie erwähnen. Ich bin froh, dass es auch dort

weitergeht. Er ist erfolgreich gestartet und mittlerweile etabliert. Wir hatten die Landjugend da, die sich sehr lobend dazu geäußert hat. Der Kollege Schwarz setzt sich ständig dafür ein, dass es dort weitergeht. Es ist auch richtig, dass wir dort weiter an der Infrastruktur in Neustadt arbeiten müssen. Aber nichtsdestotrotz ist das jetzt nur ein Beispiel. Die anderen Dienstleistungszentren sind mir genauso lieb. Von daher brauchen wir, wenn wir mit diesen Kompetenzzentren, die auch ein Markenzeichen für Rheinland-Pfalz sind, an diesen bewährten Strukturen festhalten wollen, auch ein ordentliches und vernünftiges Personalkonzept. Das haben wir in unserem Entschließungsantrag auch angeregt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, zum Schluss, unser politisches Ziel muss es weiterhin sein, die internationale Wettbewerbsfähigkeit der landwirtschaftlichen Unternehmen zu stärken und sie breit in unseren Regionen aufzustellen, damit sie auch dort ihrer Multifunktionalität für die Gesellschaft gerecht werden können. Sie ist und bleibt zumindest für die mittelfristige Zukunft das Rückgrat im ländlichen Raum und sorgt dort für Wertschöpfung. Der Einzelplan 14 bietet diesen Landwirtinnen und Landwirten, den Winzerinnen und Winzern Planungssicherheit und damit auch Perspektiven für unternehmerisches Handeln.

Herr Bracht, ich hoffe, ich habe Sie nicht eingeschläfert. Sie gähnten so herzhaft.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

## Vizepräsidentin Frau Klamm:

Herr Kollege Hartenfels, Sie haben das Wort.

#### Abg. Hartenfels, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Schneider, ich finde, dass mein Herr Kollege Wehner das mit dem Stichwort "Sammelsurium" aus der Rede noch sehr galant ausgedrückt hat.

(Bracht, CDU: Haben Sie sich den Haushaltsplan auch einmal angeschaut?)

Ich finde das jetzt gar nicht so dramatisch. Wenn ich mir die Logik dieser Rede anschaue, muss ich zumindest sagen, es ist originell, was dort präsentiert worden ist. Ich will das auch gern an einem Stichwort deutlich machen, dass unsere Ministerin der Landwirtschaft tiefstes Misstrauen gegenüberbringt. Ich möchte nur einmal daran erinnern, die Ministerin ist Agraringenieurin. Sie hat über viele Jahre selbst einen Bauernhof, einen landwirtschaftlichen Betrieb, geführt. Sie ist eine wirklich intime Kennerin der landwirtschaftlichen Situation. Das wird auch parteiübergreifend anerkannt. Sie mit ihrer Logik stellen jetzt fest, dass Frau Höfken tiefstes Mistrauen sich selbst gegenüber bringen muss. Ich finde, das ist etwas, was nur Sie, Herr Schmitt, tatsächlich in

den Raum stellen können. Das geht natürlich an der Realität meilenweit vorbei.

# (Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Herr Schmitt, in der Tat ist es so, für uns GRÜNE und auch für diese rot-grüne Koalition ist die Umwelt- und Naturschutzpolitik eine ganz entscheidende Möglichkeit, einer umfassenden ökologischen Sichtweise zum Durchbruch zu verhelfen. Ich möchte Ihnen das gerne an drei Bereichen im Einzelplan 14 dokumentieren. Nehmen wir den Bereich des Naturschutzes. Der Naturschutz ist in der Tat ein Kernanliegen für uns; denn ohne Naturschutz ist Biodiversität, ist ein naturverträgliches Ausgestalten menschlicher Eingriffe in Natur und Landschaft, ist aber auch eine Landwirtschaft, die zum Beispiel Artenvielfalt zulässt, nicht vorstellbar.

# (Vizepräsident Dr. Braun übernimmt den Vorsitz)

Gerade deshalb haben wir im Doppelhaushalt auch behutsam die Ausgaben im Naturschutzbereich erhöht. Was macht nun die CDU-Landtagsfraktion? Da lohnt tatsächlich ein Blick in die Deckblätter, die Sie vorgelegt haben. In den naturschutzrelevanten Haushaltspositionen, in denen etwa knapp 15 Millionen Euro veranschlagt sind, bringen Sie es als CDU-Landtagsfraktion in der Tat fertig, 40 % zu kürzen, also sechs Millionen Euro. Ich bin wirklich gespannt, was die Naturschutzverbände, denen sie bei der Windkraftdebatte doch recht um den Bart gegangen sind, zu Ihren Deckblättern sagen werden. Ich finde, das ist wirklich ein gutes und ehrliches Bekenntnis. Ich bin gespannt, wie dort darauf reagiert wird.

# (Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Einige Punkte aus Ihrem Schmerzkatalog will ich gerne erwähnen. Sie wollen zum Beispiel beim Landschaftsinformationsprogramm kürzen. Das ist eine staatliche Aufgabe. Es ist ein wichtiges Programm für die Alltagspraxis von Kommunen, von Behörden und auch von Planern im ländlichen Raum, um gerade Standardverfahren schnell und zügig abwickeln zu können. Hier wollen Sie 100.000 Euro sparen, also fast die Mittel halbieren, die dort vorgesehen sind. Bei den Grundlagenuntersuchungen für den Naturschutz wollen Sie um 220.000 Euro kürzen. Das sind 20 % dieses Haushaltstitels.

Bei den klassischen Naturschutzmaßnahmen wollen Sie allein im Jahr 2015 3,3 Millionen Euro sparen. Ich möchte Sie noch einmal daran erinnern, bei diesem Haushaltstitel geht es zum Beispiel um die Erstellung von Bewirtschaftungsplänen für die NATURA 2000-Gebiete. Auch das ist eine europarechtliche Verpflichtung, die wir zu erfüllen haben. Sie streichen das einfach einmal locker zusammen. Auch da wird wieder deutlich, dass Sie die inneren Zusammenhänge, die es zu berücksichtigen gilt, leider nicht verstanden haben.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Kommen wir zu einer zweiten Strategie, dem Nationalpark. Zu dem Thema haben wir schon gestern einiges an Einlassungen gehört. Sie haben diesen ganzen Bereich einmal locker aus der Hüfte komplett gestrichen, obwohl sich in der Region, also vor Ort, eine breite und vor allen Dingen – das will ich herausstreichen – eine parteiübergreifende Zustimmung für dieses Projekt abzeichnet, weil sich eben der Naturschutzgedanke und eine konkrete Regional- und Strukturentwicklung dort hervorragend verbinden lassen.

Es ist eben nicht so, wie Frau Klöckner das gestern polemisch dargestellt hat – das muss ich so deutlich noch einmal hervorheben –, die gesagt hat, entweder man macht Biodiversität oder man macht Strukturpolitik. Falscher kann man diesen Zusammenhang wirklich nicht darstellen. Man kann dadurch aber auch nicht mehr verdeutlichen, dass man nicht allzu viel davon verstanden hat, was man mit einem Nationalpark in einem ländlichen Raum an Positivem bewegen kann.

# (Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Ganz anders dazu die Einlassungen unserer Ministerpräsidentin. Das hätte ich kaum schöner ausdrücken können sowohl im Hinblick auf die klugen Sätze dazu als auch im Hinblick auf die Herzkraft, die die Ministerpräsidentin mit hineingebracht hat, wodurch sie deutlich gemacht hat, dass sie mit dieser Region geht, zu dieser Region steht und sie sich an dieses Mikrofon stellt und diesen Prozess offensiv vertreten und mitgehen will.

Bei dem geplanten Nationalpark – ich will Ihnen das noch einmal in Erinnerung rufen – geht es um qualitativ hochwertige Naturschutzmaßnahmen. Es geht um Klimaforschung gerade im waldbaulichen Bereich. Es geht um Wirtschafts- und Strukturförderung zum Beispiel im Bereich von ELER, PAUL und EULLE. Es geht um den innovativen Umgang mit dem Rohstoff Holz. Es geht um regionale Produkte und ihre Vermarktung. Es geht um sanften Tourismus, und es geht nicht zuletzt um vielfältige Bildungsangebote.

(Zuruf des Abg. Billen, CDU)

Wir haben uns gerade intensiv mit dem Bildungshaushalt beschäftigt.

Herr Schmitt und liebe CDU-Fraktion, diese Konzepte sind nicht neu. An 14 Stellen in Deutschland sind das bewährte Konzepte. Der älteste Nationalpark, der Bayerische Wald, ist – Sie wissen das vermutlich auch – von der CSU ins Leben gerufen worden. Das sind eigentlich Projekte, die man nicht ideologisch betrachten sollte, so wie Sie das tun, sondern das sind Projekte, zu denen eigentlich parteiübergreifend in ganz Deutschland Konsens besteht, Herr Schmitt.

# (Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Uns geht es aber auch um die Gestaltung des demografischen Wandels im ländlichen Raum. Das ist eine Herausforderung, bei der es schwierig sein wird, einfache Antworten zu geben. Ich könnte Ihre kritische Haltung noch verstehen, wenn Sie sagen, Sie haben vier, fünf, sechs tolle Konzepte in Ihrer Tasche, wie Sie die ländlichen Räume in unserem Land besser aufstellen wollen. Das habe ich aber bei der ganzen Haushaltsdebatte vermisst. Das habe ich nicht gefunden.

Der Nationalpark ist der Versuch – ich meine, das wird auch ernsthaft in der Region so verstanden und versucht, so umzusetzen –, dem demografischen Wandel ein Stück weit mit diesem Konzept zu begegnen. Da finde ich es sehr ärgerlich, dass Sie von oben herab sagen – Sie haben das so schön formuliert –: Wenn ihr schön brav seid, bekommt ihr auch noch finanzielle Mittel hinterhergeworfen. – So wie Sie das formulieren, ist das wirklich für die Menschen, die sich da ernsthaft bemühen, ein Schlag ins Gesicht. Das ist fast schon

(Zuruf von der SPD: Zynisch!)

zynisch.

- Vielen Dank für diese Vokabel.

Das können wir so überhaupt nicht teilen. Wir müssen uns auch entschieden dagegen verwahren, dass Sie so über diese Region und die Menschen in dieser Region sprechen, Herr Schmitt.

# (Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Sie können aber gerne Nachhilfeunterricht bei Ihren CDU-Kolleginnen und -Kollegen im Saarland nehmen. Die haben nämlich die Haushaltsberatungen und die Haushaltsdebatte gerade dazu genutzt, um den Haushaltsposten für den Nationalpark zu erhöhen, und zwar den Anteil für die saarländische Seite. Es ist ein länderübergreifende Nationalpark, der dort geplant ist. Herr Schmitt, bitte gehen Sie, wenn Sie uns das nicht glauben, einmal zu Ihren Kolleginnen und Kollegen im Saarland. Dann können Sie vielleicht von dort die eine oder andere Erkenntnis mitnehmen.

# (Frau Brede-Hoffman, SPD: Der kennt die Mail-Adresse nicht!)

Ich will zu einer dritten Strategie in diesem Umwelthaushalt und Naturschutzhaushalt kommen. Uns geht es natürlich auch um die Erhaltung naturwürdiger Grundlagen. Das Stichwort "Wasser" ist hier ein wichtiges Stichwort. Herr Schmitt, Sie haben das schon angesprochen. Sie halten die Wassersteuer, das Wasserentnahmeentgelt für unnötig und überflüssig.

Die erste Konsequenz wäre natürlich gewesen – darauf habe ich auch gewartet –, dass Sie ein Deckblatt formulieren und sagen, dieses Wasserentnahmeentgelt wollen wir nicht mehr haben. Sie machen aber genau das Gegenteil. Sie erhöhen die Einnahmesituation von 16 Millionen Euro mit Ihrem Deckblatt auf 21 Millionen Euro, aber dann streuen Sie diese Einnahmen so breit und zum Teil auch in rechtliche Räume hinein, wie zum Beispiel in den Wasserschutz, wofür wir das Geld gar nicht ausgeben dürfen. Sie nutzen jetzt letztlich das, was Sie in den vergangenen zwei Jahren massiv kritisiert haben, um dort dieses Geld auszugeben. Das halte ich für eine

bemerkenswerte Kehrtwende. Dann stehen Sie bitte dazu, dass Sie inzwischen dieses Wasserentnahmeentgelt doch für eine ganz kluge Idee halten, um Einnahmen zu generieren.

# (Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Wir haben zwei Ideen, die in diesem Wasserentnahmeengelt stecken. Das ist die ökologische Lenkungswirkung, aber das ist auch die gesetzliche Zweckbindung. Das heißt, wir versuchen mit dieser Zweckbindung den wasserwirtschaftlichen Herausforderungen gerecht zu werden. Wenn Sie sich die Fördergegenstände und auch die Finanzströme einmal anschauen, dann werden Sie feststellen, dass damit sehr viel Gutes auf den Weg gebracht wird. Seit Mitte dieses Jahres haben wir Einnahmen, und seit Mitte dieses Jahres haben wir auch Ausgaben. Über 40 Maßnahmen mit über 15 Millionen Euro sind seit Juli 2013 mit dem Wassercent gefördert worden. Dies sind zum Beispiel Schwerpunktmaßnahmen im Wasserversorgungsbereich, eine Aktivkohlefilteranlage im Wasserwerk Weilerbach im Landkreis Kaiserslautern mit 1 Million Euro oder der Bau von Wasserversorgungsverbundleitungen in der Verbandsgemeinde Gebhardshain im Landkreis Altenkirchen, der mit Mitteln in Höhe von knapp 800.000 Euro gefördert wurde.

Daran sehen Sie, das Geld wird benötigt. Das Geld wird auch gut angelegt. Vor allen Dingen, wo wird es angelegt? – Bei den Kommunen. Die Kommunen sind sehr, sehr notleidend und sind gerade im ländlichen Raum darauf angewiesen, dass das Land mit hohen Fördersätzen in die Bezuschussung geht. Deshalb macht es aus meiner Sicht doppelt Sinn, dass wir an diesem Wasserentnahmeentgelt festhalten, damit wir Investitionen für die Zukunft tätigen können.

(Schmitt, CDU: Wie hoch sind denn die Haushaltsreste in diesem Bereich? – 20 Millionen Euro!)

– Wenn Sie einmal in die Förderrichtlinien intensiver hineingeschaut hätten, würden Sie feststellen, dass es da nicht um ein Gießkannenprinzip geht, sondern die Förderrichtlinien so – ich sage einmal – clever ausgestaltet worden sind, dass zum Beispiel Kommunen mit hohen Entgeltbelastungen höhere Fördersätze bekommen als Kommunen, die noch niedrige Entgeltbelastungen haben. Wir haben zum ersten Mal den Fördergegenstand "Kanalsanierung". Das ist auch ein wichtiges Zukunftsthema im ländlichen Raum.

Wenn Sie sich einmal die Mühe gemacht hätten, diese Förderrichtlinien genauer anzuschauen, hätten Sie zweifellos feststellen können, dass die Abteilung Wasserwirtschaft im Ministerium, Herr Theis mit seinem Team, eine zwar stille, aber ganz hervorragende Arbeit gemacht hat. An dieser Stelle mein ausdrücklicher Dank und auch Respekt vor dieser Art der Arbeit im Ministerium.

### (Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Meine Damen und Herren, Sie sehen, moderne Umweltpolitik kann viele kluge Strategien einschlagen, damit uns dauerhaft ein menschenwürdiges Leben auf diesem Planeten ermöglicht wird. Der vorgelegte Einzelplan 14 greift solche Strategien und die damit verbundenen Maßnahmen auf. Er verdient ausdrücklich unsere Zustimmung.

Vielen Dank.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

### Vizepräsident Dr. Braun:

Ich bitte um Wortmeldungen. – Für die Fraktion BÜND-NIS 90/DIE GRÜNEN spricht Frau Neuhof.

### Abg. Frau Neuhof, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich beschränke mich in meiner Rede auf unseren Entschließungsantrag zur Personalsituation im Forst. Da möchte ich mit einer Fehlinformation von Herrn Schmitt aufräumen. Wer hat es erfunden? – Mit Sicherheit nicht die CDU.

(Billen, CDU: Das waren die Schweizer!)

Wer setzt um? – Das sind die Koalitionsfraktionen und die Landesregierung. Da sind wir auf einem richtigen, auf einem guten Weg.

Ich möchte dieses Thema und diesen Entschließungsantrag auch dazu nutzen, allen Försterinnen und Förstern in unserem Land für ihre Arbeit und für ihren hohen Einsatz danken, den sie tagtäglich leisten.

# (Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Ich werde schlagwortartig den Inhalt unserer Personalentwicklung vorstellen. Das heißt Einstellungskorridor, das heißt verbindliche Untergrenze und das heißt Dienstvertrag mit den entsprechenden Einrichtungen. Damit beweisen wir, dass wir dem Forst, der Forstwirtschaft und den Angestellten und Beamtinnen im Forst einen ganz hohen Stellenwert beimessen.

Wir beweisen auch, dass im forstwirtschaftlichen Teil des Einzelplans 14 durchaus auch gespart wird. Parallel zum Einstellungskorridor kommen wir der Verpflichtung nach, auch weiterhin die Stellen abzubauen, bis wir die Personaluntergrenze erreicht haben und damit auch den Forderungen des Landesrechnungshofs Sorge getragen haben.

Aber auch andere Einsparungen werden im Einzelplan 14 im forstwirtschaftlichen Teil vorgenommen. Die Einsparungen insgesamt tun richtig weh. Wir wissen aber, dass sie notwendig sind und wir eine zukunftssichere Forstwirtschaft aufstellen, und zwar ganz einfach dadurch, dass wir es jungen Menschen ermöglichen, in die Forstwirtschaft einzusteigen. Wir senken dadurch den Altersdurchschnitt und öffnen so die Perspektive für eine nachhaltige naturnahe Forstwirtschaft.

Wir können damit weiterhin die Bereiche Waldpädagogik, Umweltbildung, Freizeitbereichsangebote und vieles mehr ausfüllen und eindrucksvoll dokumentieren, dass die Forstwirtschaft mehr als eine Holzproduktionsstätte ist. Wir wählen genau diesen zukunftssichernden Weg, weil wir den Wald in seiner Gesamtheit und in seinem Bestand erhalten wollen. Das möchte ich noch einmal ganz deutlich betonen.

Ich möchte mich auch gegen all die Falschaussagen in der letzten Zeit verwahren, nach denen die Koalition, die Regierung und die GRÜNEN den rheinland-pfälzischen Wald vernichten wollen. Das ist eine Lüge und grober Unfug. Es wird sich in den nächsten Diskussionen im kommenden Jahr ganz klar herausstellen, wie differenziert diese Konzepte sind, die im Umweltministerium angedacht werden.

# (Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Zum Abschluss möchte ich Ihnen einmal als Fazit eine Idee mit auf den Weg geben. Wir zeigen bei der Personalentwicklung Landesforsten, dass die Prämisse des Sparens umgesetzt werden kann und trotzdem zukunftssichere Maßnahmen ergriffen werden können. Wir bringen Ökonomie und Ökologie zusammen. Wenn wir das Personalentwicklungskonzept von Landesforsten noch dazunehmen, zeigen wir auch, dass wir einen sozialverträglichen Weg einschlagen und interessante neue Aufgabenzuschnitte in Landesforsten kreieren.

Vielen Dank.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

## Vizepräsident Dr. Braun:

Für die SPD-Fraktion hat Herr Abgeordneter Hürter das Wort.

## Abg. Hürter, SPD:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, sehr geehrter Herr Präsident! Das Thema "Umwelt" – liebe Kolleginnen und Kollegen, ich will gern einräumen, dass ich es fast schon absurd finde, das als Vorwurf zu formulieren – ist dieser Koalition sehr wichtig. Wir haben heute Morgen über die Nachhaltigkeit gesprochen. Es ist uns wichtig, dass künftige Generationen ihre Zukunftschancen bekommen und ihre Bedürfnisse angemessen befriedigen können, und zwar genauso, wie wir das heute können. Insofern finde ich den Vorwurf geradezu absurd, dass irgendwo eine Verrechnung Landwirtschaft gegen Umwelt oder Forst gegen Nachhaltigkeit stattfände. Das Gegenteil ist der Fall. Es geht nur zusammen. Gerade an dem letzten Beispiel kann man das sehr gut festmachen.

Wir feiern dieses Jahr 300 Jahre Nachhaltigkeit. Wir bemühen uns, diese Nachhaltigkeit, die im Forst gelernt wurde, auf andere Politikbereiche auszuweiten, weil sich dieser Begriff etabliert hat und erfolgreich ist.

Deswegen – ohne zu anderen Themen sprechen zu wollen – greift das auch in der Bildungspolitik, weil es um die Chancen zukünftiger Generationen geht. Natürlich greift das auch im Haushalt, über den wir heute reden, und somit im Bereich der Finanzen, in dem es darum geht, welche Verbindlichkeiten und welche Infrastruktur – das ist der Gegenpart dazu – wir den zukünftigen Generationen überlassen.

Deswegen habe ich überhaupt kein Verständnis dafür, wenn die CDU-Fraktion in einer Mentalität, die mir nicht begreiflich ist, Hand an diesen Haushalt anlegt und vorschlägt, knapp 40 % der Mittel im Bereich Umwelt zu kürzen. Das ist jenseits von Gut und Böse. Dieses Verhältnis zum Thema "Umweltpolitik" schlägt sich auch ein Stück weit an den leeren Bänken der CDU-Fraktion nieder.

Ich finde, dass das Thema "Nachhaltigkeit" sehr viele Aspekte hat. Wir hatten heute Morgen schon darüber gesprochen. Ich will es an den einzelnen Punkten noch einmal kurz zu dem Haushalt aufgreifen, bei denen wir sehen, welche Wirkungen eine verfehlte Politik im Hinblick auf die Nachhaltigkeit hat, wenn zum Beispiel das Klima auseinandergerät und wenn wir Hochwasserereignisse haben. Das haben wir dieses Jahr im Jahr von 300 Jahre Nachhaltigkeit beobachten können.

Wir können froh sein, dass wir in Rheinland-Pfalz Gott sei Dank davon nicht betroffen waren, zumindest nicht in dem Umfang wie andere, wir in der Vergangenheit Vorsorge getroffen haben und wir uns auch in Zukunft bemühen, Vorsorge zu leisten, um in diesem Bereich gut aufgestellt zu sein.

Das sind wir zum einen durch die Aktion Blau Plus, mit der wir nicht nur die Wasserwirtschaft sinnvoll gestalten, sondern auch ländlichen Räumen eine Perspektive geben und innerhalb unseres großen Landes ein Stück weit Solidarität üben. Wir sind aber auch gut aufgestellt, wenn es darum geht, wie wir der riesigen Aufgabe im Hinblick auf den Gewässerzustand begegnen.

Vom Kollegen Schmitt wurde angesprochen – das kann ich nicht nachvollziehen –, der Gewässerzustand sei ganz gut. Der Gewässerzustand ist sicherlich besser, als er noch vor Jahren war. Wir haben einen Berg von Aufgaben vor uns, weil wir insbesondere in Rheinland-Pfalz ein massives Nord-Süd-Gefälle haben. Wir müssen feststellen, dass der Artenreichtum in vielen Gewässern unseres Landes verheerend gering ist. Insofern ist die Frage von biologischer Vielfalt keine abstrakte Frage, die sich irgendwo in den Dschungeln dieser Welt stellt, sondern sie stellt sich ganz konkret vor Ort in Rheinland-Pfalz in unseren Gewässern, auf unseren Feldern, aber auch im Wald.

Wir haben im Bereich Forstpolitik ein spannendes Jahr hinter uns, und zwar nicht wegen dem Jubiläumsjahr, sondern weil es uns gelungen ist, dem Landesbetrieb eine gute Zukunft zu geben. Dazu gehört, dass nach Jahren eines massiven Personalabbaus in Zukunft jedes Jahr 35,5 neue Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für Landesforsten eingestellt werden können. Das ist eine maßvolle Politik der Neueinstellung, weil sie immer noch mit einem Personalabbau verbunden ist. Sie gibt dem Be-

trieb viele junge engagierte und motivierte Kollegen und eine Perspektive.

Es wurde eben kritisiert, dass der Abbau in der Vergangenheit überzogen gewesen sei. Ich glaube, wenn man es sich aus Haushaltsgesichtspunkten und aus den Interessen der Menschen in unserem Land anschaut, war das ein Abbau, den man vertreten kann. Er hat wehgetan, aber er hat dazu geführt, dass wir immer noch eine sehr leistungsfähige Forstverwaltung haben. Das ist eine Forstverwaltung, die heute sehr viel effizienter mit den Mitteln umgeht. Insofern glaube ich, dass es eine gute Kombination war, Personal in dieser Form abzubauen, aber jetzt wieder angemessen neu einzustellen. Ich bin mit den Lösungen, die sich auch in diesem Haushalt niederschlagen, sehr zufrieden. Ich glaube, diese machen beides. Sie sparen und sichern die Aufgabe in der Fläche.

## (Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Das Thema "Nationalpark" hat diesen Raum schon mehrfach bewegt. Es gab auch teilweise recht hitzige Debatten. Ich kann die Emotionen nachvollziehen; denn das Thema "Nationalpark" hat eine große Reichweite, und zwar zum einen, weil eine große Fläche betroffen ist. Das ist gewollt. Es soll ein großflächiger Schutz in der Fläche sein. Es ist aber auch eine Frage, die sich nicht wie normalerweise in politischen Zyklen mit fünf oder zehn Jahren befasst, sondern die Generationen betreffen wird.

Ich glaube, das ist ein Instrument, das sich bewährt hat, etabliert ist und in vielen Regionen parteiübergreifend Anerkennung genießt. Das ist in Rheinland-Pfalz leider in diesem Haus nicht der Fall. Hier haben wir einen Dissens zwischen der SPD und den GRÜNEN auf der einen und der CDU auf der anderen Seite. Wir können aber erfreut feststellen, dass zum Beispiel Ihre Kollegen im Saarland und die Menschen in der Region das Instrument Nationalpark anders bewerten.

Eine Bürgerbeteiligung, die beispielhaft war, hat dazu geführt, dass die Akzeptanz sehr groß ist. Sie ist nach meinem Empfinden für beide Teile groß, nämlich zum einen für das Instrument Nationalpark mit der Möglichkeit, die Natur zu schützen und der Wildnis ein Stück Raum zu geben, und auf der anderen Seite als Instrument, eine Region nach vorne zu bringen.

Ich finde, vor dem Hintergrund ist es in hohem Maße unfair – das ist genauso, wie das heute Morgen, beim Thema "Windenergie" mit dem Stichwort Geldgier der Fall war –, in den Raum zu stellen und auch nur anzudeuten, die Kommunalpolitiker seien per se käuflich, würden sich unter Druck setzen lassen und auf Versprechungen hereinfallen. Es sind auch Ihre Kolleginnen und Kollegen, die dafür die Hand heben. Vor dem Hintergrund lassen Sie doch diese Vorwürfe sein. Sie bringen an der Stelle überhaupt nichts. Lassen Sie uns gemeinsam dafür arbeiten, dass dieser Nationalpark ein Erfolg wird.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN) Zum Thema "Tierschutz" hat von der CDU noch kein Kollege etwas gesagt. Ich bin mir sicher, das kommt gleich in der entsprechenden Wertung. Rheinland-Pfalz bemüht sich seit langer Zeit um den Tierschutz. Auch der entsprechende Artikel in der Landesverfassung spricht dafür.

Wir haben über eine Reihe von Bundesratsinitiativen das Thema aufgegriffen. Es wird auch mit dem Verbandsklagerecht aufgegriffen. Bei allem Willen zu sparen, werden die Mittel im Haushalt für den Bereich Tierschutz beibehalten

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es gäbe noch viel zu sagen, aber ich möchte mich noch auf einen Punkt konzentrieren. Das ist das Thema: Wie gehen wir miteinander um? – Ich finde diese Zuspitzung, die gelegentlich von der CDU vorgenommen wird, durchaus nachvollziehbar. Eine Opposition möchte punkten. Aber die Art, wie gerade im Bereich Umwelt und Landwirtschaft das Klima gezielt vergiftet wurde, wie auch die Menschen, die von Landwirtschaft oder Forstwirtschaft abhängig sind, die dort ihr Geld verdienen, benutzt wurden, um Stimmung zu machen, ist daneben. Wir haben das beim Landeswaldgesetz erlebt. Wir haben es auch eben in Ihren Ausführungen erlebt. Wir erleben es, wenn Sie im Umweltbereich den Etat um 40 % kürzen wollen. Das ist verfehlt.

Ich glaube, die CDU hat eine große Tradition im Bereich Umwelt. Wenn ich ins Umweltministerium gehe, laufe ich häufig an dem Bild von Herrn Töpfer vorbei. Es ist logisch, dass die CDU in diesem Bereich Tradition hat, weil sie christliche Wurzeln hat. Das Element der Nächstenliebe, das Element der nächsten Generation sollte Ihnen so wichtig sein, dass Sie beim Thema "Umweltpolitik" noch einmal über Ihre Positionierung, über die Art nachdenken, wie Sie Konflikte an Stellen schüren, an denen diese Konflikte nicht hingehören.

Ich glaube, wir alle wollen gerade am Beispiel dieses Haushalts sachlich für die Menschen in unserem Land und für die nächste Generation im Sinne der Nachhaltigkeit arbeiten. In diesem Sinne bitte ich Sie ganz herzlich, Ihre Position noch einmal zu überdenken.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

## Vizepräsident Dr. Braun:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat der Abgeordnete Johnen das Wort. Sie haben noch fünf Minuten Redezeit.

### Abg. Johnen, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Herr Schmitt, einen Satz zu Ihnen. Sie haben viel Gutes und viel Neues erzählt. Nur: Das Gute war nicht neu, und das Neue war nicht gut.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Ihre Änderungsanträge, werte Kollegen der CDU, sind vor allen Dingen Kürzungen im Naturschutz und in der Landwirtschaft.

(Zuruf des Abg. Billen, CDU)

Sie haben die Grüne Woche wieder mit keinem Wort erwähnt. Stattdessen kürzen Sie Mittel für die Verbesserung der Marktposition von Bauern und Winzern. Es handelt sich zwar um denselben Titel, aber aus dem EGW finanziert steht dieser Titel in thematischem Zusammenhang. Sie sind also in einem Deckungskreis; von Ihnen hat man nichts gehört.

Ihnen scheint offenbar auch nicht immer ganz klar zu sein, welche Pflichtaufgaben vonseiten der EU zu erfüllen sind. Auch ist es Ihnen offensichtlich nicht immer klar, welche Auswirkungen Ihre Anträge haben, zum Beispiel die Erhöhung der globalen Minderausgaben. Einige Ihrer Deckblätter widersprechen sich. So werden Flurbereinigung und Ausgleichszulage aus der GAK finanziert. Eine Erhöhung bei der Flurbereinigung hat dann unweigerlich eine Kürzung des anderen zur Folge.

Noch einmal zurück zu Ihrer beantragten Erhöhung der globalen Minderausgaben.

(Zuruf des Abg. Billen, CDU)

– Da geht es insbesondere zulasten der freiwilligen Beteiligungen wie zum Beispiel in den Bereichen der Ernährungsaufklärung, Zuschüsse, Aktivitäten zur Verbesserung der Marktposition von Landwirten und Winzern und zur Stärkung der regionalen Vermarktung, Zuschüsse zur Förderung der Tierzucht und zur Erhaltung der genetischen Ressourcen, Zuschüsse zu landwirtschaftlichen Unternehmensberatungen.

Bei den freiwilligen Leistungen sind auch Kürzungen enthalten, zum Beispiel beim Besuch der "Slow Food", "Wein im Schloss" und vielen anderen Aktivitäten, die für Winzer, Landwirte und Landjugend sind. Auch Ihre angestrebten Erhöhungen in der einzelbetrieblichen Förderung in der Flurbereinigung sind dann betroffen, auch die von Ihnen beantragte Erhöhung dieser Ansätze, die Sie im Kapitel 142 haben, meine Damen und Herren von der CDU.

Sie wollen Maßnahmen zur Ernährungsaufklärung erhöhen. Förderung überbetrieblicher Zusammenarbeit, Zuschüsse an die Landwirtschaftskammer zur Erfüllung von Selbstverwaltungsaufgaben, Zuschüsse von landwirtschaftlichen Unternehmensberatungen. Zuschüsse von Investitionen an die AgroScience müssten zur Erwirtschaftung der erhöhten globalen Minderausgabe herangezogen werden. Faktisch kürzen Sie dann.

Auch die darüber hinaus beantragten Ansatzminderungen beim Kapital 14 22 von 1,4 Millionen Euro tragen dazu bei. Sie sollten den Bauern und Bäuerinnen, Winzerinnen und Winzern draußen auch sagen, dass Ihre beantragte Erhöhung und die zu erwirtschaftende globale Minderausgabe dazu führen, dass freiwillige Leistungen dort gänzlich entfallen müssen.

Also ist eine Unterstützung der Landwirtschaft und des Weinbaus damit in Rheinland-Pfalz in den Haushaltsjahren 2014 und 2015 definitiv ausgeschlossen.

Eine Bemerkung zu Ihrem Entschließungsantrag. Es stimmt, dass bei weniger werdenden Betrieben die einzelnen Betriebe größer und damit mehr Hektar pro Betrieb bewirtschaftet werden.

Sie stellen fest, dass nur große zusammenhängende Flächen ökonomisch und ökologisch effizient bearbeitet werden können, aber Sie vergessen leider wieder dabei, dass der Preis für das Produkt das entscheidende Kriterium ist, und der bestimmt maßgeblich den Gewinn und das Einkommen des Betriebes und nicht die Größe der Fläche.

(Zuruf des Abg. Billen, CDU)

– Das mag zwar bei Ihnen anders sein, aber wenn Sie für einen Doppelzentner Weizen 10 Euro bekommen, dann wird es sich nicht ändern, egal, ob Sie eine 10-Hektar-Fläche oder eine 1-Hektar-Fläche haben. Es ist auch immer der Preis entscheidend, was Sie für ein Produkt bekommen.

Nun weiß ich auch nicht, mit welchen Verbänden Sie gesprochen haben. Ich habe auf jeden Fall mit vielen über den Haushalt gesprochen. Ein Hauptanliegen – das vermisse ich bei Ihnen – bei der Landjugend – das möchte ich herausgreifen – war die Sicherung der Ausund Weiterbildung und der dazu notwendige Personalbedarf.

Wenn Sie sich unseren Entschließungsantrag anschauen, steht darin genau, dass wir eine Festschreibung, eine gute Aus- und Weiterbildung haben und bedarfsgerecht mit Personal ausfüllen wollen. Das vermisse ich bei Ihnen. Stattdessen kommen immer nur diese Forderungen nach mehr Geld, die wir nicht erfüllen können. Sie haben auch die GAP angesprochen. Darauf möchte ich gar nicht eingehen, denn das haben die Kollegen schon gemacht.

Liebe Kolleginnen und Kollegen der CDU, ich würde Ihnen auf jeden Fall empfehlen:

(Glocke des Präsidenten)

Stimmen Sie unseren Anträgen zu. Dann tun Sie den Landwirten viel Gutes. Wir lehnen Ihre Anträge ab.

Vielen Dank.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

## Vizepräsident Dr. Braun:

Als Gäste auf der Zuschauertribüne begrüße ich eine CDU-Ortsgruppe aus Waldsee, die in zwei Gruppen geteilt ist; der erste Teil der Gruppe ist hier. Seien Sie herzlich willkommen im Landtag!

(Beifall im Hause)

Gibt es weitere Wortmeldungen? – Eine Wortmeldung von der Fraktion der CDU, der Abgeordnete Schmitt. Bitte schön.

## Abg. Schmitt, CDU:

Danke schön, Herr Präsident! Nur noch ein paar Erwiderungen auf das, was Kollege Hartenfels, Kollege Johnen und Kollege Hürter gesagt haben.

Warum ist es so, dass sich die CDU-Fraktion beschwert, dass die einseitige Bevorzugung der Umwelt- und Wasserwirtschaft in diesem Haushalt und die einseitige Benachteiligung von Landwirtschaft, Weinbau und Forsten so herausgestellt wird?

Sie brauchen doch nur auf Ihre eigenen Anträge zu schauen, Frau Ministerin. Die Förderung der benachteiligten Gebiete – ist Landwirtschaft – wird gestrichen. Junglandwirteförderung – ist Landwirtschaft – wird gestrichen. Grüne Woche – ist Landwirtschaft – wird gestrichen.

(Frau Klöckner, CDU: Ja!)

Marketing Waldwegebau – ist Forst – wird gestrichen.

(Frau Klöckner, CDU: Ja!)

Waldkalkung wird gestrichen. AgroScience, eine gute Forschung für Weiterentwicklung der Landwirtschaft, wird gestrichen.

(Frau Klöckner, CDU: Ja!)

Flurbereinigung wird heruntergefahren. Landwirtschaftskammer wird um 100.000 Euro gekürzt.

Alles im landwirtschaftlichen Bereich, wie auf der anderen Seite, Frau Ministerin, beim Wasser, Abwasser sehr viel Geld eingesetzt wird.

(Zuruf des Abg. Dr. Weiland, CDU)

Das ist okay, aber wenn man in den Haushalt schaut, gibt es Ausgabereste, also ist sehr wenig von dem Geld ausgegeben worden. Da wurden viele Projekte hier hoch gelobt, aber umgesetzt wurden sie scheinbar nicht. Sonst gäbe es nicht so viele Reste im Haushalt.

(Beifall der CDU)

Die Wassersteuer. Es war Kollege Hartenfels. Von den 26 Millionen Euro Einnahmen, die da sind, ist kaum etwas ausgegeben worden.

(Dr. Weiland, CDU: Ja!)

Hier heißt es "lauter gute Maßnahmen". Da werden 800.000 Euro in Weilerbach erwähnt, und dafür stehen die ganzen Millionen noch im Haushalt und werden in den nächsten Haushalt verschoben.

(Dr. Weiland, CDU: Ja!)

Dann hier zu sagen, welche gute Maßnahmen damit gemacht werden, Kollege Hartenfels, Sie müssen einmal in Ihren eigenen Haushalt schauen, dann sehen Sie, wie die Gelder dort stehen und nicht umgesetzt werden.

(Beifall der CDU)

Da wäre es doch dringend nötig, dass Sie Ihre Regierung ein bisschen jagen. Dann soll sie die Maßnahmen, die sie einsetzt, auch umsetzen. Aber es wird nur in der Landwirtschaft gekürzt, und es wird draufgesattelt bis zum "Geht-nicht-mehr". Das macht die CDU nicht mit.

Danke schön.

(Beifall der CDU)

#### Vizepräsident Dr. Braun:

Es gibt eine Kurzintervention des Herrn Kollegen Hürter. Herr Hürter, bitte sehr.

#### Abg. Hürter, SPD:

Herr Kollege Schmitt, ihre Liebe für den Wassercent war bei den Beratungen begrenzt. Sie haben sich damals entschieden dagegen gewehrt, dass in Rheinland-Pfalz ein Wasserentnahmeentgelt eingeführt wird, obwohl alle anderen Länder oder die große Zahl anderer Länder, auch CDU-geführte Länder, dieses Instrument seit Langem erfolgreich nutzen. Auch hier wieder so ein Fall, bei dem Sie in diesem Hause eine ganz andere Position einnehmen – dies sehr schwach begründen; das ist eigentlich das Entscheidende –, als dies die CDU in anderen Ländern tut.

Jetzt bekommen Sie das Kunststück hin, dass Sie zum einen den Ansatz des Wassercents, auf welcher Grundlage auch immer, erhöhen. Das ist das erste Kunststück.

(Zuruf des Abg. Schmitt, CDU)

Dann geben Sie das Geld, das Sie auf diesem Weg gewonnen haben, doppelt aus. Sie geben es aus für den Bereich, für den es bereits aufgewendet wird, für den Deckungsvorschlag, den sie damit verwenden, und das Ganze – da wird es wirklich irrig – jenseits der Zweckbindung, die dieses Gesetz vorsieht. Ich finde, das ist wirklich daneben.

Sie werden jetzt argumentieren, die Vorauszahlungen im Bereich Wassercent seien doch so hoch, dass damit die 26 Millionen Euro, die Sie vorschlagen, gedeckt sind. Aber genau das ist das Problem. Es sind erst einmal nur Vorauszahlungen. Sie wissen auch, wenn die Spitzabrechnung kommt, wird dieser Betrag mit hoher Wahrscheinlichkeit niedriger sein. Insofern gebieten es die Haushaltswahrheit und -klarheit und das Vorsichtsprinzip, an der Stelle den Betrag anzusetzen, den die entsprechende Verwaltung ermittelt hat, und das ist eine Prognose.

Die kann ein bisschen falsch sein, die kann auch durchaus 1 Million darunter oder darüber liegen, sie wird aber

sicherlich nicht in der Dimension liegen, die Sie ansetzen. Insofern ist das einer der albernsten Deckungsvorschläge, die ich je in diesem Hause gehört habe.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

### Vizepräsident Dr. Braun:

Herr Abgeordneter Schmitt hat die Gelegenheit zur Antwort.

#### Abg. Schmitt, CDU:

Nur eine Frage an Herrn Kollegen Hürter. Wie kommen Sie darauf, dass wir die Ansätze gekürzt hätten?

Im Haushalt stehen für die Wassersteuer 26 Millionen Euro. Das hat das Ministerium auch erklärt. Es sind mehr Einnahmen, als wir geschätzt haben. Im neuen Haushalt stehen aber nur 20 Millionen Euro. Also die 6 Millionen Euro werden glatt für eine andere "Spielwiese" unterschlagen.

(Staatsministerin Frau Höfken: Vorauszahlung! – Zuruf des Abg. Hürter, SPD)

Dass wir die Einnahmen an das Ist von 2013 angleichen, ist doch

(Dr. Weiland, CDU: Dringend notwendig!)

 dringend notwendig, Herr Kollege Weiland, danke schön – dringend notwendig wegen der Haushaltswahrheit und -klarheit.

Sonst würden die 6 Millionen Euro, die zusätzlich kommen, wieder irgendwo anders eingebaut.

(Beifall bei der CDU)

## Vizepräsident Dr. Braun:

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen von Abgeordneten vor. – Frau Ministerin, Sie haben das Wort.

# Frau Höfken, Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft, Ernährung, Weinbau und Forsten:

Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich bin schon etwas erschüttert über die Debattenbeiträge vonseiten der CDU; denn ich kann nur wiederholen, was meine Kollegin Frau Ahnen eben gesagt hat.

Herr Schmitt, an Ihnen sind die letzten Jahre schlichtweg vorbeigegangen. Öffentliches Geld für öffentliche Leistungen, raten Sie einmal, von wem das stammt? –

Das ist das Leitbild der Europäischen Agrarpolitik und im Übrigen im Trilog zustande gekommen, in dem Ihre Bundesregierung gesessen hat. Nicht, dass Sie das wieder verwechseln. Also schreiben Sie sich das selbst

(Zuruf des Abg. Schmitt, CDU)

Das Zweite betrifft Ihre Anträge. Ich mache jetzt fast 20 Jahre Agrarhaushalt auf verschiedenen Ebenen. Ich habe noch nie solche Anträge gesehen. Nicht nur, dass sich die Mittelverteilung überhaupt nicht geändert hat. Sie ignorieren sämtliche Rechtsgrundlagen, übrigens auch Anmeldefristen.

Beim Wassercent handelt es sich, nachdem die Rechtsgrundlage seit dem 31. Juli vorhanden ist, um eine Vorauszahlung. Wir werden dann sehen, wie viel sich davon realisiert. Aber das ist eine Diskussion, die sich nicht nur auf diese Bereiche bezieht. Ich finde, die CDU verliert enorm ihre Glaubwürdigkeit mit dem, was sie hier abliefert.

Ich will konkret auf ihre Redebeiträge zurückkommen. Der Nationalpark als ein solches Stichwort. Es ist schon mit vielen guten Beiträgen auch von den Koalitionsfraktionen intensiv diskutiert worden. Aber mir ist wichtig, was das Thema "Glaubwürdigkeit" angeht; denn ich denke, wir haben schon Anspruch auf eine verlässliche Opposition.

Es ist gerade 14 Tage her, da hat Frau Klöckner in der Verantwortung für den Umweltbereich des Koalitionsvertrages, nämlich auf Seite 119, die Aussage verabschiedet, die nationale Biodiversitätsstrategie wird umgesetzt, das heißt, 10% des öffentlichen Waldes wird zur Wildnisfläche. Dann geht es weiter: Die Zusagen zum internationalen Biodiversitätsschutz werden eingehalten: Das ist der Nationalpark!

(Licht, CDU: Es kann der Nationalpark sein! Das ist die falsche Auslegung! – Weitere Zurufe von der CDU)

Das heißt, gleichzeitig wird bei einer solchen Zusage in einem Vertrag, der noch warm ist, genau dieser Vertrag schon wieder gebrochen. Das ist doch ein "fleischgewordener Vertragsbruch". Ich finde, da zeigen Sie keine Verantwortung.

Oder was Sie gerade wieder gesagt haben. Es ist völlig absurd. BASF und Limburgerhof, die Verlagerung der Agrogentechnik. Wer hat denn in Deutschland den Anbau gentechnischer Pflanzen beendet, und zwar 2009? Jetzt raten Sie einmal, wer das war. – Ihre Bundesregierung. Wer war die Staatssekretärin? – Frau Klöckner.

(Heiterkeit bei SPD und BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN – Zuruf der Abg. Frau Klöckner, CDU)

Das Nächste ist die Ersatzaufforstung.

(Zuruf der Abg. Frau Klöckner, CDU)

Nein, es war nicht nur die Amflora, es war die Untersagung des einzigen kommerziellen Produktes, und zwar auf wissenschaftlicher Grundlage.

Ich kann die Ausschusssitzungen noch zitieren.

Auf wissenschaftlicher Grundlage war es das Verbot von MON 810, was den kommerziellen Anbau in Deutschland glücklicherweise gänzlich beendet hat. Ich will es gar nicht kritisieren.

Herr Schmitt, nun zur Ersatzaufforstung. Am 27. September 2011 gab es von Ihrer Fraktion im Umweltausschuss die Aussage, die Herr Hürter schon angebracht hat, dass landwirtschaftlich genutzte Fläche nicht weiterhin für Windanlagen im Wald als Ausgleich genutzt werden soll. Das sei unnötiger Flächenverbrauch. Jetzt machen wir das, was Sie gewollt haben. Ich habe da noch eine andere Position vertreten. Wir machen das, was Sie gewollt haben, und was ist das dann? – "Ein Aufgeben der Walderhaltung."

Ich sage, Sie müssten sich doch schon in Verantwortung zu dem stellen, was Sie selbst fordern und selbst tun, und zwar auf allen Ebenen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Ich finde, so kann man für ein Land nicht Politik machen. Ein Landtag ist kein Zirkuszelt.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Zum Naturschutz. Sie streichen im Widerspruch zu Ihren eigenen Aussagen auf der Bundesebene jeden Cent für den Nationalpark zulasten der Menschen vor Ort, zulasten der Natur. Ich will noch einmal sagen, Biodiversität heißt, Bewahrung unseres nationalen Naturerbes, unserer Heimat. Das ist ein hohes Ziel, und zwar sowohl der Bundesregierung als auch der Europäischen Union.

Ich bin froh, dass die CDU auf der kommunalen Ebene über diese Frage ganz anders, nämlich viel sachlicher diskutiert. Im Saarland – gerade erwähnt – hat Frau Kramp-Karrenbauer – im Übrigen auch von der CDU –, als wir 2012 eine gemeinsame Kabinettssitzung hatten, gesagt, dass es hervorragende Chancen gibt, einen erfolgreichen und bundesweit herausragenden Nationalpark zu begründen, um Modellprojekt für eine nachhaltige Entwicklung zu sein. Das ist die Aussage einer CDU-Ministerpräsidentin, und zwar einer, die gerade mit uns gemeinsam diesen Nationalpark machen will.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Ich darf noch ein Zitat aus der "Nahe-Zeitung" ergänzen, die Ihnen nicht ganz unbekannt sein dürfte. Ein CDU-Kreistagsabgeordneter: Beispielhaft war die Beteiligung in all den Jahren. In der Kommunalpolitik habe er noch kein einziges Projekt mit so viel demokratischer Beteiligung erlebt. – Das sind die Stimmen vor Ort.

Ich denke, es gibt eine sehr positive Entwicklung. Ich bin froh und hoffe darauf, dass wir diesen Nationalpark im nächsten Jahr in die nächste Phase bringen können. Ich will an dieser Stelle aber auch noch etwas tun und mich Herrn Hürter anschließen.

Ich möchte Sie ganz herzlich einladen, nach dieser Abstimmung an einem Strang mit uns, mit der Region und der Bundesregierung zu ziehen, um diese Projekte zu realisieren, dass wir vielleicht dazu kommen, gemeinsam daran zu arbeiten, dass es etwas Gutes für die Region und unser Land wird.

Ich hoffe darauf, dass diese Art der Auseinandersetzung beendet ist.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Herr Baldauf ist leider nicht mehr hier.

(Frau Klöckner, CDU: Er kommt schon wieder!)

Herr Baldauf hat die Umwelt- und Naturschützer sehr umarmt, aber im Hinblick auf die Deckblätter, die Sie erstellt haben, bedeutet das eher ein Totdrücken wie bei einer Python; denn die CDU will die Naturschutzmaßnahmen quasi in Gänze streichen. Herr Hartenfels hat schon vieles dazu gesagt.

Ich will noch einmal ganz deutlich machen, wir haben 517 Naturschutzgebiete, 177 Natura 2000-Flächen und eine EU-rechtliche Verantwortung zur Umsetzung der Bewirtschaftungspläne.

Ich war vor Kurzem beim Waldbauverband. Dieser hat gerade seine Erwartungen geäußert, dass hier die naturschutzvertraglichen Regelungen wirklich finanziert werden. Die streichen Sie aber in voller Länge. Dann stellen Sie sich einmal zu Herrn Fischer und erklären ihm das, was Sie vorhaben.

Im Übrigen würde das, was Sie machen, heißen, dass damit weniger ELER-Mittel abgerufen werden können. Das steht im Gegensatz zu den Forderungen, die Sie immer an uns richten, was die Ausschöpfung der EU-Mittel angeht.

Bei den Naturparken gerieren Sie sich jetzt als Retter. Dabei ist das längst geregelt. Die Fraktionen haben das klargestellt. Gelder für die Naturparke waren immer gegeben, zusätzlich gibt es noch eine Stärkung im institutionellen Bereich.

Ich denke, Sie sollten sich die Abstimmung an diesem Punkt gut überlegen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Zu Landwirtschaft und Weinbau: Mit großer Verwunderung habe ich Ihre Haushaltsanträge gesehen. Das heißt in der Umsetzung massive Kürzungen, die Sie in diesem Bereich machen wollen. Ich begreife nicht, wie Sie das tun können, um hier dann aufzutreten und zu kritisieren, wir hätten gekürzt.

Kommen wir dazu, dass wir dann die Gegenfinanzierung der EU und die Bundesmittel nicht mehr haben: das heißt, die Kürzung von konkreten Projekten, die Herr Johnen gerade schon alle aufgezählt hat, von der Tierzucht bis zum Steillagenweinbau.

Am Beispiel des Steillagenweinbaus möchte ich noch einmal etwas sagen. Ich war schon ganz begeistert, als ich die Pressemittelung von Frau Klöckner vom 14. November gelesen habe. In Bezug auf den Koalitionsvertrag steht dort, wir haben uns auf die Förderung des Steillagenweinbaus geeinigt und auch auf den Schutz traditioneller Begriffe im Weinbau.

Ich habe gedacht, oh klasse. Dann habe ich weiter hineingeschaut und musste am 27. November lesen, der deutsche Weinbau hat eine wichtige Rolle für die Erhaltung einer typischen Kulturlandschaft – das ist wirklich eine tolle Aussage –, und wir unterstützen die deutschen Winzer bei der Ausrichtung auf erfolgreiche Qualitätsausrichtung. Von Steillagenweinbau steht dort nichts.

(Frau Klöckner, CDU: Sie wissen doch, wie das stattfindet! Herr Hartloff kann das mitbringen, er hat das Papier! Informiert ihr euch nicht untereinander?)

Ich finde, es wäre es doch wert gewesen, wenn wir zu einer wirklichen Unterstützung gekommen wären.

Viel schlimmer ist noch das, was herausgefallen ist, nämlich die Erhöhung von 200 Millionen Euro für die Gemeinschaftsaufgabe. Das sind Erhöhungen, die die Umweltminister- und die Agrarministerkonferenzen gemeinsam beschlossen haben.

Man kann dann nur sagen, der Berg kreißte und gebar noch nicht einmal ein Mäuschen. Wir haben die Situation, dass in den letzten zwei Jahren die Gemeinschaftsaufgabe um 100 Millionen Euro von der Bundesregierung gekürzt wurde.

Das ist ein historischer Tiefstand. Das bedeutet für Rheinland-Pfalz jedes Jahr 10 Millionen Euro weniger im Agrarbereich, Herr Schmitt. Dazu müssen Sie sich verantworten, auch ganz persönlich. Das bedeutet 70 Millionen Euro in der Förderperiode, die fehlen.

Noch einmal zur GAP: Der Unterschied zwischen Ihnen und mir ist, mit mir und den GRÜNEN sind 100 Millionen Euro mehr in der Förderperiode herausgekommen. Das ist der Unterschied. Hier zählt das Ergebnis.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Wir haben jetzt trotz einer Absenkung auf EU-Ebene in diesem Bereich eine Stabilität, aber – wie Herr Wehner das auch schon geschildert hat – wir haben immer noch die Deckungslücke, und das liegt an der Kürzung der Gemeinschaftsaufgabe durch Sie. Das können Sie aber noch heilen; denn ich denke, die Haushaltsberatungen auf Bundesebene stehen bevor. Da möchte ich gern ein Ergebnis sehen.

Zur Grünen Woche: Dazu haben Sie keine Mittel eingestellt, immerhin, also können wir sagen, das fanden wir gemeinsam vernünftig. Aber vergessen Sie das nicht, wenn die Grüne Woche dann im Januar anfängt; denn Sie haben doch ein etwas kurzes Gedächtnis.

Zu Wald und Forst: Trotz Sparhaushalt haben wir hier Zuführungsbeträge in Höhe von 61,3 Millionen Euro.

Das ist eine beachtliche Summe. Wir haben auch eine positive Holzpreisentwicklung, die die Forstwirtschaft noch einmal unterstützt.

Wir verfolgen weiterhin die Ziele unserer naturnahen Waldwirtschaft, stellen die Ressourcen für die Wirtschaft bereit, führen das Holzcluster fort, stehen zum Gemeinschaftsforstamt und haben gemeinsam mit dem Finanzminister und den Abgeordneten der Koalitionsfraktionen eine zukunftsfähige Ausstattung auch beim Personal erreicht. Das war keine leichte Sache.

Ich denke, das ist eine gute Ausgangsbedingung dafür, dass gerade unser Landesbetrieb und der Bereich Wald und Forst gut in die Zukunft blicken kann.

Wir stärken mit der FSC-Zertifizierung, mit dem Biotopbaumkonzept und natürlich mit dem Nationalpark den Naturschutz im Wald. 300 Jahre Nachhaltigkeit, das sind drei Säulen: ökologisch, ökonomisch und sozial. Damit erfüllen wir gesellschaftliche Aufgaben einerseits des Staatswaldes, unterstützen aber andererseits in Partnerschaft den Privatwald und den Kommunalwald. Das geht nur, wenn man das auch bei der Jagd ordentlich regelt.

Jetzt komme ich zum Wasserbereich. Ich glaube, es wäre ganz sinnvoll gewesen, hätten Sie intensiver ins Gesetz geschaut, nicht nur, dass dort eine eindeutige Zweckbindung enthalten ist, die Sie schlicht und ergreifend übergangen haben, sondern es ist auch eine ganz wichtige Forderung der Kommunen, der Wirtschaft und der Wasserwirtschaft. Das haben Sie einfach ignoriert.

Es wäre auch klug gewesen, Sie hätten gemerkt, dass das Wasserentnahmegeld aus den geleisteten Vorauszahlungen der Wasserentnehmer resultiert, die erst zum 1. Juli 2013 erstmals zu leisten waren. Die gesetzlich determinierte zweckgebundene Verwendung ist durch die Neufassung der Förderrichtlinien zum 22. Juli 2013 in Gang gebracht worden.

Jetzt kann man rechnen und sagen, das ist erst wenige Wochen her, sodass Sie mit Ihren ganz Luftschlössern vielleicht etwas anderes hätten sagen können, wenn Sie vorher in dieses Gesetz hineingeschaut hätten.

Der Wassercent: Was noch viel wichtiger ist, Sie leugnen den Mittelbedarf. Sie sagen, Abwasserleitungen, Kläranlagen und die Versorgung der Bevölkerung mit Trinkwasser wären eine Spielwiese. Vielleicht für Sie, aber nicht für die Menschen und die Gemeinden, die davon betroffen sind.

Wir haben hier die wichtige Aufgabe, unsere Infrastruktur im Wasserbereich für die Menschen bezahlbar zu machen. Das tun wir auch mithilfe des Wassercents.

Gehen Sie einmal zu denjenigen, die in ländlichen Regionen wohnen, so wie ich in der Eifel, was da für Kosten auf einen Vier-Personen-Haushalt zukommen, die fast schon an ein Monatseinkommen grenzen, wenn man sich allein die Abwassergebühren anschaut.

Hier haben wir etwas gemacht. Wir haben diesen Bereich so gestaltet, dass wir die Förderung in diesen ländlichen strukturschwachen Regionen für die Abwas-

serbeseitigung verstärkt haben. Wir haben auch die Förderung von Kleinkläranlagen gestärkt, sodass nicht jedes Gehöft angeschlossen werden muss und dabei riesige Kosten für die Betriebe und für die Bevölkerung entstehen. Wir haben die Menschen damit enorm entlastet

# (Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Wasserrahmenrichtlinie: Das ist ebenfalls eine gesetzliche Aufgabe. Bis 2015 haben wir hier einen Investitionsbedarf von etwa 480 Millionen Euro. Das ist nicht etwas, was man ignorieren kann, sondern dazu sind wir EUrechtlich verpflichtet.

Hochwasserschutz: Den gibt es für Sie scheinbar gar nicht. Der Bedarf liegt bei 500 Millionen Euro. Das ist genau der Punkt. Hier hatte die Bundesregierung zugesagt, und alle Länder hatten sich darauf verständigt, dass zum Zwecke des Hochwasserschutzes die Gemeinschaftsaufgabe ebenfalls erhöht wird. Auch dazu steht im Koalitionsvertrag nichts.

Es ist so, die Bundesregierung unterstützt nur den Bau von Poldern an den Bundeswasserstraßen, nicht aber die Unterhaltung der Deiche, nicht den vorsorgenden Hochwasserschutz. Ich denke, es ist allemal billiger, für Vorsorge zu sorgen, als hinterher Milliarden-Schäden bezahlen zu müssen, wie wir das gerade alle im sogenannten Solidaritätsfonds für das Frühjahrshochwasser in diesem Jahr tun müssen.

Also, ich glaube, in diesem Bereich gibt es noch viel zu tun.

Ich möchte noch ein ganz naheliegendes Beispiel ansprechen, nämlich die Nitratbelastung, die wir auch in unserem Bereich haben. Auch diesbezüglich besteht ein extremer Handlungsbedarf, und dies ist ein Bereich, in dem wir den Wassercent einsetzen werden. Das ist das Programm "Gewässerschonende Landwirtschaft", das heißt, mit diesem Programm unterstützen wir unsere Landwirtschaft darin, die Emissionen zu reduzieren. Das ist Geld, das auch in die Landwirtschaft fließt und das Sie streichen wollen. – Ich wünsche Ihnen viel Spaß in der Auseinandersetzung!

Der Einzelplan 14 hat wichtige Aufgaben der Nachhaltigkeit zu erfüllen, und zwar ökonomisch, was den Rückhalt für die Landwirtschaft, den Weinbau, die Forstwirtschaft und die Wasserwirtschaft angeht. Damit leisten die Landesregierung und dieser Einzelplan sehr viel für die Entwicklung der ländlichen Räume.

Der Einzelplan ist sozial. Wir haben dafür zu sorgen und möchten dies auch weiterhin tun, dass in der Daseinsvorsorge die Infrastruktur bezahlbar bleibt, wir gutes Wasser überall vorfinden genauso wie bezahlbare Gebühren, wir gutes Essen haben, eine gute Umwelt haben und es weniger Lärm gibt. Im Ökologiebereich ist es wichtig, Naturschutzziele genauso wie den Tierschutz umzusetzen, aber natürlich auch dem ökologischen Landbau eine Chance zu geben. Das gehört dazu, und ich bin sehr froh, dass wir diese Aufgabe mit diesem Haushalt erfüllen können.

Ich möchte mich zum Schluss noch bei all denen bedanken, die in diesen Bereichen arbeiten, im Umwelt- und im Landwirtschaftsbereich, im Weinbau und im Forstbereich, ich bedanke mich aber auch ganz herzlich bei den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen meines Hauses, natürlich insbesondere im Haushaltsreferat, aber auch bei allen anderen, die im Moment Unglaubliches leisten, was beispielsweise die Entwicklung im Nationalpark angeht. Ich bedanke mich aber auch bei den Fraktionen dafür, dass sie diese Haushaltsdebatte führen und vorbereitet haben.

Vielen Dank.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

## Vizepräsident Dr. Braun:

Zu einer Kurzintervention hat Frau Abgeordnete Schneider das Wort.

#### Abg. Frau Schneider, CDU:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Ministerin, ich möchte zu einer Aussage von Ihnen Stellung nehmen bezüglich des Forschungsinstituts AgroScience und einer angeblichen Handlung meiner Fraktionsvorsitzenden Julia Klöckner.

Wir als CDU-Fraktion waren immer für einen bedachten Umgang mit der grünen Gentechnik, aber wir haben keine ideologischen Scheuklappen auf wie BÜND-NIS 90/DIE GRÜNEN; dennoch haben wir in der Vergangenheit immer zur Kenntnis genommen, dass der Verbraucher zum Teil Angst vor gentechnisch veränderten Lebensmitteln hat.

Aber wir haben uns dennoch immer dafür eingesetzt, dass in Deutschland die Gentechnikforschung eine Zukunft hat und auch in Rheinland-Pfalz die grüne Gentechnikforschung eine Zukunft hat.

## (Beifall der CDU)

Deshalb haben wir uns massiv gegen den im Koalitionsvertrag formulierten Grundsatz des gentechnikfreien Landes Rheinland-Pfalz artikuliert.

Frau Ministerin, Sie gefährden mit Ihrer Politik am Standort des Instituts AgroScience in Neustadt nicht nur Arbeitsplätze, sie gefährden auch, dass Know-how verloren geht,

(Beifall der CDU)

und dies aus rein ideologischen Gesichtspunkten.

Wir wissen, dass Verträge storniert werden mussten, seit Sie in der politischen Verantwortung stehen. Wir wissen auch, dass Sie verfügen wollten, dass transgene Reben zerstört werden.

(Staatsministerin Frau Höfken: Was?)

Dies ist letztendlich, wie mir die Forscher gesagt haben, daran gescheitert, dass sie ihren Eigentumsvorbehalt in den Vordergrund gestellt haben.

Ich war vor einigen Wochen bei einem Symposium in Frankfurt, wo es um das Thema "Grüne Gentechnik" ging, und ich habe mich ein wenig darüber gewundert, dass niemand aus Rheinland-Pfalz daran teilgenommen hat.

Meine Nachfragen haben ergeben, dass die Landesregierung Wissenschaftlern aus Rheinland-Pfalz untersagt hat, an Symposien teilzunehmen, bei denen Referenten über transgene Forschung referieren.

(Frau Klöckner, CDU: Wahnsinn! – Zuruf von der CDU: Nicht zu fassen!)

Sehr geehrte Frau Ministerin, wenn dies nicht stimmt, dementieren Sie es hier, aber das hat etwas mit ideologischer Politik zu tun, und damit gefährden Sie in Rheinland-Pfalz Arbeitsplätze, und damit gefährden Sie den Wissenschaftsstandort Rheinland-Pfalz, und dies aus rein ideologischen Gründen.

(Beifall der CDU)

Das ist das Problem, das wir als CDU mit Ihrer Politik haben, egal, ob es Landwirtschaftspolitik ist oder ob es Weinbaupolitik ist, egal, ob es um die grüne Gentechnik geht, Sie sind ideologisch verblendet und versuchen somit, das Ministerium umzubauen, und wir in Rheinland-Pfalz müssen darunter leiden.

(Beifall der CDU)

## Vizepräsident Dr. Braun:

Frau Umweltministerin Höfken hat nun die Gelegenheit zur Antwort.

# Frau Höfken, Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft, Ernährung, Weinbau und Forsten:

Das finde ich einen interessanten Beitrag,

(Frau Klöckner, CDU: Wir auch!)

zumal in diesem Jahr vonseiten der alten Bundesregierung – Sie wissen, wer die Kanzlerin ist und wer die Ministerin war; CDU, CSU, FDP – kein einziger Freisetzungsversuch mehr stattgefunden hat in der gesamten Bundesrepublik Deutschland. Sie wurden alle gestoppt!

Ich habe übrigens gar nichts zu AgroScience gesagt, ich habe etwas zu Limburgerhof gesagt.

Generell im Bereich der grünen Gentechnik, wie Sie ihn nennen – wir sprechen von Agrogentechnik – hat die gleiche Bundesregierung aus CDU und CSU, die ich soeben erwähnt habe, ganz klar aus wissenschaftlichen Gründen im Jahr 2009 jeglichen kommerziellen Anbau in Deutschland gestoppt.

Was die Rebenforschung angeht, das ist Geilweilerhof. Das ist eine Bundesforschungsanstalt,

(Frau Schneider, CDU: Haben Sie das in Neustadt angeordnet?)

und wenn Sie sich recht erinnern, hat der Geilweilerhof seine Forschung beendet, weil man kein Ergebnis hatte und man keinen Sinn mehr darin gesehen hat, diese auch weiterhin fortzuführen.

Wenn Sie doch so vehement die Ideologie kritisieren, dann finde ich, Sie sollten das der Vollständigkeit halber auch für alle CDU-Minister dieses Landes tun und damit eben auch für die Bundesregierung, und dann können wir einmal weitersehen, was die Verbraucher und Verbraucherinnen und die Bürger und Bürgerinnen davon halten.

Vielen Dank.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD – Frau Schneider, CDU: Sie haben jetzt nichts zu Ihren Anordnungen gesagt, Frau Ministerin!)

## Vizepräsident Dr. Braun:

Das Wort hat nun Herr Abgeordneter Billen für die Fraktion der CDU. Sie haben noch eine Redezeit von 9 Minuten und 30 Sekunden.

### Abg. Billen, CDU:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Ministerin, es ist eigentlich schade, dass Sie die Frage der Kollegin Christine Schneider nicht beantworten.

(Beifall bei der CDU – Frau Schneider, CDU: Ja!)

Bei aller Liebe zur Weltpolitik und zur Deutschlandpolitik – die Rheinland-Pfalz-Politik überlassen Sie leider Ihrem Staatssekretär, aber das ist eine andere Frage –, aber man muss doch die Frage beantworten können, ob man in Neustadt angeordnet hat, transgenes Material zu vernichten.

(Frau Schneider, CDU: Ja!)

und es nicht hinbekommen hat, weil die Wissenschaftler ihr Eigentumsrecht geltend gemacht haben,

(Frau Schneider, CDU: So ist es!)

und ob man angeordnet hat, dass Wissenschaftler aus Rheinland-Pfalz keine Veranstaltungen besuchen dürfen, auf denen es darum geht. Diese Frage muss man doch beantworten können. Dass Sie die Frage vielleicht persönlich nicht beantworten können, das mag durchaus sein, aber das halbe Haus sitzt doch hintendran. Irgendeiner muss doch die Frage beantworten können, ob es so ist oder nicht.

(Beifall der CDU)

Auf diese Fragen hätten wir sehr gern noch heute eine Antwort, weil das schon einiges deutlich macht.

Es macht auch einiges deutlich in der Art und Weise, wie Sie in Rheinland-Pfalz Landwirtschafts-, Weinbau-, Forst- und Umweltpolitik betreiben.

Man kann über vieles in aller Ruhe streiten, und viele Wege führen nach Rom. Aber man kann nicht darüber streiten, dass man in Haushaltsansätzen Geld für bestimmte Politikbereiche zur Verfügung stellt oder nicht.

Frau Ministerin Höfken kennt die Verhandlungen, bei denen sie selbst gescheitert ist mit 15 %, aber es blieben noch 4 %. Ich weiß, das ist für das Publikum und für 90 % der Mitglieder des Landtags alles sehr schwierig, aber das sind nun einmal Begriffe aus der Fachwelt.

Sie wissen genau, dass Sie mit den 4 % Ausgleichszulage bezahlen können. Das steht ausdrücklich darin. Dann kommen Sie doch bitte nicht auf die Idee und versuchen zu sagen, die CDU fordert Kürzungen bei den Bauern in allen Formen.

(Staatsministerin Frau Höfken: Ja, das stimmt doch!)

- Nein, das ist nicht wahr. Sie wissen es auch.

Jetzt komme ich zu dem, was eigentlich in unserem Haushaltsantrag steht. Bei aller Liebe, wenn wir bei Messen Geld einsetzen, müssen wir nicht erwähnen, dass wir damit die Grüne Woche meinen.

Ich dachte, bei dem Thema "Grüne Woche" wären wir uns bei dem riesigen Betrag, den wir in den Haushalt geben, einig, dass wir die Grüne Woche dann im nächsten Haushaltsjahr machen. Aber gut, wir können es noch einmal betonen. Wir können es auch noch als Antrag ergänzen.

Wir wollen in der Landwirtschaft erstens festlegen, dass aktive Bauern auch eine einzelbetriebliche Förderung bekommen, damit sie ihren Betrieb strukturell wettbewerbsfähig weiterentwickeln können. Das ist ein entscheidender Punkt.

Frau Höfken, wissen Sie, was das ist? – Das habe ich mir gedacht. Vielleicht hören Sie besser zu. Aktive Bauern, einzelbetriebliche Förderung. Diese sollte so gestaltet werden, dass die Bauern, die ihre strukturelle Entwicklung machen, auch den Rucksack, den sie da mitschleppen, bezahlen können, dass sie das packen.

Der zweite Punkt, der wichtig ist, ist die Bodenordnung. Herr Kollege Johnen, es hat in den Kenntnissen der Wirtschaft nichts geholfen, dass Sie in die Vulkaneifel umgezogen sind. Wer Bauer ist, der muss wissen, dass ich auf einer größeren Fläche um ein Drittel bis zur Hälfte im Spritverbrauch und im Verbrauch von Maschinen betriebswirtschaftlicher arbeiten kann und auch noch ökologisch wertvoller arbeite, weil ich nicht so oft wenden muss und nicht so viel Verfestigungen habe und Ähnliches.

(Dr. Weiland, CDU: Das weiß man auch, wenn man kein Bauer ist!)

Wenn Sie aber diese Grundzüge nicht kennen, dann erkläre ich sie Ihnen jetzt gerne.

(Zuruf des Abg. Johnen, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

- Das ist angekommen. Gut.

Insofern ist die Bodenordnung eine der wichtigsten Voraussetzungen in zweierlei Hinsicht, damit die Betriebe betriebswirtschaftlich arbeiten können, und im Sinne der Natur, Herr Kollege Hartenfels, damit man das auch mit den Hecken und den Randstreifen gut hinbekommt.

Da liegt schon wieder der Unterschied im Ansatz der Politik. Die GRÜNEN glauben wirklich – ich bin erstaunt, dass die SPD das so mitmacht, aber ich weiß, wie das manchmal in Koalitionsverträgen so geht –, wenn ein Betrieb klein ist und kleine Flächen hat, man am besten noch mit einem kleinen Traktor fährt, dann ist das gut für die Ökologie und gut für die Umwelt. Das ist Unsinn. Das führt nämlich dazu, dass wir am Ende überhaupt keine Bewirtschaftung mehr haben. Das wäre etwas, was wir außerordentlich bedauern müssten.

### (Beifall bei der CDU)

Jetzt kommen wir noch zu dem Lieblingsthema neben der Ausgleichszulage, nämlich der Junglandwirteförderung. Es kann doch nicht sein, dass Sie wirklich diese Gießkanne nach dem Motto wollen: 30 übernehmen den Betrieb, bekommen zehn Jahre pro Hektar einen Zuschlag, und dann geht es weiter. Das kann doch nicht sein, dass man die Gießkanne will, sondern es muss doch wohl so sein, dass man sagt, der junge Landwirt, egal, ob er einen ökologischen Betrieb, also einen Betrieb für Bioprodukte weiterentwickelt oder einen Betrieb konventioneller Art hat, muss doch Hilfe bekommen, dass er das hinkriegt. Dann muss ich doch auf Investitions- und Schwerpunktförderung gehen. Sonst wissen Sie doch – nein, Sie wissen es nicht, aber ich erkläre es Ihnen –,

(Heiterkeit der Abg. Frau Klöckner, CDU)

wenn es diesen pauschalen Hektarzuschlag gibt, steigt nur der Pachtpreis, sonst nichts. Der "Sofamelker" und der "Pachtmelker" haben dann mehr Geld. Sonst nichts!

(Beifall bei der CDU)

Die Zusammenhänge muss man verstehen.

Es kommt dann der letzte Punkt. Wer hat es erfunden: Frau Neuhof.

(Frau Neuhof, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Hier!)

 Mein liebe Frau Kollegin, ohne die Kleine Anfrage und das Drängeln der CDU wüssten wir heute noch nicht, wie viele Leute im Forst überhaupt beschäftigt sind.

Wir wüssten es heute noch nicht. Erst dann ging die Diskussion los. So ganz nebenbei, jetzt tun wir auch noch so, als hätten wir jetzt etwas gemacht, was so neu, innovativ und überragend ist.

Das Einzige, was gelungen ist, ist der gesetzliche Auftrag. Wir halten so viel Personal und haben eine Untergrenze eingezogen, damit wir das Gemeinschaftsforstamt und die Nachhaltigkeit der Waldwirtschaft erhalten können, nicht mehr und nicht weniger. Das war vernünftig. Dem haben wir auch zugestimmt.

### (Beifall bei der CDU)

Aber wir mussten Sie erst einmal dahin bringen. Sonst bringe ich Ihnen Protokolle aus Ausschüssen, in denen der Herr Staatssekretär mitgeteilt hat, dass man mehr als drei Leute nicht einstellen könnte. Mehr Geld hätte man nicht. – Das haben Sie immer noch beklatscht. Aber dann hat der Staatssekretär eine Wende gemacht, dann haben Sie auch eine Wende gemacht. Dann haben wir jetzt gemeinsam geklatscht, okay.

Ich komme dann noch zu einem allerletzten Punkt, dem Nationalpark im Zusammenhang mit der Bodenordnung. Der Herr Dr. Griese als Staatssekretär hat ausgegeben, eine Bodenordnung bräuchte eine mindestens 80 %ige Zustimmung, sonst würde sie nicht durchgeführt.

Dann bewertet er selbst und unterschreibt selbst. Er macht aber eine Bodenordnung, um den Nationalpark gegen eine 90%ige Gegnerschaft der Landbesitzer durchzusetzen. Sie wollen sie nicht, aber er setzt sie durch. Es ist so, erkundigen Sie sich. 90 % der Landbesitzer sind gegen die Bodenordnung, weil sie die Schutzfläche für den Nationalpark nicht hergeben wollen, weil sie sie selbst weiter bewirtschaften wollen. Aber die Bodenordnung wird umgesetzt, weil man selbst ein Interesse hat.

Dann beim Thema "Nationalpark" zur Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit. Sie schreiben 1,75 Millionen Euro in den Haushalt hinein, geben dann irgendwann im Haushalts- und Finanzausschuss zu, es könnten auch 6 Millionen Euro sein, und in Wirklichkeit sind es nachhaltig, wenn es so umgesetzt wird – aber es kommt ja noch eine Landtagswahl –, mindestens 12 Millionen Euro. Haushaltswahrheit und -klarheit!

(Beifall der CDU)

Wir haben nicht das Geld, um das Holz faulen zu lassen. Das ist das, was wir Ihnen sagen wollen.

(Beifall der CDU)

## Vizepräsident Dr. Braun:

Das Wort hat Staatsministerin Frau Höfken.

# Frau Höfken, Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft, Ernährung, Weinbau und Forsten:

Es sind viele Themen angesprochen worden. Zu AgroScience möchte ich nur so viel sagen, es war noch nie die Aufgabe des Landes, Grundlagenforschung zu betreiben. Es war immer angewandte Forschung.

(Zuruf der Abg. Frau Schneider, CDU)

Die Einzelheiten kenne ich überhaupt nicht. Natürlich haben wir im Koalitionsvertrag eine Neuausrichtung betrieben und genau das getan, was auf anderen Ebenen auch gemacht wurde. Was soll denn das, wenn wir hier bundesweit eine Beendigung der Agro-Gentechnik-Anwendung haben, hier eine entsprechende anwendungsbezogene und sehr teure Ausrichtung weiter zu betreiben? Da sehe ich mich auch im Einklang mit den Menschen und Bürgern dieses Landes.

### (Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Als Zweites haben Sie die Junglandwirteförderung angesprochen. Man kann natürlich diskutieren, ob die Koppelung eine sinnvolle Geschichte ist oder ob damit die Pacht nur noch durchgereicht wird und die Förderung nicht da ankommt, wo es sein sollte. Es ist aber ganz definitiv – das hat Herr Kollege Wehner sehr deutlich ausgeführt –, damit haben die Junglandwirte eine bessere Unterstützung als vorher. Die Investitionsförderung für Junglandwirte bleibt auch erhalten.

Zu guter Letzt zu der Ausgleichszulage. Vielleicht nehmen Sie zur Kenntnis, dass sich die Rechtsgrundlagen in dem Bereich völlig geändert haben. Das heißt, mit dem Geld, das wir bisher eingesetzt haben, kämen wir überhaupt nicht annähernd zu Rande, weil wiederum die Prosperitätsgrenze weggefallen ist, sich die Gebietskulisse verändert und wir auch noch die Ackerkulturen mit fördern müssten. Das kann nicht funktionieren.

Es hat uns aber auch niemand gesagt, dass wir das zulasten von der Investitionsförderung oder der Bodenordnung tun sollten. Ich denke, es ist ein gutes Angebot, das wir der Landwirtschaft machen. Es ist ein Angebot, das weit über das hinausgeht, was Sie erreicht hätten.

Ich denke, es ist auch ein Angebot, das sich dem unterordnet, was das übergeordnete Ziel ist, nämlich tatsächlich öffentliches Geld für öffentliche Leistungen.

Danke.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

### Vizepräsident Dr. Braun:

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Den Fraktionen stünde noch eine Redezeit von 1 Minute und 15 Sekunden zu. Das wird nicht ausgenutzt.

Ich rufe nunmehr auf:

# Beratung des Einzelplans 06 – Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie

Für die Fraktion der CDU erteile ich Frau Kollegin Thelen das Wort.

#### Abg. Frau Thelen, CDU:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bitte jetzt den Schal-

ter umzulegen von der Landwirtschaft und Umwelt zu Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie.

Was ist sozial? Sozial ist, wenn die Starken den Schwachen helfen, wenn man Hilfebedürftigen so hilft, dass sie damit und danach möglichst selbst in der Lage sind, sich zu helfen. Sozial ist besonders, als heute lebende Generation mit dem auszukommen, was man hat, und nicht nachfolgende Generationen die Zeche bezahlen zu lassen.

# (Beifall bei der CDU – Frau Kohnle-Gros, CDU: Sehr gut!)

An diesen Maßstäben muss sich auch der Sozialhaushalt des Landes Rheinland-Pfalz für die nächsten beiden Jahren messen lassen. Gerade das Ministerium, das die Bezeichnung "Demografie" im Namen trägt, muss sich dieser besonderen Verantwortung stellen, Herr Minister Schweitzer. Dies tun Sie nach dem uns vorgelegten Haushalt nicht in dem Maße, in dem es nach unserer Überzeugung möglich und notwendig wäre.

#### (Beifall bei der CDU)

Wie ist die Ausgangslage in Rheinland-Pfalz? Ende 2004 konnten wir einen Bevölkerungshöchststand mit 4.061.000 Einwohnerinnen und Einwohner feststellen. Seither geht die Bevölkerung auch in Rheinland-Pfalz aufgrund des demografischen Wandels zurück. Die Geburten reichen nicht, um die Sterbefälle auszugleichen. Auch die Zuzüge von Menschen von außerhalb des Landes können dies nicht ausgleichen.

Nach der sogenannten sozio-ökonomischen Analyse, deren Entwurf wir vor einigen Wochen erhalten haben, hatten wir Ende 2012 unter 4 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner.

Wie im ganzen Land werden wir weniger und älter und, was die Dramatik der auf uns zurollenden Entwicklung ausmacht, vor allem die jungen Menschen unter 20 Jahren werden deutlich weniger, während die Zahl der Älteren und Hochbetagten zunimmt. Bis 2030 wir die Einwohnerzahl voraussichtlich auf 3,77 Millionen zurückgehen. Wir wissen, bis 2030 sind es nur noch 17 Jahre.

Auch wenn sich der Anteil der Menschen im erwerbsfähigen Alter seit 2002 nahezu konstant bei 60 % gehalten hat, wird ihre Zahl bis 2030 um gut 360.000 zurückgehen. Trotzdem ist der Arbeitsmarkt in unserem Land heute noch relativ stabil dank auch der großen Bereitschaft vieler Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, zu ihren Arbeitsplätzen in den Nachbarländern weite Wege auf sich zu nehmen.

Das Bruttoinlandsprodukt nahm hier in Rheinland-Pfalz zu. Die Arbeitslosigkeit nahm von 2005 mit 178.511 Arbeitslosen im Jahresschnitt auf heute 109.623 ab. Das ist eine erfreuliche Entwicklung, die wir auch und besonders der guten Bewältigung der großen Wirtschaftskrise durch die Bundesregierung unter Führung von Angela Merkel zu verdanken haben.

(Beifall der CDU)

Nun sollte man meinen, dass sich diese positive Entwicklung besonders im Sozialhaushalt des Landes durch zurückgehende Zahlen widerspiegelt. Weit gefehlt; 2014 sind insgesamt Ausgaben von gut 1,87 Milliarden Euro und Einnahmen von gut 960 Millionen Euro geplant. Das bedeutet bei den Ausgaben ein Plus von 62 Millionen Euro und bei den Einnahmen ein Plus von 45 Millionen Euro. Dadurch steigt der Zuschussbedarf dieses Etats, der insbesondere Mittel aus der Finanzbewirtschaftung und aus den Steuermitteln braucht, erheblich an, insgesamt noch einmal über 17 Millionen Euro. Das ist trotz dieser deutlich verbesserten Bedingungen so.

2015 sollten die Ausgaben auf 1,872 Milliarden Euro und die Einnahmen auf fast 964 Millionen Euro steigen, wodurch sich der Zuschussbedarf immerhin um rund 4 Millionen Euro an dieser Stelle reduziert, aber nach wie vor sehr hoch ist. Dies ist trotz der deutlich steigenden, schon gestiegenen und weiter steigenden Bundeszuweisungen so, die wir erhalten, um Sozialausgaben in den Ländern, vor allen Dingen in den Kommunen, auszugleichen und ihnen finanzielle Unterstützung zu geben. Das sind Anteile an den Kosten der Unterkunft und vor allen Dingen Anteile an der Grundsicherung, die in wenigen Jahren zu 100 % vom Bund übernommen werden sollen.

Das Land behält von diesen Mitteln des Bundes einmal 28 Millionen Euro und einmal rund 30 Millionen Euro ein, weil man diese Aufgabe im Rahmen einer ganzheitlichen Fallbetrachtung mit abdecke. Wir haben bei der entsprechenden Gesetzesänderung unsere Kritik an dieser Stelle benannt. Wir teilen die Auffassung der kommunalen Spitzenverbände, die dies für eine nicht ordnungsgemäße Einbehaltung von Bundesmitteln betrachten. Wir könnten sie sehr gut in den Kommunen gebrauchen.

## (Beifall der CDU)

Sehr geehrter Herr Minister Schweitzer, wenn Sie uns unter den gegebenen Rahmenbedingungen dann als einzige Einsparbeiträge eine Reduzierung bei den Sachkosten von sage und schreibe 192.000 Euro in 2014 und 168.000 Euro in 2015 und Personalkosteneinsparungen von einmal 600.000 Euro und dann 400.000 Euro benennen, die Ihnen schon schwer gefallen seien, wie Sie es dargelegt haben, dann haben Sie sich zwar bemüht, aber im Hinblick auf die Generationengerechtigkeit Ihres Haushaltes völlig unzureichend.

## (Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Wir müssen im Ergebnis feststellen, dass der Sozialetat von einem bedauerlichen "Weiter so" geprägt ist mit allen kritikwürdigen Entwicklungen und unzureichenden Weichenstellungen, wie wir dies bei den vorherigen Etats unter der Führung ihrer Vorgängerin auch feststellen mussten.

Wer die positive Entwicklung am Arbeitsmarkt lobt, kann nicht einfach die hohen Ausgaben im Bereich der Arbeitsmarktförderung fortschreiben. Dies tun Sie unverdrossen. Sie wollen weiter rund 10 Millionen Euro Landesmittel, 15 Millionen Euro des Europäischen Sozialfonds, kurz ESF genannt, und laut Regierungsentwurf knapp 1 Million Euro für Beschäftigungsmaßnahmen infolge des Truppenabbaus pro Haushaltsjahr einsetzen.

Die eigentliche Zuständigkeit für die Förderung erwerbsfähiger Langzeitarbeitsloser liegt in Deutschland bei den Arbeitsagenturen und den Jobcentern. Trotzdem sind auch wir der Überzeugung, dass es im Hinblick auf ergänzende Maßnahmen sinnvoll sein kann, Landesmittel einzusetzen, um Brücken zwischen den verschiedenen Möglichkeiten zu schaffen.

Wenn ich aber sehe, dass selbst die Jobcenter ihre gesenkten Budgets für Eingliederungsmaßnahmen nicht ausschöpfen, in Rheinland-Pfalz 2012 nur zu 78 %, wenn ich sehe, dass aus den Arbeitsmarkttiteln des Landes 2 Millionen Euro für eine sogenannte sozioökonomische Analyse ausgegeben werden, wenn ich sehe, dass rund eine halbe Million Euro für Beratungsleistungen ausgegeben werden, damit Unternehmen am Markt bleiben können, halten wir den Ansatz nach wie vor zu hoch.

## (Beifall bei der CDU)

Deshalb stehen wir zu unseren Einsparvorschlägen von 2 Millionen Euro in 2014 und 4 Millionen Euro in 2015.

Liebe Kolleginnen und Kollegen der Regierungsfraktionen, ich finde es schon beeindruckend, wie Sie aus einer kleinen und vollkommen wirkungslosen Umbuchung zwischen den sowieso gegenseitig deckungsfähigen Haushaltstiteln, allgemeiner Arbeitsmarkt hier und Arbeitsmarktmittel für den Truppenabbau, eine Umbuchung von rund 326.000 Euro und einen eineinhalbseitigen Entschließungsantrag basteln können. Trotz dieser erstaunlichen Leistung werden wir dieser Nullnummer nicht zustimmen.

Interessanterweise zählt auch der Haushaltstitel zur Initiative "Gesundheitswirtschaft" und Projekt "Gesundheit und Pflege 2020" zu den gegenseitig deckungsfähigen Ausgaben bei den Arbeitsmarktmaßnahmen. Das Projekt "Gesundheitswirtschaft" ist nicht gut gelaufen. Von den für 2013 eingeplanten 1,2 Millionen Euro waren Ende September gerade mal 340.000 Euro abgeflossen. Ich sage, das ist nachvollziehbar. Die Gesundheitswirtschaft boomt. Es ist ein wachsender Markt, der keine Unterstützung durch Steuergelder benötigt.

Die Hauptsorge, die Gewinnung von genügend Fachkräften, muss anders gelöst werden. Dies wollen Sie nun durch die Einführung eines neuen Programms an dieser Stelle mit dem Titel "Gesundheit und Pflege 2020" aufgreifen. Allerdings ist die Beschreibung, welche Aufgabe das Land für sich und damit für den Steuerzahler an dieser Stelle sieht, mehr als grob. Unserer Überzeugung nach sind zuallererst die Wirtschaft, die Tarifpartner, das Bildungs- und das Familienministerium gefordert. Die Wirtschaft muss ordentlich bezahlen, gute Arbeitsplätze bieten, die Schulen und Universitäten müssen gute zukünftige Nachwuchskräfte ausbilden.

Das Familienministerium muss vor allem durch den Ausbau der Kitas die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern. Das Sozial- und Gesundheitsministerium hat da eine Mitverantwortung, wo es darum geht, die flächendeckende Versorgung unserer Bevölkerung mit medizinischen und pflegerischen Leistungen sicherzustellen. Dies erfordert die Bereitschaft zu einer ehrli-

chen und vergleichenden Bedarfsanalyse, der die eben angesprochene sozio-ökonomische Analyse bei Weitem noch nicht gerecht wird. Hier fehlen beispielsweise an vielen Stellen vergleichende Analysen. Auf einer ordentlichen Analyse aufbauend muss mit allen Beteiligten geklärt werden, wer welchen Part übernehmen muss und kann, um den für die Zukunft abzusehenden Fachkräftemangel zu beheben oder zumindest zu lindern. Wir werden an dieser Stelle keinen Blankoscheck aufstellen und haben daher die Reduzierung der Mittel auf das bisherige Ist gefordert.

### (Beifall bei der CDU)

Wir unterstützen ganz klar die Einrichtung der Pflegekammer. Wir halten es für richtig, dass Sie hier Mittel für die Unterstützung der Geschäftsstelle einstellen. Wir werden auch weiter dafür werben, dass dieser Einrichtung immer noch kritisch gegenüberstehende Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer für diese Maßnahme gewonnen werden, vor allen Dingen aber auch für Leistungserbringer im Bereich der Pflege. Nur mit dieser Kammer sehen wir die Chance, auf Augenhöhe mit den anderen verkammerten Berufen in dieser Szene verhandeln zu können und vor allen Dingen die Qualität in der Pflege für die Betroffenen in Zukunft besser sicherstellen zu können.

## (Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Konrad, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir sind auch der Überzeugung, dass das Sozialministerium insgesamt mit weniger Mittel auskommen kann. Deshalb haben wir eine globale Minderausgabe vorgeschlagen, die schon einmal von der Landesregierung vorgesehen war, aber letztendlich nicht umgesetzt wurde. Es war der Betrag von 10.243.200 Euro. Wir haben uns an diesem Betrag orientiert und sind der Auffassung, dass diese Einsparung sehr wohl möglich ist. Wenn man sie in Relation zu den Gesamtausgaben setzt, die ich eben genannt habe, sind das gerade einmal 0,55 %. Mit diesen und weiteren vergleichsweise kleinen Sparbeiträgen, die wir ihnen vorgeschlagen haben, hätte der Sozialetat die Chance, etwas gerechter und fairer zu werden. Diese Chance nehmen Sie leider nicht wahr. Die künftigen Generationen hätten es verdient.

### (Beifall bei der CDU)

Wir sind ihnen dankbar, dass Sie unserem Antrag, die Kinderhospizarbeit besser zu unterstützen, gefolgt sind und hierfür in Zukunft 50.000 Euro bereitgestellt werden sollen. Dies haben die wirklich von schweren Belastungen betroffenen Kinder und vor allen Dingen auch deren Familien verdient.

## (Beifall der CDU)

Wir möchten auch an dieser Stelle all denen danken, die in den Hospizdiensten und in vielen anderen Bereichen ehrenamtlich ganz wertvolle Arbeit leisten, die nicht mit Geld aufzuwiegen ist. Ganz herzlichen Dank dafür!

(Beifall der CDU und bei dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN) Abschließend möchte ich an Sie, Herr Minister Schweitzer, und die rot-grüne Mehrheit in diesem Hause appellieren, überprüfen Sie ihre Arbeitsweise, die nach wie vor einen erheblichen Schwerpunkt in befristeten Projekten sieht. Dies stellt die Träger häufig vor ein moralisches Dilemma, weil sie ihre Mitarbeiter oft ebenfalls nur befristet beschäftigen können. Dies ist nicht gerecht, weil nur regional und vorübergehend Betroffene im Land von Angeboten profitieren.

Dies ist oft nicht nachhaltig, weil selbst gute und bewährte Projekte nicht in dauerhafte flächendeckende soziale Arbeit umgesetzt werden. Ich appelliere an Sie, mit den Leistungserbringern und Kommunen, ihren Partnerinnen und Partnern, besser umzugehen.

Sie brauchen alle mehr Planungssicherheit, sowohl was die inhaltliche, aber vor allem auch die finanzielle Ausgestaltung der Hilfen besonders für Menschen mit Behinderungen in unserem Land angeht. Hierauf wird meine Kollegin Wieland gleich noch zu sprechen kommen. Wir erwarten, dass sich auch das Sozialministerium den endlichen Finanzmitteln stellt und das Defizit zurückfährt, indem die Mittel mit den richtigen Prioritäten konzentriert und reduziert werden.

Wir mahnen an, dass Sie bislang Ihrer Aufgabenstellung als Ministerium für Demografie nicht gerecht werden. Eine Woche der Demografie ersetzt keine Strategie.

> (Beifall der CDU – Frau Klöckner, CDU: Riesensprungtücher schaffen Sie!)

Die Zahlen, die ich eingangs genannt habe, zeigen, dass die Umbrüche bereits stattfinden und die Herausforderungen von Jahr zu Jahr steigen, weshalb schnelles, planvolles und zielgerichtetes Handeln der gesamten Landesregierung dringend erforderlich ist. Nur so können Sie Ihrer Verantwortung gegenüber den kommenden Generationen gerecht werden.

Danke schön.

(Beifall der CDU)

### Vizepräsident Dr. Braun:

Aus gegebenem Anlass möchte ich noch einmal darauf hinweisen, dass es auch für Abgeordnete nicht erlaubt ist, sich weder mit Blitz noch ohne Blitz gegenseitig während der Sitzung zu fotografieren. Ich bitte, das zu beachten.

Als Zuschauer im Landtag möchte ich eine SPD-Ortsvereinsgruppe aus Gau-Algesheim sowie wie angekündigt den zweiten Teil der CDU-Ortsgruppe aus Waldsee begrüßen. Seien Sie herzlich willkommen hier im Landtag!

(Beifall im Hause)

Ich muss noch nachtragen, die Fraktionen hatten eine Grundredezeit von 15 Minuten vereinbart. Für die SPD-Fraktion hat Frau Abgeordnete Anklam-Trapp das Wort.

#### Abg. Frau Anklam-Trapp, SPD:

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen Abgeordnete, sehr geehrte verehrte Gäste! Ich begrüße Sie ebenso herzlich.

Meine Damen und Herren, wir reden in der Tat über den sozialpolitischen Haushalt, und zwar für die Haushaltsjahre 2014 und 2015. Im Einzelplan 06 haben wir einen Gesamtetat – ich sage es besonders für unsere Gäste noch einmal – in Höhe von 1,8 Milliarden Euro. Wir haben in diesem Doppelhaushalt ein Einsparvolumen von 32 Millionen Euro zu erbringen. In diesem großen Haushalt haben wir 26 Millionen Euro, um damit Akzente zu setzen, Projektförderungen zu machen und da zu helfen, wo wirklich Menschen in Notlagen geraten, wo man politische Akzente setzen kann, die uns wirklich wichtig sind. Darauf komme ich gleich zu sprechen und erläutere das noch einmal für uns alle.

# (Vizepräsident Schnabel übernimmt den Vorsitz)

Rheinland-Pfalz ist ein soziales Land. Gerade für schwache und kranke Menschen, für Menschen mit Behinderungen setzen wir uns ein. Da, wo die Hemmnisse sind, versuchen wir, sie gemeinsam solidarisch zu beseitigen. Mit unseren Politikansätzen unterstützen wir da, wo es notwendig ist, und setzen Akzente, um den Bedürfnissen gerecht zu werden.

Frau Thelen hat gefragt, was sozial ist. Meine Damen und Herren, das ist sozial. Ein Immer-noch-mehr wäre sehr wünschenswert, aber das ist leider nicht möglich. Deswegen legen wir mit diesem Sparhaushalt einen seriösen Haushalt vor.

Wir werden den Bereich der Demografie ganz kurz schneiden. Das möchte ich mit den Anführungen von Frau Kollegin Hedi Thelen, die schon einige Anmerkungen gemacht hat, in meiner Redezeit deswegen so kurz fassen, weil dies ein Querschnittsthema durch alle Häuser ist. Unsere Fraktion möchte das bündeln und federführend mit dem Kollegen Peter Wilhelm Dröscher im neuen Jahr dezidiert noch einmal aufarbeiten; denn Demografie ist auch in diesem Haushalt – ich komme an verschiedenen Punkten noch einmal darauf zurück immer wieder ein Punkt. Er ist es aber wert, ihn neben den Haushaltsberatungen intensiv zu beraten. Darauf freue ich mich; denn nicht nur der Aktionsplan "Gut Leben im Alter" oder die Aussicht, 2030 360.000 Rheinland-Pfälzer weniger zu haben, wird uns veranlassen, uns mit dem Thema wirklich noch einmal zu befassen.

Meine Damen und Herren, wir diskutieren seit zwei Jahren über ein gesundes Rheinland-Pfalz. Die wichtigsten Punkte des Einzelplans möchte ich gern umreißen. Da möchte ich auch betonen, wo unsere Förderschwerpunkte liegen. Heute war in der "Allgemeinen Zeitung" zu lesen, dass Demenz die Herausforderung der Zukunft ist, nicht nur in Rheinland-Pfalz, sondern auch in Deutschland und allen G8-Staaten. Das ist auch ein Thema der Demografie. Uns ist die Förderung der ärztlichen Versorgung gerade auch im ländlichen Raum ganz wichtig. Deswegen werden wir mit 400.000 Euro das Förderinstrument weiter fortführen. Die Landesärzte-

kammer hat begonnen, das erfolgreich im Kollegenkreis kundzutun. Deswegen werden wir uns dafür einsetzen.

Frau Kollegin Thelen hat die Durchreichung der Grundsicherung angesprochen. Dies ist uns ebenso ein wichtiges Thema. Die Kommunen sollen bekommen, was den Kommunen ist. Wir haben unsere Landespolitik auf ambulant vor stationär ausgerichtet. Auf diesem Weg sind wir. Die Einrichtung, die wir uns mit den Kommunen teilen, zum Beispiel in der stationären Pflege, teilen wir uns hälftig. Wir können das Geld geben, was wir geben können, aber auch nicht alles, wenn man hälftige Zahlungen leisten muss.

Ambulant vor stationär war eben das Stichwort. Deswegen komme ich auf die Pflegeeinrichtungen zu sprechen. Ich möchte nicht das Spielchen "Töpfchen rein, Töpfchen raus" machen, sondern wir haben unsere Förderungen gerade in ambulanten Pflegeeinrichtungen. Dazu gehören unsere BeKos. Darauf sind wir sehr, sehr stolz. Wir haben in Rheinland-Pfalz 135 Beratungs- und Koordinierungsstellen, Pflegestützpunkte. Das sind ganz wichtige Anlaufstellen für die Menschen, die Hilfe brauchen, um zu wissen, wo bekomme ich die Hilfsmittel, wie funktioniert ein Förderantrag, wer verweist mich weiter. Wir wollen dem Rechnung tragen, dass die Rheinland-Pfälzer zu Hause auch im Alter und mit Hilfebedarf gut leben können. Wir werden den Haushalt um ein deutliches Plus von 500.000 Euro erhöhen. Das ist richtig.

Eine Geißel unserer Gesellschaft ist der Krebs, das Karzinom. Wir haben ein Kinderkrebsregister. Wir müssen viel mehr Geld in Forschung und Abgleichung der Datenstellen investieren: 500.000 Euro.

Schwerpunkte Fachkräftebedarf und mehr Ausbildung: Zur Ausbildung und zum Arbeitsmarkt spricht Frau Kollegin Dr. Machalet, aber beim Thema "Fachkräftebedarf" bin ich sehr für eine Förderung der Fachberufe Gesundheitskrankenpfleger und Altenpfleger; denn auch wegen der demografischen Entwicklung brauchen wir viel, viel mehr Pflegende. Deshalb bin ich für ein Mehr von 300.000 Euro für die Jahre 2014 und 2015, damit wir das auf 1,2 Millionen Euro aufstocken können. Wir brauchen mehr Auszubildende in diesem Beruf. Wir brauchen diese Menschen in der Zukunft auch wegen der Fragen der Demenz und der Versorgung im ländlichen Raum ganz dringend.

Frau Kollegin Hedi Thelen, zur Initiative "Gesundheitswirtschaft" habe ich eine andere Position. Ich unterstütze diesen Titel ausdrücklich, ein Mehr von 400.000 Euro für die Jahre 2014 und 2015. Da sind für mich die Zukunft der Telemedizin – das müssen wir machen –, die finanzielle Unterstützung der Modellprojekte und Delegationsleistungen enthalten. Delegationsleistungen werden erbracht, wenn die Krankenschwester zu Ihnen nach Hause kommt, Informationen vom Arzt hat und die erste kleine Versorgung machen kann. Das ist eine Entlastung für den Hausarzt. In diesem Topf sind insgesamt 1,6 Millionen Euro. Dieses Geld ist gut angelegt.

Frau Kollegin Hedi Thelen, kein Wort haben Sie über die Krankenhausfinanzierung verloren, die uns im Ausschuss immer wieder begleitet. Das ist eine Kraftanstrengung für Rheinland-Pfalz mit den vielen kleinen

Krankenhäusern, die wir irgendwann brauchen, um die Menschen in der Region zu versorgen. Insgesamt 240 Millionen Euro sind die Anstrengungen für unsere Krankenhäuser. Im Koalitionsvertrag hätte ich mir mehr gewünscht, aber das gab es nicht.

Frau Thelen, ich komme zu den Insolvenz- und Schuldnerberatungsstellen. Frau Klöckner ist in ihrer Haushaltsrede darauf eingegangen. Ich möchte darauf bei unserem eigenen Haushalt noch einmal eingehen. Wir haben 52 Schuldner- und Insolvenzberatungsstellen im Land Rheinland-Pfalz. Es geht um den Titel Armutsbekämpfung. Da, wo ein Haushalt und Familien in eine echte Schieflage geraten sind, kommen sie nur heraus, wenn sie eine fachliche Beratung bekommen. Wir sind dankbar dafür, dass wir da mit 180.000 Euro pro Jahr ein bisschen mehr tun können. Das ist nicht so wahnsinnig viel mehr, aber es hilft. An dieser Stelle der Dank der Fraktion an all die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die landesweit Hilfestellungen für Familien in Notlagen geben.

## (Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Nun zum Thema "Demografie" und die Betreuungsvereine. Wir haben immer mehr Menschen, die betreut werden. Dieser steigenden Zahl werden wir mit einem Mehr von 50.000 Euro in 2014 und von 100.000 in 2015 gerecht. Damit sind dann für die Betreuungsvereine 2,856 Millionen Euro in den Haushalt eingestellt.

Meine Damen und Herren, zum Thema "Suchtprävention", ein Entschließungsantrag der CDU. Es ist mir nicht entfallen, dass vor zwei Jahren eine Kürzung bei diesem Titel vorgeschlagen worden ist. Jetzt wird eine Erhöhung vorgeschlagen.

## (Widerspruch bei der CDU)

Wir haben nicht die Möglichkeit, in der Breite die vielen Unterstützungsvereine zu fördern, aber wir werden ein verlässlicher Partner sein. Wir haben die Beratungsstellen zur Spielsucht in Rheinland-Pfalz. Bei steigenden Fallzahlen haben wir 100.000 Euro mehr, um den Bemühungen der Beratungsstellen gerecht zu werden.

Meine Damen und Herren, ich komme zur Landeszentrale für Gesundheit (LZG). Die LZG ist ein Partner im Bereich Demografie und ein Partner im Bereich der Aufklärung, der Prävention. Die Arbeit der LZG ist uns wirklich wichtig.

Vor einigen Tagen haben Sie alle dieses Stück Seife in der Post gehabt. Das ist eine Marketingarbeit, um dem Thema "Hygiene" in Kliniken, Krankenhäusern, Altenheimen und Arztpraxen gerecht zu werden. Es ist ein kleiner Stick dran, über den eine Information an pflegende Fachkräfte gegeben wird. Auch das ist Aufklärung. Auch das ist ganz, ganz wichtig. Das wird bezahlt, um zum Beispiel den multiresistenten Keimen in den Krankenhäusern entgegenzutreten, vor denen so viele Menschen Angst haben.

Nun zum Landesblindengeld. Wir in Rheinland-Pfalz sind da wirklich Vorreiter. Da sind wir mit 15,4 Millionen Euro wirklich gut.

Frau Hedi Thelen, Sie haben schon gesagt, dem Hospizantrag stimmen wir zu, gerade weil uns die Begleitung Sterbender, insbesondere von Kindern, und der Familien im Sinne von ambulant vor stationär sowie im Sinne der Ehrenamtsförderung wichtig ist.

Meine Damen und Herren, ich komme zum Ende meiner Redezeit; denn Frau Kollegin Dr. Machalet wird sich für den arbeitsmarktpolitischen Bereich noch für unsere Fraktion zu Wort melden.

Künftige Generationen hätten es nicht verdient, den Sparvorschlägen der CDU zu folgen. Meine Damen und Herren, stimmen Sie dem Vorschlag der Fraktionen der SPD und der GRÜNEN zu. Wir haben einen ausgewogenen Haushalt. Wir haben mit vielen Verbänden gerungen und intensiv beraten.

Ich bedanke mich bei Herrn Brunner. Sehr geehrter Herr Minister Schweitzer, bitte nehmen Sie das mit. Wir sind gut beraten worden. Wir sind intensiv beraten worden.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

## Vizepräsident Schnabel:

Das Wort hat Herr Kollege Dr. Schmidt von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

## Abg. Dr. Dr. Schmidt, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Vorhin wurde die Frage gestellt, was sozial ist. Das ist eine ganz spannende Frage. Auf jeden Fall dürfte nicht die Antwort sein, dass das eine Frage der Perspektive ist, sondern die Antwort muss lauten, dass wir Konsens haben, dass es um Chancengleichheit geht. Das ist das Wichtigste.

Ich meine, Soziales hat genauso auch mit Bildung zu tun. Es hat auch mit Ökologie zu tun, ohne dass das abstrakt nicht umgesetzt werden kann. Bei uns gibt es den Spruch, nicht jeder Baum muss gerade in den Himmel wachsen, aber wir wissen, dass jeder Baum wächst. Zum Wachsen braucht er Licht, fruchtbaren Boden, pflegende Bauern und Wasser. Genau diese Zutaten müssen wir auch den Kindern zur Verfügung stellen. Das ist für mich Chancengleichheit und sozial.

# (Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der vorliegende Haushaltsplan berücksichtigt die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte unter Einhaltung der Schuldenbremse. Insofern ist dieser Haushaltsplan nachhaltig, sozial und wird kommenden Generationen gerecht.

Mein Dank gilt Herrn Minister Schweitzer, Herrn Staatssekretär Langner, meinen Kollegen und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus der SPD sowie aus unserer

Fraktion. Ich sehe Frau Rahe. Vielen herzlichen Dank für die gute und konstruktive Zusammenarbeit.

Auch im Einzelplan 06 müssen erhebliche Einsparungen vorgenommen werden. Trotzdem arbeiten wir weiter konzentriert an der Ausrichtung der Versorgung am Patienten, wie wir uns das im Koalitionsvertrag für diese Legislaturperiode vorgenommen haben.

Ich freue mich besonders für unseren Verein Armut und Gesundheit in Deutschland über die Förderung im Haushalt für die Verbesserung der medizinischen Versorgung von wohnungslosen Menschen. Hierdurch wird ein wichtiges Ziel aus unserem Koalitionsvertrag umgesetzt. Alle Menschen in Rheinland-Pfalz sollen gleichermaßen Zugang zur medizinischen Versorgung haben. Hierzu zählt auch die Behandlung von Menschen ohne Krankenschein.

Wichtig ist mir persönlich vor allem ein Bewusstsein für die Menschen bei biografischen Umbrüchen. Obdachlos, ein Leben auf der Straße, in den Garagen oder unter einer Brücke im kalten Winter sind die Überlebensstrategie auf der Suche nach Nestwärme, Selbstbestimmung und Anerkennung. Sie verlangt Respekt, Solidarität und den Blick von uns, nämlich hinzuschauen und nicht wegzuschauen.

Hervorzuheben ist auch der neue Zuschuss zur Förderung der ehrenamtlichen Kinderhospizarbeit in Höhe von 50.000 Euro. In diesem Bereich wird mit großem Engagement eine sehr gute Arbeit geleistet. Auch an dieser Stelle mein herzliches Dankeschön an alle, die sich da um das Leid bemühen und versuchen, das Leid der Betroffenen zu lindern.

# (Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir begrüßen einige Aspekte der medizinischen Versorgung in dem Koalitionsvertrag, wie zum Beispiel die präventive Medizin. In Berlin ist vor Kurzem eine Qualitätsinitiative zur besseren Versorgung und die Anerkennung der Bedeutung einer flächendeckenden geburtshilflichen Versorgung durch Hebammen beschlossen worden. Hier werden wir die Entwicklung genau beobachten.

Wir bedauern es allerdings sehr, dass die Einführung einer Bürgerversicherung – diese ist ein wichtiger Schritt in die Richtung einer nachhaltigen und gerechten Versorgung – nicht zustande gekommen ist. Hier ist eine Chance unnötig vertan worden.

## (Vereinzelt Beifall bei dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Sehr geehrte Damen und Herren, die im Gesundheitsbereich vorhandenen Mittel müssen intelligent und zielgerichtet eingesetzt werden. Das ist uns mit diesem Haushaltsentwurf gelungen. Mit den festgelegten Schwerpunkten in der Forschung und der medizinischen Versorgung ist Rheinland-Pfalz weiterhin auf einem guten Weg zu einer patientenorientierten Gesundheitsversorgung.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

## Vizepräsident Schnabel:

Für die CDU-Fraktion hat Frau Kollegin Wieland das Wort.

### Abg. Frau Wieland, CDU:

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Vertreterinnen und Vertreter der Regierung! Frau Thelen hat es schon angekündigt. Es geht um einen besonderen Bereich des Sozialhaushaltes. Die Sozialpolitik allgemein hat zur Aufgabe, sich vor allem um die Schwachen zu kümmern. Rein zahlenmäßig zeigt die Position Eingliederungshilfe für Behinderte mit 700 Millionen Euro schon einen Schwerpunkt innerhalb des Sozialhaushalts für die Menschen mit Beeinträchtigungen.

Auch in diesem Aspekt gilt: Wir haben veränderte Voraussetzungen und Rahmenbedingungen. Es geht nicht nur um soziale Errungenschaften. Es gilt, den Spagat hin zu einer Konsolidierung des Landeshaushalts zu schaffen; denn Rheinland-Pfalz hat – das ist unbestritten – in der Behindertenhilfe – ich nutze den klassischen Ausdruck – in den vergangenen Jahrzehnten vieles vorangebracht und auch erreicht.

Nun gilt es, unter den veränderten Rahmenbedingungen – neben der Schuldenbremse sind es der demografische Wandel und die Inklusion – dieses Niveau zu halten und die Entwicklungen auch fortzuführen.

Wie sieht die Situation im Bereich der Hilfen für Menschen mit Beeinträchtigungen aus? Wir haben uns quer durch das ganze Land viele Einrichtungen angesehen und viele Gespräche mit Betroffenen, Angehörigen, Wissenschaftlern, Verbänden und Leistungsanbietern geführt. Durchweg haben wir die gleiche Auskunft bekommen und die gleiche Lage vorgefunden.

Die Leistungsanbieter, die Angehörigen und die Betroffenen haben den Grundsatz "ambulant vor stationär" und die Inklusion verinnerlicht. Sie haben Unterstützungskonzepte entworfen, Pläne für Wohngruppen, Betreutes Wohnen und ambulante Angebote erstellt.

Alternde Eltern warten sehr dringlich auf neue Wohnplätze für teils schwerstmehrfachbehinderte erwachsene Kinder. Die Pläne sind da, aber was fehlt, ist das Konzept, wie das umsetzbar und finanzierbar ist.

Das gilt sowohl für die Gebäude als auch für die Sachkosten und auch für das Personal; denn ambulante Betreuung vor dem Hintergrund eines personenzentrierten Ansatzes mit befristeten Teilhabeplänen bedingt nun einmal fast zwangsläufig befristete Teilzeitarbeit, also prekäre Arbeitsverhältnisse.

Nicht nur im Schulbereich gilt, was inzwischen auch mehrere Fachleute veröffentlicht haben. Inklusion ja, aber nicht zum Nulltarif und nicht ohne Konzept für eine schrittweise Umsetzung.

#### (Beifall der CDU)

Wir haben gehört: keine Mindeststandards, keine tarifgerechten Vergütungssätze, keine Verlässlichkeit, Wildwuchs zwischen 36 Gebietskörperschaften und keine Planungssicherheit. – Dies alles führt dazu, dass Energie und Zeit für wenig zielführende Abstimmungsgespräche verwendet werden, Projekte auf Eis liegen und Arbeitskräfte sichere Alternativen suchen.

Seit fast 20 Jahren steht die Rahmenvereinbarung nach § 79 SGB XII zur Neuregelung an. Dieser Vertrag ist die zentrale Regelung zwischen denen, die Leistungen erbringen, wie die Wohlfahrtsverbände, und denen, die sie bezahlen, nämlich das Land und die Kommunen. Die heutige Ministerpräsidentin hat die Verhandlungen im vorletzten Jahr löblicherweise zur Chefinnensache erklärt, ist aber gescheitert. Das, was als Entwurf zur Anhörung kam, wurde von den Experten zerrissen. Dies führt zu einer völligen Verunsicherung derer, die Leistungen anbieten, und zum Stillstand.

Ein weiteres Stichwort ist das Persönliche Budget. Das Ministerium weist – das ist zugegebenermaßen richtig – auf die Vorreiterrolle von Rheinland-Pfalz hin. Ja, es ist gut, wenn Unterstützung von den Betroffenen eigenverantwortlich gewählt werden kann und der Bedarf von der Person aus geplant wird. Wir sind uns auch einig, dass die unterschiedliche Kostenaufteilung zwischen Land und Kommune beim stationären und ambulanten Bereich ein Hemmnis ist. Deshalb sollte das Thema mit in die Neuregelung des Kommunalen Finanzausgleichs einfließen. Nun verkaufen Sie den Ansatz mit den Schlüsselzuweisungen C als großen Wurf.

Was ist Fakt? Die Kommunen erhalten zum Beispiel 2 Milliarden Euro Finanzausgleich, um Sozialkosten zu bezahlen. 10 % dieses Topfes werden nun als Schlüsselzuweisung C definiert. Die Höhe des Topfes, also 200 Millionen Euro, ist von den tatsächlich gezahlten Kosten und Kostensteigerungen völlig unabhängig. Die Verteilung des Topfes erfolgt nach einem Verteilschlüssel abhängig von Sozialausgaben. Aus diesem Topf wird künftig auch das bisher vom Land bezahlte Persönliche Budget bezahlt.

38 Millionen Euro sind zum Topf dazugekommen. Das bedeutet, die Kostensteigerungen – in den vergangenen Jahren waren das immer zweistellige Prozentzahlen – gehen rein zulasten der Kommunen. So funktioniert die Zusammenarbeit mit den Kommunen und Leistungsträgern nicht fair.

## (Beifall bei der CDU)

Das ist keine Transparenz bei den Sozialkosten. Es wird kein Fokus auf das Persönliche Budget gelegt. Das ist kein tragfähiges Konzept für eine Kostenaufteilung, sondern statt einem angekündigten Paradigmenwechsel ein Schritt zurück. Übrigens begraben Sie mit dem neuen Gesetz ein weiteres Modell für eine bessere Umsetzung des Grundsatzes "ambulant vor stationär", nämlich die Modellkommunen nach § 14a AGSGB XII.

Es geht in diesen Veränderungsprozessen nicht um Ideologie, sondern um Handwerk. Es geht um Analysen, Controlling, Benchmarking, gute Gesprächsführung, Krisenmanagement, Vermittlungstaktik, Kompromissbereitschaft und Flexibilität. Diese Flexibilität wäre beispielsweise im Umgang mit den Suchtberatungsstellen gefragt.

Frau Anklam-Trapp, es geht in unserem Antrag keineswegs um eine Erhöhung des Ansatzes. Es geht uns darum, dass Suchtberatungsstellen, die sonst Personal reduzieren müssten, künftig die Möglichkeit haben, Einnahmen zu generieren.

Das können sie. In anderen Ländern machen sie das zum Beispiel durch ambulante Rehabilitation und Prävention. Diese Möglichkeit wollen wir ihnen eröffnen. Das wird in Rheinland-Pfalz nur zu 10 % geduldet. Das ist aus unserer Sicht in den Zeiten von knappen Kassen einfach nicht wünschenswert und zielführend.

## (Beifall der CDU)

Ähnliches gilt übrigens auch für die Schuldnerberatung. Es ist wichtig, dass die Schuldnerberatung mehr Mittel zur Verfügung bekommt. Das ist sehr unterstützenswert. Genauso wichtig wäre es aus unserer Sicht, dass die Gespräche mit den übrigen Bankenverbänden regelmäßig und intensiv geführt werden. Es ist nicht einzusehen, dass nur die Sparkassen unterstützend tätig sind.

(Frau Ebli, SPD: Da haben Sie recht!)

In diesem Sinne wünsche ich uns eine Zukunft für den Grundsatz "ambulant vor stationär". Dann wird auch der 6. Bericht zur Lage der Menschen mit Beeinträchtigungen wieder ein Erfolgsbericht werden.

Danke schön.

(Beifall der CDU)

## Vizepräsident Schnabel:

Das Wort hat Frau Kollegin Dr. Machalet von der SPD-Fraktion. Ihre Redezeit beträgt noch 5 Minuten.

## Abg. Frau Dr. Machalet, SPD:

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Thelen, ich gebe Ihnen recht. Wir haben in Rheinland-Pfalz eine gute Arbeitsmarktsituation. Die Arbeitslosigkeit lag im November bei 5,5 %. Wir haben inzwischen so viele sozialversicherungspflichtig Beschäftigte wie noch nie.

Es ist richtig, das ist die eine Seite der Medaille.

Wir haben im Bereich des SGB III 2 % Arbeitslosigkeit. Das heißt, wir haben in vielen Bereichen, auch bei mir im Kreis, fast Vollbeschäftigung, Bereiche, in denen Fachkräfte händeringend gesucht werden, wie zum Beispiel im Pflegebereich oder auch bei Ingenieurinnen und Ingenieuren.

Es bleibt trotzdem festzustellen, dass wir eine recht stabile Arbeitslosigkeit im Bereich des SGB II haben, auch wenn die in den vergangenen Jahren profitiert haben, aber nicht so deutlich, wie wir es uns gewünscht hätten und wie man es eigentlich auch erwarten hätte können und erwarten hätte müssen.

Das sind vor allem – das wissen Sie genauso gut wie ich – die Menschen mit den sogenannten multiplen Vermittlungshemmnissen, bei denen es nicht ganz so einfach ist zu sagen, gehe da morgen arbeiten, sondern da muss mehr Arbeit geleistet werden. Das heißt, dass wir für diese Menschen auch mehr Mittel brauchen, als wir vielleicht im Bereich des SGB III brauchen. Um diese Menschen wollen und müssen wir uns kümmern; wir müssen uns weiterhin intensiv kümmern. Wir sind froh, dass es gelungen ist, dass die Mittel für die arbeitsmarktpolitischen Programme im nächsten Doppelhaushalt auf annähernd gleichem Niveau mit 10 Millionen Euro Landesmitteln und 15 Millionen Euro ESF-Mitteln bleiben können.

Sie haben schon bei der Beratung des letzten Doppelhaushalts gefordert, dass wir die Arbeitsmarktmittel deutlich reduzieren. Das tun Sie jetzt wieder mit der gleichen Begründung. Ich habe Ihnen gerade erläutert, warum wir davon ausgehen, dass wir diese Mittel auch in den nächsten zwei Jahren noch in dieser Höhe brauchen, und wir werden natürlich die Kürzungen in dem Bereich ablehnen.

Sie haben eben gesagt, im Schnitt würden nur 78 % der Mittel bei den Jobcentern überhaupt abgefragt oder verwendet. Ich kann das aus meiner Erfahrung nicht sagen. Ich komme aus einem Bereich mit einem Jobcenter, das wirklich händeringend nach Mitteln sucht und sehr froh ist, dass es verschiedene Projekte durch die Landesförderung weiterhin finanzieren kann.

Man muss sich fragen: Was passiert, wenn wir die Mittel deutlich reduzieren? Was sagen Sie Alleinerziehenden, die in speziellen Programmen sind? Was sagen Sie jugendlichen Arbeitslosen, die zum Beispiel bei mir im Wahlkreis oder auch im Wahlkreis des Kollegen Puchtler durch das Projekt "JUWEL" massiv und intensiv unterstützt werden, damit sie wirklich eine Chance haben, überhaupt wieder auf dem Arbeitsmarkt aktiv zu werden?

Wir wollen niemanden zurücklassen. Jeder und jede hat aus unserer Sicht eine zweite und wenn nötig auch eine dritte Chance verdient, und Sie lassen sie mit solchen Kürzungen einfach zurück. Das zeigt an dieser Stelle deutlich die unterschiedliche Wertevorstellung zwischen Ihnen als CDU und uns als SPD.

(Frau Thelen, CDU: Bauchladen!)

– Es ist kein Bauchladen, wenn Sie sich die Programme anschauen, es ist zielgerichtet. Gerade "JUWEL" ist das beste Beispiel dafür, dass es wirklich um eine zielgerichtete Arbeitsmarktpolitik geht, die wirklich Erfolg hat.

Wir wollen auch, dass Menschen mit Behinderungen besser am Arbeitsmarkt partizipieren können. Frau Kollegin Wieland ist eben sehr intensiv auf den Bereich der Behindertenhilfe eingegangen. Das gilt für uns für alle Formen der Behinderung. Mit dem Budget für Arbeit haben wir inzwischen 260 Menschen mit Behinderungen in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung bringen können. Das Land geht mit dem Projekt "Beschäftigung arbeitsloser schwerbehinderter Menschen im Landesdienst" voran. Der Ansatz bleibt im nächsten Doppelhaushalt stabil. Hier ist besonders der Stellenpool zur Verbesserung der Ausbildungssituation junger schwerbehinderter Menschen hervorzuheben. Da sind 30 Stellen ausschließlich für schwerbehinderte Auszubildende reserviert. Ich denke, das ist ein sehr gutes Signal, das wir als Land setzen.

Noch einmal: Wir haben hier im Land die drittniedrigste Arbeitslosenquote bundesweit. Dennoch haben wir – das zeichnet sich sehr deutlich ab – Risiken, die einzuplanen sind wie das Thema "Truppenabzug, Veränderung im US-Haushalt", das in den nächsten Jahren dazu führen wird, dass wir an den Militärstandorten der US-Army mit Veränderungen rechnen müssen. Diese gilt es, vernünftig frühzeitig abzusichern und auch Menschen, die jahrzehntelang dort gearbeitet haben und nicht über die Qualifikation verfügen, die sie von heute auf morgen in anderen Arbeitsplätzen anwenden können, auf die Situation vorzubereiten.

In Gesprächen mit Betriebsräten wurden wir davon überzeugt, dass die Mittel in der Höhe, wie sie bisher im Landeshaushalt veranschlagt waren, weiterhin nötig sind. Ich denke, es ist auch ein gutes Signal zu sagen: Wir bleiben an dieser Stelle auf dem Niveau, das wir in den letzten Jahren gefahren haben, weil wir wissen, dass in den nächsten Jahren Herausforderungen auf uns zukommen, die es zu bewältigen gilt.

## (Glocke des Präsidenten)

Wir wollen, dass frühzeitig Qualifikationsprofile erstellt werden, damit diese Leute auf dem normalen Arbeitsmarkt auch eine Chance haben. Deswegen wollen wir die Mittel zurücksetzen. Ich denke, auch das ist ein sinnvolles und gutes Signal. Im Übrigen wäre das eine Aufgabe, bei der sich auch die Bundesagentur für Arbeit noch deutlich stärker engagieren könnte.

Herzlichen Dank.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

## Vizepräsident Schnabel:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Herr Kollege Dr. Konrad das Wort. Die Redezeit beträgt 10 Minuten.

## Abg. Dr. Konrad, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir sprechen hier über einen Haushalt, der das positive Bewerten schwermacht, denn sozial heißt immer auch, dass für Menschen, die Unterstützung brauchen, Geld ausgegeben werden muss. Wenn wenig Geld da ist

 darauf haben alle vorherigen Rednerinnen und Redner bereits hingewiesen –, dann wird es schwierig zu entscheiden, wofür es am wichtigsten ist, noch Geld in die Hand zu nehmen. Da liegen wir zum Teil auseinander.

Frau Wieland, ich danke für Ihr Eingehen auf die Inklusion; denn Sie haben im Unterschied zu Ihren bildungspolitischen Kolleginnen darauf hingewiesen, dass nicht die Inklusion als solche infrage zu stellen ist, sondern infrage zu stellen ist, in welcher Form und auf welchem Weg wir mehr — —

### (Zuruf der Abg. Frau Thelen, CDU)

– Aha, es muss richtig gemacht werden. Dann sind wir uns hier im Hohen Hause einig, dass Inklusion notwendig ist, wir sie auch ratifiziert haben und wir mehr Inklusion wollen. Wir müssen den Weg dorthin finden, und wir müssen ihn bezahlen. Es wird nicht so leicht von heute auf morgen gehen, wie sich manche vorstellen, aber das Ziel sollte uns doch einen. Ich habe es heute Mittag so wahrgenommen, dass es teilweise auch infrage gestellt wird.

Wichtig ist jetzt eine Eingliederungshilfe, Frau Wieland, dass gerade die Fehlanreize für die stationäre Versorgung entfallen sollen. Auch das ist ein wichtiger Weg. Bisher war es so, dass teilstationäre und stationäre Versorgung, die Eingliederungshilfe, zu 5 % übernommen wurde. Das weiten wir für den ambulanten Bereich jetzt aus. Das ist gerade das, was Sie gesagt haben. Es geht darum, dass Fehlanreize für den Kostenträger entfallen, Menschen nicht mitten unter ihren Mitmenschen in der Mitte der Gesellschaft leben zu lassen, sondern in stationären Einrichtungen.

Frau Thelen, auch Sie hatten Bezug genommen auf Menschen mit schweren Beteiligungs- und Teilhabehemmnissen im Arbeitsmarkt. Sie haben gesagt – ich hoffe, ich zitiere Sie richtig –: Ergänzende Maßnahmen sind sinnvoll. –

Auch da wieder müssen wir feststellen, Sie stellen also nicht infrage, dass Mittel des Landes notwendig sind. Wir müssen auch darauf hinweisen, diese Mittel sind umso notwendiger, da die Arbeitsförderungsmaßnahmen – ich habe es letzte Woche auch im Ausschuss gesagt – von der Bundesregierung in den letzten vier Jahren zurückgefahren worden sind.

(Zuruf der Abg. Frau Thelen, CDU)

Auch deshalb brauchen wir diese Mittel, und auch aus diesem Grund sollten wir sie gerade nicht reduzieren, sondern wir sollten sie erhalten, gerade für die Menschen, die bei der Arbeitsförderung auf die stärkste Unterstützung angewiesen sind.

Noch eines: Wenn ich den Effizienzgedanken – Sie haben es auch in einem Nebensatz erwähnt – zugrundelege, wie die Bundesregierung das in den letzten vier Jahren gemacht hat, dann werde ich die Mittel systematisch zu Menschen umleiten, die geringe Vermittlungshemmnisse haben. Wenn die Arbeitsagentur selbst davon ausgehen muss, dass sie möglichst gute Ergebnisse braucht, dann bleiben gerade die Leute auf der

Strecke, für die man sich am meisten einsetzen muss. Das wollen wir nicht.

(Beifall der Abg. Frau Ebli, SPD, und des Abg. Dr. Dr. Schmidt, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dann brauchen wir eben unsere Sozialpolitik in unserem Bundesland, um das zum Teil ausgleichen zu können.

Ich halte es für keine gute Idee von Haushaltswahrheit und -klarheit und schon gar nicht von Nachhaltigkeit, Sparmaßnahmen durch globale Minderausgaben abzudecken, wie Sie es vorschlagen. Ich glaube, dass das kein Weg ist, wie man eine vernünftige und nachvollziehbare Haushaltspolitik gestalten kann.

Sie würde ja unterstellen, dass wir die Haushaltsrestte nächstes Jahr hätten und das Ministerium diese nicht rückführen würde, aber das Ministerium ist dazu verpflichtet. Das heißt, diese Gegenfinanzierung sozusagen aufzustellen, um dem Ministerium ein wirtschaftliches Gebaren aufzuzwingen, würde heißen, dass es das nicht hat. Wir teilen als Fraktion diese Unterstellung ausdrücklich nicht, dass die Beamtinnen und Beamte unserer Ministerien nicht ordnungsgemäß arbeiten, Frau Thelen.

## (Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Um Sozialpolitik machen zu können, brauchen wir Institutionen, und es ist umso schwieriger, je enger die finanziellen Mittel sind, diese Institutionen am Leben und auch wirksam zu erhalten. Wir brauchen über diesen Erhalt hinaus den Aufbau neuer Strukturen; denn alle Vorrednerinnen haben erwähnt, diese Gesellschaft wandelt sich, und wir brauchen andere Strukturen und Institutionen, um diesen Herausforderungen zu begegnen.

Wir brauchen eine Weiterentwicklung neben dem Erhalt des Pflegeangebots. Wir brauchen eine Sicherung der medizinischen Versorgung im ländlichen Raum. Wir brauchen eine Weiterentwicklung der Altenhilfe. Wir brauchen andere Wohnformen, die generationengerecht und für unsere Zukunft noch tragfähig sind. Aber – ich glaube, da haben alle Fraktionen das gleiche Interesse – ein überschuldeter Staat kann diese Unterstützung für die Institutionen nicht geben. Deshalb müssen wir sparen.

Frau Thelen Sie haben darauf hingewiesen, sparen ist also auch sozial.

Ich muss sagen, Herr Blüm hätte mich beinahe einmal davon überzeugt, statt zu den GRÜNEN in die Union zu gehen.

## (Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Allerdings wollte sich damals von den Freunden der Jungen Union niemand mit auf die Straße setzen, um zu verhindern, dass dieser Planet immer weiter voll Waffen gestellt und immer weiter zerstört wird. Deswegen waren die Entwicklungswege dann doch unterschiedlich.

Aber damit hatte er recht, ein Staat kann nur sozial sein, wenn er auch vernünftig finanziert ist. Deshalb ist auch

dieser Haushalt richtig aufgestellt; denn er ist ein Beitrag

# (Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Es ist mir aus dem Grund wichtig, und zwar wichtig für die Schwächsten in der Gesellschaft, dass wir am Abbau des Defizits weiter arbeiten und daran festhalten.

Wir haben als regierungstragende Fraktionen deshalb gerade auf die Schwächsten unserer Gesellschaft ein Augenmerk bei den Zugangsproblemen zur gesundheitlichen Versorgung gelegt. Wir haben zwei Deckblätter gemacht, einmal zum Zugang wohnungsloser Menschen zur medizinischen Versorgung, und einmal zum Zugang behinderter Menschen zur medizinischen Versorgung. Da ist es wichtig, in dieser Struktur Sensibilität zu erzeugen und entsprechend weiter- und fortzubilden.

Dazu passt der Antrag der CDU-Fraktion, den wir mit unterstützen, die Hospizarbeit für Kinder stärker zu unterstützen. Allerdings fand ich auch die Weiterentwicklung dieses Antrags ausgesprochen hilfreich; denn nicht nur die stationäre, sondern vor allem die ambulante Hospizarbeit, in der vor allem ehrenamtlich sehr viel Arbeit geleistet wird, ist unterstützungsbedürftig. Gerade die Ehrenamtlichen brauchen Unterstützung durch Fortund Weiterbildung, dadurch, dass sie innerhalb ihres Arbeitsverhältnisses nicht die entsprechende psychosoziale Unterstützung bekommen.

Allerdings möchte ich an dieser Stelle ausdrücklich erwähnen, dass ich es für nicht sachgerecht halte, dass der gemeinsame Bundesausschuss ausdrücklich die Hospizversorgung für schwerstmehrfachbehinderte Kinder geöffnet hat, weil damit zwar eine wichtige Versorgung für Familien, die entlastet werden müssen, möglich ist, aber gerade die Palliativversorgung für schwerstmehrfachbehinderte Kinder nicht der richtige Weg ist. Diese Kinder sollen Behandlung, also in erster Linie kurative Versorgung und rehabilitative Versorgung, bekommen und nur im Bedarfsfall palliative Versorgung: denn wir wollen schwerstmehrfachbehinderte Kinder für ein würdiges Leben und nicht nur Kinder mit anderen schweren Erkrankungen für einen würdigen Tod und ein würdiges Sterben vorbereiten und begleiten.

# (Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Dennoch ist gerade dieser Antrag etwas, das auch mir ein Herzensanliegen unterstützt. Auch ich möchte noch einmal wiederholen, was schon dreimal gesagt worden ist, dass wir die Arbeit, die in den Hospizdiensten sowohl bei Erwachsenen als auch bei Kindern geleistet wird, nicht hoch genug einschätzen und uns nicht ausreichend bedanken können.

## (Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Was ich ganz wichtig finde, ist, dass bei der Behindertenhilfe – damit komme ich noch einmal auf den Anfang meiner Rede zurück – der Teilhabegedanke in das Zentrum gestellt wird. Das gilt für die Inklusion, für die Teilhabe an Bildung, Gesundheit, Versorgung, für die

Selbstbestimmung beim Wohnen. Ich begrüße deshalb ausdrücklich, dass die neu zu bildende Bundesregierung, wenn sie denn nächste Woche tatsächlich auf den Weg gebracht wird, ein Teilhabeleistungsgesetz auf den Weg bringen wird. Dies entspricht ausdrücklich den Vorgaben – Sie können es nachlesen – unseres hiesigen Koalitionsvertrags.

Ich hoffe, dass wir für die Menschen mit Unterstützungsbedarf in dieser Gesellschaft mit den begrenzten Mitteln die Unterstützung auf Dauer sichern können und danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

#### Vizepräsident Schnabel:

Herr Staatsminister Schweitzer hat das Wort.

# Schweitzer, Minister für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Vorsorge, Menschen ertüchtigen, ihnen Chancen geben, aber auch immer Sicherheit anbieten, eine Gesellschaft, die sich nach den Prinzipien der Teilhabemöglichkeit und der Selbstbestimmung orientiert, das ist meine Vorstellung von guter Sozialpolitik, und das ist die Vorstellung dieser Landesregierung von guter Sozialpolitik. Diese Zielvorgaben liegen dem Haushalt vor, den wir an diesem Nachmittag diskutieren.

Meine Damen und Herren, dieser Haushalt bringt zum Ausdruck – Herr Dr. Konrad hat darauf hingewiesen –, dass dieser Einzelplan im Angesicht der Schuldenbremse sich nicht enthalten kann, und die Schuldenbremse mit Ihren Vorgaben und Notwendigkeiten kann an diesem Einzelplan nicht vorübergehen. Es kann gar nicht anders sein bei einem Etatvolumen von jährlich annähernd 1,8 Milliarden Euro. Da ist es selbstverständlich, dass auch mein Etat, der Sozialetat, einen Beitrag leisten muss.

Es ist auch so, wie eigentlich alle Redner aller Fraktionen es angesprochen haben, dass, wenn wir uns die Situation am Arbeitsmarkt anschauen, die Rahmenbedingungen gut sind, sie sind sogar sehr gut. Wir haben heute tatsächlich die Situation, dass in Rheinland-Pfalz niemals mehr Menschen in sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung waren. Wir haben die Situation, dass wir schon seit vielen Jahren immer wieder auf Platz 3 der Erwerbslosenstatistik hinter Bayern und Baden-Württemberg sind. Wir haben insgesamt einen sehr mobilen, sehr aktiven Arbeitsmarkt mit regionalen Unterschieden. Wir haben aber dennoch einen stabilen Arbeitsmarkt, und von vielen Arbeitsagenturbezirken bekommen wir eher die Rückmeldung, dass wir in den Bereich der Vollbeschäftigung geraten.

Meine Damen und Herren, es ist auch so, dass die Herausforderungen auf der anderen Seite des Arbeitsmarktes uns in Zukunft beschäftigen werden. Wir haben immer noch über 109.000 Menschen, die arbeitslos ge-

meldet sind, viele von ihnen schon seit vielen Jahren, ausgestattet, wie es eigentlich unschön heißt, mit multiplen Vermittlungshemmnissen, 6.600 davon in einer Situation, dass sie zu den Schwerbehinderten gehören, dann auch noch viele Einzelschicksale, die dem Bereich des SGB II und anderen Rechtskreisen des SGB zuzuordnen sind.

Die Herausforderungen werden uns auch in Zukunft nicht ausgehen.

Wir haben eine Situation am Arbeitsmarkt – es kommen viele Rückmeldungen aus den Unternehmen, ganz egal, in welcher Branche wir uns bewegen –, dass wir in eine Fachkräftedebatte, in eine Fachkräfteschwierigkeit kommen und sie sich gemeinsam mit dieser Landesregierung überlegen, was man unternehmensseitig in der Branche mit den Kammern und Verbänden tun muss, um attraktiver Arbeitgeber heute und in Zukunft zu sein.

Da ist unsere Antwort, gute Arbeit, auch gesunde Arbeit ist eine Möglichkeit, sich mit Alleinstellungsmerkmalen an der Arbeitsmarktsituation so zu beteiligen, dass man heute und in Zukunft die spannenden und attraktiven Bewerberinnen und Bewerber bekommt.

All diese Herausforderungen, die wir zum Beispiel mit einem Projekt "Zukunftsfähige Arbeit" ausstatten, lassen mich zu dem Schluss kommen, dass es genau das falsche Zeichen wäre, sich auf den Statistiken oder zumindest auf den Zahlen auszuruhen und zu sagen, ein Arbeitsmarkt, der in Bewegung bleibt, kann auch mit einer Arbeitsmarktpolitik, die sich zurückzieht, auskommen.

Meine Damen und Herren, im Gegenteil, wir brauchen eher jetzt alle Anstrengungen. Ich will zu einer besonderen Branche etwas sagen, wo Sie sicherlich werden zustimmen müssen, dass aktive Arbeitsmarktpolitik gefragter ist denn je. Ich nenne den Bereich der Gesundheitsfachberufe.

Wir werden in Zukunft mit einem schon laufenden Projekt "Fachkräfte- und Qualifizierungsoffensive und Initiative Gesundheitsfachberufe" in den Branchen mit den Trägern gemeinsam diesen Zukunftsmarkt der Pflege über gute Ausbildung, das Akquirieren der stillen Reserve, auch über kontrollierte Zuwanderung bedienen müssen. Wir werden damit einer der wichtigsten Herausforderungen, die angesichts des demografischen Wandels auf uns zukommt, nämlich die Zunahme von Menschen in Pflegebedürftigkeit, begegnen können.

Wir brauchen zu guter Arbeit eine Absicherung. Wir haben die Weichen in Rheinland-Pfalz so gestellt, wie wir sie stellen konnten, auch im Bereich der Landesgesetzgebung. Denken Sie an das Landestariftreuegesetz, das schon in den Debatten eine Rolle gespielt hat.

Wir haben uns jetzt in Berlin in den Koalitionsverhandlungen erfolgreich dafür stark machen können, dass endlich der flächendeckende gesetzliche Mindestlohn kommt. Er kommt übrigens sehr stark analog zu dem Modell, das wir in Rheinland-Pfalz mit einer Sozialpartnerschaft leben. Dazu werden in einer Kommission Ergebnisse entwickelt, wie sich ein Mindestlohn, ein Bruttostundenlohn weiterentwickeln soll.

Wir werden dem Missbrauch von Werkverträgen und Leiharbeit intensiv entgegentreten. Ich bin froh, dass wir an der Stelle den künftigen Koalitionspartner, so er es denn sein wird, davon haben überzeugen können, dass wiederum er von seiner ideologischen Position, dass diese flexiblen Möglichkeiten am Arbeitsmarkt alle Menschen ertüchtigen, abgekommen ist und wir gemeinsam zu der Ansicht gekommen sind, dass ein Arbeitsmarkt der Zukunft mehr Sicherheit braucht als Unsicherheit, wenn sich Menschen mobil und flexibel am Arbeitsmarkt bewegen sollen.

Ein weiterer Aspekt, den wir aus rheinland-pfälzischer Sicht sehr stark beleuchtet und unterstützt haben, ist etwas, was in der öffentlichen Diskussion manchmal ein wenig aus dem Scheinwerferlicht gerät, nämlich die Frage der Allgemeinverbindlichkeit. Dabei sind wir sehr nah an den gewerkschaftlichen Forderungen geblieben und haben dafür gesorgt, dass wir Tariflandschaft, Tarifrecht und Tarifpolitik wieder in Wert setzen und nicht nur die 50:50-Quote, wie das früher einmal der Fall war, sondern inzwischen auch das öffentliche Interesse künftig maßgeblich dafür sein soll, dass Tarifverträge, wenn sie ausgehandelt sind, für eine ganze Branche in der Region gelten sollen, meine Damen und Herren.

Das ist das, was wir aus rheinland-pfälzischer Sicht mit diesem Koalitionsvertrag im Bereich der Arbeitsmarktpolitik verbunden haben. Es fügt sich hervorragend in die rheinland-pfälzische Arbeitsmarktpolitik ein.

### (Beifall der SPD und bei dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Wir haben auch in Zukunft Menschen mit besonderen Herausforderungen am Arbeitsmarkt. Angesichts der Fachkräftethematik, die schon beschrieben worden ist, werden wir auch in Zukunft an jeden Menschen in Rheinland-Pfalz die Botschaft adressieren müssen: Wir können auf dich nicht verzichten. Wir können es uns nicht leisten, dass du zurückbleibst, du nicht in ein Erwerbsleben hineinkommst oder ein permanentes Gefühl des Scheiterns hast, sondern wir müssen dich und andere unterstützen und ertüchtigen, damit wir für dich eine gewinnende und erfolgreiche Erwerbsbiografie aufbauen können. Dabei müssen wir aber natürlich auch den Nachwuchs bekommen, den wir in den Unternehmen in Rheinland-Pfalz brauchen.

Das ist der Punkt, an dem ich Ihnen sage, wir werden auch in Zukunft Landesmittel gemeinsam mit den ESF-Mitteln dafür investieren müssen, dass Menschen ertüchtigt und mit Weiterbildung und entsprechenden Angeboten ausgestattet werden, sodass sie in den Arbeitsmarkt kommen und ihre Chance bekommen, und wenn es nicht reicht, auch die zweite und dritte Chance bekommen können, meine Damen und Herren von der Opposition. Darum bin ich überhaupt nicht damit einverstanden, dass wir uns an der Stelle über Kürzungen unterhalten. Wir müssen uns vielmehr über Schwerpunkte unterhalten, ja, das ist richtig. Wir dürfen an der Botschaft aber nichts relativieren.

Wir befinden uns jetzt sozusagen im Übergang zu einer nächsten Förderperiode, was die ESF-Mittel angeht. Wir werden uns mit den Erfahrungen der Träger und Akteure vor Ort in dieser neuen Förderperiode bewegen. Wir werden den Schwerpunkt Ertüchtigung in unseren Arbeitsmarkt, Unterstützung der Unternehmen und der Arbeitskräfte, Verringerung der Zahl der Schulabbrecher und Förderung des gleichen Zugangs zu hochwertiger Früherziehung und Grund- und hochwertiger Sekundarbildung in Zukunft noch stärker in den Mittelpunkt stellen.

Meine Damen und Herren, insgesamt können wir rund 44.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer pro Jahr in annähend 400 arbeitsmarktpolitischen Projekten verzeichnen. Das ist auch deshalb gut, weil die schwarzgelbe Bundesregierung vor einigen Jahren etwas gemacht hat, was sie bei den Trägern in den Regionen heute noch schmerzhaft spüren, nämlich über ihre Instrumentenreform uns all die Möglichkeiten, die wir mit Mühe auf landespolitischer Ebene jetzt wieder aufbauen müssen, aus den Händen geschlagen hat.

Meine Damen und Herren, das heißt, wenn Sie jetzt landespolitische Kürzungen fordern, dann ist das sozusagen im schlechten Geiste dieser Kürzung auf Bundesebene unter Schwarz-Gelb. Wir haben das damals schon auf Bundesebene nicht unterstützt, jetzt glauben Sie doch nicht ernsthaft, dass wir das hier in Mainz unterstützen, meine Damen und Herren. Wir wissen, dass wir auf einem guten Weg sind. Ihre Ratschläge haben uns schon in Berlin nichts gebracht und haben auch bei den Trägern heute noch für verbrannte Erde gesorgt. Erwarten Sie nicht wirklich, dass wir das heute hier auf landespolitischer Ebene unterstützen.

## (Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Ähnlich ist es auch bei der Beschäftigungskonversion, meine Damen und Herren. Natürlich hoffen wir, dass wir am Ende die Mittel nicht brauchen, aber wir wissen doch nicht, was passiert, wenn die Amerikaner ihre Pläne so umsetzen, wie wir glauben, dass sie sein könnten.

Wir haben auch noch nicht das Problem der Truppenbewegung und der Veränderung bei den Bundeswehrstandorten mit berücksichtigt.

Liebe Frau Thelen, wenn ich höre, Ihr Gerechtigkeitsbegriff hat vor allem etwas mit fiskalpolitischer Generationengerechtigkeit zu tun, dann glaube ich nicht, dass Sie mich begleiten würden, wenn ich, wenn der Truppenabbau tatsächlich kommt, einen Vor-Ort-Termin hätte und mit den Beschäftigten sprechen müsste, ihnen sagen müsste, wir haben auf die CDU gehört und die Beschäftigungskonversionsmittel gekürzt. Ich kann nichts für Sie machen, aber Frau Thelen wird es Ihnen gleich erklären, wie gut es für die Generationengerechtigkeit ist, dass Sie jetzt ohne Perspektive nach Hause gehen, meine Damen und Herren. Sie können nicht ernsthaft erwarten, dass wir das unterstützten, liebe Frau Thelen.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN – Zuruf der Abg. Frau Thelen, CDU)

Zur Gesundheitswirtschaft ist schon etwas gesagt worden. Jeder zehnte Euro in Rheinland-Pfalz wird im Be-

reich der Gesundheitswirtschaft verdient. Deshalb ist es nur klug, diesen Bereich immer wieder stärker mit Impulsen zu versetzen, sich nicht zurückzulehnen und zu hoffen, dass es alles gut weitergeht, sondern Schwerpunkte zu setzen. Das ist die vornehmste Aufgabe der Landespolitik.

Unsere besondere Aufgabe ist die flächendeckende Gesundheitsversorgung im ambulanten und stationären Bereich. Im stationären Bereich, insbesondere im Bereich der Krankenhäuser, sind wir auf einem guten Weg. Wir haben die Mittel geradeaus gefahren. Man kann manchmal sagen, es könnte mehr sein, aber das Deckchen ist zwar kurz, wärmt uns aber alle. Das ist schon mehr, als man in vielen anderen Bereichen, auch bundesweit, sagen kann.

Wir haben die Situation, dass die Träger der Krankenhauslandschaft wissen, diese Landesregierung steht an ihrer Seite und entwickelt die Krankenhauslandschaft fortschrittlich in die Zukunft.

Meine Damen und Herren, im ambulanten Bereich geht es darum, dass wir insbesondere im ländlichen Raum auch in Zukunft eine ausreichende Fach- und Hausärzteversorgung haben. Wir sind hier mit unseren Hausärzteprogrammen und vielen anderen Programmen zusammen mit der Landesärztekammer, der Kassenärztlichen Vereinigung auf einem guten Weg. Wir wollen diesen Weg fortsetzen und deshalb auch keine Rückschritte im Haushalt vornehmen lassen.

Ich könnte noch vieles aufzählen, aber ich bin froh, dass die regierungstragenden Fraktionen mir an der Stelle viel Arbeit abgenommen haben.

Lassen Sie mich etwas zum Thema "Demografie" sagen. Ich habe aufgenommen, dass Sie die Zahlen, wie ich sie im Ausschuss immer wieder vortrage und sie auch das Statistische Landesamt vorträgt, hier noch einmal vorgetragen haben, deshalb kann ich hier keinen Dissenz erkennen, Frau Thelen.

Natürlich könnte man fragen: Wo ist denn die Demografie-Strategie? Wo ist der 10-Punkte-Plan?

Meine Damen und Herren, wer sich mit diesem Thema "Demografie" beschäftigt, der wird immer wieder auf eines stoßen, nämlich dass es nicht den einen Plan gibt, den wir in Mainz entwickeln und dann über das Land werfen und sagen, jetzt sind alle glücklich damit, der gilt im Hunsrück genauso, wie er in der Südpfalz gilt. Meine Damen und Herren, das wird nicht möglich sein, und deshalb sollte man mit der Forderung schlichtweg zurückhaltend sein. Wir brauchen eine Vielzahl von unterschiedlichen Ansätzen, die aufeinander abgestimmt sind.

(Zuruf der Abg. Frau Thelen, CDU)

Ich will ein Beispiel nennen, das ist das Thema "Pflege". Sie werden kaum ein Land finden, das so fortschrittlich und innovativ unterwegs ist wie Rheinland-Pfalz, was das Thema "Pflege" angeht. Sie werden kaum ein Land finden, das so früh die Weichenstellungen auf den Weg gebracht hat, und Sie werden kaum ein Land finden, das

so stark in die ambulante und stationäre Struktur geht, und Sie werden auch kein Land finden, das sich so stark für die Beschäftigten einsetzt.

Ich denke unter anderen auch an die Pflegekammer, meine Damen und Herren. Wir haben darüber schon diskutiert. Wir haben sie auf den Weg gebracht. Ich bin froh, dass die regierungstragenden Fraktionen diesen Weg unterstützen. Ich bin auch froh, dass die CDU inzwischen Anhängerin der Pflegekammer geworden ist.

(Frau Thelen, CDU: Wie bitte? Das ist aber eine Gedächtnislücke! – Frau Schneider, CDU: Also dass das jetzt in Ihrem Alter schon anfängt, Herr Minister!)

Das ist eine gute Entwicklung. Offensichtlich haben die Argumente der Befürworter und die, die ich Ihnen dazu im Landtag anbieten konnte, gereicht, dass sich auch die CDU an die Seite der Pflegekammer stellt, meine Damen und Herren.

Lassen Sie mich zu guter Letzt noch einige Hinweise zu dem geben, was im Bereich der Behindertenpolitik und der Eingliederungshilfe gesagt wurde. Ja, es ist gut, dass Malu Dreyer in Berlin in den Koalitionsverhandlungen durchgesetzt hat, dass das Bundesteilhabegesetz kommt, es unmittelbar zur Entlastung für Kommunen führt und wir auch qualitative Verbesserungen bekommen.

Wir befinden uns in einem extrem intensiven Austausch mit den Trägern der Behindertenhilfe in Rheinland-Pfalz, meine Damen und Herren. Gerade kürzlich im November hatten wir einen Tag der Zukunftskonferenzen mit allen großen Trägern und haben gemeinsam festgestellt, die Herausforderungen sind nicht klein, wenn wir teilstationäre und ambulante Strukturen aufbauen wollen.

Wir sind aber gemeinsam unterwegs, wenngleich wir unterschiedliche Geschwindigkeiten zu akzeptieren haben, weil nicht überall die Voraussetzungen gleich sind. Dann muss man vielleicht über die Zeitstrecke nachdenken und kann nicht sagen, 2016/2017 ist schon alles auf ambulant gestellt.

Aber wir sind auf dem Weg und haben uns in die Hand versprochen, dass wir diese neuen unterschiedlichen Geschwindigkeiten akzeptieren, eine Information für Sie, die Sie als Opposition nicht haben können, da hat die Regierung einen strukturellen Vorteil, weshalb ich es auch nicht gegen Sie verwenden kann, meine Damen und Herren, liebe Frau Wieland.

Auch die Aktion Mensch, die ein sehr wichtiger Finanzgeber ist, was die Fragen der teilstationären und ambulanten Angebote anbelangt, hat sich mit uns gemeinsam auf diesen neuen Weg eingelassen und hat gesagt, wir werden diese Flexibilität mit unterstützen. Meine Damen und Herren, liebe Frau Wieland, deshalb sind wir in Rheinland-Pfalz auf einem guten Weg.

(Zuruf der Abg. Frau Wieland, CDU)

Dass die Zielvereinbarung nach § 79 SGB XII nicht auf den Weg gebracht worden ist, können Sie als Allerletz-

tes dieser Landesregierung vorwerfen. Das geht nun wirklich nicht. Sie wissen – das haben wir im Ausschuss hin- und herdiskutiert –, dass es sozusagen – einmal ganz diplomatisch ausgedrückt – an der am Ende dann doch nicht voll perfekt ausgestatteten Kompromissfähigkeit der Verhandlungspartner gelegen hat, dass es nicht so gekommen ist. Daher haben wir gesagt, natürlich muss am Ende ein Verordnungsentwurf auf den Tisch gelegt werden.

Aber, meine Damen und Herren, niemand kann erwarten, dass ein Verordnungsentwurf genau den Handlungsspielraum hat, den eine gemeinsame Vereinbarung gehabt hätte. Meine Damen und Herren, deshalb finde ich die Kritik an dem Verordnungsentwurf politischerseits nicht wirklich statthaft, und das wissen Sie eigentlich auch besser.

Lassen Sie mich noch zu dem Thema der Schuldnerberatung etwas ausführen. Die Schuldnerberatung ist entstanden aus einem engen und intensiven Dialog, für den ich vor allen Dingen auch meiner Fraktion dankbar bin, die gemeinsam mit den Trägern der Schuldnerberatung in Rheinland-Pfalz dazu eingeladen hat. Dabei ging es um die Frage: Wie ist die Situation? – Das war sehr eindrucksvoll. Ich habe noch sehr gut in Erinnerung, wie dort geschildert wurde, wir machen Lebensberatung. Wir helfen, Armut zu bekämpfen und Armut zu verhindern, und wir müssen jetzt auch mehr Geld ins System bekommen, um dieser Tätigkeit sinnvoll nachzugehen. Daraufhin haben wir im Haushalt einen Schwerpunkt darauf gesetzt, der uns finanzpolitisch schwergefallen ist, den ich aber politisch immer wieder gut begründen kann

Die Gespräche mit den anderen Banken, die nicht im System verantwortlich sind, haben wir auch geführt. Aber wenn Sie auf der Grundlage freiwilliger Lösungen von ihnen erwarten müssen, dass sie für etwas Geld geben sollen, für das sie zuvor nichts haben geben müssen, dann können Sie keine schnellen Erfolge erwarten.

Meine Damen und Herren, aber der Dialog wird nicht aufhören, im Gegenteil. Zunächst einmal hat aber das Land, seiner Verantwortung mehr als gerecht werdend, noch einen ordentlichen Betrag von immerhin 200.000 Euro im Jahr dazugegeben, und ich bin mir sicher, dass wir damit auch die richtigen Akzente setzen.

Meine Damen und Herren, ich danke Ihnen zunächst einmal ganz herzlich für Ihre Aufmerksamkeit. Ich sehe, Frau Thelen wedelt sich schon Luft zu mit der blauen Karte, da kommt also noch etwas.

Danke schön.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

### Vizepräsident Schnabel:

Da Frau Kollegin Thelen mit der blauen Karte wedelt, hat Sie nun auch das Wort zu einer Kurzintervention. – Bitte schön!

#### Abg. Frau Thelen, CDU:

Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Minister Schweitzer, ich kann wirklich mit vielem leben, was Sie gesagt haben. Das ist auch einfach einer unterschiedlichen politischen Auffassung geschuldet, und das ist völlig in Ordnung.

Aber wenn Sie Dinge behaupten, die einfach nicht der Wahrheit entsprechen, dann provozieren Sie die Kurzintervention. Sie haben gesagt, wir seien irgendwann endlich dann doch zu der Erkenntnis gekommen, dass eine Pflegekammer sinnvoll ist. – Ich weiß nicht, welche Geschichte Sie im Kopf haben, die Geschichte in diesem Land, was das Thema "Pflegekammer" angeht, haben Sie jedenfalls nicht im Kopf gehabt; denn die war völlig anders, und das könnten wir an dieser Stelle sogar mit Protokollen aus diesem Plenarsaal belegen.

Die CDU-Fraktion ist nach vielen Gesprächen rund um das Thema "Pflegekräftemangel", "Minutenpflege", "Unzureichende Verweildauer der Pflegekräfte im Beruf", "Kürzungen bei den Pflegekräften in den Krankenhäusern", weil man die Tariferhöhung der Ärzte bezahlen musste etc. Ende 2011 bei einem Parteitag zu dem Schluss gekommen, dass, um auch für die Pflegebedürftigen und vor allen Dingen für die Pflegekräfte einen vernünftigen Weg aufzuzeigen, das einzig Richtige die Einrichtung einer Pflegekammer ist.

Sehr geehrter Herr Schweitzer, zu diesem Zeitpunkt war Ihre Vorgängerin im Amt noch auf einem anderen Wege. Frau Dreyer, das haben Sie selbst im Plenarsaal in der Debatte gesagt.

(Ministerpräsidentin Frau Dreyer: Ja, ich war am Anfang kritischer!)

Sie haben sich damals der Pflegekammer gegenüber sehr kritisch positioniert und haben, nachdem dieser Parteitag der CDU sich klar zur Pflegekammer bekannt hat, angefangen umzuschwenken. Ich begrüße dieses Umschwenken ausdrücklich; denn ich halte es für richtig, und ich bin froh, dass wir an dieser Stelle inhaltlich miteinander am gleichen Strang ziehen und in die gleiche Richtung gehen. Ich hoffe, das bleibt auch so.

## (Beifall der CDU)

Sehr geehrter Herr Schweitzer, mein zweiter Punkt ist das Thema der gescheiterten Rahmenvereinbarung, um mit den Leistungserbringern und den Kostenträgern – das sind Land und Kommunen; Leistungserbringer sind bei uns überwiegend die Träger von Einrichtungen der Behindertenhilfe – Grundsätze über das zu vereinbaren, was als adäquate Kosten abgerechnet werden kann. Es war erforderlich, dies ganz grob zu vereinbaren.

Dass diese Vereinbarungen so lange gedauert haben und trotz Federführung der Sozialministerin und nun der Chefin nicht zustande gekommen sind, dazu liegen uns Äußerungen vor, woraus ich schließen kann, dass man es keineswegs allein der fehlenden Konsensbereitschaft der kommunalen Seite zuschieben kann. Wir haben aus den Informationen den Eindruck gewonnen, dass man

auch die Umsetzung des Mottos "ambulant vor stationär" mit großer Macht vorantreiben wollte, mit zum Teil dramatischen Auswirkungen, was die Kostenentwicklung bei den Kommunen angegangen wäre. Ich erinnere nur noch einmal daran, dass man – um etwas Klarheit hineinzubekommen –

(Glocke des Präsidenten)

einen Versuch mit einer Einrichtung gemacht hat, der tatsächlich dazu führte, dass die monatlichen Kosten um 100 % gestiegen wären. Also, auch dort müssen Sie ein Stück weit bei der Wahrheit bleiben. Ich halte es immer noch für richtiger, eine Rahmenvereinbarung zu versuchen, und ich hoffe, dafür besteht noch der Spielraum.

Danke.

(Beifall der CDU)

#### Vizepräsident Schnabel:

Herr Staatsminister Schweitzer, Sie haben zur Erwiderung das Wort.

# Schweitzer, Minister für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Liebe Frau Thelen, ich habe aufgenommen, dass Sie inzwischen für die Pflegekammer sind. Ich habe es als Kompliment gemeint. Ich habe den Konsens im Hause begrüßt, und ich denke, das ist für die allgemeinpolitische Diskussion auch gut. Es wird noch schwer genug werden, das sage ich Ihnen auch; darum bin ich sehr froh, dass auch die CDU inzwischen dafür ist.

(Frau Schneider, CDU: Warum waren Sie denn erst dagegen? – Baldauf, CDU: Da war er noch nicht Minister!)

Liebe Frau Thelen, aber nun muss ich Ihnen sagen, ich finde es total spannend, dass Sie sagen, wir waren schon immer dafür. – Wenn ich aber lese, was die Wahlprüfsteine eines maßgeblichen Pflegeverbandes in Rheinland-Pfalz und darüber hinaus ergeben haben, nachdem genau bei derselben CDU, für die Sie gerade geredet haben, gefragt wurde, was haltet ihr von den unterschiedlichen Themen im Bereich der Pflege, dann klingt das ganz anders.

Damals sind alle abgefragt worden, und die Frage Nummer 6 lautete: Befürwortet Ihre Partei eine Kammer für Pflegeberufe?

Ich sage es noch einmal, befragt wurde die CDU in Rheinland-Pfalz zur Landtagswahl 2011, die die Mehrheitsverhältnisse, wie wir sie heute haben, in dieser Wahlperiode zur Folge hatte.

Die Antwort lautete – ich zitiere mit Erlaubnis des Präsidenten –:

Eine Verkammerung bringt gegenüber der aktuellen Situation keine Fortschritte, die einen derartigen Eingriff

rechtfertigen würden. Sie ist mit Belastungen verbunden, denen kein entsprechender Ertrag gegenübersteht. –

Also, für mich hört sich ein Ja anders an, Frau Thelen. – Ich weiß nicht, vielleicht lese ich es falsch.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Frau Thelen, es steht mir nicht zu zu mutmaßen, wer zu dieser Zeit bei der CDU gerade in der Verantwortung war und wer verantwortet hat, dass Wahlprüfsteine beantwortet werden. Frau Thelen, ich meine damit nicht Sie persönlich, aber einmal ganz ehrlich gesagt, die CDU ist nicht die Mutter der Pflegekammer, sondern Sie sind am Ende auf den Zug aufgesprungen, und das ist in Ordnung. Ich begrüße Sie ganz herzlich auf dieser Lokomotive, die inzwischen an Fahrt aufgenommen hat.

(Zuruf der Abg. Frau Thelen, CDU)

Aber Sie sind nicht diejenigen, die den Zug auf den Weg gebracht haben. Ich glaube, das haben wir damit klären können.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

#### Vizepräsident Schnabel:

Herr Dr. Schmidt, Sie haben das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Sie haben noch 3 Minuten Redezeit.

## Abg. Dr. Dr. Schmidt, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Sehr geehrter Herr Präsident! Wahrheitshalber möchte ich noch etwas erwähnen. Frau Thelen, ich glaube, wir waren 2010 zusammen mit der SPD, der FDP und der CDU vom Pflegeverband zu einer Veranstaltung eingeladen.

Unter anderem ging es in dieser Veranstaltung auch um die Frage der Pflegekammer, ja oder nein. Sie waren dagegen. Ich war dafür. Es ist nicht schlimm, wenn man mit der Zeit die Erkenntnis gewinnt, dass die Dinge so sind, wie sie sind.

Eine Pflegekammer gibt es in Skandinavien und in vielen Ländern. Zu der Zeit hat man auch darüber diskutiert. Pflegen kann nicht jeder, das ist eine professionelle interdisziplinäre Arbeit. Dafür brauchen wir diese Kammer, damit wir die Bildung, die Ausbildung qualifiziert und sachkundig diskutieren können. Von daher möchte ich noch einmal klarstellen, dass dies 2010 nicht der Fall war.

Vielen Dank.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

### Vizepräsident Schnabel:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es liegen keine Wortmeldungen mehr vor.

Ich rufe nunmehr auf:

## Beratung des Einzelplans 07 – Ministerium für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen

Das Wort hat Frau Kollegin Huth-Haage.

Die Fraktionen haben eine Redezeit von 15 Minuten vereinbart.

## Abg. Frau Huth-Haage, CDU:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn wir Familie als Keimzelle der Gesellschaft ansehen, wenn wir Kinder als unsere Zukunft verstehen und Integration als gesamtgesellschaftliche Schlüsselaufgabe anerkennen, dann sehen wir, welche wichtige Bedeutung der Einzelplan 07 eigentlich haben sollte.

Meine Damen und Herren, der Haushaltsentwurf von Rot-Grün, über den wir nun sprechen, wird diesen Anforderungen und diesem Anspruch leider in keiner Weise gerecht.

### (Beifall der CDU)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich mit dem Ministerium beginnen. Sie wissen, wir haben die Neugründung eines Ministeriums immer kritisch gesehen, nicht, weil wir nicht glauben, dass es wichtig und richtig ist, sinnvolle Themen zusammenzufassen, damit man auch Synergieeffekte erzielen kann, aber wir hatten immer die Sorge, dass sich da auch ein Bürokratieaufwuchs entwickelt und es Stellenmehrungen gibt. Meine Damen und Herren, genauso ist es gekommen. Wir haben jetzt in diesem neuen Haushaltsplan 15 neue Stellen gegenüber dem bisherigen Haushaltsplan ausgewiesen.

Meine Damen und Herren, es ist schon bedauerlich. Es ist ein Aufwuchs an Stellen in einem Ministerium, in dem an vielen anderen Stellen gestrichen wurde, bei denen es uns wirklich wehgetan hat. Das konnten wir so nicht mittragen.

## (Beifall der CDU)

Meine Damen und Herren, ich will einmal aufzählen, um was es hier geht, wenn ich von Kürzungen spreche: Schwangerenkonfliktberatung – mehrfach angesprochen –, Kostenerstattung an die Kommunen bei den Hilfen zur Erziehung, Sozialfonds für das Mittagessen von bedürftigen Kindern in Kitas und die Förderung des Ausbaus bei den Jugendherbergen. Meine Damen und Herren, das kann man nicht nachvollziehen.

Ich möchte exemplarisch einmal auf den letzten Punkt eingehen, nämlich die Förderung des Jugendherbergwerks. Diese findet nach Ihrem ursprünglichen Entwurf nicht mehr statt. Sie haben 250.000 Euro institutionelle Förderung vollends gestrichen. Sie haben nun ein bisschen nachgebessert. Ich möchte sagen, gerade die Jugendherbergen sind ein verlässlicher, ein guter Partner des Landes bei Familienfreizeiten, bei Kinderferienfreizeiten. All das wird benötigt. Gerade die Jugendherbergen ermöglichen es einkommensschwachen und kinderreichen Familien, in Urlaub zu fahren und sich einmal in einer anderen Atmosphäre zu begegnen. Die Streichung ist bedauerlich.

Meine Damen und Herren, Sie sehen, hier werden gewachsene und bewährte Strukturen bewusst zerschlagen.

## (Beifall der CDU)

Andererseits gibt es aber einen Aufwuchs bei Titeln, die irgendwie den Begriff "Regenbogen" im Namen tragen, obwohl bei diesen Titeln in den vergangenen Jahren kaum Mittel abgeflossen sind. Meine Damen und Herren, das ist planlos und konzeptlos.

(Beifall bei der CDU – Zuruf der Abg. Frau Brede-Hoffmann, SPD)

Meine Damen und Herren, für den Bereich Integration kann man das genauso sagen. Sie wissen, dass die Ansätze angesichts des Flüchtlingstroms aus Syrien überhaupt nicht stimmen. Wir wissen auch um die Probleme des Abschiebegefängnisses in Ingelheim. Wir machen da gerade Umbaumaßnahmen in Höhe von 4 Millionen Euro. Ich möchte einmal aus dem "Steuerzahler" zitieren: Die Landesregierung will die Abschiebehaft eigentlich komplett abschaffen.

# (Köbler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sie blockieren das im Bund!)

Eine entsprechende Bundesratsinitiative will Rheinland-Pfalz noch in diesem Jahr auf den Weg bringen. Die Umbaumaßnahmen sollen aber bereits beginnen, bevor über die Zukunft der Abschiebehaft entschieden wird. – Im Erfolgsfalle wären also alle bis dahin getätigten Ausgaben verschwendet. Meine Damen und Herren, auch das ist plan- und konzeptlos.

## (Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, augenscheinlich ist auch, offensichtlich macht es einen Unterschied, in welchem Haus ein Titel veranschlagt wird.

Ich möchte es noch einmal ansprechen. Es ist ein Unterschied, ob wir hier über die Schwangerenberatung im Haushalt der Frau Ministerin Alt sprechen, oder – eben ist es angeklungen – ob wir über die Schuldnerberatung in einem rot-geführten Haus sprechen. Offensichtlich macht das einen Unterschied.

## (Beifall der CDU)

Frau Ministerin, Sie wissen, wir schätzen Sie. Wir müssen Sie natürlich als einzige Opposition in diesem Haus auch für die Dinge kritisieren, die wir für falsch halten. Das tun wir. Ich denke, wir tun es aber sehr fair. Wir

schätzen die Zusammenarbeit mit Ihnen. Wir haben Sie in den letzten Monaten immer wieder darauf hingewiesen, dass es nicht richtig ist, die Kommunen so hängen zu lassen. Sie wissen, es besteht ein großes Unverständnis und eine große Konfusion bei den Kommunen, weil man nicht weiß, wie es beim U3-Ausbau weitergehen wird. Sie haben uns immer und immer wieder vertröstet. Zuletzt wurde gesagt, nach dem Haushalt kommt etwas aus Ihrem Haus.

Zwischenzeitlich ist die Ministerpräsidentin – ich sage es einmal so – dazwischengegrätscht. Offensichtlich hat sich das Verhältnis zwischen Ministerium und Kommunen so stark verschlechtert, dass sich jetzt Ministerpräsidentin Malu Dreyer einschaltet, obwohl sie sonst die Devise vertritt, sozusagen nicht Feuerwehrfrau spielen zu wollen. Meine Damen und Herren, ich glaube, das sagt auch viel über den Zusammenhalt in dieser Regierungskoalition aus.

#### (Beifall der CDU -

Frau Brede-Hoffmann, SPD: Bei Ihnen ist wohl auch der Wunsch der Vater des Gedanken!)

 Es ist schade, dass Sie hier nicht für Ihre Fraktion sprechen dürfen. Das ist wirklich bedauernswert.

## (Beifall bei der CDU)

Kindertagesstätten sind der Kernbereich in diesem Haushalt. Wir haben in den vergangenen Jahren gemeinsam – insbesondere Bund und Kommunen – große Kraftanstrengungen unternommen, um den U3-Ausbau zu bewältigen.

(Beifall bei der CDU)

Wir sehen, wir haben viel im Bereich der Quantität getan. Wir möchten nun auch die Qualität in den Fokus nehmen

Wir können nicht die Augen davor verschließen, dass überall im Land Erzieherinnen und Erzieher aufschreien und sagen, die Bedingungen sind so nicht mehr tragbar. Wir wissen, die Herausforderungen sind gewaltig. Wir haben einen Rechtsanspruch. Wir haben die Aufnahme von unter dreijährigen Kleinkindern. Wir haben Bildungsempfehlungen. Wir haben Sprachförderung. Wir haben Kinder mit Migrationshintergrund zu integrieren. Der Bereich Inklusion kommt noch dazu.

Die Rahmenbedingungen und der Personalschlüssel haben sich aber in den vergangenen Jahren nicht geändert. Dass das nicht mehr zusammenpasst und nicht mehr gehen kann, liegt auf der Hand.

Meine Damen und Herren, die Betreuungsquote, mit der Sie sich immer feiern lassen, ist auf dem Rücken der Erzieherinnen und Erzieher erarbeitet. Wir müssen ihnen danken, aber wir müssen auch sagen, so kann es nicht weitergehen.

### (Beifall der CDU)

Meine Damen und Herren, das geht zulasten der Erzieherinnen und Erzieher, es geht aber auch zulasten der Kinder.

Wenn wir von Berufsverbänden und von ehrenamtlichen Initiativen wie "Gute Kita" darauf hingewiesen werden, dass Bildungsempfehlungen nicht mehr umgesetzt werden können, weil es einfach nicht mehr geht, weil die Menschen am Rande der Erschöpfung sind, weil sie nicht mehr arbeiten können, wenn wir wissenschaftliche Studien haben, die ganz genau aufzeigen, dass in Rheinland-Pfalz nicht mehr optimale Bedingungen herrschen – wir haben es gestern aufgeführt, etwa die Bertelsmannstudie "Frühkindlicher Ländervergleich" –, dann wissen wir doch, dass wir reagieren müssen.

Wir können doch nicht so tun, wie Sie es gestern in der Aussprache getan haben zu sagen, wir sind das Bildungsland Nummer 1. All das ignorieren Sie doch. So geht das doch nicht.

#### (Beifall bei der CDU)

Ich möchte nur eines ansprechen. Wir haben das im Ausschuss auch angesprochen. Es ist nicht so, dass wir darüber nicht geredet hätten. Wir haben das im Ausschuss vermehrt angesprochen. Dann haben die geschätzten Vertreter der SPD gesagt, ja, das sei doch alles richtig, nur hätte man vergessen, das Ganze sei schließlich auch beitragsfrei.

Meine Damen und Herren, ich glaube, das kann nicht die Antwort sein, die wir den Erzieherinnen und Erziehern und den Eltern geben. Da machen wir es uns zu einfach.

#### (Beifall der CDU)

Die Frage, vor der wir stehen, ist: schlechte Bedingungen für alle oder gute Bedingungen und optimale Förderung unter Einbeziehung von moderaten Elternbeiträgen von denen, die es sich leisten können.

(Köbler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Wie hoch sind die denn die moderaten Beiträge?)

Meine Damen und Herren, wir haben uns entschieden. Wir wollen die Qualität unserer Kindertagesstätten trotz der schwierigen Haushaltslage verbessern; denn eine Politik, die nur auf mehr Plätze abzielt, aber die Qualität außen vor lässt, ist schlecht für Kinder.

### (Beifall bei der CDU)

Wir brauchen verlässliche und gute Rahmenbedingungen. Wir wissen, die Bedarfslage ist vor Ort unterschiedlich. Daher möchten wir es den Trägern der Jugendhilfe, das heißt den Kreisen und kreisfreien Städten, selbst überlassen, wie sie damit umgehen. Wir möchten ihnen eine Möglichkeit und eine Chance eröffnen.

Selbstverständlich sind kinderreiche und einkommensschwache Familien davon ausgenommen.

> (Zuruf des Abg Köbler, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Selbstverständlich möchten wir, dass das letzte Kindergartenjahr als Vorschuljahr gezielt auf die Schule vorbereitet und beitragsfrei bleibt.

Meine Damen und Herren, ich sage Ihnen, mit diesem Konzept können wir einiges erreichen. Wir können gezielt gegen den Fachkräftemangel angehen, indem wir beispielsweise eine Ausweitung der Leitungsfreistellung erreichen, indem wir einen Gehaltszuschlag zahlen können, indem wir die Finanzierung der dualen Ausbildungen vornehmen können.

### (Zuruf des Abg. Köbler, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Wir könnten eine Verbesserung der Sprachförderung durch die Gewinnung von speziell ausgebildeten Sprachfachkräften finanzieren. Wir können die sprachliche Förderung zeitlich ausweiten. Wir können eine Verbesserung der äußerlichen Rahmenbedingungen erreichen.

Meine Damen und Herren, in einer von uns initiierten Anhörung im Ausschuss zum Thema "Fachkräftemangel" sagte der Vertreter der Liga der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege, Herr Frenzel-Göth, sicherlich kein neoliberaler Lobbyist: Vielleicht war die politische Entscheidung zur Abschaffung von Elternbeiträgen in Rheinland-Pfalz nicht klug; denn dem Land fehlt eine Menge Geld, um mögliche Prozesse in der Kita noch einmal qualitativ umzusteuern. —

Ähnliches sagt im Übrigen auch die GEW. Ich will sagen, die Politik, die Sie hier treiben, ist tief unsozial.

### (Beifall der CDU)

Meine Damen und Herren, ich weiß, es ärgert Sie, aber es ist so, wir haben ganz viele positive Rückmeldungen vonseiten der Erzieherinnen und der Erzieher bekommen, aber auch vonseiten der Träger, der Presse. Ganz besonders froh und stolz bin ich darauf, dass wir ganz viele positive Rückmeldungen vonseiten der Eltern bekommen haben. Diese haben das allergrößte Interesse daran, dass ihre Kinder endlich gut gefördert werden.

#### (Beifall bei der CDU)

Ich weiß, dass es bei Ihnen den einen oder anderen gibt, der in diese Richtung denkt. Wir haben es oft erlebt, dass unsere Vorschläge mit einer zeitlichen Verzögerung kommen. Es braucht manchmal ein Stück Zeit, bis es bei Ihnen umgesetzt wird.

## (Zuruf der Abg. Frau Ebli, SPD)

Das erleben wir immer wieder. Das haben wir auch in unserem Bereich in den vergangenen Jahren erlebt. Das war etwa beim Bereich Jugend so. Wir hatten im vergangenen Haushalt einen Entschließungsantrag eingebracht bzw. ein Konzept eingefordert, wie wir mit den berechtigten Anliegen von Jugendorganisationen bezüglich der Tagessätze für Kinder und Jugendliche umgehen und diese umsetzen können. Da haben Sie sich bewegt, da sind wir gemeinsam auf dem richtigen Weg.

Meine Kollegin, Frau Dr. Ganster, wird gleich noch ein paar ergänzende Ausführungen machen. Ich will Ihnen eines noch zum Abschluss sagen. Ich glaube, bei allen wichtigen familien- und gesellschaftspolitisch relevanten Themen haben Sie in den vergangenen Jahren absolut danebengelegen.

### (Beifall der CDU – Heiterkeit bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich will nur ein paar nennen, Ehegattensplitting, Betreuungsgeld, Mütterrente, Bundesfreiwilligendienst. Was haben Sie mit einer Verve gegen diese Themen gekämpft.

## (Zuruf des Abg. Dr. Konrad, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Wie ist es letztendlich gekommen? Ich will sagen, Sie haben sich in der Familienpolitik von der Realität der Menschen in diesem Land weit entfernt.

(Zuruf des Abg. Dr. Konrad, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Das ist der Unterschied zur CDU.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben Respekt vor Familien. Wir betonen die Wahlfreiheit. So werden wir das auch zukünftig machen.

(Beifall der CDU – Zuruf des Abg. Dr. Konrad, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

#### Vizepräsident Schnabel:

Ich erteile Frau Kollegin Sahler-Fesel das Wort.

## Abg. Frau Sahler-Fesel, SPD:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich spreche gern zum Einzelplan 07, der die wichtigen Themen "Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen" enthält. Das ist ein Einzelplan, ein Haus, welches sich dadurch auszeichnet, dass sehr viele Mittel in großer Zahl gebunden sind. Frau Huth-Haage hat einen Bereich, den Bereich der Kitas genannt.

Aber auch im Bereich der Integration, der Asylbewerber haben wir sehr viele gebundene Mittel. Wir haben bei der gebotenen Schuldenbremse die Vorgabe, dass die steigenden Flüchtlingszahlen und andere steigende Zahlen im Haushalt abgebildet werden müssen. Gleichzeitig muss gespart werden. Die Sparvorgaben müssen eingehalten werden.

Liebe Frau Ministerin Alt, für diese Quadratur des Kreises beneide ich Sie nicht. Aber es ist gelungen, dass dieser Haushalt vernünftig dargestellt wird.

Bei der SPD ist es uns wichtig, dass wir gerade im Bereich der Integration Strukturen erhalten, dass die Mittel für die institutionelle Förderung der Integration und Betreuung von Menschen mit Migrationshintergrund moderat angehoben werden, sodass die Projekte überhaupt umgesetzt werden können.

Ich werde nicht im Sinne von Frau Huth-Haage im Schweinsgalopp über alle möglichen Themen hinweggehen und diese ansprechen. Ich möchte zu den Anträgen sagen, Familienfreundlichkeit und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sind und bleiben für die SPD dauerhafte Kernthemen. In diesem Kontext sehen wir die Ferienfreizeiten der Kreise, zu denen die Koalition aus GRÜNEN und SPD einen Antrag mit eingebracht haben, sodass die 300.000 Euro für diesen Bereich wieder eingestellt werden können. Diese zeigen landesweit Wirkung in Ergänzung des Ganztagsschulprogramms und helfen den Familien mit ihren Kindern, die arbeiten gehen.

Frau Huth-Haage, ich habe offensichtlich verpasst, den Antrag oder das Deckblatt aus dem Bereich "Jugendherbergen" zu finden. Dazu haben wir ein Deckblatt gemacht.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen der CDU, bei der Familienpolitik bleiben Sie Ihrer Haltung treu. Das zeigt Ihr Kürzungsvorschlag bei den Zuschüssen zur Akzeptanz gleichberechtigter Lebensweisen. Sie machen die Augen zu. Sie wissen ganz genau, Strukturen müssen erst aufgebaut werden. Die SPD fühlt sich im Land unterm Regenbogen sehr gut aufgehoben. Wir stehen zur bunten Vielfalt und machen die Reduzierung auf Schwarz-Weiß nicht mit.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD und Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren von der CDU, Frau Klöckner und Frau Huth-Haage, enttäuscht bin ich über Ihre unsachliche und polemisierende Diskussion bei der Schwangerenkonfliktberatung.

(Frau Kohnle-Gros, CDU: Was?)

Wer dieser Landesregierung und den sie tragenden Fraktionen unterstellt, sie wollten Frauen mit ihren ungeborenen Kindern im Regen stehen lassen, der ignoriert ganz bewusst die Tatsachen.

(Frau Kohnle-Gros, CDU: Dann lesen Sie mal Ihren Antrag!)

Tatsache ist

(Frau Kohnle-Gros, CDU: Das ist hammerhart!)

 genau, das ist hammerhart –, dass in Rheinland-Pfalz mehr Stellen in der Schwangerenkonfliktberatung gefördert werden als nach dem im Bundesgesetz vorgegebenen Schlüssel, Frau Klöckner.

(Frau Klöckner, CDU: Ich bin Landtagsabgeordnete, was wollen Sie denn?)

Das ist selbst bei den Trägern völlig unstrittig. Die Sorge der Träger konzentriert sich auf die betroffenen Frauen und somit auf den Abbaupfad. Wie lässt sich die bundesgesetzlich vorgegebene Schwangerenkonfliktberatung unter Einbeziehung der Schwangerschaftsberatungsstellen und bei Berücksichtigung aller Träger in der Fläche sicherstellen? Spätestens in der Anhörung müss-

te auch das letzte Mitglied der CDU-Fraktion verstanden haben, dass das über Jahre geknüpfte starke Netz der Beratungsstrukturen in Rheinland-Pfalz bestehen bleiben wird.

Liebe Frau Klöckner und jetzt auch liebe Frau Huth-Haage, ich finde es bezeichnend, dass Ihnen selbst bei der Frage nach Hilfen für Frauen in Konfliktsituationen die Stimmungsmache und die Schlagzeile näherliegen als die sachgerechte und zielführende Beratung.

Schönen Dank.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN – Frau Kohnle-Gros, CDU: Das ist eine Unverschämtheit!)

#### Vizepräsident Schnabel:

Ich erteile Frau Kollegin Spiegel das Wort.

#### Abg. Frau Spiegel, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist wie so oft bei dem Thema "Integration, Kinder, Familie, Jugend und Frauen", dass die CDU-Fraktion Anlass gibt, erst einmal ein paar Sachen richtigzustellen. Vielleicht gehe ich zunächst auf die Regenbogenfamilien ein. Frau Kollegin Huth-Haage, Sie haben das irgendwie seltsam ausgesprochen.

Ich muss sagen, die Regenbogenfamilien haben unsere Unterstützung verdient. Es ist ganz wichtig, dass wir uns der Vielfalt von Familienformen annehmen. Es ist ein richtiger Schritt, dass wir in der Antidiskriminierungsarbeit für Vielfalt noch einmal mehr als 300.000 Euro hineinstecken.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD – Zuruf der Abg. Huth-Haage, CDU)

Zu Ihren Ausführungen zur Abschiebehaft möchte ich anmerken, dass es ein Bundesgesetz ist. Das wissen Sie genau. Natürlich würden wir uns freuen, wenn es auf Bundesebene abgeschafft würde. Sie können schauen, was sich tun lässt. Da hat sich leider in der Vergangenheit überhaupt nichts bewegt. Es würde uns viel Geld sparen, wenn wir keine Abschiebehaft vorhalten müssen. Solange wir sie in diesem Land vorhalten müssen, ist es unser Ziel – da bin ich der Ministerin dankbar –, dass wir die Abschiebehaft so human wie möglich in diesem Land gestalten. Wir möchten Abschiebehaft überall da vermeiden, wo es geht. Das ist der Weg, den wir eingeschlagen haben. Den werden wir weitergehen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Lassen Sie mich bei den Schwangerenkonfliktberatungsstellen kurz auf das eingehen, was hierzu die CDU an obskuren Meinungen in die Welt posaunt hat. Hier muss Einiges richtiggestellt werden.

Das Erste ist die haushalterische Situation. Sie, liebe CDU, erhöhen zwar an dieser Haushaltsstelle die Förderung, aber gleichzeitig erhöht das die globalen Minderausgaben in Summe über den Haushalt um etwa 30 Millionen Euro, das heißt, wenn Sie in der Verantwortung wären, dann hätten Sie keinen Spielraum, um die 16 zusätzlichen Stellen ab 2015 weiter zu finanzieren.

(Zuruf der Abg. Frau Kohnle-Gros, CDU)

Hier ist wieder mal ein ungedeckter Scheck der CDU.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Verantwortungsvolle Haushaltspolitik an dieser Stelle sieht anders aus; denn jeder Euro dieser Schulden ist eine Last für die künftigen Generationen in diesem Land.

Zweitens gehört zur Wahrheit dazu, dass wir, bevor sich die katholische Kirche 1999 aus der Schwangerenkonfliktberatung verabschiedet hat und das dann kompensiert werden musste, etwa 100 Stellen im Land hatten.

Es war eben nicht so, wie von Ihnen, von der CDU skizziert, dass die Situation der Frauen im Land dadurch fatal war, ganz im Gegenteil. Davon war nichts zu hören. Sie zeichnen ein realitätsfernes Bild. Jede schwangere Frau im Land in einer Konfliktsituation wird auch weiterhin qualitativ hochwertige wohnortnahe Beratungsmöglichkeiten haben. Das ist völlig klar.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Zu den Schwangerenkonfliktberatungsstellen hilft drittens auch an dieser Stelle ein Blick in andere Bundesländer. Was liegt da näher, als einmal nach Hessen hinüberzuschauen. In Hessen hat man seltsamerweise keine kritischen Worte von der CDU gehört, als die Hessische Landesregierung im Bereich der Schwangerenkonfliktberatungsstellen drastische Kürzungen vorgenommen hat.

(Dr. Konrad, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Hört, hört!)

In Hessen wurde innerhalb von drei Jahren in den Jahren 2007, 2008 und 2009 die Förderung der Beratungsstellen von rund 170 Stellen auf den gesetzlich vorgeschriebenen Mindestschlüssel von 152 Stellen zurückgefahren. Es wurde also um 18 Stellen reduziert. Seit 2010 wird nur noch der gesetzliche Mindestschlüssel gefördert. Das einfach auch zur Relativierung an dieser Stelle. Ein Blick in andere Bundesländer hilft.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Dann komme ich zur Kinderpolitik, die bei Ihnen immer sehr auf Kindertagesstättenpolitik zusammengefasst wird. Ich würde an dieser Stelle gern ein Zitat und generell auch mehr Zitate von Frauen einspeisen. Ich glaube, die Quantität von Zitaten berühmter, kluger und wichtiger Frauen hier in diesem Hohen Hause ist eine sehr gute Sache. Das möchte ich nicht in Vergessenheit geraten

lassen. Ingeborg Bachmann hat gesagt: "Die Wahrheit ist dem Menschen zumutbar."

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU-Fraktion, jetzt einmal ernsthaft, zur Wahrheit gehört dazu, glauben Sie, dass mit Ihrer proklamierten Einführung von Kita-Beiträgen auch nur eine einzige Familie in Rheinland-Pfalz profitiert, wenn wir Familien mit Kindertagesstättenbeiträgen belasten?

(Baldauf, CDU: Ja natürlich!)

Nein, ganz im Gegenteil, das ist ein Akt der Unfreundlichkeit für die Familien hier im Land.

(Baldauf, CDU: Doch, kommen Sie mal zum Kaffee! Herr Ramsauer kennt auch ein paar!)

Der vorliegende Entschließungsantrag von Ihnen, liebe CDU, ist ein Anschlag auf die Chancengerechtigkeit der Familien und junger Eltern hier in Rheinland-Pfalz.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Wenn man sich ihr System der Elternbeiträge einmal näher anschaut, muss man auch dazusagen, die generierten Mittel würden nicht annähernd ausreichen für Ihre CDU-Vorschläge im Bereich der Kindertagesstätten. Es wird demnach suggeriert, dass mit Elternbeiträgen die Qualität der Kitas erhöht werden könnte. Das ist aber eine Mär an dieser Stelle. Das ist nicht nachweisbar, und es gibt auch keine einzige Studie, die dies bestätigen würde, meine Damen und Herren.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Worauf es wirklich ankommt in dieser Debatte, wie wir junge Familien als Staat besser unterstützen können, ist doch zum einen auch, wir brauchen einen Wandel in den Köpfen der Gesellschaft. Wir brauchen ein Umdenken. Wir brauchen Arbeitszeiten und Arbeitsplätze, die ein stressfreies Familienleben wirklich erlauben. Ich bin dem Ministerium außerordentlich dankbar dafür, dass es hier immer wieder Anstöße und Maßnahmen gibt, sowohl aus frauenpolitischer Sicht als auch aus familienpolitischer Sicht zu versuchen, die Rahmenbedingungen im Lande für die jungen Eltern weiter zu verbessern.

Meine Damen und Herren, die CDU zieht im Labyrinth der Irrwege immer weiter munter ihre Bahnen, ebenso bei den Kita-Beiträgen. Wir halten das einfach für eine in die Irre führende Forderung, die, wenn man sie sich einmal genauer betrachtet, auf keinen logischen Argumenten an dieser Stelle fußt.

Ich würde gern noch etwas zur Frauenpolitik und zum Thema "Frauen und Gewalt" sagen. Auch hier ein Zitat – mit Erlaubnis des Präsidenten – von Johanna Dohnal, der ersten Frauenministerin Österreichs: "Für Frauen ist der vorgeblich sichere Hort der Familie ein sehr gefährlicher Platz: das Ausmaß an täglicher Gewalt im privaten Zusammenleben ist ein unvorstellbar großes."

Meine sehr geehrten Damen und Herren, mit einem Deckblatt zu den Frauennotrufen und Frauenhäusern

tun wir etwas. Wir engagieren uns im Bereich Frauen und Gewalt. Das ist ein ganz wichtiges Thema. Es ist uns ein Herzensanliegen, in diesem Bereich eine Schippe draufzulegen und die finanzielle Unterstützung für die Frauennotrufe, Frauenhäuser und Interventionsstellen im Land weiter auszubauen, meine Damen und Herren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD – Frau Klöckner, CDU: Gerade noch rechtzeitig!)

Gewalt an Frauen ist kein individuelles, sondern ein gesamtgesellschaftliches Problem. Wir dürfen die Frauen in dieser Situation nicht allein lassen. Umso wichtiger ist, dass wir als rot-grüne Fraktionen diesen Bereich mit 30.000 Euro zusätzlichen finanziellen Hilfen ausstatten und so sicherstellen wollen, dass Frauen auch in Zukunft zeitnah und unbürokratisch niedrigschwelligen Zugang zu Hilfen in Rheinland-Pfalz bekommen.

Erlauben Sie mir noch einen Satz zu den von Frau Huth-Haage angesprochenen 15 Stellen, um das an dieser Stelle einfach noch einmal klarzustellen. Ich weiß nicht, wie gut Sie auch in den Beratungen im Haushalts- und Finanzausschuss zugehört haben. Im Haushalts- und Finanzausschuss war das mit den 15 Stellen eigentlich schon geklärt. Es handelte sich um zweieinhalb Stellen für die Geschäftsführung der JMFK, auf ein Jahr befristet, viereinhalb Stellen für Drittmittelprojekte, ebenfalls befristet, und der Rest ist für Teilzeitarbeitsplätze mit der Möglichkeit, auf die Vollzeit zurückzugehen. Das sind die 15 Stellen. Das hatten wir alles schon im Haushalts- und Finanzausschuss ausführlich diskutiert und besprochen. Daran möchte ich an dieser Stelle nur noch einmal erinnern.

Vielen Dank.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

#### Vizepräsident Schnabel:

Für die CDU-Fraktion hat die Kollegin Frau Dr. Ganster das Wort.

#### Abg. Frau Dr. Ganster, CDU:

Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, das Thema "Frauen" hat im Haushalt vielleicht auch ein paar ruhigere und nachdenklichere Töne verdient, als wir sie eben gehört haben;

(Beifall der CDU)

denn im Ausschuss für Gleichstellung und Frauenförderung beschäftigen wir uns immer wieder sehr intensiv mit Bereichen, in denen Frauen wirklich aus den unterschiedlichsten Gründen noch nicht gleichberechtigt oder sogar benachteiligt oder eben auch in unterschiedlichen Formen gefährdet sind. Auch Frauen, die durch unterschiedliche Formen von Gewalt zum Opfer werden oder sich in schwierigen Grenzsituationen befinden, rücken wir immer wieder in den Fokus.

In Rheinland-Pfalz gibt es verschiedene Hilfsangebote für Frauen in schwierigen Situationen. Gerade wenn Frauen Opfer von Gewalt werden, stehen Anlaufstellen wie Frauenhäuser, Frauennotrufe, Frauenberatungsstellen und sonstige Interventionsstellen zur Verfügung. Diese Strukturen müssen wir unserer Ansicht nach dauerhaft erhalten. Sie sind unverzichtbar. Ich glaube, da sind wir auch ganz gut beisammen.

### (Beifall bei der CDU)

Deshalb haben wir uns auch Gedanken gemacht und haben hier Änderungsanträge sowie einen Haushaltsbegleitantrag vorgelegt. So wollen wir an den bisherigen Zuschüssen für Präventionsprogramme zu Maßnahmen für von Gewalt betroffene Mädchen und Frauen festhalten. Die Kürzungen in diesem Bereich um fast 50.000 Euro sind ein falsches Signal. Da helfen auch die von Rot-Grün nun geforderten 4.500 Euro für Koordinierungsarbeit von Frauenhäusern und Frauennotrufen nichts. Das ist für uns ein Tropfen auf den heißen Stein, aber keine Wertschätzung für die dort ehren- und hauptamtlich tätigen Frauen. Genau das haben die Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN jetzt kurz vor Toresschluss zum Glück noch erkannt, dass das nicht ausreichend ist. Anders kann man nämlich nicht erklären, dass heute Morgen noch zwei Änderungsanträge mit je 15.000 Euro - Frau Spiegel, Sie haben es eben angesprochen - Mittelerhöhung für die Frauennotrufe, Frauenhäuser in unsere Postfächer geflattert sind. Sie wurden hier wirklich noch in der letzten Minute eingereicht. Denen werden wir zustimmen. Wir werden diesen Anträgen zustimmen!

### (Vereinzelt bei CDU und BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

 Danke. Es ist aber wieder einmal das gleiche rot-grüne Strickmuster.

Beim letzten Doppelhaushalt haben Sie unseren Vorschlag, jedem Frauenhaus nur 5.000 Euro mehr zu geben, damit sie mehr Luft haben, abgelehnt.

(Unruhe im Hause)

Sie haben uns ausgelacht und ihn als absurd bezeichnet.

(Beifall der CDU)

Jetzt kommen Sie selbst mit dieser Idee hierher und verkaufen sie als die eigene.

(Vizepräsidentin Frau Klamm übernimmt den Vorsitz)

Auch RIGG ist ein ganz wichtiges Projekt, mit dem wir uns gerade in dieser Woche wieder im Ausschuss beschäftigt haben. RIGG, das rheinland-pfälzische Interventionsprojekt gegen Gewalt in engen sozialen Beziehungen, läuft seit 13 Jahren – übrigens damals fraktionsübergreifend auf den Weg gebracht – sehr erfolgreich. Zu RIGG gehören der landesweite runde Tisch, mehrere thematische Fachgruppen, die überregional und interdisziplinär besetzt sind, sowie derzeit 22 regionale runde Tische.

Im vergangenen Jahr – wir haben das am Dienstag im Ausschuss von der Ministerin auch noch einmal gehört – konnte rund 10.000 Frauen in solch schwierigen Situationen durch RIGG geholfen und sie konnten begleitet werden. Das ist ein ganz, ganz großer Erfolg dieses Projekts.

#### (Beifall der CDU)

Deshalb ist es für uns unverständlich, dass die Landesregierung dieses wichtige Projekt um 70.000 Euro kürzen will. Die bisherigen jährlichen Ausgaben von etwa 400.000 Euro sind für uns nachhaltig angelegtes Geld; denn jede Frau, die dadurch schneller einer Gewaltsituation entfliehen kann und nicht mehr willkürlich Opfer wird, ist es wert, diese Hilfe zu erfahren. Je mehr Frauen wir dadurch möglichst frühzeitig vor weiterer Gewalt in diesen engen sozialen Beziehungen schützen, umso mehr Frauen müssen dann später nicht mit einem größeren therapeutischen, medizinischen und damit auch finanziellen Aufwand aufgefangen werden. Hier zu kürzen, halten wir schlichtweg für falsch.

#### (Beifall der CDU)

Deshalb haben wir als CDU-Fraktion wirklich frühzeitig – das betone ich an dieser Stelle – einen Änderungsantrag eingebracht, der die Fortsetzung des RIGG-Projekts im bisherigen Umfang vorsieht. Wir sind sehr froh, dass unser Engagement nun auch von den beiden anderen Fraktionen mitgetragen wird. Deshalb begrüßen wir ausdrücklich den vorliegenden Änderungsantrag, damit das Projekt – wie gesagt – in bisheriger Art und Weise solide fortgesetzt werden kann.

#### (Beifall der CDU)

Gleichzeitig – da spreche ich wirklich die beiden rotgrünen Fraktionen noch einmal direkt an – werben wir auch für Zustimmung zu unserem Entschließungsantrag; denn das ist ein weiterer wichtiger Baustein an dieser Stelle. Das ist der Entschließungsantrag "Opferschutz und Täterarbeit", der noch einmal genau das Projekt RIGG in den Blick nimmt und es zukunftsfähig machen will. Es wäre uns ein ganz großes Anliegen, dass wir auch da über die Fraktionen hinweg etwas gemeinsam tragen.

Der eben noch einmal angesprochene Bereich der Schwangerenkonfliktberatung zeigt, dass die Landesregierung aber Frauen in schwierigen Situationen anscheinend nicht nur hier als Objekt für Kürzungen und Einsparmaßnahmen herangezogen hat. Wir wissen, das ist ein Betrag von 550.000 Euro, von dem viele Stellen betroffen sind.

Ich möchte an dieser Stelle auf die Stellungnahme des Landesfrauenbeirates kurz eingehen. Die Stellungnahme zur Anhörung Anfang Dezember wurde uns vorgelegt und erläutert, dass trotz bereits vorhandener Auslastung der Beratungsstellen weitere gesetzlich geforderte Aufgabenfelder hinzugekommen sind. Es sind also viele neue Aufgaben hinzugekommen, Frau Spiegel. Deswegen können wir nicht einfach sagen: Ja, die ganze Zeit hat es auch gereicht, deswegen kann man in diesem Bereich kürzen. – Es sind neue Aufgaben dabei, die

gesetzlich vorgeschrieben sind. Das sind zum Beispiel der Bereich der Pränataldiagnostikberatung, die Frühen Hilfen und ab nächstes Frühjahr, ab Mai 2014, auch die Beratung zur vertraulichen Geburt. Das sind alles sehr, sehr sensible Bereiche. Da wollen wir die Frauen nicht allein lassen.

#### (Beifall der CDU)

Es geht also bei diesen Beratungsstellen um viel mehr als um die Frage, ob sie einen Schein zum legalen Schwangerschaftsbruch ausstellen, sondern hier werden Frauen in schwierigen Situationen beraten. Hier geht es auch um den Schutz des ungeborenen Kindes und um das Wohl von Mutter und Kind.

Für uns als CDU möchte ich an dieser Stelle auch hervorheben, dass die Frauen tatsächlich in der Praxis die Wahl haben sollten, ob sie zu einer weltanschaulich neutralen oder eben zu einer christlich orientierten Beratungsstelle gehen. Dazu brauchen wir eben ortsnah eine gewisse Anzahl unterschiedlicher Beratungsangebote. Das ist eine zentrale Forderung des Landesfrauenbeirates.

### (Beifall der CDU)

Umso bedauerlicher ist es, dass wir für unseren Antrag, im Bereich Schwangerenkonfliktberatung nicht zu kürzen, keine Unterstützung der Fraktionen der SPD und der GRÜNEN erhalten. Es ist für uns nicht nachvollziehbar, dass Sie sich mit uns auf der einen Seite zusammen für Frauen in schwierigen Situationen im RIGG-Projekt einsetzen, aber auf der anderen Seite bei der Kürzung der Schwangerenkonfliktberatung billigend in Kauf nehmen, die ohnehin schon schwierige Situation für diese Frauen bewusst noch weiter zu erschweren.

### (Beifall der CDU)

Hier hätten wir uns Ihre Solidarität mit diesen Frauen gewünscht.

Es ist uns bewusst, dass der Sparzwang das Haushaltskapitel Frauen natürlich nicht völlig ausklammern kann. Deswegen haben wir uns mit unseren Frauen zusammengesetzt und sehr verantwortungsvoll jeden einzelnen Ausgabentitel überprüft. Dabei haben wir uns gefragt, wo wir am wenigsten Mädchen und Frauen in schwierigen Situationen oder gar Notlagen durch Kürzungen treffen.

Ich kann Ihnen sagen, wenn man will, kann man einen solchen Bereich auch beim Kapitel Frauen finden, nämlich die Wiedereingliederungsprogramme für Frauen in den Arbeitsmarkt. Hier wollen Sie jährlich über 700.000 Euro ausgeben. Das steht für uns in keiner Relation zu den eben angeführten Kürzungen, bei denen es um Frauen in Notsituation geht und bei denen es im wahrsten Sinne des Wortes wirklich um Leib und Leben geht.

Bei diesen Wiedereingliederungsprogrammen schlagen wir eine Kürzung um 100.000 Euro vor. Warum? – Erstens leisten nämlich unsere Jobcenter eine hervorragende Arbeit und beraten individuell, egal ob Mann oder Frau. Zweitens wurden in den vergangenen beiden

Jahren noch nicht annähernd diese Mittel ausgeschöpft. Über 100.000 Euro blieben da jedes Jahr stehen. Da kann man kürzen, ohne jemandem – auch im wörtlichen Sinne – wehzutun. Vor allem können wir in diesem Haus dann morgen alle noch in den Spiegel schauen.

#### (Beifall der CDU)

Meine Damen und Herren, unabhängig von diesen konkreten Haushaltsansätzen möchte ich zum Schluss noch ansprechen, mit welchem Thema wir uns im Frauenausschuss unserer Ansicht nach in den nächsten zwei Jahren intensiv beschäftigen müssen, Frau Ministerin. Das ist das Thema "Zwangsprostitution und Menschenhandel".

#### (Beifall der CDU)

Uns geht es um Frauen, die zum Zweck der Prostitution Opfer von Menschenhandel werden und die gegen ihren Willen zur Prostitution gezwungen werden. Deshalb begrüßen wir ausdrücklich, dass der Koalitionsvertrag auf Bundesebene eine umfassende Überarbeitung des Prostitutionsgesetzes vorsieht und gegen Freier vorgehen will, die wissentlich und willentlich die Zwangslage von Prostituierten ausnutzen.

### (Beifall der CDU)

Lassen Sie uns über die Fraktionsgrenzen hinweg dieses Thema im Ausschuss behandeln und die Überarbeitung dieses Gesetzes auf der Bundesebene gemeinsam konstruktiv begleiten. Dazu laden wir Sie ein.

#### (Beifall der CDU)

Jetzt noch ein wirklich letzter Punkt. Was uns auch sehr am Herzen liegt, ist das Landesgleichstellungsgesetz, liebe Frau Ministerin. Es muss dringend überarbeitet werden. Sie wissen, es stammt aus dem Jahr 1995.

#### (Glocke der Präsidentin)

Die Novellierung ist mehrfach angekündigt worden. Passen Sie das Gesetz endlich an, damit die Instrumente der Gleichstellung auch wirklich wirksam eingesetzt werden können.

Danke.

(Beifall der CDU – Köbler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sie wissen, dass das doch längst vorbereitet wird!)

#### Vizepräsidentin Frau Klamm:

Für die SPD-Fraktion hat nun Frau Kollegin Brück das Wort.

#### Abg. Frau Brück, SPD:

Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Sozial gerechte Politik zeigt sich eben auch und gerade in

unserer Kita-Politik. Hier zeigt sich auch, dass die CDU ein anderes Familienbild hat, als wir das haben.

Frau Huth-Haage, wenn Sie sagen, die Kommunen würden beim Ausbau hängen gelassen, ist das falsch, weil Sie sehen, im Doppelhaushalt sind weitere 35 Millionen Euro an Fördermitteln für den Kita-U3-Ausbau eingestellt. Wir haben schon eine hervorragende Versorgungsquote, aber damit kann sie noch besser werden

### (Beifall bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Ich finde, viel wichtiger als der Ausbau und die Förderung des U3-Ausbaus ist der Bereich der Unterstützung in den Betriebs- und Personalkosten in der Kita-Politik, weil hierin aus meiner Sicht der wirkliche Batzen Geld versteckt ist. Das sind für das Land im nächsten Doppelhaushalt 985 Millionen Euro, also jährlich fast eine halbe Milliarde Euro, die für die Unterstützung der Träger und der Jugendämter an den Personalkosten geleistet werden.

Ich möchte noch einmal daran erinnern, dass das zusätzliche Personal für die U3-Betreuung bei den Trägern vom Land finanziert wird. Auch das muss man immer noch einmal klarstellen.

### (Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Die Träger haben heute schon vielfältige Möglichkeiten, über Gruppentypen und Strukturen in Abstimmung mit dem Jugendamt zusätzliches Personal für verlängerte Öffnungszeiten, die Betreuung von Kindern in bestimmten schwierigen Betreuungssituationen, die Migration und die Leitungsfreistellung zu generieren. Auch das ist in Abstimmung mit dem Jugendamt heute schon alles möglich. Man kann sagen, dass unsere Kommunen in sehr guter und verantwortungsvoller Weise bei ihrer kommunalen Selbstverwaltungsaufgabe unterstützt werden. Qualität hat nichts mit Gebühren zu tun. Das hat damit zu tun, wo man die politischen Schwerpunkte setzt.

Ob ich jemals etwas zur Beitragsfreiheit in Bezug auf Qualität gesagt haben sollte, kann ich mir beim besten Willen nicht vorstellen. Hier müssen Sie uns gründlich missverstanden haben. Wir tun viel in der Ausbildung der Erzieherinnen und Erzieher. Das ist auch gut so, weil das eine wesentliche Grundlage für die gute und erfolgreiche Bildungs- und Betreuungspolitik in den Kitas ist. Dafür sind wir den Erzieherinnen und Erziehern sehr dankbar.

Wir haben viele Angebote in den Kitas, nämlich die Sprachförderprogramme, den Übergang von der Kita in die Grundschule usw. Der Sozialfonds Mittagessen wird über das Bildungs- und Teilhabepaket finanziert. Deshalb bleiben wir auch dabei, dass der Kita-Besuch für alle Kinder ab zwei Jahre beitragsfrei sein soll. Das entlastet junge Familien und trägt zur Bildungsgerechtigkeit unabhängig von der sozialen Herkunft bei. Es wurde schon viel dazu gesagt, wie das spaltet, wenn künftig die Kommunen selbst die Kita-Beiträge erheben können und dafür verantwortlich sind.

Frau Huth-Haage, wer die Familie als Keimzelle der Gesellschaft erachtet, muss sie unterstützen und nicht belasten. Wer möglichst viele Kinder aus einkommensschwachen Familien an frühkindlicher Bildung teilhaben lassen will, sollte die Finger von Kindergartengebühren lassen.

Vielen Dank.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

#### Vizepräsidentin Frau Klamm:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Herr Kollege Dr. Konrad das Wort.

### Abg. Dr. Konrad, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Vielen Dank. Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist an dieser Stelle einiges richtig zu stellen. Ich glaube, es war bekannt, dass das LGG novelliert werden soll und eine Anpassung vorgesehen ist. Das gebe ich zu Protokoll.

Frau Huth-Haage, Sie hatten gesagt, Sie haben ganz viel Zuspruch bekommen. Ich glaube, es ging, wenn ich mich recht entsinne, um die Kita-Finanzierung, an der die Eltern beteiligt werden sollen. Ich frage mich natürlich, ob Sie dieselben Eltern kennen, die ich kenne. Ich glaube, ich kenne eine Menge Eltern. Einige von diesen kommen in meine kinderärztliche Praxis. Ich würde einmal aus dem Bauch heraus behaupten, dass ich nicht so viel Zuspruch hätte, wie Sie ihn erlebt haben, wenn ich sagen würde, ich setze mich in Mainz dafür ein, dass sie endlich wieder etwas für die Kita bezahlen dürfen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Frau Kohnle-Gros, CDU: Das ist reine Spekulation! Was soll denn das jetzt hier?)

– Ich habe mit der Spekulation nicht angefangen. Ich komme zur Regelung der Mütterrente, die Sie angeführt haben. Das kann man natürlich jetzt so sehen, dass die GRÜNEN daran schuld gewesen wären, dass die Jahrgänge vor 1991 ausgeschlossen waren. Aber diese Regelungen wurden eingeführt, als Sie in Berlin an der Regierung waren. Daran möchte ich Sie erinnern. Übrigens habe ich drei Kinder. Deswegen weiß ich es so genau. Diese sind nämlich alle bis 1991 geboren. Deren Mutter schaut bisher auch in die Röhre.

Es ist auch sinnvoll, eine Gleichbehandlung zwischen den Müttern unterschiedlicher Generationen herzustellen, wenn man dafür Steuermittel in die Hand nimmt und die Steuerkraft entsprechend ausnutzt, die dieses Land hat

Frau Huth-Haage, wenn man aber dafür die Rentenbeiträge nimmt, dann ist das so, als wenn jemand in die Tasche gegriffen und das verteilt hat. Das würde ich auch gern tun. Wir lassen es aber an dieser Stelle; denn soziale Leistungen sollen solidarisch und nicht aus irgendwelchen Taschen finanziert werden, die eigentlich

für etwas ganz anderes vorgesehen sind und gebraucht werden.

## (Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Es ist nun einmal so, dass man das im Moment mit der Rentenversicherung ganz gut machen kann, weil die Rentenversicherungsbeiträge für die Leistungen, die davon abgedeckt werden müssen, relativ üppig sind. Sie haben selbst darauf hingewiesen, dass das nicht für alle Zeiten der Fall sein wird. Es gibt auch Leistungen der Regierung "Merkel II" – so will ich sie einmal nennen –, die demnächst wechseln wird.

### (Zuruf von der CDU)

Ich spreche von Leistungen, die Sie schon vollbracht haben, und nicht von denen, die Sie sich vorgenommen haben. Warten wir einmal ab. Ich lobe die nächste Regierung nicht vor ihrem Antritt. Das habe ich eben sogar schon getan. Das eine oder andere Vorhaben unterstütze ich. Wir schauen einmal, ob Sie damit weit kommen.

(Zuruf der Abg. Frau Kohnle-Gros und des Abg. Dr. Weiland, CDU)

Eine wirkliche Leistung der jetzt vollendeten Regierung Merkel war die Wirksamkeitsstudie zu familienbezogenen Leistungen. Ich fand es wirklich sehenswert und hörenswert, was gesagt wurde. Sie haben doch selbst mitbekommen, dass es ein anderes Steuersystem geben müsste und die finanziellen Gießkannen-Leistungen gar nicht so viel bringen, sondern die sichergestellten Rahmenbedingungen zum Beispiel auch Betreuung brauchen.

Sie haben an einem Punkt etwas sehr Wichtiges gesagt. Frau Ganster, ich stimme Ihnen ausdrücklich zu. Es ging um die Prävention durch soziale Maßnahmen. Das ist ein Prinzip, das quer durch alle Fraktionen, die jetzt noch im Haus vertreten sind, immer wieder betont wird.

Soziale Leistungen sparen in der Zukunft Geld. Sie sparen Geld in einer Form, die Menschen direkt zugutekommt. Das gilt auch für die Beratung. Niemand im Hause hat gesagt, dass er oder sie es gut oder begrüßenswert findet, dass wir auch für die finanzielle Ausstattung künftiger Generationen mitverantwortlich sind und auf die gesetzlich vorgeschriebene Mindestausstattung von Schwangerenkonfliktberatungen gehen, was andere Länder – das entschuldigt das nicht – auch schon gemacht haben und wozu diese gezwungen waren. Die Zahl von einer Vollzeitberatungsstelle auf 40.000 Einwohner ist bundesgesetzlich vorgegeben.

(Frau Kohnle-Gros, CDU: Mindestens!)

Wir haben uns sogar den Luxus erlaubt, das noch einmal ausdrücklich zu erwähnen und damit auch dazu zu stehen, in welcher Höhe das maximal vorgegeben sein kann

In dem entsprechenden Gesetz ist ausdrücklich in § 2 vorgegeben, dass Kriterien dafür entwickelt werden müssen. Ein Kriterium – laufen Sie nicht weg; es geht

auch um Sie –, das vom Bundesverwaltungsgericht so vorgegeben worden ist, ist die weltanschauliche Pluralität der Beratungsstellen. Zu dieser Pluralität stehen selbstverständlich auch wir. Das bedeutet aber im Umkehrschluss, dass alle weltanschaulich pluralen Beratungsstellen in diesen Abbau mit einbezogen werden müssen.

(Frau Kohnle-Gros, CDU: Hat jemand etwas anderes gesagt?)

– Nein, das war eben nur in Zweifel gestellt worden. Ich lege es nur noch einmal fest. Wir müssen auch als Regierungsfraktion darauf antworten können, was zwischen den Zeilen der Opposition herauszulesen wäre, damit keine Missverständnisse entstehen.

> (Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD – Frau Kohnle-Gros, CDU: Da ist nichts herauszulesen!)

Ich komme zum Schluss. Ich finde, es ist auch noch wichtig, den Unterschied zwischen dem zu erwähnen, was heute dargestellt wurde und was gestern. Frau Klöckner hat gestern das Bild von Kindertagesstätten an die Wand gemalt, in denen Kinder unter schlechten Bedingungen mehr oder weniger aufgehoben sind.

Frau Huth-Haage hat das insofern richtiggestellt, als sie noch einmal betont hat, dass sich unsere Erzieherinnen massiv weitergebildet haben, bei ihrer Beurteilung der sprachlichen und kognitiven Entwicklung sehr viel dazugelernt haben und unsere Kindertagesstätten, vor allem das Personal, das dort arbeitet, versuchen, eine möglichst gute Betreuung und Bildung unserer Kinder sicherzustellen.

Dafür sind wir ihnen außerordentlich dankbar. Die Zustände, die gestern an die Wand gemalt wurden, kennen wir Gott sei Dank in Rheinland-Pfalz nicht.

Vielen Dank.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

#### Vizepräsidentin Frau Klamm:

Für die SPD-Fraktion hat Herr Kollege Oster das Wort.

## Abg. Oster, SPD:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich hätte mir von meinen Vorrednern gewünscht, dass sie auch auf den Bereich der Jugend eingegangen wären, weil dieser meines Erachtens immer ein bisschen hinten herunterfällt. Die SPD-Fraktion legt Wert darauf und wird auf das Thema eingehen. Die Jugendarbeit und das ehrenamtliche Engagement von jungen Menschen müssen wir als Bildung begreifen. Uns war und ist die Jugend wichtig.

Das machen wir mit diesem Haushalt mehr als deutlich.

Gerade beim Wahlalter ab 16 Jahren, liebe CDU, waren Sie es, die immer gesagt haben, wir würden zu wenig für die Jugend machen. Wenn man den heute vorgelegten Antrag von uns liest, dann wird deutlich, dass wir kontinuierlich an der Jugendarbeit festhalten und sie fördern.

Gerade Freizeitangebote in der offenen Jugendarbeit sind wichtige Bestandteile, in der die Jugendlichen Werte wie gegenseitige Rücksichtnahme, Respekt und Toleranz erlernen. Des Weiteren erlernen sie durch ihr ehrenamtliches Engagement in den Vereinen und Verbänden, Verantwortung zu übernehmen. Das Engagement in politischen Jugendverbänden ist in Rheinland-Pfalz enorm wichtig und wird mit diesem Antrag optimal weiter fortgebildet.

Kommen wir zu den konkreten Änderungen durch die Deckblätter. Wir bauen die institutionelle Förderung des Landesjugendrings aus und passen die gestiegenen Personal- und Sachkosten an. So steigern wir die Förderung in 2014 um 3.000 Euro und in 2015 um 6.000 Euro.

(Zuruf der Abg. Frau Huth-Haage, CDU)

Die Erhöhung der Zuschüsse für soziale Bildung in der Jugendverbandsarbeit im Laufe dieser Legislaturperiode erhöhen wir von 1 Euro pro Tag auf 2 Euro pro Tag. Damit hängt es nicht vom Geldbeutel der Eltern ab, welches Angebot ein Jugendlicher annimmt.

Die Erhöhung für hauptamtliche Fachkräfte und ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Jugendarbeit werden wir um 55.000 Euro pro Jahr erhöhen und damit zukunftsfeste Strukturen schaffen.

> (Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

- Genau, für die Jugend kann man ruhig mal klatschen.

Die Erhöhung der Zuschüsse zur Förderung der staatsbürgerlichen Bildung – ich bin auf die Jugendverbände eingegangen – halten wir auf einem stabilen Niveau von 245.300 Euro. Das ist ein wichtiger Bestandteil.

Wie Sie sehen, haben wir in diesem Haushalt sehr viel für die Jugend erreicht. Daran sieht man, wie wichtig uns die Jugend ist. Damit schließe ich; denn schließlich ist Jugend unser aller Zukunft.

Herzlichen Dank.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

#### Vizepräsidentin Frau Klamm:

Frau Kollegin Elsner hat sich zu Wort gemeldet.

#### Abg. Frau Elsner, SPD:

Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Gemessen an den knappen Finanzmitteln, die dem Doppelhaushalt zur Verfügung stehen, hat der Einzelplan 07

einen guten Abschluss gemacht. Das sah in den Entwürfen in keiner Weise so aus. Das gilt insbesondere beim Thema "Gewalt gegen Frauen". Frauenhäuser, Notrufe – das ist gesagt worden – bekommen 30.000 Euro. Frau Ganster, hier begrüße ich ausdrücklich, dass Sie dem Antrag zustimmen wollen. 30.000 Euro bekommen Frauenhäuser bzw. Notrufe für 2014 und 2015. Die Koordinierungsarbeit bekommt noch einmal 4.500 Euro.

Besonders begrüße ich – Herr Innenminister hat das auch erwähnt – und bedanke mich bei den Mitgliedern im Arbeitskreis Innen, dass die Täterarbeitseinrichtung keine Kürzung um 70.000 Euro erfährt. Das war nicht so leicht.

(Frau Kohnle-Gros, CDU: Das hat die CDU beantragt! – Frau Klöckner, CDU: Sehr gut!)

Aber auch das Thema "Wiedereingliederung von Frauen in den Beruf" – hier möchte ich mich bei ganz besonders bei der Ministerin bedanken – bleibt erhalten, und zwar habe ich eine völlig andere Vorstellung als Sie, Frau Ganster, dass dieses Geld so gekürzt werden kann. Ich glaube, Sie sind zum Beispiel noch nie in einer Einrichtung "Frau und Beruf" gewesen, die Ministerin aber sehr wohl.

(Zuruf der Abg. Frau Kohnle-Gros, CDU)

Da wird eine völlig andere Arbeit gemacht als bei den Arbeitsagenturen. Die Frauen müssen wieder langsam an den Beruf herangeführt werden.

Ich frage Sie: Wie machen wir das? Wie werden wir der Gewaltbereitschaft Herr, wenn die Frauen nicht durch Berufstätigkeit unabhängig werden? — Wirtschaftlich unabhängige Frauen lassen sich nicht mehr schlagen; die sind viel eher bereit, wegzugehen. Wenn Sie im Frauenhaus nachfragen, werden Sie immer wieder erfahren, dass die Frauen völlig mittellos dastehen und überhaupt nicht mit Geld umgehen können. Das sorgt für die Hilflosigkeit und letztendlich für die Abhängigkeit.

Diesen gordischen Knoten können wir nur dadurch zerschlagen, dass die Frauen endlich wirtschaftlich unabhängig sind und erneut einen Beruf ergreifen können.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Ich möchte noch sagen, dass ich mich in diesem Bereich sehr über unseren Koalitionspartner gefreut habe.

(Frau Klöckner, CDU: Man muss es nicht übertreiben!)

Wir konnten sehr gut zusammenarbeiten. Es war sehr schön – das möchte ich ausdrücklich hervorheben –, dass wir vieles zum Guten wenden konnten. Das haben wir in diesem Haushalt wirklich geschafft. Dem Entschließungsantrag zu RIGG, den Sie gestellt haben, stimmen wir auch zu.

Frau Ganster, Sie haben noch ein paar konstruktive Vorschläge gemacht, was wir im nächsten Jahr unbedingt anpacken müssen. Es geht um Zwangsprostitution und um Anhörung.

(Glocke der Präsidentin)

Ich weiß nicht, ob Sie im letzten Ausschuss dabei waren. Dort haben wir das beschlossen. Das ist in die Wege geleitet und wird im März durchgeführt.

Vielen Dank.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN – Frau Klöckner, CDU: So schnell?)

#### Vizepräsidentin Frau Klamm:

Zu einer Kurzintervention hat sich Frau Dr. Ganster gemeldet.

#### Abg. Frau Dr. Ganster, CDU:

Frau Elsner, Sie haben direkt diese Wiedereingliederungsprogramme für Frauen in den Arbeitsmarkt angesprochen. Das sind ganz wichtige Instrumente. Ich habe mich vor Ort auch mit der Materie beschäftigt. Keine Angst!

Aber wenn Sie sich mit den Zahlen im Haushalt wirklich beschäftigt hätten, dann wäre Ihnen aufgefallen, dass in den letzten beiden Jahren ein sehr großer Rest an Mitteln stehengeblieben ist, und zwar sind von diesen 700.000 Euro im Jahr 2012 rund 140.000 Euro nicht abgerufen worden.

(Beifall der CDU)

Bei der diesjährigen Zahl bis zum 30. September, die uns mitgeteilt worden ist, stehen noch 230.000 Euro zum 30. September frei, die nicht abgerufen worden sind. Ich glaube, man kann an dieser Stelle wirklich ohne große Not 100.000 Euro in den nächsten Jahren weniger ansetzen, weil es diesen Frauen nicht wehtut, wenn hier Mittel gestrichen werden, die kein Mensch abruft.

Danke.

(Beifall der CDU – Frau Elsner, SPD: Das ist der gleiche Ansatz!)

#### Vizepräsidentin Frau Klamm:

Kollegin Elsner, bitte schön.

## Abg. Frau Elsner, SPD:

Entschuldigung. Da muss ich widersprechen. Das ist genau der gleiche Ansatz, der im Doppelhaushalt 2012/2013 war. Da sind keineswegs 100.000 Euro übrig, die man mal eben wegnehmen kann. Das sind die vier Stellen, die im Land verteilt sind, Frau und Beruf. Dann gibt es noch eine weitere Initiative, die auch Frauen in

den Beruf bringt. Da ist nichts gekürzt. Das ist schlicht die Unwahrheit, was Sie da sagen.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN – Zuruf der Abg. Frau Dr. Ganster, CDU)

### Vizepräsidentin Frau Klamm:

Für die Landesregierung hat nun Frau Ministerin Alt das Wort.

## Frau Alt, Ministerin für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Haushaltsplan meines Hauses ist wie der Gesamthaushalt geprägt durch den Konsolidierungskurs der Landesregierung. Es ist uns jedoch trotz der Schuldenbremse gelungen, wichtige politische Schwerpunkte zu festigen.

Unser Haushaltsvolumen beträgt für 2014 665 Millionen Euro und für 2015 678 Millionen Euro. Damit gewährleisten wir eine humane Flüchtlingspolitik. Damit bringen wir die interkulturelle Öffnung in der Gesellschaft voran. Wir fördern den U3-Ausbau weiter, wir stärken die Familien, wir erleichtern Vereinbarkeit von Familie und Beruf, wir setzen mit den Jugendlichen Partizipationsprojekte um, und wir unterstützen die Gleichstellungspolitik und vernetzen diejenigen, die Frauen engagiert vor Gewalt schützen.

Aber ich sage angesichts des Konsolidierungsdrucks ganz klar, es fällt mir nicht leicht, die Ausgaben bei der Schwangerenkonfliktberatung zu kürzen oder auf die 2 %ige Dynamisierungsklausel bei den Hilfen zur Erziehung zu verzichten. Das sind für mich schmerzhafte Einschnitte, und ich glaube, das wissen Sie auch alle.

Aber ich nehme für mich in Anspruch, ich habe Kürzungen ausschließlich dort veranschlagt, wo wir keine Unterstützungsstrukturen für Kinder, Jugendliche, Frauen oder Familien gefährden. Wir sind bei der Umsetzung mit den Trägern und Kommunen im Dialog, und wir legen an dieser Stelle großen Wert auf Fairness und Transparenz.

## (Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, liebe Frau Huth-Haage, ich will an der Stelle noch einmal sagen, gerade wenn man darauf blickt, was kürzen wir und wie stehen die Summen miteinander im Verhältnis, wir kürzen 16 Stellen von 116 Stellen. Da bleiben noch 100 Stellen für die Schwangerenkonfliktberatung. Wir haben in der Anhörung gesagt, bis zu 16 Stellen, die wir sozusagen in einem sozialverträglichen guten Miteinander einsparen wollen.

Was die Hilfen zur Erziehung anbelangt, will ich noch einmal deutlich sagen, mit der Streichung der 2 %igen Dynamisierungsklausel sparen wir im Jahr 1 Million Euro ein, und es bleiben 50 Millionen Euro für die Hilfen zur Erziehung in diesem Landeshaushalt.

# (Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Ich bedanke mich ganz herzlich für die Unterstützung der Koalitionsfraktionen, die durch ihre Änderungsanträge ermöglichen, dass wir die Förderung von Flüchtlingsinstitutionen erhöhen, die Frauennotrufe, die Frauenhäuser für ihre wichtige Präventionsarbeit stärken, haupt- und ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Jugendarbeit stärker fördern, die Kostensteigerungen beim Landesjugendring durch eine bessere Förderung ausgleichen und vor allem zusätzlich weitere 14 Millionen Euro für den Ausbau der Kindertagesstätten zur Verfügung stellen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir werden den U3-Ausbau fortsetzen, die qualitative Weiterentwicklung sicherstellen und mit Gebührenfreiheit gerechte Chancen bieten. Daher fließt auch der größte Teil meines Einzelplans in den Ausbau und die Qualität der Kinderbetreuung in Rheinland-Pfalz.

## (Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Wir wollen die frühen Bildungs- und Betreuungsangebote weiter ausbauen, um allen Zugang zu guter Bildung zu ermöglichen. Für uns ist es elementar, dass alle Kinder eine Kita besuchen können, und zwar unabhängig vom Geldbeutel ihrer Eltern. Seit 2010 entlastet die Beitragsfreiheit die Eltern in Rheinland-Pfalz im Durchschnitt um jährlich rund 800 Euro.

Sie, liebe CDU-Fraktion, wollen diese Beitragsfreiheit wieder zurücknehmen. Die Beitragsfreiheit ist aber ein wichtiger Schritt auf dem Weg hin zu einer besseren Chancengerechtigkeit in unserem Land, und Ihr Antrag widerspricht deshalb dieser Chancengerechtigkeit. Ich bin zutiefst davon überzeugt, dass die Wiedereinführung von Elternbeiträgen vielen Kindern den Zugang zu den Kitas verschließen würde.

Heute besuchen rund 100 % aller Kinder ab dem dritten Lebensjahr eine Kita, mit oder ohne Migrationshintergrund. Bei den Zweijährigen sind es 64 %. Diese Zahlen sind bundesweit herausragend, und diese Erfolge dürfen wir nicht gefährden, sondern wir müssen sie sichern, und wir müssen sie weiter ausbauen.

## (Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Mehr als 1 Milliarde Euro fließen 2014 und 2015 in die Erziehung, Bildung und Betreuung der Kinder ab dem ersten Lebensjahr in Kindertagesstätten. Das ist schon eine Hausnummer in diesem Landeshaushalt. Das kann ich Ihnen sagen. Damit beteiligt sich das Land zuverlässig an den Betriebskosten der Kitas.

Nach rund 56 Millionen Euro, die wir den Kommunen und anderen Trägern im Nachtragshaushalt für den U3-Ausbau zur Verfügung gestellt haben, werden wir im

kommenden Doppelhaushalt noch einmal 35 Millionen Euro für Investitionen bereitstellen.

Ich will an der Stelle deutlich sagen, wir haben keinen Ausbaustopp. Der Ausbau hat nicht gestoppt. Wir haben, seit wir den Nachtragshaushalt beschlossen haben, tagtäglich Bescheide ins Land geschickt. Wir haben 56 Millionen Euro in diesem Land bewilligt. Das ist eine Zahl, die sich im bundesweiten Vergleich sehen lassen kann

## (Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, zeigen Sie mir einmal ein Land, in dem dieses Ausbautempo eingehalten wird, das wir halten, das wir hier vorlegen. Da kommt in diesem bundesweiten Vergleich niemand mit. Ich will sagen, wir halten dieses Tempo vor, und wir halten gleichzeitig die Personalstandards. Wir sind beim Personalschlüssel sehr gut. Wir haben gefördertes Zusatzpersonal, wir haben den Übergang Kita/Grundschule gestaltet, wir haben die Gruppengröße nicht verändert, wir haben das Landesprogramm Kita!Plus.

Ich will vor allen Dingen sagen, bei dem großen Qualitätspunkt der Sprachförderung investieren wir 6 Millionen Euro für die zusätzliche Sprachförderung in den Kindertagesstätten. Wir haben aktuell 423 interkulturelle Fachkräfte in den Einrichtungen. Wir haben 184 Einrichtungen, die das Landesprogramm "Lerne die Sprache deines Nachbarn" mit Zusatzkräften mit anbieten, und 148 Standorte in unserem Land beteiligen sich am Bundesprogramm "Sprachförderkräfte, Schwerpunkt-Kita Sprache & Integration".

### (Unruhe im Hause)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn das keine Qualität ist, dann weiß ich nicht mehr, was Qualität noch heißen soll.

## (Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Ich will an dieser Stelle die Gelegenheit nutzen, den Erzieherinnen und Erziehern in unserem Land, die tagtäglich mit den Kindern arbeiten, für ihre herausragende Arbeit in den Kindertagesstätten, von denen wir wissen, dass es nicht immer leicht ist, ein ganz herzliches Dankeschön zu sagen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD – Glocke der Präsidentin)

#### Vizepräsidentin Frau Klamm:

Frau Ministerin, ich darf Sie kurz unterbrechen. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sind sozusagen schon im Endspurt. Deshalb bitte ich Sie doch herzlich um etwas Ruhe; denn der Geräuschpegel ist inzwischen ziemlich laut.

Frau Ministerin, Sie haben das Wort.

## Frau Alt, Ministerin für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Kinderund Jugendpolitik endet natürlich nicht mit dem Grundschulalter. Da gebe ich Herrn Oster recht. Deswegen will ich zwei wichtige Positionen aus dem Bereich der Jugendpolitik hervorheben. Wir haben die Landesförderung für die Schulsozialarbeit mit großer Anstrengung in diesem Doppelhaushalt um insgesamt 5,6 Millionen Euro auf über 11 Millionen Euro angehoben, das heißt, wir stehen zu unserem Wort. Ich stehe zu meinem Wort, die Kommunen an dieser Stelle zu unterstützen und die Schulsozialarbeit weiter in unserem Land zu fördern.

## (Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Hervorheben will ich außerdem, dass wir den Tagessatz für die Maßnahmen der sozialen Bildung bis zum Ende der Legislaturperiode von bisher 1 Euro auf 2 Euro anheben, also verdoppeln werden. Damit halten wir ein weiteres Versprechen aus unserem rot-grünen Koalitionsvertrag, und davon werden viele Kinder und Jugendliche profitieren, die an den Maßnahmen der Jugendverbände teilnehmen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf weiter zu verbessern, ist für uns eine zentrale Herausforderung, insbesondere für eine zeitgemäße Familien- und Geschlechterpolitik.

Wir wissen aus der Studie "Monitor Familienleben 2013", dass 74 % der Bundesbürgerinnen und Bundesbürger in der Verbesserung der Vereinbarkeit das wichtigste Ziel der Familienpolitik sehen. Deswegen haben wir viele Projekte auf den Weg gebracht, und wir sorgen mit den Unternehmen für eine familienfreundliche Personalpolitik. Wir unterstützen die Netzwerkbildung zwischen den Unternehmen und den Familienakteuren vor Ort.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, auch ein wichtiges Thema ist für uns, dass es keine Benachteiligung, keine Diskriminierung in unserem Land aufgrund des Geschlechtes, einer Behinderung, des Alters, der sexuellen Identität oder der Religion gibt.

Frau Huth-Haage, deshalb gibt es Rheinland-Pfalz unter dem Regenbogen. Deshalb gibt es die Antidiskriminierungsstelle in diesem Land, deshalb haben wir viel Geld für diesen Bereich in den Haushalt eingestellt und einen "Aktionsplan Rheinland-Pfalz unter dem Regenbogen" mit 150 Maßnahmen aufgelegt, weil wir Akzeptanz, weil wir sexuelle Vielfalt anerkennen wollen, diesen Bereich stärken und der Diskriminierung entgegentreten wollen.

## (Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, bei der Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen fördern wir weiterhin das rheinland-pfälzische Interventionsprojekt RIGG und die dazugehörigen Frauenunterstützungseinrichtungen in bisherigem Umfang. Wir haben in unserem Haushaltsentwurf nichts gekürzt, aber ich bin dennoch sehr froh, dass wir mit Unterstützung aller Fraktionen – wenn ich das eben richtig verstanden habe – hier noch einmal eine Verstärkung vornehmen, die Gelder erhöhen.

Darüber freue ich mich sehr, insbesondere zum Wohle der Frauen, die davon profitieren.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Auf dem arbeitsmarktpolitischen Feld werden wir in der Frauenpolitik

- 1. Schwerpunkte bei Projekten setzen, die die Erwerbstätigkeit von Frauen fördern und Benachteiligungen von Frauen am Arbeitsmarkt abbauen,
- 2. die landesweite Erstberatungsstelle für eine chancengerechte Arbeitswelt "ZeitZeichen" fördern und dadurch mittelständische Unternehmen und deren Beschäftigte unterstützen.
- 3. eine Kompetenzstelle "Freiwillige Lohnteste in Unternehmen" einrichten, um mit dieser neuen Initiative dem immer noch bestehenden Lohnunterschied zwischen Frauen und Männern entgegenzutreten.

Ich darf Ihnen an dieser Stelle sagen, dass wir die Gelder, die wir im letzten Haushalt für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen für Frauen – das waren rund 1 Million Euro – eingestellt hatten, ausgegeben haben. Wir mussten Kurse absagen, weil wir nicht genügend Geld in diesem Haushaltstitel hatten. Das hat mir in der Seele wehgetan, aber wir mussten es tun.

Bei dem neuen Haushaltsansatz haben wir uns an dem Ist des letzten Jahres orientiert. Insofern, denke ich, haben wir eine gute Planung aufgestellt.

Ich will gern noch einmal die Initiative von Frau Dr. Ganster aufgreifen. Sie hatte gesagt, dass wir uns in den nächsten beiden Jahren mit dem Thema "Zwangsprostitution und Menschenhandel" befassen sollten. Ich denke, da sind wir auf einer Linie; denn es ist ein sehr wichtiges Thema, das wir noch einmal in den Fokus nehmen sollten.

Zu dem Landesgleichstellungsgesetz darf ich Ihnen sagen, dass nicht nichts getan worden ist, sondern im Gegenteil sehr viel getan worden ist und die Fachabteilung ein ganzes Jahr den Entwurf vorbereitet und mit vielen Frauenverbänden gesprochen hat. Die Novelle des Landesgleichstellungsgesetzes liegt uns jetzt vor. Ich denke, Anfang des nächsten Jahres werden wir dieses Gesetz gemeinsam diskutieren, die Novelle auf den Weg bringen und dann darüber abstimmen.

## (Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ohne eine humanitäre Flüchtlingspolitik und innovative Integrationspolitik ist eine Demokratie nicht denkbar. Deshalb will ich zum Schluss noch einige Sätze zu diesem wichtigen Verantwortungsbereich sagen.

Mit unserem fortgeschriebenen Integrationskonzept als Grundlage sollen künftig die interkulturelle Öffnung ge-

sellschaftlicher Institutionen und der Aufbau interkultureller Kompetenz gestärkt und Schwerpunkte gebildet werden.

Ich will an der Stelle auf das eingehen, was Frau Huth-Haage zu dem Abschiebegefängnis gesagt hat. Wenn ich im Januar oder Februar einen Vorstoß auf Bundesebene zur Abschaffung der Abschiebehaft mache, Sie mich mit Ihrer Bundes-CDU unterstützen und dies uns beiden gelingt, dann können wir uns das Geld in den Jahren 2014 und 2015 sparen, weil wir dann das Abschiebegefängnis wirklich schließen können.

## (Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, angesichts der Flüchtlingstragödien und Krisenherde in der Welt ist eine humanitäre Asyl- und Flüchtlingspolitik nötiger denn je. Der Bürgerkrieg in Syrien ist die größte humanitäre Katastrophe des jungen 21. Jahrhunderts. Ich bin sehr froh, dass alle Fraktionen mich darin unterstützt haben, mehr syrische Flüchtlinge in Deutschland aufzunehmen.

Ich darf aber auch sagen, dass die Aufnahme der Flüchtlinge eine hohe Anforderung an den Landeshaushalt stellt. Deswegen bringen wir im kommenden Doppelhaushalt mehr als 70 Millionen Euro für dieses wichtige Thema auf.

Einen besonderen Schwerpunkt will ich in diesem Kontext noch nennen, das sind die unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge. Ich bin sehr froh, dass es uns gelungen ist, in den letzten zwei Jahren alle unbegleitet eingereisten minderjährigen Flüchtlinge im Rahmen der Jugendhilfe in Einrichtungen freier Träger unterzubringen, sie dort sozial zu betreuen und ihnen Ausbildungs- und Schulabschlüsse zu ermöglichen.

Wir haben für den kommenden Doppelhaushalt auch für dieses Thema rund 6 Millionen Euro vorgesehen. Ich glaube, das ist gut investiertes Geld.

Zusammenfassend möchte ich sagen, wir konsolidieren den Landeshaushalt, wir gestalten weiter, setzen klare Schwerpunkte und stellen uns den aktuellen Herausforderungen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Ich bitte um Ihre Zustimmung und danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

#### Vizepräsidentin Frau Klamm:

Frau Ministerin, ein Lob, das war eine Punktlandung.

Wir kommen zur

#### Beratung des Einzelplans 10 - Rechnungshof

Es wurde vereinbart, ihn ohne Aussprache zu behandeln.

Wir kommen zur

Beratung des Einzelplans 04 – Ministerium der Finanzen

Beratung des Einzelplans 12 – Hochbaumaßnahmen und Wohnungsbauförderung

Beratung des Einzelplans 20 - Allgemeine Finanzen

dazu:

Punkt 8 der Tagesordnung:

...tes Landesgesetz zur Änderung des Ministergesetzes Gesetzentwurf der Fraktionen der SPD, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 16/2817 –
 Zweite Beratung

#### dazu:

## Beschlussempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses

- Drucksache 16/3040 -

Punkt 9 der Tagesordnung:

Landesgesetz zur Verbesserung der Haushaltssteuerung Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 16/2918 –
 Zweite Beratung

#### dazu:

## Beschlussempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses

- Drucksache 16/3041 -

Es wurde eine Grundredezeit von 15 Minuten je Fraktion vereinbart. Zunächst folgt die Berichterstattung zu Punkt 8 durch den Abgeordneten Herrn Hans-Josef Bracht und zu Punkt 9 durch die Abgeordnete Frau Marlies Kohnle-Gros

Herr Kollege Bracht, Sie haben das Wort.

### Abg. Bracht, CDU:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich will kurz Bericht erstatten zur Änderung des Ministergesetzes und, da wir dazu später nicht mehr reden wollen, etwas mehr ausführen.

Anfang des Jahres hat die Landesregierung Beschlüsse betreffend die Ausgestaltung und Finanzierung nachgelagerter Aufgaben des ehemaligen Ministerpräsidenten gefasst. Es kam daraufhin im Haushalts- und Finanzausschuss zu einer Beratung und einer einvernehmlichen positiven Entscheidung.

Gleichzeitig wurde beschlossen, dass wir die Regelung für weitere Jahre auf eine gesetzliche Grundlage stellen wollen, damit es keine Einzelfallentscheidung bleibt. Im September gab es dann einen gemeinsamen Gesetzentwurf aller Fraktionen im Landtag. Durch Beschluss des Landtags vom 2. Oktober 2013 ist der Gesetzentwurf an den Haushalts- und Finanzausschuss – federführend – und an den Rechtsausschuss überwiesen worden.

Der Haushalts- und Finanzausschuss hat den Gesetzentwurf in seiner 39. Sitzung am 24. Oktober und in seiner 46. Sitzung am 21. November 2013 beraten, der Rechtsausschuss in seiner 28. Sitzung am 5. Dezember. Es kam dann zu einer Beschlussempfehlung der Ausschüsse.

In dieser gemeinsamen Beschlussempfehlung aller Fraktionen ist die Forderung der CDU eingegangen, dass für die von der Regierung zu treffenden Einzelfallregelungen der Verwaltung und Finanzierung nachgelagerter Aufgaben des Ministerpräsidenten das Benehmen mit dem Haushalts- und Finanzausschuss hergestellt werden soll. Dies ist dann in die konkrete Beschlussempfehlung eingeflossen.

Diese lautet: Artikel 1 wird wie folgt geändert: In Buchstabe b wird in Absatz 2 der Satz 3 wie folgt neu gefasst: "Die Entscheidung hierüber trifft, unter Berücksichtigung der Umstände des Einzelfalls, die Landesregierung im Benehmen mit dem Haushalts- und Finanzausschuss." Das ist die Empfehlung der Ausschüsse.

Ich bitte um Zustimmung und danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall im Hause)

### Vizepräsidentin Frau Klamm:

Vielen Dank, Herr Kollege Bracht.

Frau Kollegin Kohnle-Gros, ich darf Ihnen jetzt das Wort zur Berichterstattung erteilen.

### Abg. Frau Kohnle-Gros, CDU:

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Landesgesetz zur Verbesserung der Haushaltssteuerung wurde Ende November in die Plenarsitzung von der Landesregierung eingebracht. Durch Beschluss des Landtags vom 7. November ist der Gesetzentwurf an den Haushaltsund Finanzausschuss – federführend –, an den Ausschuss für Integration, Familie, Kinder und Jugend sowie an den Rechtsausschuss überwiesen worden.

Sie sehen, das war eine relativ kurze Beratungszeit. Trotzdem hat der Haushalts- und Finanzausschuss den Gesetzentwurf in seiner 46. Sitzung am 21. November und in der 48. Sitzung am 5. Dezember beraten. Im Haushalts- und Finanzausschuss hat auch die Anhörung stattgefunden, von der in den letzten Tagen häufiger die Rede war. Der Ausschuss für Integration, Familie, Kinder und Jugend war bei dieser Anhörung dabei und hat den Gesetzentwurf, genauso wie der Haushalts- und Finanzausschuss, gleich anschließend abschließend beraten und die Auswertung durchgeführt. Der Rechts-

ausschuss hat in seiner 28. Sitzung am 5. Dezember die abschließende Beratung vorgenommen.

Insgesamt lautet die Beschlussempfehlung: Der Gesetzentwurf wird angenommen.

Ich bedanke mich.

#### Vizepräsidentin Frau Klamm:

Für die CDU-Fraktion hat Herr Kollege Schreiner das Wort.

#### Abg. Schreiner, CDU:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir setzen gleich mit den Abstimmungen den vorläufigen Schlusspunkt unter die Beratungen zum Haushalt für die Jahre 2014 und 2015. Sie, verehrte Kolleginnen und Kollegen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, werden die Hand heben für 2 Milliarden Euro neue Schulden, 2.000 Millionen Euro weitere Schulden. Schlimm, es kommen immer weitere Schulden obendrauf. Das ist kein Sparhaushalt, das ist ein Schuldenhaushalt. Solide Finanzen und soziale Fairness sehen anders aus.

Lassen Sie mich in aller Kürze bei den Beratungen zum Einzelplan des Finanzministeriums auf drei Themen eingehen: Ich werde auf die Personalvermittlungsstelle zu sprechen kommen, da sie mit Einsparungen von rund 700 Millionen Euro bis 2020 den größten Beitrag zur Senkung des strukturellen Defizits von Rheinland-Pfalz leisten muss. Ich möchte über das sogenannte Landesgesetz zur Verbesserung der Haushaltssteuerung sprechen. – Welch ein Euphemismus, zur Verbesserung der Haushaltssteuerung; denn es ist ein hervorragendes Beispiel dafür, wie Rot-Grün mit den Kommunen umgeht und nicht nur mit Menschen in schwierigen Grenzsituationen. Ich möchte schließlich kurz auf die vorliegenden Ausführungsvorschriften zur Schuldenbremse eingehen.

Sprechen wir also über die Personalvermittlungsstelle, über ein ressortübergreifendes Personalmanagement. – Nennen Sie es, wie Sie wollen, es kommt auf den Inhalt an und nicht auf die Verpackung.

Denken wir an die Aufgabe, die gemeinsam vor uns liegt, denken wir an den Verfassungsauftrag, bis zum Jahr 2020 den Haushalt ohne neue Schulden auszugleichen, dann reden wir immer auch über die notwendigen Einsparungen, über Summen, bei denen einem schwindlig werden könnte.

Das strukturelle Defizit liegt bei kaum vorstellbaren 1,6 Milliarden Euro, das sind 1.600 Millionen Euro. Berücksichtigt man, dass rund 40 % des Geldes für Personal ausgegeben wird, dann reden wir bei den Personalkosten über 700 Millionen Euro, die das Land an dieser Stelle einsparen muss, 700 Millionen Euro, die wir uns schlicht nicht leisten können.

Gleichzeitig haben die SPD-Landesregierungen bei sinkenden Bevölkerungszahlen 12.300 zusätzliche Stellen geschaffen. Multipliziert man diese 12.300 Stellen mit einem durchschnittlichen Einkommen, dann reden wir auch da von rund 700 Millionen Euro. 700 Millionen Euro und 12.300 Stellen, die wir uns auch als CDU-Fraktion vielleicht gerne leisten würden, die dieses Land sich aber schlicht nicht leisten kann.

#### (Beifall der CDU)

Wir reden über 12.300 Stellen, die vom ersten Tag Ihrer Regierung an, die seit 1991 Tag für Tag komplett aus immer höheren Schulden bezahlt werden.

Herr Minister Kühl bezeichnet diese nüchterne Analyse, bezeichnet die Notwendigkeit umzusteuern, bezeichnet die Personalvermittlungsstelle als – so wörtlich – Popanz.

(Pörksen, SPD: Das ist noch sehr zurückhaltend!)

Herr Minister, ich sage nur, Vorsicht bei der Benutzung von Fremdworten! – Was heißt Popanz? – Popanz bezeichnet ein Schreckgespenst, bezeichnet etwas, was eigentlich ganz harmlos ist, vor dem man aber trotzdem Angst hat.

Was heißt das jetzt übertragen auf die Personalvermittlungsstelle? – Eigentlich ist eine Personalvermittlungsstelle ganz harmlos, nur ein gutes, ein anderswo bewährtes Instrument der Personalwirtschaft, eigentlich ganz harmlos – und trotzdem haben Sie Angst davor. – Warum? – Sie müssten Respekt vor den immer höheren neuen Schulden haben. Sie müssen damit aufhören, immer neue Schulden zu machen, und ein ressortübergreifendes Personalmanagement ist dabei kein Schreckgespenst. Die PVS ist einzig eine Hilfe auf dem Weg zu einem Haushalt ohne neue Schulden.

### (Beifall der CDU)

Sehr geehrter Herr Minister, bemühen Sie sich also gegenüber frei gewählten Abgeordneten nicht um kraftvolle Rhetorik.

Ich will deshalb viel lieber auf die Argumente von Ihnen, sehr verehrter Herr Kollege Wansch, eingehen, weil Sie sich gestern wohltuend sachlich mit der PVS auseinandergesetzt haben. Ihr zentraler Vorwurf an die Personalvermittlungsstelle war, dass Sie Angst haben, die PVS würde Mitarbeiter stigmatisieren.

Dieses Argument nehme ich sehr ernst. Ich nehme es sehr ernst, weil es diesbezüglich auch in allen anderen Ländern, die ein zentrales Personalmanagement eingeführt haben, anfangs große Sorgen gab, die sich aber schnell als unbegründet erwiesen haben.

(Beifall der CDU – Pörksen, SPD: Das gibt es doch gar nicht mehr!)

Die Sorge war, dass ein Dienststellenleiter nur Personen in die PVS meldet, die er loswerden will. Das ist in Hessen, Berlin oder Brandenburg so nicht gekommen, und das liegt auch auf der Hand; denn neben dem Argument, dass man Geld spart, gibt es drei weitere gute Gründe für eine Personalvermittlungsstelle:

Erstens, am Anfang steht die Aufgabenkritik. Wer so viele Stellen abbauen muss, kann nicht einfach alle anderen schneller arbeiten lassen. – Nein, in jeder Amtsstube dieses Landes muss zuerst festgelegt werden, welche Aufgabe nicht mehr oder nicht mehr in dieser Form erledigt wird.

(Beifall der CDU – Pörksen, SPD: Dann mal los!)

Nach der Aufgabenkritik folgt dann der kw-Vermerk im Haushalt – diese Stelle kann künftig wegfallen –, und das alles eben ohne Ansehen der Person, Herr Kollege Wansch.

Der zweite weitere gute Grund für unsere PVS ist, dass es immer auch viele wechselwillige, rotationswillige Mitarbeiter gibt, neugierige Kollegen, die sich freiwillig in die Personalvermittlungsstelle melden, und das sind nicht die schlechtesten. In der Personalvermittlungsstelle zu sein, wird damit zu einem Gütesiegel für einen Mitarbeiter, der mehr will, für einen Mitarbeiter, der sich noch einmal verändern möchte. Für diese Menschen ist ein ressortübergreifendes Personalmanagement ein Segen.

Ich komme zum dritten Grund. Mit einer Personalvermittlungsstelle ist immer auch eine Qualifizierungsoffensive verbunden. Durch gezielte Weiterbildungsprogramme – daran fehlt es allerorten in den Ressorts –, durch gezielte Weiterbildungsangebote ist ein Mitarbeiter nach seiner Rotation über ein zentrales Personalmanagement besser qualifiziert als vorher. – Also, lieber Herr Kollege Wansch, keine Angst vor der PVS, einfach einmal ausprobieren!

(Beifall der CDU – Vizepräsident Dr. Braun übernimmt den Vorsitz)

Andere Länder arbeiten sehr erfolgreich mit der PVS, und auch der Rechnungshof fordert ein ressortübergreifendes Personalmanagement;

(Staatsministerin Frau Ahnen: Wie viele Lehrer?)

denn die trotz sinkender Bevölkerungszahl von Ihnen geschaffenen 12.300 Stellen können Sie anders nicht abbauen, und wir können sie uns schlicht nicht leisten.

(Staatsministerin Frau Ahnen: Wie viele Lehrer?)

Wir sind in einer einmaligen glücklichen Situation, dass bis 2020 in Rheinland-Pfalz 24.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die auf 18.000 vollen Stellen sitzen, in den Ruhestand gehen.

Über eine Personalvermittlungsstelle sollen die notwendigen Stellen – darunter sind auch viele Lehrer, Frau Ministerin Ahnen –

(Staatsministerin Frau Ahnen: Sehr viele Lehrer!)

überwiegend nicht durch Neueinstellungen, sondern mit vorhandenen Mitarbeitern ersetzt werden. Der eine oder andere Lehrer, der derzeit in Ihrem Ministerium die empörten Anrufe von Eltern abwiegelt, für deren Kinder der Unterricht ausfällt, wird dann wieder vor der Klasse stehen, und das ist nicht das Schlechteste, Frau Ministerin

#### (Beifall der CDU)

Ich glaube, es ist auch wichtig, ein Weiteres noch einmal zu betonen: 18.000 volle Stellen werden durch Ruhestandsversetzungen frei, und deshalb bleibt trotz des Abbaus von 12.000 Stellen ein Korridor von 6.000 Neubesetzungen von außen, trotz Konsolidierung bis 2020 6.000 Neueinstellungen von jungen Beamtinnen und Beamten, 1.000 gute neue Leute Jahr für Jahr. –

Also, die PVS ist kein Schreckgespenst, keine Angst, Herr Wansch.

Aus genau diesen guten Gründen ist eine moderne Personalwirtschaft in anderen Ländern so erfolgreich. Ich möchte Ihnen dies am Beispiel Brandenburgs verdeutlichen. Ich nehme heute extra einmal nicht das erfolgreiche Beispiel Hessen. In Brandenburg nennt sich das Ganze Zentrales Personalmanagement, ZPM. Dort beschäftigt das Land 48.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Wegen der Schuldenbremse hat man sich dort entschlossen, 4.000 Personen in das ZPM zu melden. 4.000 Stellen, das sind 8 % der Landesbediensteten. Die Zielzahl, das Zieljahr ist nicht 2020, das Zieljahr ist 2015.

Frau Ministerin Ahnen, Brandenburg geht dabei sehr besonnen und differenziert vor. Auch im Bildungsministerium wird dort wegen sinkender Schülerzahlen – diese sinken dort schon – gekürzt, aber eben nur 1 %, nicht 8 %

Augenscheinlich ist auch dort im Umweltministerium viel Luft vorhanden; denn es wird um 14,3 % Personal abgebaut. Herr Wansch, nur Mut: Unsere Anträge weisen den richtigen Weg. Sie müssen nur an der richtigen Stelle nachher die Hand heben.

#### (Beifall bei der CDU)

Kommen wir zum sogenannten Haushaltssteuerungsgesetz. Da geht es – das haben wir hier schon gehört – um die Schwangerenberatung. Da geht es aber auch um mehr; denn die Gesetzgebungsbegründung formuliert das mit entwaffnender Offenheit. Zitat: Die im Rahmen der Anhörung beteiligten Verbände und Organisationen lehnen die Änderungen des Landesgesetzes unisono ab. –

Das kann ich aus der Anhörung bestätigen. Alle Sachverständigen – gerade auch die von der SPD und den GRÜNEN benannten – lehnen das Gesetz ab, das mit gutem Grund. Reden wir davon, wie Sie mit diesem Gesetz die Kommunen behandeln. Im Kern enthält das Gesetz nämlich vier Regelungen:

Sie deckeln die Erstattungen an die Kommunen, da

 so wörtlich – andernfalls mit steigenden Ausgaben des
 Landes zu rechnen sei. Was heißt das? Das heißt, der
 Bürger hat nach wie vor einen gesetzlichen Anspruch.
 Daran ändert sich gar nichts. Er bekommt sein Geld von der Kommune ausgezahlt. Daran ändert sich auch gar nichts

Allein trotz steigender Fallzahlen werden die Kostenerstattungen an die Kommunen festgeschrieben. Verlierer sind die Kreise, die Städte und letztendlich die Bürger.

### (Beifall der CDU)

- 2. Sie streichen die Dynamisierung im Jugendhilfegesetz. Das hat zur Folge wiederum ein wörtliches Zitat aus Ihrer Gesetzesbegründung –, dass sich die Einnahmen der Kommunen um rund 1 Million Euro jährlich verringern. Verlierer sind wieder die Kommunen.
- 3. Sie strecken bei den Asylbewerbern die Abrechnungszeiträume in die Länge. In Zukunft soll es nur noch am 1. März und am 1. September Geld geben. Strukturell für den von Ihnen viel zitierten Abbaupfad bringt das gar nichts. Einzig die Kommunen müssen länger vorfinanzieren, müssen Zinsen zahlen für Geld, das ihnen zusteht, für eine Aufgabe, die sie sich nicht ausgesucht haben, die ihnen per Gesetz übertragen wurde.

Verlierer sind also einmal mehr Städte und Landkreise, und das bei steigender Pro-Kopf-Verschuldung.

4. Es geht um 500.000 Euro, die das Land sparen möchte, indem es 16 Stellen bei der Schwangerenberatung nicht mehr fördert. Waren bei den drei zuvor erwähnten Regelungen die Kommunen die Verlierer, wird es nun richtig ernst. Verlierer werden die Mütter und Väter in Not sein. Verlierer sind die vielen Kinder, die vielleicht nicht geboren werden.

Sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen, gestatten Sie mir, dass ich hierfür eine völlig unverdächtige Kronzeugin benenne, Sozialministerin Malu Dreyer.

In der Drucksache 15/4262 teilt sie dem Landtag mit: "Rheinland-Pfalz hat ein hervorragend ausgebautes plurales Beratungssystem. Dadurch ist ein hoher Standard sichergestellt. Das trägt dazu bei, dass die Zahl der Schwangerschaftsabbrüche im Vergleich der Länder unterdurchschnittlich ist. Die Zahl der Schwangerschaftsabbrüche in Rheinland-Pfalz ist um mehr als 11 % zurückgegangen." Recht hat sie.

Ein plurales wohnortnahes Angebot senkt die Zahl der Schwangerschaftsabbrüche. Sehr geehrte Frau Ministerpräsidentin, leider stimmt auch das Gegenteil.

Seit heute 11:30 Uhr liegt uns nun ein neuer Haushaltsbegleitantrag von Ihnen vor. Mit vielen Worten vernebeln Sie, liebe Kolleginnen von Rot und GRÜN, Ihre Sparziele. Wenn wir Ihnen glauben sollen, dass es Ihnen ernst ist mit Schwangeren in Not, dann kassieren Sie das Gesetz zur Haushaltssteuerung, und stimmen Sie unserem Deckblatt zur Stärkung der Schwangerenberatung zu.

### (Beifall der CDU)

Kommen wir nun zu den Vorschriften, wie eine Korrekturkomponente berechnet werden soll, wenn es gilt, Artikel 117 der Landesverfassung – das ist die Schuldenbremse – umzusetzen. Sie werden mir zustimmen, dass es hierbei um eine zentrale Regelung geht, geht es

doch darum, den Geist unserer Verfassung, den Haushalt ohne neue Schulden auszugleichen, umzusetzen, geht es doch vor allem Jahr für Jahr um viele Millionen. Wir streiten wie ganz oft um wenige Tausend Euro.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von SPD und BÜND-NIS 90/DIE GRÜNEN, Sie werden in wenigen Minuten die Hand für diese Regelungen heben. Sie sollen deshalb genau wissen, über was Sie abstimmen.

Besser als das Finanzministerium in Drucksache 16/2924 kann ich den Korrekturmechanismus auch nicht erklären. Zitat:

"Die der Fortschreibungsrate zugrunde liegende prozentuale Veränderung wird gemäß Absatz 1 um einen Korrekturbetrag erhöht, wenn die jahresbezogene Konjunkturkomponente des Vorjahres positiv ist und die kumulierte Konjunkturkomponente des Vorjahres ebenfalls einen positiven Wert aufweist. (...) Der Korrekturbetrag errechnet sich als ein Achtel des Betrages der in Prozent der Steuereinnahmen des Vorjahres gemessenen kumulierten Konjunkturkomponente, wenn und soweit dieser Betrag 1 v. H. der Steuereinnahmen überschreitet. Dadurch wird eine der Situation angepasste Gegenbewegung hinsichtlich des quantitativen Aufbaus des Symmetriekontos bewirkt.

Satz 3 führt auch dazu, dass von einer Erhöhung oder Verminderung der Fortschreibungsrate nach dem in Absatz 1 geregelten Mechanismus insoweit abgesehen wird, als die kumulierte Konjunkturkomponente zum Ende des Vorjahres"

#### (Beifall bei CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- es wird noch schöner - "einen Betrag von 1. v. H. der Steuereinnahmen des Vorjahres nicht überschreitet. Dabei ist unter "Betrag" das Ergebnis der Anwendung der mathematischen Betragsfunktion zu verstehen (…) jeder Zahl die Zahl selbst (…) zugeordnet." Und so weiter und so fort. Das ist nur Seite 9 der Begründung.

Sie wissen jetzt ganz genau, was Sie zustimmen. Sie wissen auch genau, warum wir nicht zustimmen.

(Frau Klöckner, CDU: Herr Wansch erklärt das gleich! – Steinbach, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ich erkläre es Ihnen gleich, Herr Schreiner!)

Sehr geehrter Herr Präsident – ich habe mitbekommen, dass ein Präsidentenwechsel stattgefunden hat –, ich bin mir unsicher, ob das gute alte Sprichwort, nur die dümmsten Kälber wählen ihren Metzger selbst, ein parlamentarischer Ausdruck ist. Ich wähle deshalb dieses Bild für die Ausführungsvorschriften zur Landesverfassung ausdrücklich nicht.

Aber glauben Sie mir, meine Damen und Herren, wir als Opposition werden nicht ruhen, bis von Herrn Puchtler auf der linken Seite bis zu mir dort hinten alle Kolleginnen und Kollegen, alle Abgeordneten in diesem Haus im Detail verstanden haben, was es für die Tagespolitik und kommende Haushalte bedeutet, dass heute von Ihnen diese Ausführungsvorschriften beschlossen werden.

Dieses Parlament soll Gesetze machen, mit denen es die Regierung kontrolliert, nicht umgekehrt.

(Starker Beifall der CDU)

Meine Damen und Herren, wir fordern Klarheit und Wahrheit. Wir fordern einen echten Sparhaushalt. Wir fordern die richtigen Rahmenbedingungen für Arbeitsplätze in Rheinland-Pfalz, und wir fordern unsere Solidarität mit Menschen in schwierigen Grenzsituationen.

Dem vorliegenden Haushaltsentwurf können wir deshalb nicht zustimmen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Anhaltend Beifall der CDU – Zuruf von der CDU: Bravo!)

#### Vizepräsident Dr. Braun:

Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Wansch das Wort.

(Frau Klöckner, CDU: Jetzt aber, Herr Wansch! Einmal die Abseitsregeln erklären! – Baldauf, CDU: Jetzt erwarten wir ein intellektuelles Feuerwerk! – Weitere Zurufe von der CDU)

## Abg. Wansch, SPD:

Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das war schon ein fulminanter Beitrag.

(Beifall der CDU)

So sind Sie sicher selbst von sich überzeugt, lieber Herr Kollege Schreiner.

(Frau Klöckner, CDU: Prima Mann!)

Aber ein Blick ins Detail lässt uns doch manches viel schwieriger erscheinen, als Sie uns glauben machen wollen. Vor allen Dingen ist auch zu erklären, was Sie beispielsweise mit Ihrer PVS wollen, was Sie beispielsweise mit Ihren Anmerkungen zur Verwaltungsvorschrift gemeint haben.

Lassen wir das aber bleiben. Wenn wir zum Einzelplan 04 kommen, wird nicht nur von der Uhrzeit her klar, dass das Ende der Haushaltsplanberatungen naht.

Viel ist ausgeführt worden, aber sicherlich gibt es noch die eine oder andere Anmerkung. Der Kollege hat es versucht. Ich werde ihn in seinen ganzen Punkten widerlegen können.

Meine Damen und Herren, wenn wir über den Einzelplan 04 reden, dann reden wir über einen klassischen Verwaltungshaushalt, über Steuerverwaltung. Wir reden auch über einen neuen Vorschlag. Nein, neu ist er, glaube ich, nicht. Sie haben ihn schon mehrfach gebracht. Das betrifft PVS. Ich brauchte nicht lange nach

den Daten zu suchen, die Sie mit den Aufwüchsen des Personals in der Landesverwaltung angebracht haben. Dazu gehören die Daten mit Ihrem Vorschlag, wie eingespart wird.

Wir haben uns zuletzt am 18. September 2013 in diesem Haus damit auseinandergesetzt, wie die Personalentwicklung in Rheinland-Pfalz in den letzten 20 Jahren war.

Herr Kollege, ich hatte Ihnen damals ausgeführt, wie sich rechnerisch diese Stellensteigerungen ermitteln lassen und welche Bereiche das betrifft. Stellen Sie sich nicht hierhin und bauen eine Popanz in der Weise auf, indem Sie sagen, da sind 12.000 Stellen neu geschaffen worden, um Gottes Willen, was ist hier in dieser Verwaltung passiert.

Was ist in dieser Zeit passiert? Ich darf sozusagen aus meiner Rede zitieren. Das Ganze ging auf eine Berichterstattung des Rechnungshofes zurück. Die Zahlen sind belastbar. Wir hatten 12.300 Stellen mehr zu verzeichnen. Allein im Bereich der Schulen war es ein Zugang von 10.000 Stellen.

(Zuruf des Abg. Pörksen, SPD)

 Ja, die stecken Sie jetzt auf die Schnelle in die PVS, dann wird ein Lehrer umgeschult oder so.

Auch in den Hochschulen gab es eine Veränderung in dieser Zeit, nämlich mit 1.500 Stellen. Die Polizei hat 1.800 Stellen gehabt.

Wenn man das zusammenzählt, stellt man fest, dass man über die 12.300 Stellen hinauskommt. Was haben wir gemacht? Wir haben in der Landesverwaltung, in den Ministerien und in den nachgeordneten Behörden eingespart. Das heißt, das klassische Verwaltungspersonal wurde eingespart. Das, was diese Landesregierung und ihre Vorgängerregierung gemacht haben, war nichts anderes, als in den letzten Jahren einen klaren politischen Schwerpunkt in der Bildung zu setzen. Dort wurden Personal und Lehrer eingestellt.

Wenn Sie jetzt Ihr Modell bringen, dann fahren Sie eine Schlangenlinie nach dem Schema, wir bauen ab. Auf der anderen Seite brauchen wir Lehrer. Da wollen wir mehr einstellen. Ich frage, wie das funktionieren soll.

Jetzt rechnen wir einmal. Als Haushälter sind wir mit dem Rechnen nicht ganz auf Kriegsfuß. Wir wissen, dass wir etwa 90.000 Bedienstete im Land haben. Wir wissen, dass wir über 40.000 Lehrerinnen und Lehrer haben. Wir wissen, dass wir über 9.000 Polizistinnen und Polizisten haben. Wir wissen, dass wir über 6.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der reinen Finanzverwaltung, in der Justizverwaltung usw. haben.

Jetzt bleibt die reine Kernverwaltung. Das ist das, was der klassische Bürger unter klassischer Verwaltung versteht. Das ist die von Ihnen zitierte Amtsstube. Wie viele sitzen da? Ich komme auf eine Größenordnung von ungefähr 14.000. Da wollen Sie jetzt Ihren Abbau in der Größenordnung ansetzen, wie Sie ihn mit über 12.000 Stellen definiert haben. Wie soll dieses Verwaltungskon-

strukt Rheinland-Pfalz, das für seine Bürgerinnen und Bürger arbeitet, tagtäglich funktionieren, wenn Sie genau das nicht zulassen wollen?

Allein an diesen wenigen Daten wird klar, das ist nichts anderes als ein Gespenst, das Sie hier an die Wand malen. Es ist ein Popanz, so hat es der Finanzminister ausgedrückt. Es steht ihm zu, dass er den Begriff benutzt. Ich wiederhole ihn aber gerne.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das wird auch deutlich, wenn man Ihre Änderungsanträge sieht. Sie wollen im Personalbereich 1.575 Stellen in einem Jahr einsparen. Das ist die Größenordnung, die sich rechnerisch ermittelt, wenn man die Personalbudgets zusammennimmt, was der Doppelhaushalt hergibt. Das ist insoweit okay. Sie machen das schon in einem Jahr. Sie legen noch eins drauf. Sie sagen, im zweiten Jahr machen wir die Nummer noch einmal.

Herr Schreiner, wo machen Sie das? Das ist genau die Antwort, die Sie schuldig bleiben. Die wird an dieser Stelle überhaupt nicht dargestellt. Sie dürfen nicht nur von großen Zahlen reden, sondern Sie müssen sagen, wie Sie das in der Praxis umsetzen wollen.

Ich kann nur eines festhalten: Das gilt auch für Ihre vorgelegten Entschließungsanträge. Ich nehme mir das Thema "Personalvermittlungsstelle" als Thema heraus. Da gibt es die Überschrift: "Solide Finanzen für soziale Fairness". Wo ist hier die soziale Fairness, wenn Sie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern dieses Landes erklären, dass der größte Teil, der in der Verwaltung arbeitet, überflüssig ist? Den müssen wir rausschmeißen und verschieben ihn in die PVS. Das ist das von mir gestern Zitierte mit dem roten Punkt. Andere meinen, das ist wohl eher der schwarze Punkt. Mir ist egal, was das ist. Vor allem hat das nichts mit sozialer Fairness zu tun. Das ist sozialer Tiefkühlschrank, der hier präsentiert wird, weil Sie noch nicht einmal bereit sind zu sagen, wie Sie das konkret in welchen Bereichen umsetzen wollen.

Das sind Ihre Sparvorschläge. Es kommt eines unter der Überschrift "Kultur des Sparens" hinzu. Da bin ich genauso platt wie bei der Überschrift "Soziale Fairness", bei der Sie jungen Eltern 110 Millionen Euro aus der Tasche ziehen. Auch das hat mit sozialer Fairness und der Definition "sozial" wenig zu tun. Herr Kollege Dr. Schmidt hat heute schon angeführt, wie sozial mit gleichen Chancen der Menschen zu definieren ist. Das hat damit überhaupt nichts zu tun, weil nur noch derjenige eine Chance hat, der wohlhabend ist und sozusagen 100 Euro pro Monat auf den Tisch des Hauses für ein Kind legen kann.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, neben dem Einzelplan 04, den ich damit angesprochen habe, geht es um das, was hier vorliegt, nämlich den Doppelhaushalt für 2014/2015. Es geht uns um die Sicherung einer leistungsfähigen Steuerverwaltung. Das wird deutlich zum Ausdruck gebracht. Wir unterstreichen das Ganze, indem wir einen Entschließungsantrag zu dieser Thematik einbringen, weil die Steuerverwaltung vor besonderen Herausforderungen steht und sie uns besonders wichtig ist. Das gilt gerade vor dem Hintergrund der erfolgreichen Ermittlung von Vermögen in den letzten Jahren,

das auf privaten Konten im Ausland versteckt wurde. Sie hat einiges dafür getan, dass das Land Einnahmen zu verzeichnen hatte. Die Steuerverwaltung war mit ihrer Arbeit ein erfolgreicher Beitrag zur Steuergerechtigkeit.

Nichtsdestotrotz wissen wir, dass demografisch bedingt auch dort Einschnitte im Personalkörper notwendig sind. Allerdings sind wir der festen Auffassung, dass wir diesen Entwicklungsprozess mit einer Evaluation begleiten müssen, um genau an der richtigen Stelle einschneiden zu können, um nicht in dieser pauschalen Art vorzugehen, wie Sie es vorgeschlagen haben. Wir wollen punktuell wissen, wo wird was gemacht werden können.

Ich darf noch kurz den Einzelplan 12 erwähnen. Das ist das Stichwort des Bauhaushaltes des Landes, der trotz Reduzierung des Bauvolumens einen klaren Schwerpunkt im Hochschulbau setzt. Damit wird ein klares Signal gesetzt, dass nicht pauschal gespart wird, sondern die Bildungseinrichtungen ihren notwendigen Vorteil haben und eine Weiterentwicklung im Hochschulbereich möglich sein wird.

Zum Einzelplan 20 sei nur insoweit noch erwähnt – die Stichworte "Kommunaler Finanzausgleich" und "Kommunaler Entschuldungsfonds" sind bereits abgehandelt worden –, dass in diesem Einzelplan 20 beispielsweise natürlich auch die Steuern veranschlagt sind, die das Land vereinnahmt. Die Steuerschätzung vom November 2013 hatte bessere Ergebnisse für dieses Land. Über einen Änderungsantrag ist das jetzt auch im Haushalt mit vorgesehen, allerdings zur Reduzierung der Kreditaufnahme und nicht zur Finanzierung neuer Ausgaben. Das war sicherlich ein klares Zeichen dafür, dass dieser Haushalt so aufgebaut ist, dass wir an strukturellen Ausgaben arbeiten und nicht ein kleines Strohfeuer nutzen wollen, um hier einen symbolischen Effekt zu erzielen.

Ich möchte in diesem Zusammenhang auch genau das einbringen. Sie haben die Landesverordnung über das Verfahren zur Bestimmung der Konjunkturkomponente zitiert, ein schwieriges Berechnungsverfahren. Darüber waren wir uns klar. Wir haben im Haushalts- und Finanzausschuss auch darüber gesprochen. Dass das Ganze in Worte ausgedrückt natürlich etwas schwer zu verstehen ist, mag man sicherlich dem Verordnungsentwurf entnehmen.

(Dr. Weiland, CDU: Erklären Sie es doch einmal, Herr Kollege!)

Das ist keine Frage. Aber die Grundaussage ist, wir in Rheinland-Pfalz leben von Steuereinnahmen, die wir vom Bund erhalten. Wir haben so gut wie keine eigenen Möglichkeiten, Einnahmen zu steuern. Das muss im Rahmen des sogenannten Konjunkturzyklus auch als Durchschnittswert berechnet werden.

(Dr. Weiland, CDU: Darum geht es doch überhaupt nicht!)

Das war hier ein wesentlicher Beitrag. Ich darf dann aber noch auf das Landesgesetz zur Verbesserung der Haushaltssteuerung zurückkommen. Vieles ist in den Einzelplanberatungen in den betreffenden Beiträgen schon ausgeführt worden. Dieses Gesetz mit seinen unterschiedlichen Bezügen setzt natürlich auch das um, was sich in den Zahlen in dem Einsparhaushalt hier verbirgt. Konsolidieren, Einsparen, Ansätze zurückfahren ist sicherlich kein einfacher Weg. Die regierungstragenden Fraktionen sind bereit, diesen Weg zu gehen und drücken dies mit diesem Haushalt aus.

Sie sind aber auch bereit, genau hinzusehen. Es war auch ein wesentliches Ergebnis der Anhörung zu diesem Gesetz, dass wir feststellen können – das wird auch mit einem entsprechenden Entschließungsantrag unterstrichen –, dass man sich beispielsweise auch im Bereich der Schwangerenkonfliktberatung den Einzelfall anschauen muss. Die Ministerpräsidentin hat gestern ganz klar ausgeführt, wir haben in diesem Land 100 Stellen, wenn man den Bundesdurchschnitt nimmt. Das heißt, wir werden mindestens genau dies sicherstellen und durch die Einzelfallbetrachtung hier auch gewährleisten, dass nichts einfach unter die Räder gerät. Mit Bedacht wird sich also auch diesem Thema gewidmet.

Zusammenfassend kann ich damit festhalten, dieser Landeshaushalt ist gerade vor dem Hintergrund der notwendigen Konsolidierungsbedarfe sicherlich nicht einfach,

(Glocke des Präsidenten)

er ist aber auf jeden Fall etwas, was Zukunft für dieses Land bedeutet.

Vielen Dank.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

### Vizepräsident Dr. Braun:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Herr Steinbach das Wort.

(Ramsauer, SPD: Gib es dem Schreiner!)

### Abg. Steinbach, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Schreiner, das war wieder schwere Kost, was Sie uns da zugemutet haben. Ich will versuchen, dass nicht alles auf Sie ausgerichtet wird, aber ich will mit einem anfangen. Sie haben einen Entschließungsantrag eingereicht, der "Kultur des Sparens" heißt. Die nähere Lektüre hat bei mir doch das eine oder andere Lächeln auf den Mund bzw. ins Gesicht gezaubert. Ich finde, der Titel ist auch hier wieder einmal mehr falsch gewählt. Vor allen Dingen nach der Rede, die Sie hier vorgetragen haben, müsste es eigentlich "Kultur des Verwirrens" heißten. Wenn wir genau sind, müsste es aber eigentlich "Kultur der Verwirrtheit" heißen, weil es sich auf die Haushaltspolitik der CDU bezieht.

(Beifall des Abg. Köbler, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN) Sie haben einiges gesagt, wozu man noch Ergänzungen machen könnte und sollte. Das werde ich gern auch noch tun, aber ich will erst einmal auf ein paar andere Punkte eingehen. Ich fange mit dem Einzelplan 20 – das ist ungewöhnlich – von hinten an, aber ich will noch einmal darauf hinweisen, wir haben durch die aktualisierte Steuerschätzung Mehreinnahmen im rheinlandpfälzischen Landeshaushalt. Ich will darauf hinweisen, dass wir als Fraktionen diese Steuermehreinnahmen vollständig in die Absenkung der Nettokreditaufnahme gesteckt haben. Das zeigt deutlich, dass die Fraktionen auch den Konsolidierungskurs, der in diesem Land durch die Landesregierung vorgelegt wird, mittragen und ihn konsequent fortsetzen.

(Präsident Mertes übernimmt den Vorsitz)

Zum Zweiten geht es heute auch um die Fragestellung des Haushaltsbegleitgesetzes, das Sie hier so wortreich kritisiert haben, Herr Schreiner. Ich will Ihnen nach der Anhörung auch noch einmal sagen, welche Ergebnisse es dort gegeben hat. Sie haben hier bemängelt, dass den Kommunen bei der Wahl der Abrechnungszeiträume für die Kommunen ein finanzieller Nachteil entstehen würde.

Sie haben nicht ganz zu Ende gelesen. Der Zinsnachteil, der sich daraus kalkulatorisch ergäbe, liegt bei 30.000 Euro. Es ist klar ausgeführt, dass allein schon der verknappte Buchungszeitraum, das heißt, die Halbierung der Buchungsvorgänge, bei den Kommunen wahrscheinlich für deutliche Einsparungen sorgen wird.

Ferner müssen Sie auch das sehen, was in der Begründung angeführt ist, dass nämlich die Nachreichung der Fälle deutlich dafür gesorgt hat, dass es da zu Verzerrungen kommt. Von daher, wenn Sie hier jetzt dieses große Modell aufbauen, das würde die Kommunen belasten, haben Sie einfach die Zahlen, die im Gesetzentwurf enthalten sind, und die Auswirkungen nicht zur Kenntnis genommen.

Ein Weiteres ist das Stichwort "Hilfen zur Erziehung". Natürlich haben die Anzuhörenden gesagt, dass ihnen das nicht gefällt, sprich die kommunale Familie. Das ist auch klar. Sie sind auch Betroffene. Das kommt davon, wenn man Betroffene zu Sachverständigen erklärt. Ich meine, was erwarten Sie für eine Reaktion von denen? Darum hat die Gesetzesvorlage das auch eindeutig widergegeben. Es ist doch klar, dass sie sich dagegen ausgesprochen haben. Natürlich wissen wir, dass wir in diesem Bereich auch bei den Kommunen Einsparungen vornehmen.

Ich sage Ihnen aber auch, wir sind und bleiben das einzige Flächenland in der Bundesrepublik, das den Kommunen Hilfen zur Erziehung in der Höhe von 50 Millionen Euro gewährt, 49,25 Millionen Euro, um genau zu sein. Das heißt, wir verstetigen einen Beitrag, den es in anderen Ländern nicht gibt. Wir setzen fort, was gut, richtig und wichtig ist. Wenn Sie der Auffassung sind, dass Kommunen ihre gesetzlichen Leistungen, die sie zu erfüllen haben, ersetzt bekommen sollten, dann müssten Sie auch dafür werben, dass der Bund hierfür ein Bundesleistungsgesetz schreibt und dies auch entsprechend übernimmt.

Ich will noch einmal darauf hinweisen, dass Sie eine Debatte immer völlig ausblenden. Das ist nämlich der parallele kommunale Finanzausgleich. Dieser kommunale Finanzausgleich hat erstmals einen Soziallastenansatz in seiner Struktur enthalten. Sie können nicht das eine nehmen und das andere debattieren.

Bei dem Thema "Schwangerenkonfliktberatung und Schwangerenberatungsstellen" ist herausgekommen, dass wir natürlich auch in dem Bereich zu Kürzungen kommen werden und Stellen zurückgeführt werden. Wir haben das begrenzt. Das ist jetzt eine Maximalformulierung, die da drinsteht, im Sinne von "höchstens" begrenzt. Wir haben nichts anderes getan, als uns an das zu halten, was im Bundesgesetz vorgeschrieben ist.

Wir passen die Landesregelung an ein Bundesgesetz an. Das ist das, was Sie hier wortreich kritisieren. Von daher halte ich unter dem Aspekt, den wir hier zu erörtern haben, diese gesetzlichen Maßnahmen für vertretbar und für richtig, meine Damen und Herren.

Jetzt kommen wir natürlich zu dem großen Thema, das Sie hier angesprochen haben, zu Ihrer Personalvermittlungsstelle. Wie schon im letzten Doppelhaushalt 2012/2013 möchten Sie von der CDU auch in diesem Jahr eine sogenannte Personalvermittlungsstelle einrichten, PVS. Eigentlich stand in meinem Vokabular PVS immer für politische Vierteljahresschrift, eine hoch anerkannte Politologenzeitung.

(Staatsminister Lewentz: Die hat aber Inhalt!)

Ich finde es sehr bedauerlich, dass dieser PVS-Begriff jetzt hier ersetzt wird. Er kommt übrigens aus Hessen. Da haben Sie ihn her, und da haben Sie ihn schlicht und ergreifend abgeschrieben.

Eine schlichte Wiederholung des Vorschlags der letzten Haushaltsberatung macht ihn inhaltlich leider nicht besser. Wie schon beim letzten Mal ist diese Personalvermittlungsstelle inhaltlich an Unbestimmtheit nicht zu übertreffen und in der vorgeschlagenen Form im Sinne einer verantwortungsvollen Personalführung ein glattes Fiasko.

(Baldauf, CDU: Ach kommen Sie, Sie sind doch aus Hessen!)

Das ist ein Sparvorschlag, der sagt, wir wollen 3.500 Stellen in den Jahren 2014 und 2015 abbauen. Er sagt aber nicht, wo und wie konkret. Eine so hohe Zahl ist auch mit einer Personalvermittlungsstelle über den Abbaupfad der Landesregierung hinaus, der sowieso besteht, nicht zu leisten. Eine derartige Unterfinanzierung des Haushaltes, wenn sie die Stellen ernsthaft gestrichen hätte, wäre meines Erachtens verfassungswidrig und widerspricht zum Zweiten auch der Verantwortung des Landes als zuverlässiger Arbeitgeber.

Noch unverantwortlicher ist der Vorschlag, den Sie der Presse mitgeteilt haben, nämlich die kontinuierliche Fortführung dieses Modells des Abbaupfades bis zum Jahr 2020 ohne jegliche konkrete Angabe, in welchen Bereichen und wie der Abbau erfolgen soll. Das Einzige, was Sie uns verraten, ist, wo Sie in den ersten beiden

Jahren nicht abbauen wollen, nämlich bei den Lehrerinnen und Lehrern.

Der Aderlass von mehr als 12.000 Stellen in diesem Bereich über die geplante Verringerung des Abbaupfades im Land hinaus ist meines Erachtens nicht leistbar. Wenn man eine solch triviale Rechnung macht wie die CDU und spaßeshalber einmal ausrechnet, was eine Reduktion um 1.750 Stellen jährlich bedeuten würde, käme man auf folgende Zahlenwerte: Sie selbst haben gesagt – so steht es auch da –, Sie wollen Stellenminderungen im Bereich der Schule nicht, sondern dort wollen Sie aufbauen. Sie haben auch immer wieder gesagt, bei der Polizei kommt das für Sie auch nicht infrage. Nehmen wir die also einmal in 2014 und 2015 aus.

Dann kann ich Ihnen gerne aufzählen, welche Bereiche für Sie noch übrig bleiben. 7.000 Stellen bei der Finanzverwaltung, 8.000 Stellen im Justizbereich, 2.000 Stellen bei den Mittelbehörden, 2.000 Stellen in der Ministerialbürokratie – das ist die, die Sie eigentlich abbauen wollen, und zwar von heute auf nachher – sowie 6.000 verteilte Stellen im Land. Von diesen in der Summe 25.000 Stellen wollen Sie innerhalb von 24 Monaten rund 15 % abbauen, aber Sie sagen nicht, wo und wie.

Das bedeutet umgerechnet, wenn wir das anteilmäßig gerecht – also geometrisch – verteilen, Sie wollen 1.000 Stellen bei der Finanzverwaltung und 1.200 Stellen im Justizbereich in zwei Jahren abbauen. Da wünsche ich Ihnen viel Spaß und viele freudige Diskussionsveranstaltungen vor Ort, wenn Sie das den betroffenen Beschäftigten vor Ort vermitteln wollen, meine Damen und Herren.

## (Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Wenn Sie sagen, wir wollen die gar nicht abbauen, sondern wir wollen die nur in eine Personalvermittlungsstelle einstellen, was ist dann bitte gewonnen? Wenn Sie die sozusagen nur umgruppieren wollen und sie von mir aus nur mit einem schwarzen Punkt oder mit einer kw-Stelle versehen oder ihnen eine Eselsmütze aufsetzen wollen, ist kein einziger Schritt in der Konsolidierung des Haushalts getan. Dann stecken die Leute zwar in einer Personalvermittlungsstelle, aber sie sind immer noch da und müssen vom Land bezahlt werden. Eine Konsolidierung ist das nicht. Es ist nur dann eine Konsolidierung, wenn wir Stellen konkret abbauen und diese Leute vermitteln.

Da Sie dazu weder ein Konzept noch eine Idee haben, sage ich Ihnen schlicht und ergreifend, das passiert nicht. Diese Vermittlungsstelle produziert keine Gewinner, sondern nur Verlierer und trägt nichts, aber auch gar nichts zur Konsolidierung bei, meine Damen und Herren.

## (Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Jetzt hat der Finanzminister mit dem Wort "Popanz" natürlich einen starken Begriff gewählt. Gespenst passt ganz gut zur Gespensterdebatte. Daher halte ich ihn für durchaus treffend, aber eigentlich würde ich ihn lieber als Firlefanz bezeichnen, weil das eigentlich albern ist,

was Sie – das wiederholt – vorlegen, meine Damen und Herren.

Jetzt wollen Sie über Ihren Firlefanz auch noch im Haushalts- und Finanzausschuss diskutieren. Das können wir gerne machen, wenn Sie das Ding im Haushalts- und Finanzausschuss beraten wollen. Ich stimme nicht dagegen, dass wir den überweisen und im Haushalts- und Finanzausschuss noch einmal näher erörtern werden

Vielleicht haben Sie dann auch Antworten auf die Fragen, die Ihnen hier gestellt worden sind. Dann können wir das noch einmal im Detail beleuchten. Ich habe großes Interesse daran, dass wir das näher beleuchten. Dann können Sie aufklären bzw. werden Sie aufklären, ob diese Vermittlungsstellen in anderen Ländern wirklich so erfolgreich waren.

Herr Schreiner, dabei ist das Problem, das Sie ansprechen, ein ernstes; denn die Frage, wie gehen wir in Zeiten demografischen Wandels und in Zeiten geänderter Anforderungen mit dem Personal um, wo bauen wir wie ab, wie machen wir Aufgabenkritik, wie kommen wir zu solchen Werten, wie steuern wir das ganz genau, ist eine ernste, eine sehr ernste Frage. Erstens tun wir das aber. Wir tun das rein numerisch mit bestimmten Vorgaben.

Das ist schon im Konzept der Landesregierung enthalten. Zum Zweiten leisten Sie zu der Frage, wo und wie, wie wird geprüft, wie nehmen wir das auf und wie setzen wir das um, keine Aussage. Wer sich diesen Weg nicht zutraut – immer dann, wenn wir es faktisch tun, sind Sie eigentlich immer dagegen –, der spielt sozusagen tatsächlich mit diesem Thema und nimmt es nicht ernst, meine Damen und Herren.

Dann kommen wir zu dem anderen Thema, zu der schönen Konjunkturkomponente. Herr Schreiner, wenn Sie sich als Haushälter hinstellen und sagen, Sie sind nicht in der Lage, die Landesverordnung zu erläutern, ist das für Sie nicht gerade ein Ausweis an Kompetenz. Ich will das aber gerne nachholen und versuchen, Ihnen das zu erklären.

Wir haben in der Landesverfassung einen Artikel 117 – da haben Sie mitgestimmt –, mit dem die Schuldenbremse in die Verfassung aufgenommen wurde. Dort ist geregelt, dass wir künftig – so ist das auch im Grundgesetz vorgesehen – das strukturelle Defizit betrachten, um die Schulden zu messen bzw. zu steuern.

Das strukturelle Defizit unterscheidet sich dadurch, dass es eben eine konjunkturelle Komponente hat, die oben draufkommt bzw. davon abgezogen wird. Wie diese konjunkturelle Komponente genau zu berechnen ist, steht in der Verordnung.

Wir haben ein sehr parlamentsfreundliches Verfahren. Mit dieser Landesverordnung legt uns nicht die Regierung einfach die Zahlen vor, sondern sie legt uns die Landesverordnung vor, der wir zustimmen müssen. Das ist das parlamentsfreundlichste und transparenteste Verfahren, das wir in der gesamten Bundesrepublik haben. Wenn Sie sich nicht in der Lage sehen, sich

damit auseinandersetzen zu können, ist das Ihr Problem, meine Damen und Herren von der CDU.

## (Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Materiell regelt jetzt diese Landesverordnung, wie dieses strukturelle Defizit bzw. die konjunkturelle Komponente zu ermitteln ist. Sie haben einen sehr komplizierten Teil davon vorgelesen. Ich nehme dann vielleicht den einfacheren Teil. § 3, Ausgangsniveau, Abs. 2: Die strukturellen Steuereinnahmen betragen im Jahr 2012 10.315 Millionen Euro, im Jahr 2013 10.933 Millionen Euro, im Jahr 2014 11.401 Millionen Euro und im Jahr 2015 11.848 Millionen Euro. – Was ist daran genau nicht zu verstehen, meine Damen und Herren?

Dann geht es noch weiter, weil Sie irgendwie über die acht Jahre nicht ganz hinwegkommen. In der Regelfortschreibung, bei der Frage, wie ermittle ich sozusagen den Trend bei den Steuereinnahmen,

(Dr. Weiland, CDU: Wo haben Sie denn die Zahlen her?)

steht dann in § 4 Abs. 2: Die für die Regelfortschreibung zu verwendende Fortschreibungsrate entspricht dem geometrischen Mittel – das ist ein Durchschnitt – der Wachstumsraten der Steuereinnahmen des Landes ohne Berücksichtigung von Rechtsänderungen während der jeweils letzten acht Jahre. – Ich sage Ihnen, da steht schlicht und ergreifend, wir nehmen den Steuertrend der letzten Jahre und schreiben ihn fort. So kommen wir zu unseren strukturellen Einnahmen. Wir verzichten darauf, eine komplizierte, komplexe und anfällige Schätzmethode des Bundes zu verwenden, sondern wir verwenden einfach die Steuereinnahmeseite. So kommen wir zu unserem strukturellen Defizit bzw. zur konjunkturellen Komponente.

Weitere Erläuterungen gefällig? – Danke, meine Damen und Herren.

## (Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Jetzt kommen wir zum Schluss zu dem Punkt Finanzverwaltung. Wir haben hierzu von den Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN einen Änderungsantrag vorgelegt, der begehrt, die Mittel für die Aus-, Fort- und Weiterbildung zu erhöhen. Ich bitte Sie ausdrücklich zu überlegen, ob Sie nicht doch noch zustimmen; denn das brauchen wir, das ist wichtig. Erstens ist uns das wichtig in der Wertschätzung der Arbeit der Steuerbeamtinnen und Steuerbeamten. Zweitens ist es wichtig, dass die Kolleginnen und Kollegen draußen auf Augenhöhe beispielsweise mit Steuerberatern und Wirtschaftsprüfern agieren, denen sie häufig gegenübersitzen. Wir wollen, dass diese Menschen aut qualifiziert. gut ausgebildet und gut weitergebildet in solche Tätigkeiten gehen. Dafür sehen wir das als eine sehr gute Maßnahme an.

Zum Zweiten haben wir einen Entschließungsantrag eingereicht, der zum Ausdruck bringt, dass wir die Leistungsfähigkeit der Steuerverwaltung in Rheinland-Pfalz unbedingt erhalten wollen. Ich finde, angesichts dessen, was wir im vergangenen Jahr erleben durften, ist das eine ganz, ganz wichtige Feststellung, die dieser Landtag treffen soll; denn wir wollen damit die hervorragende Arbeit würdigen, die in diesem Jahr geleistet worden ist.

Dieser Antrag ist auch ein klares Statement für eine Steuerverwaltung in Landeshoheit, meine Damen und Herren. Ich möchte, dass die Steuerverwaltung nach wie vor in den Ländern betrieben wird. Ich will Ihnen drei Gründe dafür nennen.

Hätten wir im vergangenen Jahr eine Bundessteuerverwaltung gehabt, dann hätten wir ein schlechtes Doppelbesteuerungsabkommen mit der Schweiz. Wir hätten keine Steuer-CDs angekauft, und Uli Hoeneß müsste sich nicht vor Gericht verantworten. Deswegen bin ich dafür, dass wir eine Landessteuerverwaltung behalten.

Herzlichen Dank.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

#### **Präsident Mertes:**

Das Wort hat der Herr Finanzminister. Bitte!

#### Dr. Kühl, Minister der Finanzen:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Vermutlich bin ich der letzte Redner in dieser Haushaltsdebatte. Ich weiß, was Sie von mir erwarten, nämlich dass ich nicht so lange rede.

(Vereinzelt Beifall im Hause)

Dennoch ist es mir als Finanzminister wichtig, darauf hinzuweisen, dass rund 90 % der Ausgaben im Haushaltsplan des Finanzministers Ausgaben für die rheinland-pfälzische Steuerverwaltung sind. Dort arbeiten tüchtige Bedienstete des Landes, die einen wichtigen Job machen. Sie sorgen nämlich dafür, dass die Mittel, die wir hier zur gesellschaftspolitischen Gestaltung disponieren, veranschlagen und ausgeben, eingenommen werden können.

Diese Verwaltung tut das seit vielen Jahren gleichzeitig mit dem Ziel, effizienzverbessernde, ressourcenoptimierende Maßnahmen zu treffen und damit konsequent zum Konsolidierungsprozess des Landes beizutragen. 800 Stellen wurden im Zeitraum 1997 bis 2011 abgebaut. Wir haben uns vorgenommen, in dieser Legislaturperiode wegen der Schuldenbremse von 2011 bis 2016 noch einmal 300 Stellen abzubauen. Wir tun dies, indem wir eine Strukturreform der Finanzämter durchführen.

Es geht in erster Linie darum, die Immobilienkosten der rheinland-pfälzischen Finanzverwaltung vor dem Hintergrund der vielen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die es weniger geworden sind, zu optimieren und mit anderen Ländern zu kooperieren. Ich glaube, ein Föderalismus hat nur dann seine Berechtigung, wenn er ständig versucht, durch Kooperationen zwischen Ländern Ressour-

cenpotenziale zu heben. Wir tun dies mit dem Saarland, mit Hessen und Nordrhein-Westfalen.

Schließlich ist diese Finanzverwaltung ständig bemüht, ihre Ablauforganisation zu verbessern, um mit weniger Ressourcen bei gleicher Qualität auszukommen. Ich denke, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Finanzverwaltung gebührt dafür unser herzlicher Dank.

#### (Beifall im Hause)

Meine Damen und Herren, ich finde es gut, dass diese Neustrukturierung und dieser Reformprozess in der Finanzverwaltung offensichtlich – das ist mein Eindruck – von allen Fraktionen dieses Landtags getragen wird.

Es gibt aber einen Bereich, nämlich die Steuerfahndung, die im letzten Jahr – man kann sagen, in den letzten zwei Jahren – eine besonders schwierige Aufgabe zu bewältigen hatte; denn sie war vor besondere Herausforderungen gestellt.

Das hat etwas mit den vielen Selbstanzeigen zu tun, die es in den vergangenen zwei Jahren gegeben hat. Die vielen Selbstanzeigen haben etwas damit zu tun, dass, wie ich finde, zu Recht das falsche und schlechte Steuerabkommen mit der Schweiz nicht ratifiziert worden ist. Das hat auch damit zu tun, dass das Land Rheinland-Pfalz und andere Länder Steuer-CDs angekauft haben, um Steuersündern habhaft zu werden.

Meine Damen und Herren von der CDU, in der rheinland-pfälzischen Finanzverwaltung wird es nicht verstanden, dass Sie sich gegen diese Art der Täterermittlung stellen. Ich würde mir wünschen, Sie würden hier nicht von sozialer Kälte reden und gleichzeitig bei denjenigen, die dem Gemeinwohl Geld entziehen, dafür sorgen, dass es diese einigermaßen warm haben und deren Steuereinnahmen nicht eingeholt werden können.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Abg. Baldauf, CDU)

 Herr Baldauf, wenn das anders ist, haben Sie gern die Gelegenheit, heute ans Rednerpult zu gehen und zu sagen, dass Sie mittlerweile eine andere Auffassung zum Ankauf von Steuer-CDs haben.

(Baldauf, CDU: Das lohnt sich bei Ihnen nicht! Reiner Popanz!)

Der zweite große Verwaltungsbereich in meinem Ministerium ist die Bauverwaltung. Auch in der Bauverwaltung müssen im Zuge der Einhaltung der Schuldenbremse starke Einsparungen vorgenommen werden. Die Bauausgaben des Landes werden gegenüber 2011 bis zum Ende dieser Legislaturperiode ausgehend von ungefähr 181 Millionen Euro pro Jahr im Jahr 2011 auf 100 Millionen Euro weniger im Jahr 2016 sinken.

Dennoch werden wir gerade im Hochschulbereich – Herr Kollege Wansch hat darauf hingewiesen – weiterhin einen Schwerpunkt setzen. Wir werden in den Jahren 2014 und 2015 jeweils 47 Millionen Euro für den Hochschulbau ausgeben.

Zu den Einzelplänen, die im Zuständigkeitsbereich des Finanzministeriums sind, gehört auch der Einzelplan 20. Im Einzelplan 20 sind unter anderem die Steuereinnahmen des Landes und die Mittel, die das Land aus dem Länderfinanzausgleich bekommt, abgebildet.

Ich möchte zwei Dinge dazu sagen. In der Debatte heute Morgen zum Einzelplan der Wirtschaftministerin hat Herr Kollege Baldauf darauf hingewiesen, dass es dringend notwendig sei, etwas gegen die kalte Progression zu tun

Herr Baldauf, ich gebe Ihnen recht. Das sollte man tun. Wir haben eine ungefähre Vorstellung davon – wir werden nicht weit auseinanderliegen –, was das kostet. Dann kommen wir zu dem Ergebnis, dass das bundesweit ca. 5 Milliarden Euro kostet.

Dies führt im Land Rheinland-Pfalz beim Land und bei den Kommunen zu Steuerausfällen von ungefähr 130 Millionen Euro bis 140 Millionen Euro. Ich bin der Meinung, wir können uns diese Steuerausfälle in Zeiten der Schuldenbremse nicht leisten.

Meine Damen und Herren, wir könnten aber die Entscheidung treffen, dass wir denjenigen, die an der Spitze der Einkommenspyramide stehen – das sind wir möglicherweise alle; ich auf jeden Fall schon –, eine Erhöhung des Spitzensteuersatzes zumuten. Dann werden wir in der kalten Progression entlastet.

Das geht für die meisten von uns null auf null aus. Diejenigen, die ein bisschen mehr verdienen, legen drauf. Aber dann entlasten wir wirklich diejenigen, die im mittleren Einkommensbereich liegen, weil wir die Auffassung vertreten, dass diese etwas zurückgegeben bekommen sollen. Ich finde, das ist sozial fair. Das, was Sie wollen, ist vor allen Dingen eine Begünstigung der Besserverdienenden.

### (Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Herr Baldauf, als ich die Ausführungen von Ihnen und Frau Klöckner zum Länderfinanzausgleich gehört habe, habe ich mir gedacht, dann werden wir im Zuge der Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen bis 2019 eine ganze Menge Freude mit der CDU im Land bekommen

Frau Klöckner, ich erinnere mich noch gut daran, wie Sie im hessischen Landtagswahlkampf mit Herrn Bouffier am Bahnsteig standen und Flugblätter verteilt haben,

(Frau Klöckner, CDU: Ich habe auf Sie gewartet!)

auf denen Sie sich dagegen verwahrt haben, dass das arme Land Hessen im Länderfinanzausgleich zur innerstaatlichen Solidarität gezwungen wird. Ich muss ehrlich sagen, es hätte mir mehr imponiert, wenn Sie bei dieser Gelegenheit Herrn Bouffier auch einmal darauf aufmerksam gemacht hätten, dass er bei der Schwangerenkonfliktberatung keine 18 Stellen streicht.

Ich finde, zur Glaubwürdigkeit gehört dazu, dass man seine Meinung nicht nur parteipolitisch ausrichtet.

Herr Baldauf sagte in der Debatte, Hessen könne sich nicht entschulden, weil Hessen so viel Geld in den Länderfinanzausgleich zahlen müsste.

> (Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN – Zuruf der Abg. Frau Klöckner, CDU)

– Ja, das haben Sie gesagt. Auf meinen Zuruf während der Debatte haben Sie gesagt, Hessen hätte deswegen noch so viel Schulden, weil es in den Länderfinanzausgleich einzahlen müsste. Dann müssen Sie schon sagen, ob Sie eine Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse, ein föderales System oder einen Wettbewerbsföderalismus mit allen Zufälligkeiten der originären Steuerverteilung haben wollen. So viel Empathie würde ich mir einmal von Ihnen für das Land Rheinland-Pfalz wünschen.

### (Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn wir über die Bund-Länder-Finanzbeziehungen reden, dann reden wir auch über die Finanzbeziehungen zwischen dem Bund und den Ländern. Frau Kraege war heute bei der Ministerpräsidentenkonferenz und hat dort stellvertretend für Frau Dreyer, die hier war, eine Stellungnahme der Finanzministerkonferenz entgegengenommen, in der die Finanzminister einstimmig – es gibt auch noch ein paar von der CDU – ein Votum abgegeben haben, wie zukünftig der vertikale Finanzausgleich ausgestaltet sein soll.

Wenn die Kollegen das gehört hätten, was Frau Ahnen heute schon einmal zitiert hat und was Sie etwas nassforsch der Presse erzählt haben, dann hätten diese den Kopf geschüttet. "Ohne Bundes-Basta kein Bundes-Bimbes." Wenn das eine föderale und Ihre Einstellung zu der Solidarität der Länder in der gemeinsamen Interessenwahrnehmung gegenüber des Bundes sein soll, dann kann man diesem Land Rheinland-Pfalz nur wünschen, dass es durch eine von der SPD und den GRÜ-NEN geführte Regierung nicht aus dem Reigen der Solidarität aller 16 Länder ausscheiden muss.

### (Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Lieber Herr Schreiner, es gibt Dinge, die sind kompliziert. Das gebe ich gerne zu. Aber manchmal geht es auch nicht einfach. Sie sind Architekt. Sie kennen Bauverordnungen. Darin steht auch manches, was für Leute, die keine Architekten und Ingenieure sind, kompliziert ist. So geht es in der Ökonomie und in der Finanzwissenschaft auch manchmal.

Schauen Sie sich die entsprechenden Vorschriften des Bundes an. Diese sind auch nicht einfach, in anderen Ländern auch nicht. Das ist manchmal so. Das ist schade. Aber wenn man es gut und richtig beschreiben will, ist es manchmal kompliziert. Unkompliziert ist allerdings, wie hoch das strukturelle Defizit des Landeshaushalts ist. Sie erzählen, dass es 1,6 Milliarden Euro oder 1,7 Milliarden Euro betrage. Wie man nach zweieinhalb Monaten Haushaltsdebatte übersehen haben kann, dass

das strukturelle Defizit am Ende des Haushaltsjahres 2015 nach diesen Haushaltsplänen 607 Millionen Euro sein wird und bereits im Jahr 2012 und 2013 deutlich geringer ist, erschließt sich mir nicht.

#### (Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Ich komme zur Personalvermittlungsstelle. Man muss leider einen Satz dazu sagen. Ich habe gestern Abend an der Weihnachtsfeier der SPD-Fraktion teilgenommen. Dort wurde gewichtelt. Ich habe diesen Super-Taschenrechner gewichtelt.

(Der Redner hält einen Taschenrechner hoch – Zurufe aus dem Hause)

– Ja, den kann man gebrauchen. Der kann nur die Grundrechenarten. Die Grundrechenarten genügen völlig, um die Absurdität der Personalvermittlungsstelle vor dem Hintergrund der Personal- und Haushaltswirklichkeit des Landes Rheinland-Pfalz aufzuzeigen. Ich mache es ohne Rechner; denn ich bekomme es im Kopf hin. Sie wollen 1.750 Stellen reduzieren.

Sie sagen, das ist eine politische Entscheidung. Bei den Lehrern wird zunächst einmal nicht abgebaut. Gleichzeitig beträgt die Fluktuation ungefähr 2.500 Personen pro Jahr.

Jetzt kommt die erste Rechnung 2.500 minus 1.100 ist gleich 1.400. Sie können es mir glauben, ich kann es aber auch beweisen.

Jetzt haben wir 1.400 Stellen, die noch außerhalb des Schulbereichs der Fluktuation anheimgestellt sind. Gleichzeitig wollen Sie 1.750 abbauen. Ich denke, Kündigungen wollen Sie nicht, das geht im öffentlichen Dienst auch nicht. Da haben wir das erste Problem.

Wenn ich 1.750 minus 1.400 eingebe, wird deutlich, 350 sind zu viel. Erstes Problem.

Jetzt gestehe ich Ihnen zu, die 350 klappen, dann bleiben noch 1.050 oder 1.400 übrig, die Sie versuchen, auf diesem Weg zu vermitteln.

(Dr. Weiland, CDU: Jetzt würde ich meinen Taschenrechner holen!)

Es gibt zwei Möglichkeiten. Der erste Weg ist, Sie sagen, die Fluktuation die entsteht, ist die Fluktuation, die ich akzeptiere, also die Stellen, die frei wären außer dem Schulbereich, die 1.400, nehme ich und spare sie ein.

(Licht, CDU: Wenn Sie die Deubel-Rechnung einsetzen, können Sie noch 1.000 einstellen!)

- Nein, das ist relativ einfach.
- 1.400 Stellen, die frei werden, sagen Sie, werden wir in die Einsparung nehmen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn wir das machen, dann dürfen wir aber auch sagen, Sie wollen 300 Polizisten einsparen, und Sie wollen beispielsweise 100 Hochschullehrer einsparen, weil das ungefähr die Größenordnung ist, die in diesem Bereich bei natürlicher Fluktuation entsteht.

Sie werden sagen, nein, das wollen wir gerade nicht. Deswegen machen wir die Personalvermittlungsstelle, jetzt lassen wir die Personalvermittlungsstelle arbeiten.

Welche Bereiche wollen Sie gerne abbauen? – Ministerien, vielleicht die Forstverwaltung von Frau Höfken? Nehmen wir die beiden als Beispiel. Sie wollen vermeiden, dass 300 Polizisten und 100 Hochschullehrer abgebaut werden.

Ich habe vorhin bei meinen Mitarbeitern nachgefragt, wer von ihnen denn gerne Polizist werden will. Einer hat gesagt, er hat beim Zoll gelernt, er könnte möglicherweise Erfahrung mit einbringen. Ich werde mit Roger Lewentz reden, ob er Interesse hat.

Ulrike Höfken könnte vielleicht den einen oder anderen Förster fragen, ob er nicht lieber den Wald mit dem Katheder im Vorlesungssaal tauschen will. Vielleicht kommen wir da zu einem Ergebnis.

### (Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Lieber Herr Schreiner, jetzt verstehen Sie bitte, warum ich sage, dass diese Personalvermittlungsstelle ein Popanz ist.

(Zurufe von der CDU)

Sie haben mich mit Ihrem Schreckgespenst wirklich erschreckt. Ich habe etwas gemacht, was Herr Kollege Schweitzer mir nicht zutraut. Der hält mich in der Nutzung von neuen Technologien für etwas altmodisch. Ich habe gegoogelt. Da steht bei "um etwas einen Popanz aufbauen", viel Aufsehen um etwas erzeugen, etwas skandalisieren, etwas übertreiben, etwas überbewerten.

(Frau Klöckner, CDU: Schreckgespenst!)

Genau das ist Ihre Personalvermittlungsstelle.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, gestatten Sie mir an dieser Stelle, mich zu bedanken.

Ich möchte mich bei meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, insbesondere den Mitarbeitern der Haushaltsabteilung bedanken, für die diese Haushaltsaufstellung weniger eine politische Frage, aber eine knallharte technokratische Arbeit ist, die mehr als diese letzten zweieinhalb Monate, sondern ein ganzes Jahr lang geht.

Ich denke, hier ist exakt, gut und mit viel Engagement gearbeitet worden.

Ich möchte mich bei den Haushältern der Ressorts bedanken, die für uns in diesen Fragen immer wichtige Ansprechpartner sind. Ich möchte mich bei den Fraktionen dieses Landtags, insbesondere bei den Mitgliedern des Haushalts- und Finanzausschusses, besonders bei dem Vorsitzenden des Haushalts- und Finanzausschusses und den haushaltspolitischen Sprechern, bedanken, mit denen wir – wie ich denke – für die Sache eine gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit pflegen.

Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluss. Dieser Doppelhaushalt konsolidiert konsequent im Sinne der Schuldenbremse. Dieser Doppelhaushalt übertrifft die Anforderungen der Verfassung deutlich, und er hält bisher unsere ehrgeizigen selbstgesteckten Ziele aus der Koalitionsvereinbarung und aus der Konsolidierungsplanung bis 2020 exakt ein.

Dieser Doppelhaushalt beschreibt, welches strukturelle Defizit wir 2014 und 2015 anstreben, und wir werden wie in den vergangenen Jahren alles daransetzen, dieses Defizit im Haushaltsvollzug zu unterschreiten.

Wir haben bereits jetzt Einsparentscheidungen getroffen, die dafür sorgen werden, dass wir auch den letzten Haushalt in dieser Legislaturperiode, also den Haushalt 2016, in völliger Übereinstimmung mit der Schuldenbremse aufstellen können.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist unsere gemeinsame Pflicht. Aber öffentliche Haushalte haben nicht nur einen Konsolidierungsauftrag, öffentliche Haushalte haben vor allen Dingen auch einen gesellschaftspolitischen Gestaltungsauftrag.

Diese rheinland-pfälzische Gesellschaft zeichnet sich aus durch Menschen, die hier gerne leben, hier gerne arbeiten und wohnen. Sie zeichnet sich aus durch Menschen, die sich vielfältig bürgerschaftlich in dieser Gesellschaft, in diesem Land Rheinland-Pfalz engagieren.

Diese Gesellschaft zeichnet sich aus durch Familien, die in Rheinland-Pfalz gerne leben, weil Sie wissen, dass ihre Kinder hier verlässlich betreut und sehr gut ausgebildet werden.

Meine Damen und Herren, diese Gesellschaft zeichnet sich dadurch aus, dass Menschen hier qualifizierte Arbeitsplätze finden, weil es Unternehmerinnen und Unternehmer gibt, die gerne in diesem Land investieren.

Rheinland-Pfalz ist attraktiv, Rheinland-Pfalz ist lebenswert, und es ist ein Land des Interessenausgleichs.

Meine sehr verehrten Damen und Herren von der CDU, ob Ihnen das gefällt oder nicht, das hat auch etwas damit zu tun, dass dieses Land von dieser Koalition wirtschaftlich erfolgreich, ökologisch verantwortlich, sozial und fair regiert wird.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN – Heiterkeit bei der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dieser Doppelhaushalt ist das in Zahlen gegossene Regierungsprogramm für diese erfolgreiche Politik, und deshalb bitte ich Sie im Namen der Landesregierung um Ihre Zustimmung.

Vielen Dank.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

#### **Präsident Mertes:**

Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Ich schließe die Aussprache. Ich weise darauf hin, dass die zweite Beratung der Tagesordnungspunkte 8 und 9 bis zur morgigen Plenarsitzung unterbrochen wird.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir kommen zur Abstimmung.

Die Parlamentarischen Geschäftsführer der Fraktionen haben mit dem Wissenschaftlichen Dienst, Herrn Dr. Hummrich, gemeinsam den Abstimmungsplan besprochen. Wie überhaupt im Leben, wird es für die Fraktionen klug sein, bei der Abstimmung auf ihre Geschäftsführer zu achten, dann geht es auch richtig aus.

Ich muss Ihnen aus Rechtsgründen vorher einige Dinge erläutern, nämlich unsere Abstimmungsgrundlagen beschreiben.

### Landeshaushaltsgesetz 2014/2015 (LHG 2014/2015) Gesetzentwurf der Landesregierung

- Drucksache 16/2750 -

#### dazu:

Finanzplan des Landes Rheinland-Pfalz für die Jahre 2013 bis 2018 Unterrichtung durch den Präsidenten des Landtags – Drucksache 16/2772, Vorlage 16/3002 –

#### Beschlussempfehlung des Haushaltsund Finanzausschusses

- Drucksache 16/3000 -

Änderungsantrag der Fraktion der CDU
– Drucksache 16/3058 –

## Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 16/3133 –

Der Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 16/3133 – tritt an die Stelle des Antrags in der Drucksache 16/3131.

## Anträge der Fraktion der CDU - Entschließungen -

Drucksachen 16/2997 und 16/3062/,
 Drucksachen 16/3066 bis 16/3071,
 Drucksachen 16/3076 bis 16/3079,
 Drucksachen 16/3083 bis 16/3087 –

#### Anträge der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Entschließungen –

Drucksachen 16/3088 bis 16/3115,
 Drucksachen 16/3117 bis 16/3119,
 Drucksachen 16/3121 bis 16/3124,
 Drucksache 16/3130 -

Bevor wir in die Abstimmung eintreten, muss ich Ihnen einige wenige allgemeine Hinweise geben, damit am Ende unser Abstimmungsergebnis korrekt zustande kommt.

Entsprechend der Vorgehensweise der vergangenen Haushaltsberatungen wird bei den Abstimmungen wie folgt verfahren:

1. Aufruf und grundsätzlich gebündelte Abstimmung der jeweiligen Änderungsanträge der Fraktionen.

Zunächst werden – in der Reihenfolge des zeitlichen Eingangs – die Änderungsanträge einer Fraktion aufgerufen und abgestimmt. Dabei werden die Änderungsanträge dieser Fraktion grundsätzlich insgesamt zur Abstimmung gestellt, es sei denn, es wird Einzelabstimmung oder Blockabstimmung verlangt und beantragt.

2. Abstimmung über die Beschlussempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses.

Diese wird im Anschluss an die Abstimmung über die Änderungsanträge durchgeführt.

3. Abstimmung über die Einzelpläne.

Wenn wir hier angelangt sind, sind wir etwa schon bei der Hälfte der Abstimmungsprozedur. Die Abstimmung über die Einzelpläne erfolgt unter Berücksichtigung zuvor beschlossener Änderungen.

- Abstimmung über den Entwurf des Landeshaushaltgesetzes 2014/2015 in zweiter Beratung.
- 5. Schlussabstimmung über das Landeshaushaltsgesetz 2014/2015.
- 6. Abstimmung über die Entschließungsanträge.

Meine Damen und Herren, ich unterstelle, Sie haben das Verfahren alle verstanden, und eröffne deshalb die Abstimmung über das Landeshaushaltsgesetz 2014/2015.

Die Fraktionen der CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben mitgeteilt, dass sie Einzel- und Blockabstimmung entsprechend ihrer Abstimmung im Haushalts- und Finanzausschuss beantragen.

Meine Damen und Herren, wir treten nunmehr in die Abstimmung über die Änderungsanträge der Fraktionen zur Beschlussempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses ein:

Zunächst kommt die Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der CDU – Drucksache 16/3058 –. Aus dem Änderungsantrag der Fraktion der CDU sollen 26 Deckblätter einzeln abgestimmt werden. Ich rufe sie jeweils nach dem Fahrplan auf, der den Parlamentarischen Geschäftsführern vorliegt.

Einzelabstimmung über das Deckblatt Nummer 2 ("Einfügung eines neuen § 13 des Landeshaushaltsgesetztes 2014/2015 (LHG 2014/2015) sowie redaktionelle Folgeänderungen"). Wer stimmt zu? – Wer stimmt dagegen? – Stimmenthaltungen? – Der Antrag ist mit den

Stimmen der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU abgelehnt.

Einzelabstimmung über das Deckblatt Nummer 9 (Kapitel 02 01, Titel 533 12 "Aufwendungen über die Ausrichtung des Rheinland-Pfalz-Tages"). Wer stimmt zu? – Wer stimmt dagegen? – Stimmenthaltungen? – Der Antrag ist mit den Stimmen der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU abgelehnt.

Einzelabstimmung über das Deckblatt Nummer 10 (Kapitel 02 01, Titel 536 03 "Standortkampagne des Landes"). Wer stimmt zu? – Wer stimmt dagegen? – Stimmenthaltungen? – Der Antrag ist mit den Stimmen der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU abgelehnt.

Einzelabstimmung über das Deckblatt Nummer 19 (Kapitel 03 02, Titel 686 09 "Zuschuss an die "Atlantische Akademie Rheinland-Pfalz""). Wer stimmt zu? – Wer stimmt dagegen? – Stimmenthaltungen? – Der Antrag ist mit den Stimmen der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU abgelehnt.

Einzelabstimmung über das Deckblatt Nummer 24 (Kapitel 03 04, Titel 894 71 "Förderung von investiven Maßnahmen im Bereich Breitbandinfrastruktur"). Wer stimmt zu? – Wer stimmt dagegen? – Stimmenthaltungen? – Der Antrag ist mit den Stimmen der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU abgelehnt.

Einzelabstimmung über das Deckblatt Nummer 73 (Kapitel 07 02, Titel 684 26 "Förderung von Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen und Schwangerenberatungsstellen"). Wer stimmt zu? – Wer stimmt dagegen? – Stimmenthaltungen? – Der Antrag ist mit den Stimmen der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU abgelehnt.

Einzelabstimmung über das Deckblatt Nummer 74 (Kapitel 07 05, Titel 633 07 "Zuweisung für den Ausbau der frühen Förderung"). Wer stimmt zu? – Wer stimmt dagegen? – Stimmenthaltungen? – Der Antrag ist mit den Stimmen der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU abgelehnt.

Einzelabstimmung über das Deckblatt Nummer 82 (Kapitel 07 12, Titel 684 14 "Zuschüsse zu Präventionsprogrammen und zu Maßnahmen für von Gewalt bedrohte und/oder betroffene Frauen und Mädchen"). Wer stimmt zu? – Wer stimmt dagegen? – Stimmenthaltungen? – Der Antrag ist mit den Stimmen der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU abgelehnt.

Einzelabstimmung über das Deckblatt Nummer 108 (Kapitel 08 77, Titel 546 13 neu "Aufträge zur Abwicklung von Maßnahmen im Rahmen Fachkräftesicherung"). Wer stimmt zu? – Wer stimmt dagegen? – Stimmenthaltungen? – Der Antrag ist mit den Stimmen der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU abgelehnt.

Einzelabstimmung über das Deckblatt Nummer 110 (Kapitel 08 77, Titel 683 01 "Maßnahmen der beruflichen Aus- und Weiterbildung vor dem Hintergrund der Fachkräftesicherung"). Wer stimmt zu? – Wer stimmt dagegen? – Stimmenthaltungen? – Der Antrag ist mit den Stimmen der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU abgelehnt.

Einzelabstimmung über das Deckblatt Nummer 111 (Kapitel 08 77, Titel 686 01 "Förderung der Existenzgründung und Existenzsicherung"). Wer stimmt zu? – Wer stimmt dagegen? – Stimmenthaltungen? – Der Antrag ist mit den Stimmen der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU abgelehnt.

Einzelabstimmung über das Deckblatt Nummer 112 (Kapitel 08 77, Titel 893 02 "Zuschüsse zur Errichtung und Modernisierung von überbetrieblichen Bildungsstätten"). Wer stimmt zu? – Wer stimmt dagegen? – Stimmenthaltungen? – Der Antrag ist mit den Stimmen der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU abgelehnt.

Einzelabstimmung über das Deckblatt Nummer 113 (Kapitel 08 77, Titel 893 72 neu "Zuschüsse für die Modernisierung, den Aufbau von Forschungs- und Entwicklungsausrüstung und die Einführung neuer Technologien an gewerbliche mittelständische Unternehmen"). Wer stimmt zu? – Wer stimmt dagegen? – Stimmenthaltungen? – Der Antrag ist mit den Stimmen der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU abgelehnt.

Einzelabstimmung über das Deckblatt Nummer 118 (Kapitel 09 02, Titel 685 01 "Zuschuss an das Deutsche Poleninstitut in Darmstadt"). Wer stimmt zu? – Wer stimmt dagegen? – Stimmenthaltungen? – Der Antrag ist mit den Stimmen der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU abgelehnt.

Einzelabstimmung über das Deckblatt Nummer 119 (Kapitel 09 02, Titel 685 26 neu "Zuschuss an den Verein Friedensakademie Rheinland-Pfalz – Akademie für Krisenprävention und zivile Konfliktbearbeitung"). Wer stimmt zu? – Wer stimmt dagegen? – Stimmenthaltungen? – Der Antrag ist mit den Stimmen der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU abgelehnt.

Einzelabstimmung über das Deckblatt Nummer 127 (Kapitel 09 27, Titel 633 02 neu "Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände"). Wer stimmt zu? – Wer stimmt dagegen? – Stimmenthaltungen? – Der Antrag ist mit den Stimmen der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU abgelehnt.

Einzelabstimmung über das Deckblatt Nummer 128 (Kapitel 09 52, Titel 633 02 "Zuwendungen für Musikschulen und kommunale Kulturprojekte"). Wer stimmt zu? – Wer stimmt dagegen? – Stimmenthaltungen? – Der Antrag ist mit den Stimmen der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU abgelehnt.

Einzelabstimmung über das Deckblatt Nummer 142 (Kapitel 12 20, Titel 671 01 neu "Erstattung von Ausgaben für Sicherungsmaßnahmen an Anlagen des ehemaligen Westwalls"). Wer stimmt zu? – Wer stimmt dagegen? – Stimmenthaltungen? – Der Antrag ist mit den Stimmen der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU abgelehnt.

Einzelabstimmung über das Deckblatt Nummer 152 (Kapitel 14 02, Titel 549 01 "Globale Minderausgaben"). Wer stimmt zu? – Wer stimmt dagegen? – Stimmenthaltungen? – Der Antrag ist mit den Stimmen der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU abgelehnt.

Einzelabstimmung über das Deckblatt Nummer 155 (Kapitel 14 02, Titel 681 01 "Freiwilliges Ökologisches Jahr"). Wer stimmt zu? – Wer stimmt dagegen? – Stimmenthaltungen? – Der Antrag ist mit den Stimmen der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU abgelehnt.

Einzelabstimmung über das Deckblatt Nummer 156 (Kapitel 14 02, Titel 892 01 "Zuschüsse zur Förderung des Naturschutzes in Naturparken"). Wer stimmt zu? – Wer stimmt dagegen? – Stimmenthaltungen? – Der Antrag ist mit den Stimmen der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU abgelehnt.

Einzelabstimmung über das Deckblatt Nummer 157 (Kapitel 14 02, Titel 892 03 "Förderung von Maßnahmen im Biosphärenreservat Pfälzerwald"). Wer stimmt zu? – Wer stimmt dagegen? – Stimmenthaltungen? – Der Antrag ist mit den Stimmen der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU abgelehnt.

Einzelabstimmung über das Deckblatt Nummer 158 (Kapitel 14 11 – Kapitel wird gestrichen). Wer stimmt zu? – Wer stimmt dagegen? – Stimmenthaltungen? – Der Antrag ist mit den Stimmen der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU abgelehnt.

Einzelabstimmung über das Deckblatt Nummer 173 (Kapitel 14 22, Titel 892 11 "Zuschüsse zur Förderung der Flurbereinigung"). Wer stimmt zu? – Wer stimmt dagegen? – Stimmenthaltungen? – Der Antrag ist mit den Stimmen der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU abgelehnt.

Einzelabstimmung über das Deckblatt Nummer 174 (Kapitel 14 22, Titel 892 41 "Zuschüsse zur Förderung von Junglandwirten"). Wer stimmt zu? – Wer stimmt dagegen? – Stimmenthaltungen? – Der Antrag ist mit den Stimmen der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU abgelehnt.

Einzelabstimmung über das Deckblatt Nummer 177 (Kapitel 20 02, Titel 698 01 neu "Kapitalausstattung einer Stiftung im Zusammenhang mit der Übertragung des Eigentums an Anlagen des ehemaligen Westwalls"). Wer stimmt zu? – Wer stimmt dagegen? – Stimmenthaltungen? – Der Antrag ist mit den Stimmen der SPD und

des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU abgelehnt.

Wir kommen nun zu den Blockabstimmungen. Aus dem Änderungsantrag der Fraktion der CDU – Drucksache 16/3058 – sollen vier Blockabstimmungen erfolgen.

Blockabstimmung der Deckblätter Nummer 27 (Kapitel 03 19, Titel 518 06 "Nutzungsentgelte an den "Landesbetrieb Mobilität"") und Nummer 28 (Kapitel 03 21, Titel 883 03 "Zuweisungen an kommunale Baulastträger zum Bau und Ausbau von Verkehrswegen und Verkehrseinrichtungen"). Wer stimmt zu? – Wer stimmt dagegen? – Stimmenthaltungen? – Die Anträge sind mit den Stimmen der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU abgelehnt.

Blockabstimmung der Deckblätter Nummer 35 (Kapitel 04 07, Titelgruppe 72 neu "Personalvermittlungsstelle"), Nummer 36 (Kapitel 04 07, Titel 119 72 neu "Einnahmen aus der Kostenerstattung für die Vergütung von Beamtinnen und Beamten (Richterinnen und Richter), Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern aus dem Stellenpool der Personalvermittlungsstelle"), Nummer 37 (Kapitel 04 07, Titel 422 72 neu "Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten [Richterinnen und Richter]"), Nummer 38 (Kapitel 04 07, Titel 428 72 neu "Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer"). Wer stimmt zu? – Wer stimmt dagegen? – Stimmenthaltungen? – Die Anträge sind mit den Stimmen der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU abgelehnt.

Blockabstimmung der Deckblätter Nummer 75 (Kapitel 07 05, Titel 633 09 "Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände im Bereich der Kindertagesstätten"), Nummer 76 (Kapitel 07 05, Titel 684 14 "Zuschüsse zur Förderung von Maßnahmen der Jugendarbeit"), Nummer 77 (Kapitel 07 05, Titel 684 17 "Förderung der Schulsozialarbeit und der Jugendsozialarbeit"), Nummer 78 (Kapitel 07 05, Titel 684 32 "Maßnahmen zur Effektivitäts- und Qualitätsförderung im Kindertagesstättenbereich"), Nummer 79 (Kapitel 07 05, Titel 684 34 "Umsetzung des Programms "Kinderfreundliches Rheinland-Pfalz"), Nummer 80 (Kapitel 07 05, Titel 684 35 "Kinder in benachteiligten Lebenslagen und benachteiligten Wohngebieten"). Wer stimmt zu? -Wer stimmt dagegen? - Stimmenthaltungen? - Die Anträge sind mit den Stimmen der SPD und des BÜND-NIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU abgelehnt.

Blockabstimmung der Deckblätter Nummer 92 (Kapitel 08 17, Titelgruppe 72 "Energie"), Nummer 93 (Kapitel 08 17, Titel 526 72 "Kosten für Sachverständige"), Nummer 94 (Kapitel 08 17, Titel 533 72 "Kosten für Auszeichnungen"), Nummer 95 (Kapitel 08 17, Titel 546 72 "Aufträge im Energiebereich"), Nummer 96 (Kapitel 08 17, Titel 547 72 "Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungskosten"), Nummer 97 (Kapitel 08 17, Titel 633 72 "Zuweisungen an Gemeinden, Gemeindeverbände und Zweckverbände für Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz"), Nummer 98 (Kapitel 08 17, Titel 663 72 "Schuldendiensthilfen für Maßnahmen in den Bereichen der Energieeinsparung, der Energieeffizienz und der erneuerbaren Energie"), Nummer 99 (Kapitel 08 17,

Titel 671 72 "Erstattung für die Inanspruchnahme von Dienstleistern"), Nummer 100 (Kapitel 08 17, Titel 682 72 "Zuwendungen an die Energieagentur Rheinland-Pfalz GmbH"), Nummer 101 (Kapitel 08 17, Titel 683 72 "Zuschüsse für laufende Zwecke zur Steigerung der Energieeffizienz an private Unternehmen"), Nummer 102 (Kapitel 08 17, Titel 686 72 "Maßnahmen zur Stärkung des Bewusstseins für nachhaltigen und effizienten Energieeinsatz"), Nummer 103 (Kapitel 08 17, Titel 883 72 "Zuweisungen für Investitionen im Energiebereich an Gemeinden, Gemeindeverbände und Zweckverbände"), Nummer 104 (Kapitel 08 17, Titel 891 72 "Zuschüsse für Investitionen im Energiebereich an öffentliche Unternehmen"), Nummer 105 (Kapitel 08 17, Titel 892 72 "Zuschüsse für Investitionen im Energiebereich an private Unternehmen"), Nummer 106 (Kapitel 08 17, Titel 893 72 "Zuschüsse für Investitionen im Energiebereich an Sonstige"). Wer stimmt zu? - Wer stimmt dagegen? -Stimmenthaltungen? - Die Anträge sind mit den Stimmen der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU abgelehnt.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der CDU – Drucksache 16/3058 – im Übrigen. Wer stimmt zu? – Wer stimmt dagegen? – Stimmenthaltungen? – Der Antrag ist mit den Stimmen der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU abgelehnt.

Wir kommen nun zum Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 16/3133 –. Dieser Antrag tritt an die Stelle des Antrags der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 16/3131 –. Die Fraktion der CDU hat beantragt, die Nummern 8 und 9 im Block abzustimmen.

Blockabstimmung der Deckblätter Nummer 8 (Kapitel 07 12, Titel 684 08 "Zuschüsse zu den Personalausgaben der Frauenhäuser") und Nummer 9 (Kapitel 07 12, Titel 684 11 "Zuschüsse für den Aufbau, Betrieb und Vernetzung rheinland-pfälzischer Notrufe"). Wer stimmt zu? – Wer stimmt dagegen? – Stimmenthaltungen? – Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 16/3133 – im Übrigen. Wer stimmt zu? – Wer stimmt dagegen? – Stimmenthaltungen? – Der Änderungsantrag ist einstimmig angenommen.

Abstimmung über die Beschlussempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses – Drucksache 16/3000 –. Die Abstimmung erfolgt unter Berücksichtigung zuvor beschlossener Änderungen.

Wir kommen zunächst zur Abstimmung über die vom Haushalts- und Finanzausschuss empfohlenen Änderungen des Haushaltsplans 2014/2015: Anlage 1 zu Abschnitt II Nummer 1 der Beschlussempfehlung – Drucksache 16/3000 –.

Folgende elf Deckblätter in der Anlage 1 sollen einzeln abgestimmt werden:

Einzelabstimmung über das Deckblatt Seite 6 (Kapitel 02 01, Titel 531 02 "Kosten für amtliche Veröffentlichun-

gen"). Wer stimmt zu? – Wer stimmt dagegen? – Stimmenthaltungen? – Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Einzelabstimmung über das Deckblatt Seite 8 (Kapitel 03 02, Titel 684 65 "Sachaufwand für das Rheinland-Pfälzische Interventionsprojekt gegen Gewalt in engen sozialen Beziehungen (RIGG) beim Ministerium des Innern, für Sport und Infrastruktur".) Wer stimmt zu? – Wer stimmt dagegen? – Stimmenthaltungen? – Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Einzelabstimmung über das Deckblatt Seite 18 (Kapitel 04 05, Titelgruppe 71, Titel 539 71 "Software und Lizenzen"). Wer stimmt zu? – Wer stimmt dagegen? – Stimmenthaltungen? – Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Einzelabstimmung über das Deckblatt Seite 19 (Kapitel 05 04, Titel 517 01 "Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume"). Wer stimmt zu? – Wer stimmt dagegen? – Stimmenthaltungen? – Der Antrag ist mit den Stimmen der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU angenommen.

Einzelabstimmung über das Deckblatt Seite 20 (Kapitel 05 04, Titel 537 02 "Entlassungsvorbereitungen und Übergangsmanagement sowie Behandlungen und Maßnahmen zur Resozialisierung von Gefangenen"). Wer stimmt zu? – Wer stimmt dagegen? – Stimmenthaltungen? – Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Einzelabstimmung über das Deckblatt Seite 25 (Kapitel 06 02, Titel 681 57 "Leistungen nach dem Infektionsschutzgesetz"). Wer stimmt zu? – Wer stimmt dagegen? – Stimmenthaltungen? – Der Antrag ist mit den Stimmen der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU angenommen.

Einzelabstimmung über das Deckblatt Seite 26 (Kapitel 06 02, Titel 681 57 VE "Leistungen nach dem Infektionsschutzgesetz"). Wer stimmt zu? – Wer stimmt dagegen? – Stimmenthaltungen? – Der Antrag ist mit den Stimmen der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU angenommen.

Einzelabstimmung über das Deckblatt Seite 29 (Kapitel 06 02, Titel 684 63 neu "Zuschüsse zur Förderung der Kinderhospizarbeit"). Wer stimmt zu? – Wer stimmt dagegen? – Stimmenthaltungen? – Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Einzelabstimmung über das Deckblatt Seite 76 (Kapitel 10 01, Titel 422 01 "Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten [Richterinnen und Richter]"). Wer stimmt zu? – Wer stimmt dagegen? – Stimmenthaltungen? – Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Einzelabstimmung über das Deckblatt Seite 95 (Kapitel 14 22, Titel 686 03 "Zuschüsse an die Landwirtschaftskammer Rheinland-Pfalz zur Erfüllung von Selbstverwaltungsaufgaben"). Wer stimmt zu? – Wer stimmt dagegen? – Stimmenthaltungen? – Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Einzelabstimmung über das Deckblatt Seite 110 (Kapitel 20 06, "Zuweisungen an Gebietskörperschaften"). Wer stimmt zu? – Wer stimmt dagegen? – Stimmenthaltungen? – Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Wir kommen nun zu acht Blockabstimmungen, die in der Anlage 1 enthalten sind. Mit den Fraktionen ist vereinbart, dass die folgenden Blöcke ohne Vorlesen der einzelnen Haushaltsstellen aufgerufen werden.

Blockabstimmung (1), Seite 19 des Abstimmungsfahrplans, zu folgenden Deckblättern in der Anlage 1 (Seite 7, Kapitel 03 01, Titel 422 01 "Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten [Richterinnen und Richter]", Seite 8, Kapitel 03 04, Titel 812 95 "Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für die Datenverarbeitung", Seite 9, Kapitel 03 10, Titel 632 03 "Beteiligung an den Verwaltungsausgaben anderer Länder für Polizeieinrichtungen auf Bundesebene", Seite 10, Kapitel 03 19, Titel 428 01 "Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer"). Wer stimmt zu? – Wer stimmt dagegen? – Stimmenthaltungen? – Die Anträge sind einstimmig angenommen.

Blockabstimmung (2), Seite 20 des Abstimmungsfahrplans, zu folgenden Deckblättern in der Anlage 1 (Seite 11, Kapitel 03 75, Titel 161 01 "Zinseinnahmen aus Gesellschafterdarlehen", Seite 11, Kapitel 03 75, Titel 181 04 "Darlehensrückflüsse der FFHG", Seite 12, Kapitel 03 75, Titel 591 01 neu "Tilgungsausgaben an öffentliche Unternehmen und öffentliche Einrichtungen", Seite 13, Kapitel 03 75, Titel 682 01 "bisher: Zuschuss an die FFHG zur Beteiligung an den Kosten für Sicherheitsaufgaben, neu: Zuschuss an den Flughafen Hahn zur Beteiligung an den Kosten für Sicherheitsaufgaben", Seite 13, Kapitel 03 75, Titel 682 02 "Defizitausgleich für Gesellschaften unter Beteiligung des Landes", Seite 14, Kapitel 03 75, Titel 686 31 "Zuwendungen zur Förderung organisatorischer Maßnahmen", Seite 14, Kapitel 03 75, Titel 686 31 VE "Zuwendungen zur Förderung organisatorischer Maßnahmen", Seite 15, Kapitel 03 75, Titel 821 01 neu "Erwerb von Grundstücken der FFHG", Seite 16, Kapitel 03 75, Titel 831 01 "Erwerb von Beteiligungen", Seite 16, Kapitel 03 75, Titel 892 02 "Zuschüsse zur Umwandlung militärischer Liegenschaften", Seite 17, Kapitel 03 75, Titel 892 02 "Zuschüsse zur Umwandlung militärischer Liegenschaften"). Wer stimmt zu? - Wer stimmt dagegen? - Stimmenthaltungen? - Die Anträge sind mit den Stimmen der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU angenommen.

Blockabstimmung (3), Seite 20 des Abstimmungsfahrplans, zu folgenden Deckblättern in der Anlage 1 (Seite 35, Kapitel 07 01, Titel 511 01 "Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte und Ausstattungsgegenstände", Seite 35, Kapitel 07 02, Titel 681 08 "Unterhaltsvorschussleistungen", Seite 37, Kapitel 07 02, Titel 686 03 "Maßnahmen zur Förderung der interkulturellen Öffnung", Seite 39, Kapitel 07 03, Titel 686 12 "Zuschüsse zur Förderung der Integration und Betreuung von Menschen mit Migrationshintergrund", Seite 50, Kapitel 07 82, Titel 632 72 "Erstattung von Aufwendungen zur Erstunterbringung von Spätausgesiedelten und jüdischen Emigrierten", Seite 52, Kapitel 07 82, Titel 517 76 "Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räu-

me"). Wer stimmt zu? – Wer stimmt dagegen? – Stimmenthaltungen? – Die Anträge sind einstimmig angenommen.

Blockabstimmung (4), Seite 21 des Abstimmungsfahrplans, zu folgenden Deckblättern in der Anlage 1: (Seite 52, Kapitel 08 01, Titel 546 05 "Kosten für Tagungen und Veranstaltungen", Seite 56, Kapitel 08 16, Titel 526 73 "Kosten für Sachverständige", Seite 57, Kapitel 08 16, Titel 526 73 VE "Kosten für Sachverständige", Seite 58, Kapitel 08 17, Titel 893 72 "Zuschüsse für Investitionen im Energiebereich an Sonstige"). Wer stimmt zu? – Wer stimmt dagegen? – Stimmenthaltungen? – Die Anträge sind einstimmig angenommen.

Blockabstimmung (5), Seite 21 des Abstimmungsfahrplans, zu folgenden Deckblättern in der Anlage 1 (Seite 60, Kapitel 09 01, Titel 685 01 "Zuführungen an Hochschulen mit Globalhaushalt und Landesbetriebe für Schadensersatz, auch aus Billigkeitsgründen", Seite 61, Kapitel 09 02, Titel 685 37 "Zuschuss für die Informationsschrift für Absolventen von weiterführenden Schulen", Seite 66, Kapitel 09 13, Titel 812 71 "Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen", Seite 68, Kapitel 09 19, Titel 429 96 "Nicht aufteilbare Personalausgaben", Seite 69, Kapitel 09 27, Titel 632 04 "Sonstige Erstattungen an Länder"). Wer stimmt zu? – Wer stimmt dagegen? – Stimmenthaltungen? – Die Anträge sind einstimmig angenommen.

Blockabstimmung (6), Seite 22 des Abstimmungsfahrplans, zu folgenden Deckblättern in der Anlage 1 (Seite 79, Kapitel 12 20, Titel 711 04 "Größere Instandhaltungsarbeiten an landeseigenen Liegenschaften einschließlich energiesparende Maßnahmen sowie Schadstoffsanierungen", Seite 80, Kapitel 12 20, Titel 821 01 "Erwerb von Grundstücken", Seite 82, Kapitel 12 75, Titel 893 01 "Investitionszuschüsse zur Förderung von Wohnungsbaumaßnahmen im Rahmen der Konversion"). Wer stimmt zu? – Wer stimmt dagegen? – Stimmenthaltungen? – Die Anträge sind einstimmig angenommen.

Blockabstimmung (7), Seite 22 des Abstimmungsfahrplans, zu folgenden Deckblättern in der Anlage 1 (Seite 85, Kapitel 14 10, Titel 682 05 "Zuschüsse für behördliche Aufgaben", Seite 90, Kapitel 14 14, Titel 637 01 "Kostenanteile des Landes an der Tierkörperbeseitigung", Seite 91, Kapitel 14 22, Titel 547 01 "Kosten für EU-Kontrollverfahren", Seite 93, Kapitel 14 22, Titel 685 19 "Zuschüsse zur Förderung der Weinwerbung", Seite 96, Kapitel 14 23, Titel 683 18 "Zuschüsse zur Förderung der markt- und standortgerechten Landbewirtschaftung"). Wer stimmt zu? – Wer stimmt dagegen? – Stimmenthaltungen? – Die Anträge sind einstimmig angenommen.

Blockabstimmung (8), Seite 23 des Abstimmungsfahrplans, zu folgenden Deckblättern in der Anlage 1 (Seite 100, Kapitel 20 01, Hauptgruppe 0 "Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben", Seite 101, Kapitel 20 01, Titel 011 01 "Lohnsteuer", Seite 102, Kapitel 20 01, Titel 011 02 "Lohnsteuer-Zerlegung", Seite 102, Kapitel 20 01, Titel 012 01 "Veranlagte Einkommensteuer", Seite 102, Kapitel 20 01, Titel 013 01 "Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag Johne Abgeltungsteuer auf

Zins- und Veräußerungserträge], Seite 103, Kapitel 20 01, Titel 014 01 "Körperschaftsteuer", Seite 103, Kapitel 20 01, Titel 014 02 "Körperschaftsteuer-Zerlegung", Seite 104, Kapitel 20 01, Titel 015 01 "Umsatzsteuer", Seite 104, Kapitel 20 01, Titel 016 01 "Einstelle 20 01, Titelle 20 fuhrumsatzsteuer", Seite 104, Kapitel 20 01, Titel 017 01 "Gewerbesteuerumlage", Seite 105, Kapitel 20 01, Titel 017 02 "Gewerbesteuerumlage-Anhebung", Seite 105, Kapitel 20 01, Titel 018 01 "Abgeltungsteuer auf Zinsund Veräußerungserträge", Seite 105, Kapitel 20 01, Titel 018 02 "Abgeltungsteuer-Zerlegung auf Zins- und Veräußerungserträge", Seite 106, Kapitel 20 01, Titel "Erbschaftsteuer [Entstehung ab dem 01.01.1996]", Seite 106, Kapitel 20 01, Titel 053 02 "Grunderwerbsteuer [Entstehung ab dem 01.03.2012]", Seite 106, Kapitel 20 01, Titel 057 01 "Lotteriesteuer", Seite 107, Kapitel 20 01, Titel 211 01 "Ergänzungszuweisungen des Bundes", Seite 107, Kapitel 20 01, Titel 212 01 "Einnahmen aus dem Länderfinanzausgleich"). Wer stimmt zu? - Wer stimmt dagegen? - Stimmenthaltungen? - Die Anträge sind einstimmig angenommen.

Wir kommen nun zur Abstimmung über die vom Haushalts- und Finanzausschuss empfohlenen Änderungen des Haushaltsplans 2014/2015 (Anlage 1 zu Abschnitt II Nummer 1 der Beschlussempfehlung) im Übrigen. Wer stimmt zu? – Wer stimmt dagegen? – Stimmenthaltungen? – Die Anträge sind mit den Stimmen der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU angenommen.

Wir kommen nun zur Abstimmung über die vom Haushalts- und Finanzausschuss empfohlenen Änderungen des Entwurfs des Landeshaushaltsgesetzes 2014/2015, Abschnitt I der Beschlussempfehlung – Drucksache 16/3000 –.

Einzelabstimmung über Nummer 1 in Abschnitt I "Änderung § 1 Abs. 1 und 2 LHG 2014/2015". Wer stimmt zu? – Wer stimmt dagegen? – Stimmenthaltungen? – Der Antrag ist mit den Stimmen der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU angenommen.

Einzelabstimmung über Nummer 2 in Abschnitt I "Änderung § 2 Abs. 1 Nr. 1 LHG 2014/2015". Wer stimmt zu? – Wer stimmt dagegen? – Stimmenthaltungen? – Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Wir kommen nun zur Abstimmung über das Landeshaushaltsgesetz 2014/2015 im Übrigen, Abschnitt I der Beschlussempfehlung (Nummern 3 bis 6) – Drucksache 16/3000 –. Wer stimmt zu? – Wer stimmt dagegen? – Stimmenthaltungen? – Die Anträge sind mit den Stimmen der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU angenommen.

Wir kommen zur Abstimmung über die Redaktionsvollmacht des Ministers der Finanzen, Abschnitt III der Beschlussempfehlung – Drucksache 16/3000 –. Wer stimmt zu? – Wer stimmt dagegen? – Stimmenthaltungen? – Einstimmige Annahme.

Abstimmung über die Beschlussempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses – Drucksache 16/3000 – im Übrigen. Wer stimmt zu? – Wer stimmt dagegen? –

Stimmenthaltungen? – Die Beschlussempfehlung ist mit den Stimmen der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU angenommen.

Meine Damen und Herren, wir kommen jetzt zur Abstimmung über die Einzelpläne jeweils unter Berücksichtigung zuvor beschlossener Änderungen.

Wir kommen zur Abstimmung über den Einzelplan 01 – Landtag –. Wer stimmt zu? – Wer stimmt dagegen? – Stimmenthaltungen? – Der Einzelplan 01 ist einstimmig angenommen.

Wir kommen zur Abstimmung über den Einzelplan 02 – Ministerpräsidentin und Staatskanzlei, Landesvertretung –. Wer stimmt zu? – Wer stimmt dagegen? – Stimmenthaltungen? – Der Einzelplan 02 ist mit den Stimmen der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU angenommen.

Wir kommen zur Abstimmung über den Einzelplan 03 – Ministerium des Innern, für Sport und Infrastruktur –. Wer stimmt zu? – Wer stimmt dagegen? – Stimmenthaltungen? – Der Einzelplan 03 ist mit den Stimmen der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU angenommen.

Wir kommen zur Abstimmung über den Einzelplan 04 – Ministerium der Finanzen –. Wer stimmt zu? – Wer stimmt dagegen? – Stimmenthaltungen? – Der Einzelplan 04 ist mit den Stimmen der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU angenommen.

Wir kommen zur Abstimmung über den Einzelplan 05 – Ministerium der Justiz und für Verbraucherschutz –. Wer stimmt zu? – Wer stimmt dagegen? – Stimmenthaltungen? – Der Einzelplan 05 ist mit den Stimmen der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU angenommen.

Wir kommen zur Abstimmung über den Einzelplan 06 – Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie –. Wer stimmt zu? – Wer stimmt dagegen? – Stimmenthaltungen? – Der Einzelplan 06 ist mit den Stimmen der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU angenommen.

Wir kommen zur Abstimmung über den Einzelplan 07 – Ministerium für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen –. Wer stimmt zu? – Wer stimmt dagegen? – Stimmenthaltungen? – Der Einzelplan 07 ist mit den Stimmen der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU angenommen.

Wir kommen zur Abstimmung über den Einzelplan 08 – Ministerium für Wirtschaft, Klimaschutz, Energie und Landesplanung –. Wer stimmt zu? – Wer stimmt dagegen? – Stimmenthaltungen? – Der Einzelplan 08 ist mit den Stimmen der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU angenommen.

Wir kommen zur Abstimmung über den Einzelplan 09 – Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur –. Wer stimmt zu? – Wer stimmt dagegen? – Stimmenthaltungen? – Der Einzelplan 09 ist mit den

Stimmen der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU angenommen.

Wir kommen zur Abstimmung über den Einzelplan 10 – Rechnungshof –. Wer stimmt zu? – Wer stimmt dagegen? – Stimmenthaltungen? – Der Einzelplan 10 ist einstimmig angenommen.

Wir kommen zur Abstimmung über den Einzelplan 12 – Hochbaumaßnahmen und Wohnungsbauförderung –. Wer stimmt zu? – Wer stimmt dagegen? – Stimmenthaltungen? – Der Einzelplan 12 ist mit den Stimmen der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU angenommen.

Wir kommen zur Abstimmung über den Einzelplan 14 – Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft, Ernährung, Weinbau und Forsten –. Wer stimmt zu? – Wer stimmt dagegen? – Stimmenthaltungen? – Der Einzelplan 14 ist mit den Stimmen der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU angenommen.

Wir kommen zur Abstimmung über den Einzelplan 20 – Allgemeine Finanzen –. Wer stimmt zu? – Wer stimmt dagegen? – Stimmenthaltungen? – Der Einzelplan 20 ist mit den Stimmen der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU angenommen.

Wir kommen zur Abstimmung über den Gesetzentwurf "Landeshaushaltsgesetz 2014/2015 (LHG 2014/2015)" – Drucksache 16/2750 – in zweiter Beratung unter Berücksichtigung sämtlicher zuvor beschlossener Änderungen. Wer stimmt zu? – Wer stimmt dagegen? – Stimmenthaltungen? – Der Gesetzentwurf ist mit den Stimmen der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU angenommen.

Wir kommen zur Schlussabstimmung. Wer dem Gesetzentwurf – Landeshaushaltsgesetz 2014/2015 (LHG 2014/2015) – zustimmen möchte, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben! – Die Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – In der Schlussabstimmung ist das Landeshaushaltsgesetz 2014/2015 mit den Stimmen der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU angenommen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir kommen zur Beschlussfassung zur Ermächtigung des Präsidenten des Landtags hinsichtlich der Vornahme redaktioneller Folgeänderungen. Der Vorschlag lautet: "Der Präsident des Landtags wird ermächtigt, die sich aus der Annahme von Änderungsanträgen unmittelbar ergebenden redaktionellen Folgeänderungen vorzunehmen." Wir stimmt zu? – Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Wir kommen zu den Entschließungsanträgen. Die Entschließungsanträge werden in der Reihenfolge ihres zeitlichen Eingangs abgestimmt. Die CDU hat in ihren Entschließungsanträgen folgenden Leitsatz beschrieben: "Solide Finanzen für soziale Fairness".

Entschließungsantrag der Fraktion der CDU "Mehr Zeit für Kinder – Kindertagesstätten angemessen ausstatten" – Drucksache 16/2997 –. Wer stimmt zu? – Wer stimmt

dagegen? – Stimmenthaltungen? – Der Antrag ist mit den Stimmen der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU abgelehnt.

Entschließungsantrag der Fraktion der CDU "Solide Finanzen für soziale Fairness – Energiewende professionell gestalten" – Drucksache 16/3062 –. Wer stimmt zu? – Wer stimmt dagegen? – Stimmenthaltungen? – Der Antrag ist mit den Stimmen der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU abgelehnt.

Entschließungsantrag der Fraktion der CDU "Solide Finanzen für soziale Fairness – Für eine starke und personell gut aufgestellte Polizei" – Drucksache 16/3066 –. Wer stimmt zu? – Wer stimmt dagegen? – Stimmenthaltungen? – Der Antrag ist mit den Stimmen der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU abgelehnt.

Entschließungsantrag der Fraktion der CDU "Solide Finanzen für soziale Fairness – Leistungsfähige und wettbewerbsfähige Landwirtschaft für hochwertige Nahrungsmittel und Pflege der Kulturlandschaften" – Drucksache 16/3067 –. Wer stimmt zu? – Wer stimmt dagegen? – Stimmenthaltungen? – Der Antrag ist mit den Stimmen der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU abgelehnt.

Entschließungsantrag der Fraktion der CDU "Solide Finanzen für soziale Fairness – Kommunale Selbstverwaltung achten: VGH-Urteil verfassungskonform umsetzen und LFAG nachbessern" – Drucksache 16/3068 –. Wer stimmt zu? – Wer stimmt dagegen? – Stimmenthaltungen? – Der Antrag ist mit den Stimmen der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU abgelehnt.

Entschließungsantrag der Fraktion der CDU "Solide Finanzen für soziale Fairness – Zukunft des Landesbetriebs Mobilität" – Drucksache 16/3069 –. Wer stimmt zu? – Wer stimmt dagegen? – Stimmenthaltungen? – Der Antrag ist mit den Stimmen der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU abgelehnt.

Entschließungsantrag der Fraktion der CDU "Solide Finanzen für soziale Fairness – Zukunft der Suchtberatungsstellen in Rheinland-Pfalz sichern" – Drucksache 16/3070 –. Wer stimmt zu? – Wer stimmt dagegen? – Stimmenthaltungen? – Der Antrag ist mit den Stimmen der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU abgelehnt.

Entschließungsantrag der Fraktion der CDU "Solide Finanzen für soziale Fairness – Potenziale der Naturparke für nachhaltige Entwicklung nutzen" – Drucksache 16/3071 –. Wer stimmt zu? – Wer stimmt dagegen? – Stimmenthaltungen? – Der Antrag ist mit den Stimmen der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU abgelehnt.

Entschließungsantrag der Fraktion der CDU "Solide Finanzen für soziale Fairness – Für eine funktionierende und effektive Justiz" – Drucksache 16/3076 –. Wer stimmt zu? – Wer stimmt dagegen? – Stimmenthaltun-

gen? – Der Antrag ist mit den Stimmen der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU abgelehnt.

Entschließungsantrag der Fraktion der CDU "Solide Finanzen für soziale Fairness – Opferschutz und Täterarbeit im Zusammenhang von häuslicher Gewalt neu gewichten" – Drucksache 16/3077 –. Wer stimmt zu? – Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Entschließungsantrag der Fraktion der CDU "Solide Finanzen für soziale Fairness – Qualitätsoffensive Bildung" – Drucksache 16/3078 –. Wer stimmt zu? – Wer stimmt dagegen? – Stimmenthaltungen? – Der Antrag ist mit den Stimmen der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU abgelehnt.

Entschließungsantrag der Fraktion der CDU "Solide Finanzen für soziale Fairness – Grundfinanzierung der Hochschulen sichern" – Drucksache 16/3079 –. Wer stimmt zu? – Wer stimmt dagegen? – Stimmenthaltungen? – Der Antrag ist mit den Stimmen der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU abgelehnt.

Entschließungsantrag der Fraktion der CDU "Solide Finanzen für soziale Fairness – Fachkräftemangel ist Herausforderung für Wirtschaft und Staat" – Drucksache 16/3083 –. Wer stimmt zu? – Wer stimmt dagegen? – Stimmenthaltungen? – Der Antrag ist mit den Stimmen der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU abgelehnt.

Entschließungsantrag der Fraktion der CDU "Solide Finanzen für soziale Fairness – Personalvermittlungsstelle für eine transparente und effiziente Personalwirtschaft" – Drucksache 16/3084 –.

(Bracht, CDU: Ausschussüberweisung!)

 Wer stimmt zu? – Wer stimmt dagegen? – Stimmenthaltungen? – Somit ist der Entschließungsantrag einstimmig an den Haushalts- und Finanzausschuss überwiesen.

Entschließungsantrag der Fraktion der CDU "Solide Finanzen für soziale Fairness – Innovativer Mittelstand für Wachstum, Wohlstand und Arbeit in Rheinland-Pfalz" – Drucksache 16/3085 –. Wer stimmt zu? – Wer stimmt dagegen? – Stimmenthaltungen? – Der Antrag ist mit den Stimmen der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU abgelehnt.

Entschließungsantrag der Fraktion der CDU "Solide Finanzen für soziale Fairness – Ehrliche Haushaltsansätze für realisierbare Investitionen" – Drucksache 16/3086 –. Wer stimmt zu? – Wer stimmt dagegen? – Stimmenthaltungen? – Der Antrag ist mit den Stimmen der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU abgelehnt.

Entschließungsantrag der Fraktion der CDU "Solide Finanzen für soziale Fairness – Rheinland-Pfalz 2020 – für eine Kultur des Sparens" – Drucksache 16/3087 –. Wer stimmt zu? – Wer stimmt dagegen? – Stimmenthal-

tungen? – Der Antrag ist mit den Stimmen der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU abgelehnt.

Nun kommen die Entschließungsanträge der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Entschließungsantrag der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN "Alphabetisierung und Grundbildung weiterentwickeln und ausbauen" – Drucksache 16/3088 –. Wer stimmt zu? – Wer stimmt dagegen? – Stimmenthaltungen? – Der Antrag ist mit den Stimmen der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU angenommen.

Entschließungsantrag der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN "Musikschulen in Rheinland-Pfalz weiter unterstützen" – Drucksache 16/3089 –. Wer stimmt zu? – Wer stimmt dagegen? – Stimmenthaltungen? – Der Antrag ist mit den Stimmen der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU angenommen.

Entschließungsantrag der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN "Familienfreundliche Hochschulen" – Drucksache 16/3090 –. Wer stimmt zu? – Wer stimmt dagegen? – Stimmenthaltungen? – Der Antrag ist mit den Stimmen der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU angenommen.

Entschließungsantrag der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN "Gute Arbeit an den rheinland-pfälzischen Hochschulen" – Drucksache 16/3091 –. Wer stimmt zu? – Wer stimmt dagegen? – Stimmenthaltungen? – Der Antrag ist mit den Stimmen der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU angenommen.

Entschließungsantrag der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN "Zukunft des Deutschen Polen-Instituts" – Drucksache 16/3092 –. Wer stimmt zu? – Wer stimmt dagegen? – Stimmenthaltungen? – Der Antrag ist mit den Stimmen der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU angenommen.

Entschließungsantrag der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN "Innovationen fördern, Wirtschaftsstandort Rheinland-Pfalz stärken" – Drucksache 16/3093 –. Wer stimmt zu? – Wer stimmt dagegen? – Stimmenthaltungen? – Der Antrag ist mit den Stimmen der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU angenommen.

Entschließungsantrag der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN "Erfolgreicher Klimaschutz für Rheinland-Pfalz" – Drucksache 16/3094 –. Wer stimmt zu? – Wer stimmt dagegen? – Stimmenthaltungen? – Der Antrag ist mit den Stimmen der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU angenommen.

Entschließungsantrag der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN "Wichtigen Wirtschaftssektor weiter voranbringen: Hochwertiger und barrierefreier

Tourismus für Rheinland-Pfalz" – Drucksache 16/3095 –. Wer stimmt zu? – Wer stimmt dagegen? – Stimmenthaltungen? – Der Antrag ist mit den Stimmen der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU angenommen.

Entschließungsantrag der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN "Schonung der natürlichen Ressourcen als Grundlage erfolgreichen Wirtschaftens in Rheinland-Pfalz" – Drucksache 16/3096 –. Wer stimmt zu? – Wer stimmt dagegen? – Stimmenthaltungen? – Der Antrag ist mit den Stimmen der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU angenommen.

Entschließungsantrag der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN "Grundstein für eine rheinland-pfälzische Film- und Medienförderung legen" – Drucksache 16/3097 –.

(Bracht, CDU: Ausschussüberweisung!)

 Dann wird über die Überweisung an den Ausschuss abgestimmt. Wer der Ausschussüberweisung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Die Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Die Ausschussüberweisung ist mit den Stimmen der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag selbst. Wer stimmt zu? – Wer stimmt dagegen? – Stimmenthaltungen? – Der Antrag ist mit den Stimmen der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der CDU angenommen.

Entschließungsantrag der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN "Nachwuchs- und Qualitätssicherung für ein erfolgreiches Handwerk in Rheinland-Pfalz" – Drucksache 16/3098 –.

(Bracht, CDU: Ausschussüberweisung!)

 Wer stimmt zu? – Wer stimmt dagegen? – Stimmenthaltungen? – Somit ist der Entschließungsantrag einstimmig an den Wirtschaftsausschuss überwiesen.

Entschließungsantrag der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN "Wirtschaftsstandort Rheinland-Pfalz: Erfolgreich heute und in der Zukunft" – Drucksache 16/3099 –. Wer stimmt zu? – Wer stimmt dagegen? – Stimmenthaltungen? – Der Antrag ist mit den Stimmen der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU angenommen.

Entschließungsantrag der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN "Nationalpark als Chance für die Biodiversität und Modell für regionale Entwicklung" – Drucksache 16/3100 –. Wer stimmt zu? – Wer stimmt dagegen? – Stimmenthaltungen? – Der Antrag ist mit den Stimmen der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU angenommen.

Entschließungsantrag der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN "Nachhaltigkeit: Leitbild

rheinland-pfälzischer Politik" – Drucksache 16/3101 –. Wer stimmt zu? – Wer stimmt dagegen? – Stimmenthaltungen? – Der Antrag ist mit den Stimmen der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU angenommen.

Entschließungsantrag der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN "Landesforsten mit Zukunft" – Drucksache 16/3102 –. Wer stimmt zu? – Wer stimmt dagegen? – Stimmenthaltungen? – Der Antrag ist mit den Stimmen der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU angenommen.

Entschließungsantrag der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN "Partnerschaft mit Ruanda" – Drucksache 16/3103 –. Wer stimmt zu? – Wer stimmt dagegen? – Stimmenthaltungen? – Der Antrag ist mit den Stimmen der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU angenommen.

Entschließungsantrag der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN "Für eine moderne und umweltverträgliche Landwirtschaft und einen Spitzen-Weinbau in Rheinland-Pfalz!" – Drucksache 16/3104 –. Wer stimmt zu? – Wer stimmt dagegen? – Stimmenthaltungen? – Der Antrag ist mit den Stimmen der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU angenommen.

Entschließungsantrag der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN "Fleißige Bienen – wichtig für Ökologie und Landwirtschaft" – Drucksache 16/3105 –. Wer stimmt zu? – Wer stimmt dagegen? – Stimmenthaltungen? – Der Antrag ist mit den Stimmen der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU angenommen.

Entschließungsantrag der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN "Verbraucherzentrale langfristig absichern" – Drucksache 16/3106 –. Wer stimmt zu? – Wer stimmt dagegen? – Stimmenthaltungen? – Der Antrag ist mit den Stimmen der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU angenommen.

Entschließungsantrag der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN "Beschäftigungskonversion weiterhin erfolgreich gestalten" – Drucksache 16/3107 –. Wer stimmt zu? – Wer stimmt dagegen? – Stimmenthaltungen? – Der Antrag ist mit den Stimmen der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU angenommen.

Entschließungsantrag der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN "Leistungsfähige Steuerverwaltung sichern" – Drucksache 16/3108 –. Wer stimmt zu? – Wer stimmt dagegen? – Stimmenthaltungen? – Der Antrag ist mit den Stimmen der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU angenommen.

Entschließungsantrag der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN "Verständlicher und transparenter Landeshaushalt" – Drucksache 16/3109 –. Wer stimmt zu? – Wer stimmt dagegen? – Stimmenthaltungen? – Der Antrag ist mit den Stimmen der SPD und des

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU angenommen.

Entschließungsantrag der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN "Sport als Mittel zur Teilhabe am sozialen Leben und als Integrationskraft für alle Menschen in Rheinland-Pfalz begreifen" – Drucksache 16/3110 –. Wer stimmt zu? – Wer stimmt dagegen? – Stimmenthaltungen? – Der Antrag ist mit den Stimmen der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU angenommen.

Entschließungsantrag der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN "Bahnlärm reduzieren – Lärmschutzmaßnahmen zügig umsetzen!" – Drucksache 16/3111 –. Wer stimmt zu? – Wer stimmt dagegen? – Stimmenthaltungen? – Der Antrag ist mit den Stimmen der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU angenommen.

Entschließungsantrag der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN "Jugendarbeit und ehrenamtliches Engagement von jungen Menschen als Bildung begreifen" – Drucksache 16/3112 –. Wer stimmt zu? – Wer stimmt dagegen? – Stimmenthaltungen? – Der Antrag ist mit den Stimmen der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU angenommen.

Entschließungsantrag der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN "Akzeptanz für Lesben, Schwule, Transgender, Transsexuelle und Intersexuelle fördern" – Drucksache 16/3113 –. Wer stimmt zu? – Wer stimmt dagegen? – Stimmenthaltungen? – Der Antrag ist mit den Stimmen der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU angenommen.

Entschließungsantrag der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN "Medienkompetenz macht Schule" – Drucksache 16/3114 –.

(Bracht, CDU: Die CDU-Fraktion beantragt Ausschussüberweisung!)

Wer stimmt zu? – Wer stimmt dagegen? – Stimmenthaltungen? – Somit ist der Entschließungsantrag einstimmig an den Ausschuss für Medien und Netzpolitik – federführend – und an den Ausschuss für Bildung überwiesen.

Entschließungsantrag der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN "Erweiterung des Fortbildungsbudgets für Schulen" – Drucksache 16/3115 –. Wer stimmt zu? – Wer stimmt dagegen? – Stimmenthaltungen? – Der Antrag ist mit den Stimmen der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU angenommen.

Entschließungsantrag der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN "Rheinland-Pfalz-Takt 2015: Auf dem Weg zu einer zukunftsfähigen Mobilität für unser Bundesland; Finanzierung der Investitionen zur Ertüchtigung der Bahnstrecken – Touristische Verkehre auf Bahnstrecken ohne Schienenpersonennahverkehr (SPNV)" – Drucksache 16/3117 –. Wer stimmt zu? – Wer stimmt dagegen? – Stimmenthaltungen? – Der

Antrag ist mit den Stimmen der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU angenommen

Entschließungsantrag der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN "Informationssicherheit, Datenintegrität und Datenschutz durch adäquate Personalausstattung des Landesbetriebs für Daten und Information (LDI) gewährleisten" – Drucksache 16/3118 –. Wer stimmt zu? – Wer stimmt dagegen? – Stimmenthaltungen? – Der Antrag ist mit den Stimmen der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU angenommen.

Entschließungsantrag der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN "Transparenz als Grundlage für Bürgerbeteiligung" – Drucksache 16/3119 –. Wer stimmt zu? – Wer stimmt dagegen? – Stimmenthaltungen? – Der Antrag ist mit den Stimmen der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU angenommen.

Entschließungsantrag der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN "Für ein bedarfsgerechtes und regional ausgewogenes Angebot an Schwangerschaftskonfliktberatung und Schwangerschaftsberatung" – Drucksache 16/3121 –. Wer stimmt zu? – Wer stimmt dagegen? – Stimmenthaltungen? – Der Antrag ist mit den Stimmen der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU angenommen.

Entschließungsantrag der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN "Ausbau von Bildung und Betreuung im vorschulischen Bereich" – Drucksache 16/3122 –. Wer stimmt zu? – Wer stimmt dagegen? – Stimmenthaltungen? – Der Antrag ist mit den Stimmen der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU angenommen.

Entschließungsantrag der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN "Bildung als allgemeine gesellschaftliche Aufgabe gerecht finanzieren" – Drucksache 16/3123 –. Wer stimmt zu? – Wer stimmt dagegen? – Stimmenthaltungen? – Der Antrag ist mit den Stimmen der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU angenommen.

Entschließungsantrag der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN "Frauennotrufe und Frauenhäuser stärken" – Drucksache 16/3124 –. Wer stimmt zu? – Wer stimmt dagegen? – Stimmenthaltungen? – Der Antrag ist mit den Stimmen der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU angenommen.

Entschließungsantrag der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN "Auf- und Ausbau von Breitband- und Hochgeschwindigkeitsnetzen" – Drucksache 16/3130 –. Wer stimmt zu? – Wer stimmt dagegen? – Stimmenthaltungen? – Der Antrag ist mit den Stimmen der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU angenommen.

Meine Damen und Herren, bedanken wir uns bei den Parlamentarischen Geschäftsführern, die das gemeinsam mit dem Haus vorbereitet haben. Herr Dr. Hummrich, herzlichen Dank.

#### (Beifall im Hause)

Es wäre schön gewesen, ich hätte Ihnen sagen können, jetzt fahren Sie endlich in den Weihnachtsurlaub. Ich lade Sie aber für morgen früh um 09:30 Uhr zur 62. Plenarsitzung ein.

Die Sitzung ist geschlossen.

Ende der Sitzung: 21:24 Uhr.